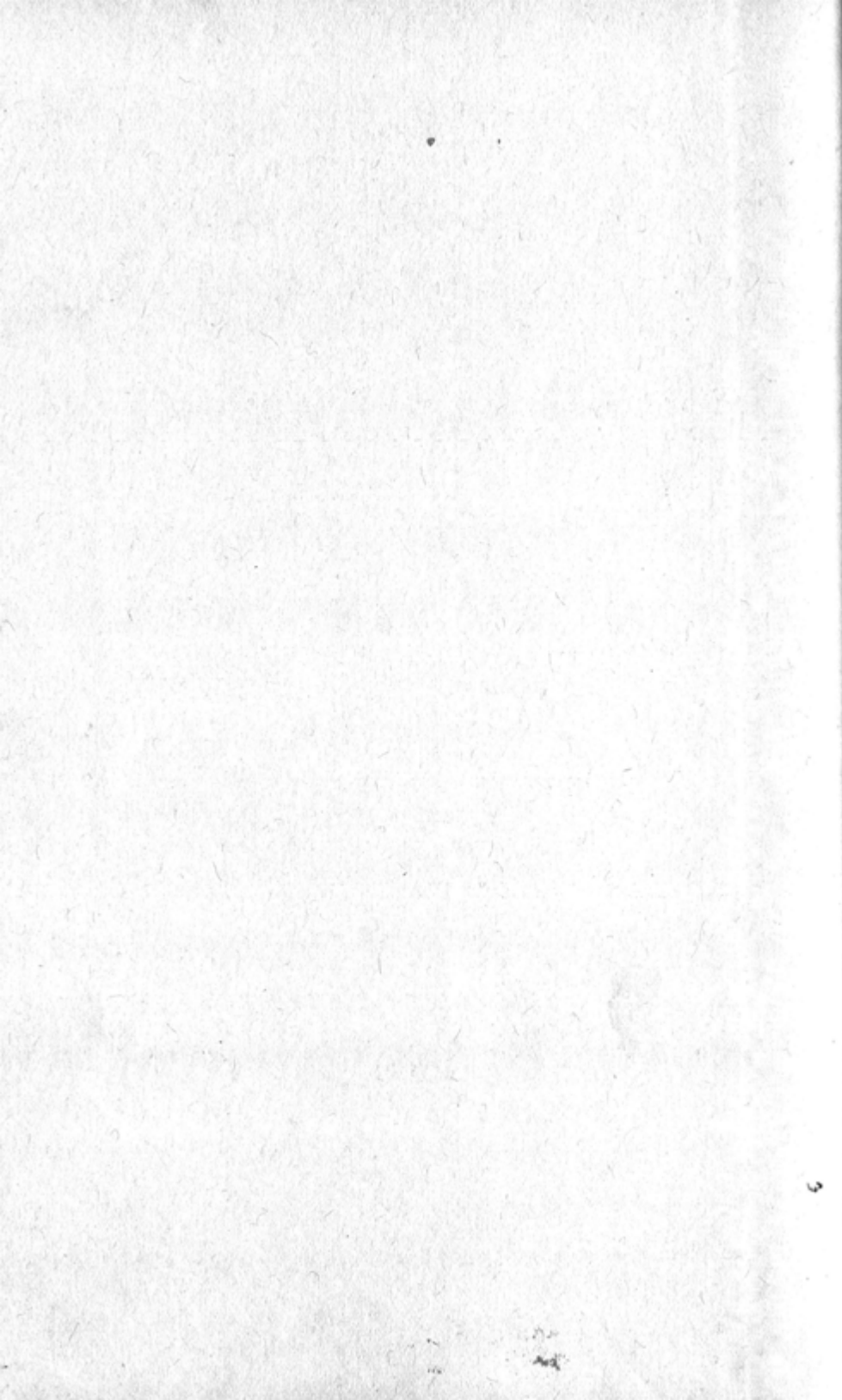




GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XIII.

IANUARIE - FEBRUARIE
JANVIER - FÉVRIER
JÄNNER - FEBER

1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

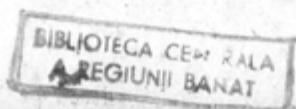
1-2

Die einzelnen Phasen jener Aktion, die Onisifor Ghibu gegen die römisch-katholische Kirche in Siebenbürgen angezettelt hat.

N. Balan, der griechisch-orientalische Metropolit von Sibiu und Sextil Puscariu, Universitätsprofessor von Cluj übergaben dem Ministerpräsident Tatarescu ein mit 560.000 Unterschriften versehenes Memorandum, worin die griechisch-orientalischen Gläubigen Siebenbürgens den, im Jahre 1932 bezüglich des röm.-katholischen Status zustandegekommenen Ausgleich zu lösen und das Vermögen des katholischen Status zugunsten des rumänischen Staates zu konfiszieren baten.

Die Angriffe gegen die siebenbürgische römisch-katholische Kirche begann schon in 1922. Deren Urheber und Führer war Universitätsprofessor Onisifor Ghibu in Cluj, der den Kampf in drei Richtungen einleitete. Erstens hinsichtlich der Auflösung des siebenbürgischen römisch-katholischen Status und der Konfiszierung dessen Vermögens, zweitens bezüglich der staatlichen Besitznahme des Vermögens der röm.-kath. Mönchsorden Rumäniens, drittens im Interesse der Lösung des, im Jahre 1927 zwischen dem Heiligen Stuhl und Rumänien geschlossenen Konkordates.

Die Rechtslage der Minderheitskirchen Rumäniens regeln: der am 9. Dezember 1919 in Paris unterzeichnete Minderheitsvertrag, die neue Verfassung von 1923 und das Kultusgesetz von 1928. Ausserdem bestimmt das im Jahre 1927 zustandegekommene und 1929 zum Gesetz erhobene Konkordat die Lage der römisch-katholischen Kirche im Staat und regelt das Ver-



hältnis Rumäniens zum Heiligen Stuhl, schliesslich ändert der Vertrag von 1932 mit dem Vatikan – dessen Lösung jetzt auf Initiative des Professor Ghibu, Metropolit Balan und Universitätsprofessor Puscariu von Ministerpräsident Tatarescu verlangen – die Organisation und den Wirkungskreis des Siebenbürger römisch-katholischen Status.

Das Konkordat, wogegen Professor Ghibu so heftig auftritt, wurde seinerzeit auf besonderen Wunsch König Ferdinands geschlossen. Ebenso bezeichnete der gewesene Ministerpräsident I. G. Duca, der mehrere Jahre hindurch Aussenminister im liberalen Regime war, als Redner der Opposition das Konkordat vom Standpunkt Rumäniens als überaus günstig. Und gelegentlich des Hinscheidens des Kardinals Gasparri, des gewesenen vatikanischen Staatssekretärs, sandte der rumänische Aussenminister Titulescu ein Beileidstelegramm an den Heiligen Stuhl, worin er des Konkordates mit folgenden Worten gedenkt: „Empfangen Euer Eminenz mein inniges Beileid zum Hinscheiden des Kardinals Gasparri. Rumänien wird es nicht vergessen, dass das Konkordat, welches sein Verhältnis zum Heiligen Stuhl so günstig regelt, die Unterschrift des illustren Verstorbenen trägt.“

Das Ungartum Siebenbürgens betreffend löste das Konkordat schmerzliche Wirkung aus. Dies drückte die Rede des Baron Johann Jósika in der Kammer gelegentlich der Ratifikation des Konkordates klar aus. Er zeigte darauf hin, dass dieses Konkordat das Oradeaer Bistum, welches König Ladislaus der Heilige gegründet hatte, weiterhin mit dem Satumareer Bistum in einer Personalunion verband, die 900 Jahre alten Bistümer von Alba-Iulia und Csanád dem kaum 100.000 Seelen zählenden București-er Erzbistum gegenüber in untergeordnete Lage versetzte, gemeinsame Vermögensverwaltung mit der griech.-katholischen Kirche anordnete, die mit der römisch-katholischen Kirche verschmolzenen Siebenbürger Armenier von den Ungarn trennt und den röm.-katholischen Bischöfen von rechts wegen nicht den Senatsitz sichert und indem es über die Grenzen der Kirchensprengel neue Verfügungen anordnet, ermöglicht, dass deren geschichtliche Grenzen Änderung erleiden können.

Ghibu leitet auch gegen alle ungarisch-katholischen Mönchsorden einen Angriff nach dem andern ein. Obwohl diese den

Anforderungen des Konkordates, sowie den konfessionellen Gesetzen in jeder Hinsicht entsprachen, verlangte Professor Ghibu von diesen Orden mit historischer Vergangenheit den Ursprung ihres Vermögens bis hinauf zu ihrer Gründung, also oft zurück bis zu den Königen des Árpádhauses, nachzuweisen.

Um die Bedeutung und Art der Angriffe Ghibu's gegen den römisch-katholischen Status zu begreifen, müssen wir uns vergegenwärtigen, dass das röm.-katholische Bistum von Siebenbürgen seiner geschichtlichen Entwicklung nach autonomisch regiert wurde. Das Grundprinzip seiner Autonomie war: Teilnahme des laischen Elementes in der Verwaltung des Bistumes. Um dieses gemeinsame Wirken zu ermöglichen, waren die Gläubigen des Sprengels im röm.-kath. Status organisiert. Ausser der Vermögensverwaltung waren die Schul- und Stiftungsfonds zu verwalten, die Leitung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten, sowie Verfügungen über die Unterrichts- und Erziehungsangelegenheiten und die Vertretung der Kirche nach aussen, die Hauptfunktionen des Siebenbürger röm.-katholischen Status.

Gegen diese Autonomie erhob Professor Ghibu die Anklage, dass der Siebenbürger römisch-katholische Status einen Staat im Staate bildet und als solcher irredentistischen Zielen dient. Infolge dieser Anklagen schloss der rumänische Staat mit dem Heiligen Stuhl den Vertrag vom Jahre 1932, welcher dem röm.-kath. Status, dessen Existenz durch die Agrarreform ohnehin angegriffen war, den Wirkungskreis einschränkte und selbst dessen Namen änderte.

Die neueste, von Metropolit Baian und Professor Puscariu vertretene Aktion fordert nun die Wegnahme dessen, was die Agrarreform noch liess: die von 11.717 kat. Joch Ackerbau- und Waldbesitz zurückgebliebenen 2974 Joch Ländereien und die wertvollen Gebäude des Status, welche dieser in Cluj errichten liess.

Am Skt. Nikolaustag, am Tage des 6. Dezember, wurde auf Veranlassung des Verbandes „Fratia ortodoxe române“ (Orthodoxe Rumänische Bruderschaft), dessen Präsident der Clujer Universitätsprofessor Sextil Puscariu ist, in 9000 Siebenbürger orthodoxen Kirchen gegen das Konkordat gepredigt und Gleichzeitig sind Unterschriftsbögen für einen Beschluss-

antrag aufgelegt worden, in welchem die Forderung nach Kündigung des Konkordates mit dem Heiligen Stuhl erhoben worden ist.

Die Denkschrift wurde von 560.000 gr.-or. Rumänen unterschrieben und die Unterschriften sind von der Abordnung in zwei umfangreiche Bände gebunden, dem Ministerpräsidenten unterbreitet worden.

In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, dass,

1. die Frage des katholischen Status nicht als eine katholische Frage, sondern als ein Staatsproblem betrachtet werden solle ;

2. dass diese Frage keine aussenpolitische Frage, sondern eine Frage der Innenpolitik Rumäniens sei ;

3. die Regierung habe das Recht und auch die Pflicht, das Problem des katholischen Status so zu lösen, wie das die Interessen des rumänischen Staates erheischen.

Demzufolge wird gefordert :

1. Die Regierung möge unverzüglich verfügen, dass das gesamte, bei der Clujer Staatsanwaltschaft befindliche Material in bezug auf den katholischen Status unverzüglich dem Ministerrat unterbreitet werde, damit dieser davon Kenntnis erhalte und die nötigen Massnahmen treffe.

2. Die Regierung möge, im Besitze der Denkschrift und des bei der Clujer Staatsanwaltschaft vorliegenden Materials, ohne Versäumnis das Konkordat mit dem Vatikan kündigen und verfügen, dass das Vermögen des katholischen Status der Universität von Cluj, dem rumänischen Staat und dem röm. kath. Bistum von Alba Julia übergeben werde.

Gleichzeitig soll dem strafrechtlichen Verfahren gegen diejenigen Personen, gegen die das Anklagematerial bei der Clujer Staatsanwaltschaft aufliegt, Raum gegeben werden. Ausserdem soll die ganze Angelegenheit dem Parlament vorgelegt werden. Zum Schluss wird in der Denkschrift noch gefordert, dass sowohl die Frage des Statusvermögens, wie auch des Konkordates dem Kassationshof zur Entscheidung unterbreitet werde.

Monsieur G. Szüllő **attaque la politique de Monsieur** **Benès au Parlement de Prague.**

Dans sa séance du 6 novembre 1934, la Chambre des députés de Prague s'est occupée des exposés de la politique étrangère du Président du Conseil et du Ministre des Affaires étrangères, ainsi que de l'exposé sur la situation financière du Ministre des Finances.

Dans son discours, Monsieur le député Szüllő, Président de l'association des députés minoritaires, critique, tout d'abord les fictions contenues dans le projet de budget. Et il explique la corrélation qui existe entre la politique étrangère et le commerce extérieur du pays.

Monsieur Szüllő a une grande routine politique car il est député depuis 34 ans. Il avait déjà été député avant la guerre, comme représentant d'un département de la Croatie.

Après avoir terminé son examen critique, il continue comme suit :

„Je veux m'occuper des exposés politiques du Président du Conseil et du Ministre des Affaires étrangères. Je serais plus impartial qu'eux, sans vouloir mettre en doute les grandes aptitudes de ces deux hommes politiques. Les qualités du Ministre Benès ont, d'ailleurs, dépassé les frontières de notre pays. Je considère donc avec respect toutes ces grandes qualités, mais je constate que pour le pays même, elles ne signifient pas grand'chose. L'Etat est comme un grand orchestre symphonique, où la baguette du chef d'orchestre indique toutes les nuances nécessaires. Mais il est anormal que dans un orchestre un des musiciens joue trop fort, car l'audition en est troublée.

A maintes reprises, j'ai déclaré que notre Ministre des Affaires étrangères fait figure aux yeux du Monde, en se mêlant à toutes les questions internationales, d'un ministre espérant devenir Chancelier d'Europe. Elles relèvent, peut-être, son prestige, mais elles mettent la République dans une situation souvent très grave.

Il ne faut pas oublier que nous sommes une nation démocratique, une nation de paix, et que notre peuple veut se tenir à l'écart de tout conflit. Pour cela, je suis obligé de protester,

au nom de la nation, de la politique étrangère, qui, en suivant la politique d'une grande puissance, contrecarre les intérêts d'une autre grande puissance, et met ainsi en péril notre politique de paix. Cette politique est un grand danger pour nous tous, car l'expérience a démontré que dans les querelles entre grandes puissances, ce sont les petits pays qui en subissent les contre-coups.

Nous sommes une république démocratique où le gouvernement a le droit d'avoir des rapports avec tous les pays. Et il est bien juste que le Président du Conseil et le Ministre des Affaires étrangères croient nécessaires, pour le bien du pays, à une consolidation intérieure.

Dans les circonstances actuelles, il est absolument nécessaire que dans une république telle que la nôtre, on ne regarde pas la situation seulement du point de vue de Prague, mais aussi du point de vue de toutes les populations du pays, car, tous, nous devons avoir les mêmes droits, les mêmes devoirs. Et il faut que le Gouvernement pense à la prospérité de ces populations, car sans cela, la République ne répond plus aux buts pour lesquels elle a été créée."

Et continuant son discours, le député Szüllő parle des traités de Trianon et de Saint-Germain, en déclarant que, selon ceux-ci, une coopération économique est nécessaire entre les Etats tchécoslovaque, autrichien et hongrois. Puis, il examine les diverses résolutions des conférences de Portorose, de Gênes, de Genève, de Bucarest et de Varsovie. Et il entreprend l'examen des différents projets de Schober et de Tardieu. Résumant toutes ces conférences et tous ces projets, il arrive à la conclusion que cette coopération économique est impossible, à cause des divergences politiques de ces pays.

Il attaque le Ministre des Affaires étrangères de Tchécoslovaquie, car, au lieu de porter ses efforts à l'aplanissement de ces difficultés, il s'emploie à les augmenter. Après une déclaration de loyauté de la population minoritaire, il en arrive de nouveau à parler des difficultés politiques existant entre les Etats voisins.

Et il explique l'attitude de la presse du Ministère des Affaires étrangères par ce qui suit :

"Il n'a existé, à aucun moment, dans la politique extérieure du gouvernement, le désir d'aider une nation offensée et

fiévreuse. Mais on a essayé de généraliser, et les actions d'individus irresponsables ont été expliquées comme étant le crime de toute une nation. Lorsqu'on a parlé d'une contrebande d'armes, la presse officielle de Tchécoslovaquie a essayé de démontrer que c'était une action concertée par le gouvernement hongrois. Lors de l'affaire de la falsification des francs, qui a été l'oeuvre de quelques aventuriers privés, la presse tchécoslovaque a laissé sous-entendre que cette falsification provenait de la nation tout entière. Le prince Windisch-Graetz, qui a eu l'idée de cette falsification, peut être considéré indifféremment comme un Tchèque ou comme un Hongrois. Nous voyons maintenant dans la presse officielle comment on met sur le compte de la nation hongroise les terribles événements de Marseille. Quant à moi, je connais la question croate. Il y a 34 ans que j'ai été élu, pour la première fois, député en Croatie. J'ai été député de Muraköz à plusieurs reprises, aussi je connais bien la nation croate et ses aspirations, et ses ambitions, et aussi ses soucis actuels. Je sais quelle est la douleur de cette nation, et quelles sont ses privations. Mais je sais très bien aussi ce que signifie la suppression de toute la culture d'une nation par une autre nation. L'esprit des hommes est comme l'air : lorsqu'on le comprime, sa force d'expansion augmente. Je n'ai pas peur de parler ouvertement, car je connais le peuple croate. Et je veux montrer l'absurdité dont témoigne le quotidien „Prager Presse“, journal officiel du gouvernement, qui déclare que des officiers hongrois, suivant en cela l'ordre de leur gouvernement, ont fait des exercices de tir en uniforme avec les émigrés croates et macédoniens dans le camp de Jankapuszta. De même que je n'ai jamais cru, autrefois, les allégations des journaux „Apis“ et „Este“, annonçant que le roi Alexandre, avant de devenir roi de Yougoslavie, aurait exercé des officiers serbes dans les parcs de Topcsider à préparer des attentats contre des généraux autrichiens, de même je ne crois pas non plus maintenant cette affirmation.

Le peuple hongrois sait être patient et sait être courageux, mais ne sait pas être stupide. Par contre, les journalistes qui ont inventé cela de toutes pièces doivent être stupides. Ce n'est pas aller sur la voie de la coopération économique que d'accuser les Hongrois, à cause des explosions d'exaspération des Croates et des Macédoniens. De pareilles choses empêchent

aussi la réconciliation politique, mais le gouvernement ne s'emploie pas à remédier à cet état de chose.

Si nous examinons la presse mondiale et la presse de la paix, nous voyons que le contenu de cette presse est toujours le même, et que toutes ces nouvelles proviennent d'une agence de presse existant à Prague et qui s'appelle „Ceps.“

Si je lis l'article de Monsieur Pertinax, connaissant ses relations avec l'Etat-Major français et ses connexions tchèques, et si j'examine les articles qui ont été publiés dans „Paris-Soir“, je vois que ces articles ont paru à la même date dans la „Prager Presse.“ Tout le monde peut voir ainsi les intentions de ceux qui ne désirent pas cette réconciliation, mais qui ont pour but de mettre la Hongrie à l'index, et de lui enlever toutes les sympathies. La minorité hongroise, en protestant contre ces insinuations, veut être le lien entre la Tchécoslovaquie et la Hongrie. Mais elle ne veut pas travailler à élever les fondations avec ceux qui sapent en secret les mêmes bases. La collaboration entre les deux pays est absolument nécessaire.“

Poursuivant son discours, le député Szüllő s'occupe de la question minoritaire. Il polémique sur le rôle tenu à Genève par Monsieur Benès, et il cite une déclaration de ce dernier qui affirme que les (minorités) indignes n'ont pas le droit de se mêler à la question minoritaire.

„... Si les „indignes“ n'ont pas le droit de parler de cette question, continue Monsieur Szüllő, Monsieur Benès n'en a pas non plus l'autorisation, car je constate que ni au point de vue de la forme, ni au point de vue du fond, les obligations fixées par le traité des minorités ne sont remplies : nous n'avons ni une presse libre, ni des écoles suffisantes en proportion à notre nombre, ni des écoles supérieures. Et nous n'avons même pas les droits qui ont été fixés par les signataires du traité des minorités de Saint-Germain-en-Laye !“

Die zum Völkerbund seit 1930 eingereichten ungarischen Petitionen und deren Erledigung.

Im Jahre 1931 erschien von *Herbert von Truhart* ein mächtiges Werk, betitelt *«Völkerbund und Minderheiten Petitionen»*, worin die bis Februar 1931 zum Völkerbund eingereichten Pe-

tionen, darunter natürlich auch die von ungarischer Seite eingelangten, bekanntgegeben sind. Truhart ergänzte die Materie dieses Werkes im Juniheft 1934 der Zeitschrift „Nation und Staat“ mit der Bekanntgabe der von deutscher Seite von Februar 1931 bis Ende Dezember 1933 eingelangten Petitionen, im neulich erschienenen Jännerheft der selben Zeitschrift sind nun auch die Petitionen vonseiten anderer Nationen während des selben Zeitraumes bekanntgegeben.

Diesem Bericht entnehmen wir die nachfolgende Aufzählung der ungarischen Petitionen.

Nachträge.

1. Rumänien

a) *Petition der Vertreter der Szekler vom 25. Juni 1929* mit Zusatzpetitionen vom 15. und 23. Dezember 1929, 13. Mai und 27. Juli 1930 (S. 147/148).

Beschluss des *Dreierkomitees* (Hussein Ala-Persien, William Malkin-England, Joh. Ludwig Mowinckel-Norwegen) vom 26. Januar 1931: die Angelegenheit *auf die Tagesordnung des Rates* zu setzen (C. 169, 1931, 1).

Übermittlung des Gesamtmaterials an die Ratsmitglieder am 10 April 1931 (C. 174, 1931, 1).

Schreiben der rumänischen Regierung vom 15. Mai 1931: Mitteilung über die Aufnahme direkter Verhandlungen mit den Petenten und Ersuchen um Vertagung der Behandlung durch den Rat.

Übermittlung des Schreibens an die Ratsmitglieder am 16. Mai 1931 (C. 347, 1931, 1).

Ratsbeschluss vom 21. Mai 1931 (63. Session):

Annahme des Berichtes vom Yoshizawa-Japan – Vertagung der Frage auf die September-Session des Rates. (J. O. 12, Nr. 7, S. 1118.) (Über die weitere Behandlung der Beschwerde siehe unter „Neueingegangene Eingaben“.¹

b) *Pétition du Parti Hongrois de Roumanie etc. (Schulpetition) vom 25. Mai 1930 (S. 148):*

„Lettre“ des *Fünferkomitees* (T. Roediger-Deutsches Reich, R. Massigli Frankreich, Hussein Ala-Persien, J. Lopez Oliven-

¹ Vgl. auch meinen Aufsatz „Die Szekler Beschwerde vor dem Völkerbund“ in „Nation und Staat“, Februar-Heft 1933, S. 272.

Spanien, T. Zumeta-Venezuela) vom 14. September 1931 über seinen

Beschluss vom 14. September 1931, die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 30. September 1931 (C. 649, 1931, 1).

c) *Petition du Parti Hongrois en Roumanie (Schulpetition) vom 2. September 1930 (S. 149)*:

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (Alexander Todogan-England, José Matos-Guatemala, Rolf Andvord-Norwegen) vom 29. September 1931 über seinen

Beschluss vom 20. Mai 1931: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 10. Oktober 1931 (C. 680, 1931, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 1. S. 157, *veröffentlicht*.

2. Tschechoslowakei.

a) *Pétition concernant le recensement de 1930 signée par le Dr. Szüllő Géza et quatorze autres députés et sénateurs vom 18. November* (nicht vom 1. Dezember!) 1930 (S. 152):

„Observations“ der tschechoslowakischen Regierung vom 30. März 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 2. April 1931 (C. 217, 1931, 1).

Beschluss des *Dreierkomitees* (Alexander Todogan-England, Sean Lester-Irland, J. M. Barreto-Peru) vom 22. Mai 1931: ergänzende Informationen einzuholen.

„Lettre“ des *Dreierkomitees* vom 21. November 1931 über seinen *Beschluss vom 25. September 1931*: es nicht für notwendig zu erachten, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 26. November 1931 (C. 917, 1931, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 6. S. 1111, *veröffentlicht*.

3. Jugoslawien.

a) *Petition Emeric Prokopy vom 3. April 1930 (S. 153)*:

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (F. Sokal-Polen, A. Lerroux-Spanien, T. Zumeta-Venezuela) vom 19. Mai 1931 über seinen

Beschluss vom 14. April 1931: es nicht für notwendig zu erachten, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 5. Juni 1931 (C. 407, 1931, 1).

b) *Petition Emeric Prokopy vom 8. September 1930 (S. 154): „Lettre“ des Dreierkomitees (T. Zumeta-Venezuela, A. Lerroux-Spanien, F. Sokal-Polen) vom 19. Mai 1931 über seinen*

Beschluss vom 14. April 1931: es nicht für notwendig zu erachten, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 5. Juni 1931 (C. 410, 1931, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 2, S. 309, veröffentlicht.

Neueingegangene Eingaben.

1. Rumänien.

1. Pétitions des représentants des descendants des membres de l'ancien régiment garde frontière des Sicules.

Weitere Zusatzeingaben zur Petition vom 25. Juni 1929.

a) 29. August 1931. Gez. Dr. Györgypál Domokos,
Dr. Pál Gábor, Bartalis Ágoston
Dr. Bocskor Béla.

Gegenstand: Seit der negativ verlaufenen Konferenz am 19. Juni 1931 sei keine neue Berufung der Petenten zu Verhandlungen erfolgt.

Schreiben der rumänischen Regierung vom 30. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 2. September 1931 (C. 523, 1931, 1).

Ratsbeschluss vom 4. September 1931 (64. Session):

Annahme des Berichtes vom Yoshizawa-Japan — in der Hoffnung auf eine Verständigung der rumänischen Regierung mit den Petenten die Behandlung der Frage auf die Januar-Session 1932 zu vertagen. (J. O. 12, Nr. 11, S. 2043.)

b) 31. August 1931. Gez. Dr. Pál Gábor, Député.

Gegenstand: Einspruch gegen das Communiqué der rumänischen Telegraphenagentur vom 28. August 1931. demzufolge für die strittige Rechtsfrage nur die rumänischen Gerichte zu-

ständig seien: Mitteilung über das negative Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierungskommission am 29. August 1931.

c) 17. Dezember 1931. *Gez. Dr. Györgypál Domokos,
Dr. László Dezső, Dr. Pál Gábor.*

Gegenstand: Mitteilung über das negative Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierungskommission am 10. Oktober und 4. November 1931; die Vernichtung der Wälder würde fortgesetzt.

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 20. Januar 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 23. Januar 1932 (C. 92, 1932, 1).

Ratsbeschluss vom 29. Januar 1932 (66. Session):

Annahme des Berichtes von Sato-Japan: Zusammenfassung der Angelegenheit; Betonung des Standpunktes der rumänischen Regierung, dass die Petenten vor der Befassung des Völkerbundes die staatlichen Rechtsmöglichkeiten hätten erschöpfen müssen; hier läge eine juristische Vorfrage vor, zu der ein Gutachten der Haager Cour erforderlich wäre, aus praktischen Gründen sei jedoch das Gutachten eines Juristenkomitees vorzuziehen, mit dessen Besetzung der Ratspräsident zu betrauen wäre; Vorschlag auf Vertagung der Behandlung der Angelegenheit bis zur nächsten Ratssession. (J. O. 13, Nr. 3, S. 492, 665.)

Gutachten des Juristenkomitees vom 9. April 1932:

Bestand: Matos (Vorsitzender), Basdevant, Goeppert, Pedroso, Perne, Pilotti u. a.: Die Einreichung einer Petition und die Befassung des Völkerbundes mit einer Beschwerde sei als unabhängig von der Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmöglichkeiten zu erachten.

Übermittlung des Gutachtens an die Ratsmitglieder am 13. April 1932 (C. 366, 1932, 1).

Ratsbeschluss vom 21. Mai 1932 (67. Session):

Annahme des Berichtes von Nagaoka-Japan: zunächst zum Gutachten nicht Stellung zu nehmen, den Berichterstatter mit den Vertretern Norwegens und Englands aufzufordern, in Verhandlungen mit der rumänischen Regierung eine praktische Lösung der Frage anzustreben und zur September Session einen Bericht darüber vorzulegen. (J. O. 13, Nr. 7, S. 1238.)

Verhandlungen des neuen Komitees mit der rumänischen Regierung im Juni und September 1932.

Ratsbeschluss vom 27. September 1932 (68. Session):

Annahme des Berichtes von Nagaoka-Japan; enthaltend einen in den Verhandlungen mit der rumänischen Regierung erzielten praktischen Lösungsvorschlag: unter Ausschaltung der Rechtsfrage wird bei Wiedererrichtung der Administration der „Biens Ciuc“ ihr ein Teil der Güter wiedergegeben, die Ansprüche der Angestellten werden befriedigt. (J. O. 13, Nr. 11, S. 1738.)

2. Pétition concernant la situation des anciens fonctionnaires des «Biens privés» de l'arrondissement de Ciuc en Transylvanie.

August (?) 1931.

Gez. D. André Gaal,

le dernier Directeur des „Biens privés“.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 27. Oktober 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 11. November 1931 (C. 832, 1931, 1).

„Lettre“ des Dreierkomitees (R. Massigli Frankreich, Chr. L. Lange-Norwegen, E. H. Carr-England) vom 6. Juli 1932 über seinen

Beschluss vom 6. Juli 1932: die Prüfung abzuschliessen und den Ratsberichterstatter zu bitten, in seine Verhandlungen mit der rumänischen Regierung, betreffend die Szekler Angelegenheit, auch diese Frage miteinzubeziehen.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 12. Juli 1932 (C. 547, 1932, 1).

3. Pétition relative aux manuels scolaires d'état en Roumanie.

Cluj, 25. August 1931.

Gez. au nom du Parti Hogrois

Dr. Pál Gábor, Député, Arthur

de Balogh, Membre du Conseil

Présidentiel, ancien sénateur.

Gegenstand: Gebrauch ungarfeindlicher Schulbücher

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 16. Dezember 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 21. Dezember 1931 (C. 996, 1931, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (R. Massigli-Frankreich, J. Lopez Olivan Spanien, Rolf Andvord-Norwegen) vom 19. Februar 1932 über seinen

Beschlus vom Februar (?) 1932 : die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 5. März 1932 (C. 309, 1932 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 6, S. 1109, *veröffentlicht*.

4 *Pétition concernant la situation scolaire de la minorité hongroise en Transylvanie.*

Cluj, 25 August 1931.

Gez. au nom du Parti Hongrois
Dr. Pál Gábor, Député, Arthur
de Balogh, Membre du Conseil
Présidentiel, ancien sénateur.

Behandlung durch den Völkerbund :

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 11. April 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 9. Mai 1932 (C. 387, 1932, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (José Matos Guatemala, C. Roediger-Deutsches Reich, Pelayo G. Olay-Spanien), gez. am 19. und 21. Dezember 1932, über seinen

Beschluss vom Dezember (?) 1932 : die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 3. Januar 1933 (C. 1, 1933, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 14, Nr. 3, S. 428, *veröffentlicht*.

5. *Pétition – Mémoire sur la méthode suivie par le Comité des Trois et le Gouvernement roumain ayant pour but de réfuter la plainte adressée par les Sicules (Hongrois) à la Société des Nations.*

Genf, 4. Oktober 1932.

Gez. André Tamás.

Behandlung durch den Völkerbund :

Die Petition wurde auf Grund der Bestimmungen vom 5. September 1923 zum Verfahren *nicht* zugelassen.

6. *Pétition :*

Genf, 8. Dezember 1932.

Gez. au nom de la „Ligue Hongroise de Budapest pour la Révision pacifique de Traités“
André Tamás.

Gegenstand: Ausschreitungen rumänischer Studenten im November 1932.

Behandlung durch den Völkerbund:

Die Petition wurde auf Grund der Bestimmungen vom 5. September 1923 zum Verfahren *nicht* zugelassen.

7. *Pétition concernant la situation des anciens fonctionnaires et pensionnés de l'Administration des «Bien privés» de Ciuc.*

März (?) 1933.

Gez. Dr. André Gaal,

le Directeur des „Biens privés“ de Ciuc.

Gegenstand: Nichtdurchführung des Ratsbeschlusses vom 27. September 1932.

Behandlung durch den Völkerbund:

Schreiben der rumänischen Regierung vom 14. Juli 1933. Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 21. Juli 1933 (C. 433, 1933, 1).

8. *Pétitions:*

a) Budapest, 31. Mai 1933 (Telegramm).

b) Budapest, 9. Juni 1933.

c) Cluj, 25. Juni 1933.

d) Genf, 30. Oktober 1933.

Gez. Gustave de Kővér, Vice-Président de la Section Bihar du Parti Hongrois de Roumanie et membre du Comité directeur de ce Parti.

e) Gez. Comte Georges Bethlen
Président du Parti Hongrois
de Roumanie.

Gegenstand: Nichtanerkennung der rumänischen Staatsangehörigkeit und Ausweisung; mit Schreiben vom 25. Juni 1933 schliesst sich die Partei der Petition an.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ vom 9. August 1933 und Schreiben der rumänischen Regierung vom 16. November 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 16. August 1933 (C. 471, 1933, 1) und 12. Dezember 1933 (C. 668, 1933, 1).

9. *Pétition concernant la situation de la minorité hongroise en Transylvanie.*

Budapest, 31. Juli 1933.

Gez. La Fédération Nationale hongroise
Baron Sigismund
Perényi, Président.

Gegenstand: Ausschreitungen anlässlich antirevisionistischer Versammlungen gegen die magyarische Bevölkerung Siebenbürgens.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 23. Oktober 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 26. Oktober 1933 (C. 615, 1933, 1).

„Lettre“ des Dreierkomitees (R. A. Amador-Panama, Keithh Officer-Australien, Tomaso Perassi-Italien), gez. am 16., 21. und 22. Februar 1934, über seinen

Beschluss vom 19. Januar 1934: die Prüfung abzuschliessen, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 27. Februar 1934 (C. 108, 1934, 1).

10. *Pétition concernant l'interdiction du journal «Erdélyi Magyar Szó» à Oradea-Mare.*

Oradea, 12. August 1933.

Gez. Árvay Árpád, Daróczy Kiss Lajos.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 23. Oktober 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 25. Oktober 1933 (C. 612, 1933, 1).

11. *Pétition:*

Biharkeresztes, 18. August 1933.

Gez. Emeric Dóczy.

Gegenstand: Seine Ausweisung aus Rumänien.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der rumänischen Regierung vom 8. November 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 14. November 1933 (C. 639, 1933, 1).

2. Tschechoslowakei.

1. *Pétition de la «Fédération des Partis Hongrois de la Russie subcarpathique».*

April (?) 1931.

Gez. Dr. Korláth, Hokky.

Gegenstand: Ausweisung des Redakteurs Ladislaus Szántóó und anderer führender Magyaren.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der tschechoslowakischen Regierung vom 14. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 20. August 1931 (C. 493, 1931, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (Alexander Cadogan-England, R. Massigli-Frankreich, J. M. Barreto-Peru) vom 2. Dezember 1931 über seinen

Beschluss vom 16. September 1931: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 10. Dezember 1931 (C. 906, 1931, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 4, S. 961, *veröffentlicht*.
2. *Pétition*:

Bratislava, 14. Mai 1931.

Gez. *Alex. Szende*.

Gegenstand: Nichtanerkennung seiner tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der tschechoslowakischen Regierung vom 14. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 20. August 1931 (C. 492, 1931, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (W. E. Beckett-England, R. Massigli-Frankreich, J. M. Barreto-Peru), gez. am 6., 7. und 11. November 1931, über seinen

Beschluss vom 16. September 1931: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 2. Dezember 1931 (C. 903, 1931, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 1, S. 183, *veröffentlicht*.
3. *Pétition*:

Mukacevo, 20. August 1931.

Gez. *Langer Eden* und 17 weitere Unterschriften.

Gegenstand: Ihre Entlassung als Eisenbahnbeamte ohne Pensionszuerkennung.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der tschechoslowakischen Regierung vom 21. Juni 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 22. Juni 1932 (C. 532, 1932, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (José Matos-Guatemala, M. Pedroso-Spanien, Rolf Andvord-Norwegen) vom 26. Mai 1933 über seinen

Beschluss vom 26. Mai 1933: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 31. Mai 1933 (C. 367, 1933, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 14, Nr. 10, S. 1120, *veröffentlicht*.

4. *Pétition du journal «Prágai Magyar Hirlap» concernant sa suspension pour trois mois, décrétée en septembre 1933 par les autorités thèques.*

Prag, 10. Dezember 1933 (Telegramm).

Behandlung durch den Völkerbund:

3. Jugoslawien.

1. *Pétition*:

12. April 1931.

Gez. *Sigmund Pálfi*.

Gegenstand: Seine Entlassung als Beamter ohne Pension.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 5. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 14. August 1931 (C. 485, 1931, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (C. Roediger-Deutsches Reich, R. Massigli-Frankreich, J. M. Barreto-Peru), gez. am 20. und 28. Oktober 1931, über seinen

Beschluss vom Oktober (?) 1931: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 7. November 1931 (C. 806, 1931, 1).

Das „Lettre“ ist im J. O. 13, Nr. 1, S. 184, *veröffentlicht*.

2. *Pétitions relatives à la situation de la minorité hongroise en Yougoslavie (écoles normales, enseignement primaire et secondaire).*

Zusatz eingaben zu den *Pétition* vom 15. und 27. Mai 1930, 2. Juni 1930 (S. 154).

Budapest, a) 8. Mai 1931.

b) 20. Mai 1931.

c) 18. Juni 1931. Gez. *Emeric Prokopy* und 4
weitere Unterschriften.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 27. Dezember 1931 und 21. Januar 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 9. und 22. Januar 1932 (C. 23 und C. 84, 1932, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (W. W. Yen-China, J. Lopez Olivan Spanien, E. Raczynski-Polen) vom 2. Mai 1932 über seinen
Beschluss vom 2. Mai 1932: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 9. Mai 1932 (C. 452, 1932, 1).

3. *Pétition concernant les associations culturelles de la minorité hongroise.*

Budapest, Juni 1931.

Gez. *Emeric Prokopy*.

Gegenstand: Systematische Unterdrückung des kulturellen Lebens der Magyaren.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 6. Januar 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 13. Januar 1932 (C. 44, 1932, 1).

4. *Pétition relative à l'usage de la langue hongroise en Yougoslavie.*

Budapest, 5. November 1931.

Gez. *Emeric Prokopy*.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 8. April und 20. Mai 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 16. April 1932 (C. 386, 1932, 1) und 25. Mai 1932 (C. 496, 1932, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (J. Fouques Duparc-Frankreich, C. Roediger-Deutsches Reich, Th. Gwiazdowski-Polen), gez. am 26. und 28. November 1932, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 30. November 1932 (C. 812, 1932, 1).

5. *Pétition relative à la situation de la minorité hongroise (création d'associations politiques et participation aux élections).*

Budapest, 6. Dezember 1932. Gez. Emeric Prokopy.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 15. Mai 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 18. Mai 1933 (C. 310, 1933, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (Thomas Coyne-Irland, Hoo Chi-Tsai-China, L. Kulski-Polen), gez. am 20., 21. und 23. November 1933, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung abzuschliessen, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 28. November 1933 (C. 655, 1933, 1).

6. *Pétition relative à la situation de la minorité hongroise en ce qui concerne la création d'associations d'éducation physique.*

Budapest, 10. Dezember 1932. Gez. Emeric Prokopy.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 9. Juni 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 15. Juni 1933 (C. 381, 1933, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (F. Castillo Najera-Mexiko, Thomas Coyne-Irland, L. Kulski-Polen), gez. am 20., 21. und 25. November 1933, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung abzuschliessen, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 28. November 1933 (C. 653, 1933, 1).

7. *Pétition relative à la situation de la minorité hongroise (enseignement en langue officielle dans les divisions minoritaires hongroises).*

Budapest, 15. Dezember 1932. Gez. Emeric Prokopy.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 6. Mai 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 10. Mai 1933 (C. 275, 1933, 1).

„Lettre“ des *Dreierkomitees* (Thomas Coyne-Irland, Hoo Chi-Tsai China, L. Kulski-Polen), gez. am 20., 21. und 23. November 1933, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre“ an die Ratsmitglieder am 28. November 1933 (C. 654, 1933, 1).

8. *Pétition relative à la question de l'église catholique romaine de Senta.*

Senta, 31. Januar 1933. Gez. Dr. *Léon de Deák* und 9 weitere Unterschriften.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations“ der jugoslawischen Regierung vom 26. August 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 4. September 1933 (C. 493, 1933, 1).

Eine Erklärung.

Im Maiheft des Jahrganges 1933 der Zeitschrift „*Glasul Minorităților*“ machte ich Herrn Dr. Schmidt-Rohr in einem offenen Brief darauf aufmerksam, dass das Unterrichtswesen im Szatmárgebiet durchaus nicht mit den Prinzipien im Einklang steht, welche er in seinem ausgezeichneten Werke verkündet und diese Divergenz durch das Gauamt nicht nur gebilligt, sondern auch gefordert wird.

In meinem Brief schrieb ich unter anderem:

„Wenn Herr Doktor das Szatmárgebiet besuchen und in Gesellschaft des Herrn Winterhofen, oder einer anderen bezahlten Person dort Umschau halten, ohne Kenntnis der ungarischen Sprache, so werden Sie wirklich den Eindruck gewinnen, dass wir ungarische Führer Lügner und Imperialisten sind. Denn unbestreitbar sind dort noch heute Gemeinden ganz deut-

schen Geistes und deutscher Mundart und Gemeinden mit teilweise deutscher Bevölkerung, die diese Sprache bewahren wollen. Dies haben wir niemals bestritten und wollten auch niemals, dass in diesen ungarisch unterrichtet werde. Den deutschen Unterricht fanden wir in diesen Gemeinden ebenso natürlich, wie in den deutschen Gemeinden des Banates. Wir verwahren uns nur davor, dass in jenen Gemeinden, deren Bevölkerung ganz magyarisiert ist, *wo die deutsche Sprache nicht nur nicht gewünscht wird, sondern gegen deren Einführung wiederholt und mit Bestimmtheit Einsprache erhoben wurde, dort einige bezahlte Leute hergenommen wurden um Gesuche einzureichen, worauf dann die rumänischen Behörden Eltern und Kindern mit ungarischer Sprache Schulen aufzwingen, worin »der Unterricht ein Verbrechen am Kinde wird.«*

•

Herr Rudolf Brandsch schrieb an meinen Freund Dr. Josef Willer am 1. Oktober 1934 unter anderen folgende Zeilen:

„In Beantwortung der im Brief gestellten Frage erkläre ich hiemit, dass Herr Winterhofen seine im Dienste des Szatmárer Schwabenvolkes geleistete Arbeit selbstlos, ja unter materiellen Opfern seinerseits seit Jahren leistet und keinen, wie immer gearteten materiellen Nutzen aus dieser Arbeit zieht und gezogen hat.“

Herr Dr. Richard Csaki schrieb am 11. Jänner 1935 ebenfalls an Dr. Willer wie folgt:

„Ich bestätige hiemit, dass Herr Dr. Winterhofen aus seiner Arbeit für das Volkstum der Szatmárer Schwaben keine materiellen Vorteile, kein Gehalt usw. bezieht.“

•

Nachdem ich mich durch diese Erklärungen davon überzeugt habe, dass Herr Winterhofen weder Angestellter der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft Szatmár ist, noch auch in seiner Eigenschaft als Obmann der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft Szatmár Bezahlung bezieht, erkläre ich hiemit, dass die Ausdrücke „bezahlte Personen“ nur auf Grund falscher Informationen in meiner Antwort an Herrn Dr. Schmidt-Rohr – im Maiheft des „Glasul M'norităților“ – vorkommen. Obwohl ich auch so nicht mit der Anwendung dieser Ausdrücke beleidigen wollte, gebe ich dennoch zu, dass sie im Zusammenhange des Sinnes meiner Antwort einen beleidigenden Klang

haben können, ziehe sie infolgedessen hiermit zurück und erkläre nochmals, dass ich Herrn Winterhofen in keiner Weise beleidigen wollte.

Lugoj, 30. Januar 1935.

Dr. Elemér Jakabffy.

Declarația Partidului Maghiar și „Universul.”

Revista noastră a publicat în ultimul număr anul trecut declarația Partidului Maghiar pe care d-l Dr. Willer a înaintat-o în camera.

Sunt foarte caracteristice articolele cari se ocupă cu această declarație în numărul de 14 Decembrie a ziarului „Universul.” Le prezintăm mai jos ci cititorii noștri vor căuta după ore-o legătură între astfel de articole și declarație.

*

Un reprezentant al partidului minoritar maghiar, cu prilejul discuțiunii mesajului tronului, a propus o anchetă parlamentară, din care să facă parte delegații tuturor partidelor politice, care să examineze propunerile ce se vor prezenta, pentru a asigura minorităților etnice din România... „o viață suportabilă și o conviețuire armonică cu poporul majoritar al acestei țări”.

Aceasta propunere nu-și are alt rost decât acela de a provoca discuții în jurul situației minorităților din România, care să fie apoi exploatate de revizioniștii din Budapesta, împotriva noastră.

Nu este nevoie de o anchetă parlamentară în această chestiune, de oarece toate partidele politice, prin reprezentanții lor autorizați din parlament, cunosc foarte bine situația minorităților etnice și au fixat, în programe, punctul lor de vedere. Dacă reprezentanții maghiare au ceva de comunicat și de propus, în această privință, sunt liberi să o facă în Parlament, în cadrul obicinuit al desbaterilor publice.

Regimul minorităților din țara noastră n'are nevoie să fie modificat când el asigură tuturor cetățenilor români, indiferent de origina lor etnică și de credință religioasă, aceleași drepturi și datorii, ca și cetățenilor majoritari români.

S'a constatat în cei 16 ani dela unirea Ardealului și Ba-

natului cu vechiul regat, că, atât din punct de vedere economic, cât și din punctul de vedere cultural s'au realizat progrese evidente în aceste teritorii din cauza noilor condiții create de evenimentul istoric din 1918. Dacă sub fostul regim asupritor maghiar, teritoriile dintre Tisa și Carpați nu s'au putut dezvolta economic și ele au fost numai exploatate ca o colonie, sub regimul nostru, industria și comerțul au progresat mai mult decât industria și comerțul din vechiul regat în beneficiul minorităților, în primul rând, de oarece populația covârșitoare românească se ocupă cu agricultura.

În domeniul cultural noi am asigurat acestor minorități toate mijloacele și posibilitățile de dezvoltare.

În cazul acesta propunerea formulată de reprezentantul partidului maghiar în Camera română cu privire la o anchetă parlamentară făcută cu scopul de a examina și soluționa problemele minoritare, nu-și găsește justificarea în cadrul intereselor statului român, ci în cadrul intereselor străine. Reamintim că în timpul din urmă, atât contele Bethlen, fostul prim ministru al Ungariei, cât și d. Tibor Eckhardt, primul delegat al Ungariei la Geneva, s'au ocupat de situația minorităților din România, Cehoslovacia și Iugoslavia, pe care au considerat-o "tragică". Cei doi campioni ai revizionismului au cerut reexaminarea problemei minorităților din aceste state.

Să fie oare o simplă întâmplare, că partidul maghiar din România, cere și el o reexaminarea a aceluiași probleme, sub forma unei anchete parlamentare?

Ungaria n'are nici dreptul, nici autoritatea morală, să se ocupe și să se amestece în afacerile noastre interne, când situația minorităților din această țară, este, în adevăr tragică.

„Wiener Neueste Nachrichten” — ziarul cel mai puțin favorabil Miciei Înțelegeri — scria zilele trecute într'un articol, că situația minorității germane este departe de a fi satisfăcătoare, de oarece în toate comunele germane sunt școli maghiare, sau mixte și ceea ce este mai grav, „administrația și tribunalele opun o extremă rea voință revendicărilor legitime ale germanilor.”

Ziarul austriac a pomenit și de condamnarea secretarului Uniunii culturale a germanilor din Ungaria la trei luni de închisoare de oarece a dezaprobat maghiarizarea numelor de familie germane.

Situația minorităților română, cehă, slovacă și iugoslavă din Ungaria este mai tragică.

În asemenea condiții minoritățile maghiare din țările Micii Înțelegeri n'au dreptul să se plângă de situația lor actuală privilegiată.

În ședința de Marți a Camerei a vorbit la mesaj și d. Iosef Willer reprezentantul partidului maghiar.

Cu abilitatea care-l caracterizează d. Willer a făcut Camerei propunerea de a se institui o comisie de anchetă parlamentară asupra doleanțelor minorității maghiare.

Pretenția secretarului partidului maghiar se cere examinată.

Lăsăm la o parte că instituirea unei achete parlamentare nu se cere printr'un discurs la mesaj. Oricât ar fi la modă anchetele parlamentare — ca rezonanță, iar nu calitativ — totuși regulamentul Camerei prevede altă procedură pentru instituirea lor. Nefiind însă în intenția noastră să facem șicane d-lui Willer, nu insistăm asupra unei proceduri nereglementară în formă și destul de vicleană în fond.

Trebue să observăm însă că balonul de încercare lansat de d. Willer sub forma acestei propuneri, a fost inoportun dintr'un punct de vedere mai serios.

Se știe în adevăr că minoritățile se bucură în România de un regim mai civilizat decât în alte state și că dacă minoritatea maghiară n'a ajuns încă la un regim ideal de conviețuire în cadrul statului român, această nu e din vina noastră.

Când zilnic pornesc dela Budapesta săgețile unui revizionism pe cât de nejustificabil pe atât de agresiv, e greu să ni se pretindă o politică a minorităților mai egalitară chiar decât politica pe care o practică față de minoritățile lor alte țări care nici nu formează ținta atacurilor revizioniste.

Accentele de sinceritate pe care le a pus d. Willer în propunerea sa, la nici 24 de ore dela manifestările revizioniste dela Geneva ale d-lui Tibor Eckhard, au sunat destul de fals.

Vina nu e a d-lui Willer care e un abil orator; dar este cu siguranța a celor dela Budapesta.

Ceeace a impresionat însă în mod deosebit pe cei 30 40 de deputați cari au ascultat discursul d-lui Willer, a fost constatarea făcută de secretarul partidului maghiar că deseale schim-

bări de guvernare dela noi împiedică orice continuitate în tratarea problemelor de Stat.

Astfel de dojeni, oricât de discret și politicoș ar fi prezentate, devin extrem de usturătoare când vin din partea unui minoritar.

Obs.

Quelques condamnations.

Le rédacteur Vuchetich condamné à 6 mois de prison.

L'été passé, un article concernant les détournements faits par des fonctionnaires dans les divers emplois officiels de Transylvanie, paraissait dans le journal roumain „Patria“, quotidien officiel du parti national agrarien roumain de Transylvanie. Ce journal demandait une enquête serrée et la punition des coupables. Cet article fut reproduit par le journal minoritaire „Déli Hirlap“, dirigé par Monsieur Vuchetich.

Le procureur estima que l'article du quotidien minoritaire (intitulé : „On vole partout !“) portait atteinte à l'autorité de l'Etat. Le cas de ce rédacteur vint devant le tribunal, le 16 novembre 1934. Dans sa plaidoirie, Monsieur Vuchetich expliqua qu'il avait seulement reproduit l'article du journal „Patria“ comme l'avaient fait, d'ailleurs, environ 200 journaux roumains. Et il prouva que non seulement son journal, mais tous les journaux de la Roumanie dénonçaient tous les „affaires de Panama“ connues en Roumanie. Il indiqua comme exemples l'affaire de munitions Skoda, l'affaire du général Dumitrescu. Le tribunal n'accepta pas ce point de vue et condamna Vuchetich à 6 mois d'emprisonnement, à 10.000 lei d'amende et à 3 ans de privation de ses droits civiques.

Une institutrice condamnée à 3 mois de prison.

Dans la petite ville minoritaire de „Székelyhid“, l'Eglise protestante avait organisé un bal en faveur d'une œuvre de bienfaisance. L'institutrice Lill Milotay fut chargée de son organisation. A ce bal, elle portait une robe blanche et un insigne d'organisation violet. Mais au cours de cette soirée, elle adressa la parole à un habitant de la ville en question qui tenait

dans sa main un billet d'entrée vert. Or les couleurs du drapeau hongrois étant rouge, blanc, vert, un fonctionnaire, qui se trouvait dans la salle, crut devoir constater qu'entre ces deux personnes, les couleurs qu'elles portaient à elles deux formaient presque le drapeau hongrois.

Et l'institutrice, en tant qu'organisatrice du bal, fut condamné à 3 mois d'emprisonnement et à 5.000 lei d'amende pour irrédentisme.

Le rédacteur Louis Daroczi Kiss condamné à un mois d'emprisonnement et à 10.000 lei d'amende.

Sous le titre „Déclarations intéressantes de députés français sur l'Europe Centrale“, le rédacteur Louis Daroczi Kiss a inséré dans son journal, et cela sans aucun commentaire, les nouvelles publiées par toutes les agences de la presse d'Europe. Cette déclaration des députés français, n'ayant aucun caractère agressif, a paru dans tous les journaux d'Europe. Malgré cela, le Tribunal a estimé le rédacteur coupable et l'a condamné à un mois de prison, à 10.000 lei d'amende et à trois ans de privation de ses droits civiques.

Kundgebungen des Deutschtums in Rumänien.

In Siebenbürgen werden in allen grösseren Städten Volksversammlungen abgehalten, bei denen die deutsch-sächsische Wählerschaft in grossen Kundgebungen Verwahrung einlegt gegen die ständigen Angriffe der kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit des deutschen Volkes in Rumänien. Ähnliche Kundgebungen finden auch in den anderen Siedlungsgebieten statt.

Angesichts des im Banat herrschenden Belagerungszustandes, wurde der Obmann der Banater Deutschen Volksgemeinschaft von dem Vollzugsausschuss beauftragt, an den Ministerpräsidenten Tatarescu folgende Drahtschrift zu richten :

Seiner Exzellenz Herrn Ministerpräsidenten Tatarescu

Bucureşti.

Der Vollzugsausschuss des Volksrates der Banater Deut-

schen Volksgemeinschaft beauftragte mich, an Eure Exzellenz folgendes Telegramm zu richten :

Das Regierungssystem erbittert das loyale deutsche Volk des Banates immer mehr und mehr. Unsere Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsanstalten erhalten den ihnen gebührenden Anteil an Unterstützungen nicht, dagegen werden die für deutsche Schulen gesetzlich bestimmten Gemeindebeiträge für andere Zwecke verwendet. Beamte, Briefträger, ja selbst Wegräumer und Handwerker werden besonders vom Verkehrsministerium unter dem Vorwande mangelhafter rumänischer Sprachkenntnisse entlassen. Hunderte von Handel- und Gewerbetreibenden müssen ihr Gewerbe verlassen infolge der übertriebenen Steuerbelastungen. Die Selbstverwaltung in Städten und Dörfern ist vielfach durch Interimskommissionen willkürlich unterbunden. Die Pressefreiheit ist durch Zensur geknebelt.

Wir bitten Euer Exzellenz inständig, im Interesse der Eintracht und des friedlichen Zusammenlebens in unserem Vaterlande obige Regierungsmassnahmen zu verhindern und unserem Volke Gerechtigkeit willfahren zu lassen.

Dr. Gaspar Muth

Vorsitzender des Banater Deutschen Volksrates.

Wie wir erfahren, wird die Deutsche Partei auch im Parlamente einen entsprechenden Schritt unternehmen.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Demografische Daten über das Ungartum Rumäniens.

Das „Buletinul Demografic al României“ veröffentlicht monatlich die Daten der Volksbewegung in Rumänien.

Die letzten drei Nummern, die im August, September und Oktober erschienenen geben Aufschluss über das zweite Vierteljahr in 1934, d. h. über die Monate April, Mai und Juni. Auf Grund dieser Hefte geben wir im folgenden die Zahlen über die Geburten und Sterbefälle der ungarischen Minderheit bekannt:

In ganz Rumänien wurden im Monat April 2.547, im Mai 2.541 und im Juni 2.715, also zusammen 7.803 Ungarn geboren. Im Monat April starben 1.829, im Mai 1.970, im Juni 2.187, also zusammen 5.986 ungarische Seelen. Gemäss der amtlichen Daten war der natürliche Zuwachs im zweiten Viertel des Jahres 1934 1.817 Seelen.

Hinsichtlich der einzelnen Landesteile ist die Zahl der Geburten, resp. Sterbefälle folgendermassen verteilt:

Landesteile	Geburten			Sterbefälle			Natürl. Zuwachs
	Apr.	Mai	Juni	Apr.	Mai	Juni	
Oltenia	5	1	2	7	5	—	—4
Muntenia	24	26	31	13	16	22	30
Dobrogea	2	4	3	—	9	4	—4
Moldova	26	40	42	19	19	26	44
Basarabia	1	—	215	—	3	1	212
Bucovina	45	49	47	17	24	45	55
Transilvania	1779	1759	1734	1237	1367	1574	1094
Banat	155	139	145	111	112	119	97
Crişana, Maramureş	510	523	496	425	415	396	293
	2547	2541	2715	1829	1970	2187	1817
	7803			5986			

Da uns am meisten die Daten bezüglich Siebenbürgens, des Banates, sowie Crişana und Maramureş interessieren, wollen wir diese auch im Besonderen darstellen.

Komitat	Geburten			Sterbefälle Natürl.			Zuwachs
	Apr.	Mai	Juni	Apr.	Mai	Juni	
Alba de Jos	35	41	34	22	32	34	22
Braşov	62	64	79	43	43	52	67
Ciuc	265	253	221	173	200	214	152
Cluj	181	159	190	117	130	131	152
Făgăraş	5	8	6	7	9	5	- 2
Hunedoara	49	37	27	36	36	41	-
Mureş	252	244	243	170	207	239	123
Năsăud	14	20	12	12	4	3	27
Odorheiu	226	255	235	181	205	266	64
Sălaj	205	218	248	160	191	197	123
Sibiu	12	10	12	9	11	15	- 1
Someş	76	61	65	42	52	49	59
Târnava-Mare	38	35	41	21	21	22	50
Târnava-Mică	81	80	72	60	55	75	43
Treiscaune	191	194	175	124	121	175	140
Turda	87	80	74	60	50	56	75
Caraş	4	4	4	7	4	10	- 9
Severin	21	27	32	15	24	24	17
Timiş	130	108	109	89	84	85	89
Arad	132	146	119	107	103	92	95
Bihor	224	217	214	209	197	193	56
Maramureş	17	17	23	13	15	12	17
Satu-Mare	137	143	140	96	100	99	125
	2444	2421	2375	1773	1894	2089	1484
	2740			5756			

In dieser komitatsweisen Zusammenstellung sind auch die Daten der Städte mit Munizipium enthalten. Diese zählt aber das „Buletinul“ auch separat auf. Wir geben hier die Daten derjenigen Städte an, wo Ungarn in beträchtlicher Zahl wohnen.

Stadt	Geburten			Sterbefälle Natürl.			Zuwachs
	Apr.	Mai	Juni	Apr.	Mai	Juni	
Arad	37	54	42	47	43	35	8
Braşov	36	30	32	18	21	19	40
Bucureşti	16	17	18	8	6	11	26
Cluj	54	48	81	52	57	52	22
Galaţ	4	-	7	2	1	3	5

Stadt	Geburten			Sterbefälle			Natürl. Zuwachs
	Apr.	Mai	Juni	Apr.	Mai	Juni	
Oradea	48	50	47	55	63	47	-20
Satu-Mare	35	30	25	21	23	35	11
Sibiu	11	5	7	8	10	14	-9
Târgu-Mureş	32	27	26	34	29	35	-13
Timișoara	24	29	27	34	31	27	-12

Ferner ist für uns noch von Interesse, wie sich die Bewegung der Bevölkerung in den Komitaten, wo bekanntlich die Tschango (Csángo) leben, gestalten. Sehen wir die Daten der Komitate Bacău und Roman.

Im Komitat Bacău wurden in den drei Monaten 49 Ungarn geboren, 28 sind gestorben. Im Komitat Roman wurde kein einziger Ungar geboren und naturgemäss starb kein einziger.

Aus den bekanntgegebenen Daten können wir recht interessanten Schluss ziehen. Manche dieser Daten sind uns aber unverständlich, um nur einige Beispiele zu erwähnen:

Aus der ersten angegebenen Tabelle geht hervor, dass in Bessarabien im April ein Ungar, im Mai kein einziger, im Juni aber 215 geboren wurden. In den drei Monaten starben insgesamt 4 ungarische Seelen. Von den 215 Ungarn waren 214 im Komitat Bălți geboren. Wir hegen den Verdacht, dass die amtliche Statistik hier einen grossen Irrtum begangen hat. Während wir nämlich bezweifeln, dass im Monat Juni die Ungarn im Komitat Bălți in so ansehnlicher Zahl geboren wurden, so meinen wir auch das als irrig anzunehmen, dass während drei Monaten im Komitat Roman kein Ungar geboren wurde und keiner starb. Diese Ansicht begründen wir mit Folgendem: Dr. Gustav Weigand, Professor an der Universität Leipzig bereiste in den Jahren 1894 – 1902 alle rumänisch bevölkerten Gebiete. Als Ergebnis seiner Reise wurde an der Leipziger Universität ein Lehrstuhl für die rumänische Sprache errichtet und der „Jahresbericht des Instituts für rumänische Sprache“ herausgegeben. Im neunten Band dieses Werkes erwähnt der Verfasser natürlicherweise auch die „Csángo“ in der Moldau unter dem Titel „Fremde Elemente in der Moldau“. Er stellt fest, dass im Komitat Roman 21.865 Csángo-Ungarn leben. Weigand, der gelehrte deutsche Professor hatte keinerlei Interesse daran, die Zahl der Ungarn zu übertreiben, eben darum

berufen wir uns bloss auf ihn, nicht auf die ungarischen Quellen, die deren Zahl noch höher beziffern. Seit den Berechnungen Weigands ist ein Menschenalter vergangen und wir wissen, dass sich kein Volk Europas während dieses Menschenalters nicht vermehrt hat. So ist es unglaublich, dass von diesen 21.865 Csángo kein einziges Enkelkind geboren wurde, resp. kein einziges gestorben sein soll.

Auch die Angaben über București sind auffallend. Demgemäss wären im Verlauf eines Vierteljahres insgesamt 51 Ungarn geboren worden und 25 gestorben. Selbst nach den rumänischen Daten müsste die Zahl der București-er Ungarn mindestens 30.000 belaufen. Nach 30.000 Seelen aber nur 200 Geburten jährlich wäre aber doch zu wenig. Auffallend ist der grosse natürliche Zuwachs der Ungarn im Komitat Năsăud. Es ist unverständlich, wie in diesem Komitat während drei Monaten 46 Ungarn geboren wurden und nur 19 starben.

Verständnislos betrachten wir die demografischen Daten der Städte mit massenhaft ungarischer Bevölkerung, z. B. in Oradea, Târgu Mureș und Timișoara ist die Zahl der gestorbenen Ungarn höher, als die der Geburten.

Leider sind die Daten der Volkszählung von 1930 bezüglich der Verteilung der Nationalitäten noch nicht verfügbar, vielleicht würde deren eingehendes Studium Aufschluss geben über uns unverständliche Dinge, die wir nur ahnen können.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XIII.

MARTIE
MARS
MÄRZ 1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 3

Eine bedeutsame Entscheidung der europäischen Nationalitäten- bewegung.

Auf ihrer letzten Tagung am 17. und 18. Februar haben der Ausschuss und das Gremium des Europäischen Nationalitäten-Kongresses einstimmig eine Reihe von Leitsätzen angenommen, die künftig die Behandlung von Angelegenheiten, die die einzelnen Volksgruppen angehen (durch ein neu zu bildendes Fachgremium) regeln sollen. Diese Entscheidung ist auf Grund einer Entschliessung des letzten Nationalitäten-Kongresses in Bern, im September 1934 getroffen worden.

Damit betritt der Europäische Nationalitäten-Kongress nach einem 10-jährigen Zusammenwirken der verschiedenen Volksgruppen Europas, einer Zusammenarbeit, die sich bisher nur auf die Behandlung der allgemeinen Fragen erstreckte, einen neuen Weg. Die Volksgruppen verschiedener Nationalität werden von jetzt ab auch solidarisch an eine Stellungnahme zu solchen Fragen herantreten, die die Lage der einzelnen Gruppen betreffen. Diese Wendung ist zweifellos auch durch das Versagen derjenigen Organisation, deren bedeutsame Aufgabe es sein sollte die Eingaben der einzelnen Volksgruppen zu behandeln und dann den bestehenden Rechten entsprechend Stellung zu nehmen, hervorgerufen. Somit handelt es sich hierbei um eine Art „Selbsthilfe“. Wir beschränken uns heute darauf, die bereits angenommenen Leitsätze (sie sollen demnächst noch vervollständigt werden) wiederzugeben.

Bestimmungen betreffend das Fachgremium für Angelegenheiten der einzelnen Volksgruppen

vom geschäftsführenden Ausschuss des Nationalitäten-Kongresses auf der Sitzung vom 18. Februar 1935 (auf Grund der vom Kongress 1934 erteilten Ermächtigung) beschlossen und in Kraft gesetzt.

Einleitung.

1. Die vorliegenden Bestimmungen tragen den Charakter einer in allen ihren Teilen gleichermassen bindenden Vereinbarung wie das Kongress-Statut und können nur solange wirksam bleiben und unsere Zusammenarbeit gewährleisten, als sie von der einhelligen Zustimmung und Erfüllungsbereitschaft der teilnehmenden Nationalitäten getragen sind.

2. Mit der Behandlung von Angelegenheiten der einzelnen Volksgruppen betritt unsere Kongressgemeinschaft ein Terrain, von dem wir uns bisher mit Bedacht fernhielten. Diese besondere Aktion darf nicht in Gegensatz zu unseren allgemeinen Zielsetzungen und Grundsätzen stehen. Die Wahrung der Solidarität zwischen den Nationalitäten und der staatsbürgerlichen Korrektheit gegenüber den Staaten, im Rahmen der Kongressgemeinschaft, gewinnt von nun ab sowohl für die innere Zusammenarbeit, als für die Wirkung nach aussen eine wenn möglich noch erhöhte Bedeutung.

Kompetenz des Fachgremiums.

1. Das Gremium hat folgende Angelegenheiten zu behandeln: die Gesamtlage der einzelnen Volksgruppen, ihre Lage auf einzelnen Gebieten (z. B. im Sprachenrecht, im Schulwesen, in der Wirtschaft), Einzelfragen von grundsätzlicher, lebenswichtiger oder sonstwie höherer Bedeutung.

2. Die Fragen sind unter vollkommener Ausschaltung von aussenpolitischen Gesichtspunkten und Rücksichten zu behandeln.

3. In Rechtsfragen sind in erster Linie die materiellen Normen des internationalen Minderheitenrechtes massgebend. Selbstverständlich sind in Fällen, für welche sie gelten, auch solche Normen zu berücksichtigen, durch welche für einzelne Volksgruppen oder deren Teile weitergehende oder besonderen Verhältnissen näher angepasste Bestimmungen getroffen sind.

4. In den Fragen von Volksgruppen, die keinen oder einen

bloss minderen internationalen Rechtsschutz geniessen, ist unter analogen Voraussetzungen, dem vorangehenden Punkte gemäss, das gleiche Recht, in jedem Falle zumindest das allgemeine Minderheitenrecht analog anzuwenden.

5. Soweit die Forderungen unserer Kongresse, des Weltverbandes der Völkerbundligen, der Interparlamentarischen Union, der International Law Association usw. über das unmittelbar oder per analogiam anzuwendende positive Recht hinausgehen, ist in allen Fällen in entsprechender Weise auch auf sie zu hindeuten.

6. Bei der Beurteilung der Gesamtlage einer Volksgruppe oder ihrer Lage auf einem einzelnen Gebiete ist nicht allein der Masstab des Rechtes anzulegen. Auch Erwägungen der Billigkeit, der Angemessenheit und der Zweckmässigkeit ist dabei Raum zu geben. Das Gremium darf sich nicht darauf beschränken, die vorgelegten Fragen nur als Rechtsfragen zu beurteilen und die darauf zu gebende juristisch einwandfreie Antwort zu suchen. Es muss in seinen Aussprüchen durch sachliche Kritik und praktische Vorschläge in konstruktivem Sinne für die innere Befriedung und den nationalen Ausgleich zu wirken trachten.

Zusammensetzung des Gremiums.

1. Das Gremium setzt sich aus Personen zusammen, welche den an den Kongressen teilnehmenden Nationalitäten angehören, und zwar aus je einem Mitglied und je einem Ersatzmann für jede von ihnen.

2. Die Auswahl geeigneter Personen bleibt den einzelnen Nationalitäten, bzw. den zu ihnen gehörenden Volksgruppen, analog wie es für die Kongressdelegierten gilt, vorbehalten. Auch Kongressdelegierte bzw. Glieder des Ausschusses können ins Gremium nominiert werden.

Geschäftsordnung.

1. Für alle Phasen, in welchen sich die Tätigkeit des Gremiums abwickelt, werden feste und nicht zu lange Fristen bestimmt. Dies gilt namentlich für die Nominierung der Mitglieder und Ersatzmänner, für die Einbringung von Vorschlägen, Aeusserungen, Einwendungen, Gegenvorschlägen, für die Abgabe von Voten.

2. Angesichts der durch die Instanzen und andere Um-

stände verursachten Schwierigkeiten, werden die Arbeiten des Gremiums im weitesten Masse auf schriftlichem Wege durch Vermittlung des Sekretariates unter strenger Einhaltung der Fristen vor sich gehen müssen.

3. Für die nötigenfalls abzuhaltenden Sitzungen wählt das Gremium von Fall zu Fall den Vorsitzenden aus den anwesenden Mitgliedern, die an der zu behandelnden Frage national nicht beteiligt sind.

4. Das Gremium kann Beschlüsse auch im Wege der schriftlichen Einholung und Abgabe von Voten fassen. Für Entscheidungen „in der Sache selbst“ ist Stimmeneinhelligkeit erforderlich. Für die Beschlussfähigkeit der Sitzungen ist die Anwesenheit dreier (gemäss Punkt 3) neutraler Mitglieder hinreichend.

5. Die Mitglieder des Ausschusses haben, inwieweit sie nicht Mitglieder des Gremiums sind, das Recht an dessen Arbeiten beratend teilzunehmen.

6. Der Ausschuss ist über die Arbeiten des Gremiums auf dem laufenden zu halten und kann etwaige Bedenken gegen Beschlüsse „in der Sache selbst“ binnen einer bestimmten Frist geltend machen. In einem solchen Falle muss im Gremium eine nochmalige Beratung und Abstimmung stattfinden, deren Ergebnis endgültig ist.

7. Mit der näheren Ausarbeitung und Handhabung der Geschäftsordnung ist der Vorsitzende des Kongressausschusses betraut.

8. Die entsprechenden besonderen Kosten tragen die Einreicher der Eingaben. Die Voraussichtliche Summe derselben nennt der Sekretär, dessen Aufgabe es ist, den für die Deckung der Kosten erforderlichen Betrag sicherzustellen.

Arbeitsprogramm.

1. Es ist möglichst eine gleichmässige Behandlung der verschiedenen Nationalitäten betreffs Fragen anzustreben um selbst den Eindruck eines einseitigen Vorgehens zu vermeiden. In diesem Sinne hat das Gremium sich stets mit der Frage zweier Nationalitäten gleichzeitig zu befassen.

2. Die Koppelung ist während des ganzen Verfahrens und bis zu dessen endgültigem Abschluss unauflöslich, insofern die betreffende Gruppe nicht selbst davon Abstand nimmt. An ihr

ist insbesondere auch bei der Zusammenarbeit mit ausserhalb der Kongressgemeinschaft stehenden Organen und bei der Vertretung der Sache der einzelnen Volksgruppen internationalen Instanzen und der öffentlichen Meinung gegenüber festzuhalten.

3. Die Befassung des Gremiums kann sowohl vom Ausschuss als vom Gremium selbst oder von den national beteiligten Kongressdelegierten oder endlich mit deren Zustimmung, von Seiten anderer autoritativer Personen ergriffen werden. Hiebei wird festgestellt, dass das Gremium die Behandlung der Eingabe einer Volksgruppe einstellen muss, sobald es deren Delegierte verlangen und zwar ganz gleich in welchem Stadium sich die Behandlung der Angelegenheit befindet. Das Gremium befasst sich nur mit den Angelegenheiten solcher Volksgruppen, die Mitglieder des Europäischen Nationalitäten-Kongresses sind.

4. Detailliertes Verfahren-Projekt wird das Gremium gelegentlich seiner konstituierenden Sitzung ausarbeiten, welches nach späteren Erfahrungen abgeändert werden kann.

*

Aus den hier wiedergegebenen Leitsätzen geht eindeutig hervor, dass die Nationalitäten vermittels dieses ihres solidarisichen Vorgehens auf dem Gebiete jener Fragen, die die einzelnen Gruppen angehen, nur das eine bezwecken: sich gegenseitig unterstützend, der Sache in der Klärung ihrer Fragen zu dienen. Dieser Zusammenhang ergibt sich bereits aus dem Titel „Fachgremium“, den der neue Ausschuss tragen wird. Es besteht keineswegs die Absicht, die Ergebnisse der Verhandlungen des Gremiums betreffend die Fragen der einen oder der anderen Volksgruppe sofort zu veröffentlichen, vielmehr liegt der Wunsch vor, den Delegierten der mit den in Frage kommenden Mehrheitsvölkern stammverwandten Gruppen die Möglichkeit zu geben, bei ihren Stammvölkern vermittelnd einzuwirken. Mit Hilfe einer Veröffentlichung der Feststellungen des Gremiums – dieses soll nur in einer sachlichen, d. h. völlig unpropagandistischen Form geschehen – soll den in Frage kommenden Volksgruppen allenfalls eine moralische Unterstützung gewährt werden.

Zweierlei Mass in Genf.

Bei Petitionen der Minderheiten.

Die in Januar in Genf abgeschlossene Tagung des Völkerbundes beansprucht, was das Gebiet der Nationalitätenfragen anbetrifft, ein besonderes Interesse. Diese Session des Rates erbrachte die einwandfreie Bestätigung dafür, dass in Genf, wenn es sich um die Petitionen der Minderheiten handelt, mit zweierlei Mass gemessen wird.

Die Petition der Griechen Albaniens, die sich über die Unterdrückung ihres Schul- und Kulturwesens beschwerten, wurde erfreulicherweise sogleich vor den Haager Staatsgerichtshof gebracht. Es entsteht die Frage, wem die bedrückten Griechen Albaniens dieses günstige Resultat — die sofortige Überweisung ihrer Klage an das Haager Tribunal — zu verdanken haben, ein Ziel, das andere Volksgruppen auch bei einer völlig eindeutigen Rechtslage selbst im Verlaufe jahrelanger Verhandlungen nicht erreichen können. Hinter der Petition Griechenlands stand nicht nur der griechische Staat, der sich für seine Volksgenossen in Albanien in einer geradezu einzigartigen Weise exponierte, sondern auch als Vertreter dieses Staates Herr Politis, der in seiner Person den griechischen Diplomaten und Pariser Professor und Rechtsgelehrten vereinigt. Derselbe Herr Politis, der wie man weiss, die Assimilationsthese Mello-Francos vor dem Völkerbundrat vertreten hat, ist jetzt, wo es sich um die eigenen Volksgenossen handelt, als Vorkämpfer der weitesten Minderheitenrechte aufgetreten, und zwar nicht nur auf Grund allgemeiner Prinzipien für Menschenrechte, wie sie in der Deklaration von Frangulies-Mandelstam enthalten sind, sondern ausgehend von allen den konkreten Bestimmungen Genfer Minderheitenschutzverträge, die zur Abwehr der Entnationalisierungsbestrebungen für die Sicherung des Schulwesens der Minderheiten geschaffen wurden. Wie sollten die Funktionäre des Völkerbundsekretariats und die Mitglieder des Genfer Rates da noch zögern, zumal die Gegenpartei Griechenlands, Albanien, im Völkerbunde ohne einen jeden Einfluss ist? — So ist in Genf gleich zu Anfang des Verfahrens ein Beschluss zustande gekommen — die sofortige Weiterleitung der Petition an den Haager Gerichtshof — der, wenn er den Be-

ginn einer neuen Praxis des Rates darstellen würde, die Erfüllung einer der wesentlichsten Forderungen der Europäischen Nationalitäten Kongresse, der Interparlamentarischen Union und des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen bedeuten würde und zwar die Entpolitisierung der Verhandlungen über die Minderheitenfragen durch die Einschaltung des Haager Gerichtshofes.

Gleichzeitig mit der Petition der Griechen Albaniens gelangten in Genf noch zwei andere Minderheiten-Petitionen zur Behandlung vor dem Rate – eine der Deutschen Posens und Pommerellens wegen Beeinträchtigung ihrer Rechte auf dem Gebiete des Schankwesens (es ist dies eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung), dann eine andere, die bekannte Beschwerde des Prinzen Pless über die ruinöse Benachteiligung bezüglich der Steuereinhebungen, eine Frage, von deren Entscheidung unter anderem das Schicksal vieler Hunderten von Angestellten der Pless'schen Betriebe abhängig ist. Die Rechtslage in Bezug auf diese Petitionen, insbesondere des Fürsten Pless, war durch die Arbeiten der Experten in einer einwandfreien Weise geklärt. Deswegen bestand die allgemeine Überzeugung, dass der Rat die Petitionen erneut dem Haager Gerichtshofe überweisen würde. Doch der Rat entschied in beiden Fällen negativ, wodurch er indirekt den polnischen Boykott des Völkerbundes unterstützte, der bekanntlich darin liegt, dass Polen sich, laut offizieller Erklärung, an die Beschlüsse des Rates auf dem Gebiete der Minderheiten-Petitionen nicht mehr für gebunden erachtet. Dieser Urteilsspruch war möglich, weil Deutschland nicht mehr Mitglied des Rates ist und man zudem hervorheben wollte, dass es unter solchen Umständen für den Rat nicht erforderlich sei, Rücksichten auf die Rechte der deutschen Minderheiten zu nehmen. – Es ist hier nicht der Ort die Frage zu beantworten, inwieweit der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbunde die Rechtsposition der deutschen Volksgruppen in Genf beeinträchtigt hat, desgleichen ob anlässlich dieses Austrittes die Zurückziehung der vom Reich dem Haager Schiedsgerichtshof übermittelten Beschwerden, wie die des Prinzen Pless, gerechtfertigt war. In der Entschliessung zum Falle Pless hält der Rat es für möglich offen zum Ausdruck zu bringen, dass, nachdem Deutschland die Klage des Prinzen Pless vom Haager Gerichtshofe zurückgezogen habe,

man dem Rate nicht gut zumuten könne, die Frage erneut an das Haager Tribunal zu überweisen.

Es kommt uns in diesem Zusammenhange eben nur darauf an festzustellen, dass die Praxis des Völkerbundes und insbesondere des Sekretariats desselben jetzt eindeutig dahin gerichtet ist, bei Behandlung von Minderheiten-Petitionen nur in solchen Fällen positive Entscheidungen zu treffen, wo es Rücksicht auf Staaten und Faktoren zu nehmen gilt, die Einfluss in Genf besitzen. In Fällen, wo es sich um Volksgruppen handelt, die kein Mutterland als Mitglied des Völkerbundes haben, ist somit damit zu rechnen, dass künftig, selbst angesichts eines völlig klaren Sachverhalts, im Interesse dieser Gruppen nicht das Geringste geschehen wird (wenn man von gelegentlichen wohlgemeinten Schritten der Dreier-Komitees, die fast immer ohne Erfolg sind, absieht). Denn da gibt es hier niemanden, auf den es wegen seines Einflusses Rücksicht zu nehmen gälte. Auf einen Schutz ihrer Rechte können heute in Genf nur diejenigen Volksgruppen rechnen, hinter denen einflussreiche Staaten stehen.

Le bilan statistique de l'enseignement primaire des Hongrois en Transylvanie pendant les quinze dernières années, depuis le régime roumain.

Par : **Andreas R. Szeben.**

Nous transmettons cet article paru dans la revue statistique hongroise : „Magyar Statisztikai Szemle“.

Sur le territoire hongrois annexé à la Roumanie, on comptait avant la guerre, en 1910, 335.550 enfants hongrois soumis à l'obligation scolaire et 2.487 écoles primaires hongroises. De ces écoles, 1.318 appartenaient à l'Etat, 835 aux confessions hongroises transylvaines, 284 à des communes, 50 à des particuliers.

Ce territoire ayant été mis par le traité de paix sous la domination de la Roumanie, celle-ci prit possession des écoles fondées par l'Etat hongrois, y introduisant le roumain comme langue de l'enseignement et ne permettant qu'à quelques écoles

de ce genre de continuer à enseigner en hongrois. Les écoles appartenant aux confessions hongroises n'étaient pas assez nombreuses pour recevoir tous les enfants hongrois désireux d'être enseignés en hongrois : et la création de nouvelles écoles de cette sorte se heurtait à de grandes difficultés matérielles, la réforme agraire roumaine ayant dépouillé les confessions hongroises d'une grande partie de leurs propriétés considérables. La situation matérielle de ces confessions a été encore aggravée de ce fait que le gouvernement de Bucarest a cessé de verser des subsides aux écoles fondées par elles, qui recevaient sous le régime hongrois d'importantes subventions d'Etat. Il faut ajouter que les inspecteurs de l'enseignement primaire, voulant faire du zèle, ont fermé maintes écoles confessionnelles hongroises ou confisqué les bâtiments et propriétés foncières de ces écoles. Dans ces conditions, un grand nombre d'enfants hongrois, ne trouvant pas de place dans les écoles confessionnelles hongroises, étaient obligés d'entrer aux écoles d'Etat. — D'après la convention sur les minorités et une loi roumaine faite en 1924 sur l'enseignement primaire, l'Etat roumain devrait entretenir, pour ces enfants hongrois, des écoles primaires d'Etat enseignant en hongrois. Mais le ministère de l'Instruction publique, remplissant seulement une petite partie de cette obligation, n'entretient, pour les plus de 80 mille enfant hongrois admis aux écoles primaires de l'Etat, que 220 écoles de langue hongroise (dont 5 ne fonctionnent pas, faute d'instituteur) et 207 sections parallèles hongroises. En plusieurs comitats presque tout à fait hongrois, l'Etat n'entretient aucune école de langue hongroise ; les Hongrois se plaignent particulièrement de ce fait. Par exemple, dans le comitat Csik (situé dans le pays des Székelys) où, d'après les statistiques scolaires roumaines elles-mêmes, les enfants hongrois représentent 79.7 % des élèves des écoles primaires de l'Etat, il n'y a point d'école primaire d'Etat de langue hongroise, ni aucune classe parallèle de cette langue. Selon les relevés officiels roumains, il y avait, en 1932-33, 93 élèves roumains sur 1 école primaire d'Etat enseignant en roumain et non moins de 365 élèves hongrois sur 1 école primaire enseignant en hongrois.

Depuis le régime roumain, le nombre des écoles primaires roumaines a augmenté en Transylvanie de 1.192, soit de 42.8 %, tandis que celui des écoles primaires enseignant en hongrois y a diminué de 1.141, soit de 54.1 %.

Soulignons que pour les écoles maternelles, fréquentées par les enfants de 5 à 7 ans, la situation de la minorité hongroise est encore plus grave, parce que les confessions n'ont qu'un nombre insignifiant d'écoles de ce genre et que, d'après un relevé officiel du ministère de l'Instruction publique de Roumanie, les écoles maternelles de l'Etat enseignent toutes en

roumain. Les Hongrois se plaignent également de ce que, dans les autres écoles du degré élémentaire (écoles professionnelles primaires, etc.), l'enseignement en hongrois est encore moins assuré que dans les écoles primaires.

C'est sur le territoire roumain d'avant-guerre que les intérêts scolaires des Hongrois sont le plus négligés. Les écoles y roumanisent si fort les enfants, que cela ne peut plus être contrebalancé par les parents.

En résumant les données, on constate qu'en Roumanie, la plupart des enfants hongrois fréquentent les écoles primaires de l'Etat où l'enseignement en hongrois n'est pas assuré. Les écoles confessionnelles hongroises n'y enseignent qu'une moindre partie (42.4 %), des enfants hongrois, et le nombre de ces écoles, aux prises avec des difficultés très graves, diminue de plus en plus.

Ecoles primaires confessionnelles hongroises en Transylvanie en 1932.

Comitats	Ecoles catho- liques rom.			Ecoles calvinistes			Ecoles unitaires			Ecoles luth. hongroises			Total des écoles confessionnelles hongroises		
	Leur nombre	Nombre du person- nel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du person- nel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du person- nel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du person- nel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du person- nel enseignant	Nombre des élèves
Alba de jos . .	9	12	350	22	33	1.242	—	—	—	—	—	—	31	45	1.592
Arad	12	17	1.046	9	17	944	—	—	—	—	—	—	21	34	1.990
Bihor	38	65	3.269	55	116	6.889	—	—	—	1	1	26	94	182	10.184
Braşov	5	15	637	6	11	578	—	—	—	5	13	634	16	39	1.849
Caras	3	6	246	1	2	115	—	—	—	—	—	—	4	8	361
Ciuc	47	126	7.015	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	126	7.015
Cluj	12	34	1.419	33	50	2.286	3	5	245	—	—	—	48	89	3.950
Făgăraş	1	3	81	2	3	109	—	—	—	—	—	—	3	6	190
Hunedoara . . .	13	26	1.223	11	17	697	—	—	—	—	—	—	24	43	1.920
Maramureş . . .	4	6	329	2	5	274	—	—	—	—	—	—	6	11	603
Mureş-Turda . .	26	49	2.465	102	150	8.431	13	14	591	—	—	—	141	213	11.487
Bistriţa-Năsăud .	3	5	285	7	8	381	—	—	—	—	—	—	10	13	665
Odorheiu	33	69	4.197	23	35	1.998	7	10	422	—	—	—	63	114	6.617
Sălaj	23	53	2.974	69	111	6.802	—	—	—	—	—	—	92	164	9.776
Sătmar	15	38	2.009	43	57	3.080	—	—	—	—	—	—	58	95	5.089
Severin	—	—	—	1	2	83	—	—	—	—	—	—	1	2	83
Sibiu	2	8	303	3	6	329	—	—	—	—	—	—	5	14	632
Solnoc-Dobâca .	5	11	436	28	41	1.871	—	—	—	—	—	—	33	52	2.307
Ţarna-Mare . . .	5	9	442	7	14	623	—	—	—	—	—	—	12	23	1.065
Ţarna-Mică . . .	8	9	443	27	36	1.604	5	9	399	—	—	—	40	54	2.446
Timiş-Torontal .	9	20	879	4	8	380	—	—	—	—	—	—	13	28	1.259
Freiscaune . . .	20	37	1.682	19	28	1.113	5	11	393	—	—	—	44	76	3.188
Turda-Arieş . . .	4	6	250	9	19	924	3	3	137	—	—	—	16	28	1.311

Total 297 624 31.980 483 769 40.753 36 52 2.187 6 14 660 822 1.459 75.580

*Nombre des élèves des écoles confessionnelles hongroises en Transylvanie
comparé à la répartition par confessions des Hongrois.¹⁾*

Confessions	Répartition par confession de la population hongroise				Elèves ayant fréquenté en 1930—31 les écoles pri- maires d'Etat		Elèves ayant fré- quenté en 1932 les écoles con- fessionnelles hongroises	
	1910	‰	1927	‰	leur nombre	‰	en nombre absolu	‰
Calviniste	688.205	47·9	722.552	48·8	42.750	41·2	40.753	53·9
Catholique rom. . .	642.858	44·6	643.512	43·5	50.625	48·8	²⁾ 31.980	42·3
Unitaire	68.125	4·7	70.003	4·6	5.825	5·7	2.187	2·9
Luthérienne hongr. .	40.114	2·8	45.378	3·1	³⁾ 4.464	4·3	660	0·9
Total des confessions hongroises . . . ⁴⁾	1.439.302	100·0	⁴⁾ 1.481.445	100·0	103.664	1 0·0	75.580	100·0

1) Sous les rubriques relatives à 1910 et à 1927, le tableau montre seulement la répartition par confession de la population de langue maternelle hongroise, tandis qu'ici, il indique, quant aux élèves ayant fréquenté en 1930—31 les écoles primaires de l'Etat, le nombre de tous les enfants transylvains appartenant aux différentes confessions. Il faut donc tenir compte, pour cette dernière année-là, aussi du nombre des élèves inscrits aux écoles catholiques r., calvinistes et luthériennes enseignant en allemand, en slovaque ou en roumain.

2) En Transylvanie, on comptait en 1932 80 écoles primaires catholiques r. n'enseignant pas en hongrois, qui avaient ensemble 11.905 élèves. Avec ceux-ci, le nombre total des élèves fréquentant les écoles catholiques r. était de 43.885.

3) Total des élèves luthériens (y compris les non-Hongrois).

4) Ce chiffre ne comprend pas les personnes de langue matern. hongroise appartenant aux confessions israélite, gréco-orient., catholique orthodoxe et aux autres confessions.

Ecoles primaires d'Etat en Transylvanie, nombre des enfants soumis à l'obligation scolaire, élèves et personnel enseignant, dans l'année scolaire 1932 - 33.

Comitats	Nombre, en 1926 des enfants et adolescents de 5 à 18 ans soumis à l'obligation scolaire			Nombre des élèves inscrits aux écoles primaires d'Etat en 1926-27			Nombre des élèves inscrits, aux écoles primaires d'Etat en 1932			Nombre des écoles primaires d'Etat en 1932			Nombre, en 1932, du personnel enseignant dans les écoles primaires d'Etat					
	Total	Hongrois	%	Total	Hongrois	%	Total	Inscrits aux écoles de langue hongroise	%	Inscrits aux écoles ayant une section de langue hongroise	Total	Ecoles de langue hongroise	%	Ecoles ayant une section hongroise	Total	Dans les écoles de langue hongroise	%	Dans les écoles ayant une section hongroise
Alba de jos	43,427	4,203	9.7	16,320	758	4.6	25,080	351	1.4	1,523	198	4	2.0	5	411	4	1.0	29
Arad	78,905	14,852	18.8	28,241	5,196	18.4	41,023	4,144	10.1	4,633	245	17	6.9	13	630	70	11.1	71
Bihor	87,770	23,460	26.7	25,807	3,958	15.3	46,022	—	0.0	4,871	429	—	—	16	705	—	—	88
Braşov	31,839	7,504	23.6	9,149	1,576	17.2	14,643	—	0.0	4,627	83	—	—	15	286	—	—	92
Caras	35,114	694	2.0	13,306	235	1.8	19,220	—	0.0	—	132	—	—	—	295	—	—	—
Ciuc	32,382	29,404	90.8	6,142	4,896	79.7	13,270	—	0.0	—	80	—	—	—	215	—	—	—
Ciuj	56,598	14,954	26.4	23,135	4,528	19.6	34,263	1,808	5.3	8,987	255	8	3.1	31	454	16	3.5	129
Făgăraş	16,677	968	5.8	6,385	222	3.5	10,119	—	0.0	292	86	—	—	2	184	—	—	6
Hunedoara	51,617	5,913	11.5	20,392	1,241	6.1	34,951	—	0.0	—	387	—	—	—	585	—	—	—
Maramureş	39,502	2,623	6.6	9,683	465	4.8	12,650	—	0.0	—	76	—	—	—	189	—	—	—
Mureş-Turda	56,012	25,911	46.3	15,840	3,078	19.4	26,936	862	3.2	5,002	214	6	2.8	20	377	11	2.9	86
Bistriţa-Năsăud	28,782	1,532	5.3	9,979	311	3.1	16,511	—	0.0	—	122	—	—	—	238	—	—	—
Odorheiu	27,299	25,856	94.7	6,812	6,194	90.9	11,531	6,545	56.8	1,996	107	72	67.3	8	202	115	56.9	33
Sălaj	71,860	22,233	30.9	19,270	3,890	17.5	37,476	1,829	4.9	5,325	284	13	4.6	21	464	24	5.2	79
Sărmăreş	53,225	11,376	21.4	17,524	1,416	7.3	29,834	64	0.2	—	223	1	0.4	—	460	2	0.4	—
Severin	39,393	2,198	5.6	17,524	1,286	7.3	28,542	727	2.5	884	238	6	2.5	2	386	12	3.1	16
Sibiu	43,199	2,228	5.2	11,397	126	1.1	18,131	—	0.0	—	101	—	—	—	288	—	—	—
Solnoc-Dobăca	45,602	7,087	15.5	16,392	1,258	7.7	27,780	122	0.4	1,591	263	2	0.8	4	381	1	0.3	17
Târnava-Mare	32,562	3,606	11.1	7,697	731	9.5	11,722	—	0.0	1,134	120	—	—	6	214	—	—	17
Târnava-Mică	31,481	7,594	24.1	9,309	1,619	17.4	16,754	189	1.1	3,231	131	2	1.5	16	247	3	1.2	46
Timiş-Torontal	78,525	12,100	15.4	25,879	4,391	17.0	42,297	2,082	4.9	9,472	235	13	5.5	28	589	31	5.3	145
Tricisaure	28,601	23,604	82.5	9,333	7,317	77.4	16,309	7,789	47.8	5,157	121	76	62.8	20	297	141	47.5	100
Turda-Arieş	42,743	8,835	20.7	15,998	2,795	17.5	18,723	—	0.0	—	165	—	—	—	320	—	—	—
Transylv. entière	1,053,113	258,735	24.6	346,424	57,548	16.6	553,687	26,512	4.8	58,725	4,295	1,220	5.1	207	8,417	430	5.1	954

1) Des 220 écoles de langue hongroise, 5 ne fonctionnaient pas, faute d'instituteur. Ainsi, le nombre des écoles de langue

*Ecoles primaires transylvaines de langue hongroise appartenant aux confessions ou à l'Etat en 1932 ;
nombre de leurs instituteurs et de leurs élèves.*

Comitat	Ecoles primaires confessionnelles hongroises			Ecoles primaires d'Etat enseignant en hongrois			Total des écoles primaires hongroises			Nombre des sections hongroises dans les écoles primaires de l'Etat
	nombre			nombre			nombre			
	de ces écoles	de leurs instituteurs	de leurs élèves	1) de ces écoles	de leurs instituteurs	de leurs élèves	de ces écoles	de leurs instituteurs	de leurs élèves	
Alba de jos . . .	31	45	1.592	4	4	351	35	49	1.943	5
Arad	21	34	1.990	16	70	4.082	37	104	6.072	13
Bihor	94	182	10.184	—	—	—	94	182	10.184	16
Braşov	16	39	1.849	—	—	—	16	39	1.849	15
Caraş	4	8	361	—	—	—	4	8	361	—
Ciuc	47	126	7.015	—	—	—	47	126	7.015	—
Cluj	48	89	3.950	8	16	1.808	56	105	5.758	31
Făgăraş	3	6	190	—	—	—	3	6	190	2
Hunedoara	24	43	1.920	—	—	—	24	43	1.920	—
Maramureş	6	11	603	—	—	—	6	11	603	—
Mureş-Turda	141	213	11.487	6	11	862	147	224	12.349	20
Bistriţa-Năsăud	10	13	666	—	—	—	10	13	666	—
Odorheiu	63	114	6.617	70	115	6.387	133	229	13.004	8
Sălaj	92	164	9.776	13	24	1.829	105	188	11.605	21
Sátmar	58	95	5.089	1	2	64	59	97	5.153	—
Severin	1	2	83	6	12	727	7	14	810	2
Sibiu	5	14	632	—	—	—	5	14	632	—
Solnoc-Dobâca	33	52	2.307	1	1	58	34	53	2.365	4
Târnava-Mare	12	23	1.065	—	—	—	12	23	1.065	6
Târnava-Mică	40	54	2.446	2	3	189	42	57	2.635	16
Timiş-Torontal	13	28	1.259	13	31	2.082	26	59	3.341	28
Triscaune	44	76	3.188	75	141	7.725	119	217	10.913	20
Turda-Arieş	16	28	1.311	—	—	—	16	28	1.311	—
Total	822	1.459	75.580	215	430	26.164	1.037	1.889	101.744	207

1) Seulement les écoles en fonctionnement, laissant de côté 5 écoles manquant d'instituteur.

Proportion, dans les années scolaires 1921-1931, des élèves hongrois dans les écoles primaires d'Etat en Roumanie.

Années scolaires	Nombre des élèves inscrits				
	Total	Hongrois	‰	Roumains	‰
Ecoles maternelles					
1921/22	24.470	—	—	15.054	61·5
1922/23	26.980	—	—	15.272	56·6
1923/24	32.778	—	—	17.595	53·7
1924/25	42.107	—	—	20.390	48·4
1925/26	61.478	7.752	12·6	31.365	51·0
1926/27	77.155	8.980	11·6	40.412	52·4
1927/28	89.097	12.036	13·5	46.777	52·5
1928/29	98.877	13.842	14·0	51.104	51·7
1929/30	111.857	17.173	15·4	55.818	49·9
1930/31	105.465	16.664	15·8	53.600	50·9
Ecoles primaires					
1921/22	1,435.845	—	—	1,178.134	82·1
1922/23	1,370.466	—	—	1,142.534	83·4
1923/24	1,373.107	—	—	1,119.940	81·5
1924/25	1,395.034	—	—	1,130.810	81·0
1925/26	1,536.650	59.624	3·9	1,250.242	81·4
1926/27	1,599.331	60.431	3·8	1,296.448	81·1
1927/28	1,673.886	68.268	4·1	1,360.988	81·3
1928/29	1,787.055	73.747	4·1	1,449.723	81·1
1929/30	1,855.783	73.282	3·9	1,517.014	85·7
1930/31	1,973.949	87.110	4·4	1,590.138	80·5
Autres écoles de l'enseignement élémentaire					
1921/22	15.183	—	—	11.791	77·7
1922/23	16.708	—	—	14.678	87·9
1923/24	21.431	204	1·0	18.800	87·7
1924/25	26.068	207	0·8	23.118	88·7
1925/26	31.884	243	0·8	28.597	89·7
1926/27	35.644	315	0·9	32.090	90·0
1927/28	37.187	325	0·9	33.399	89·8
1928/29	36.902	287	0·8	33.093	89·7
1929/30	36.362	—	—	—	—
1930/31	32.436	—	—	—	—
Ensemble des écoles d'Etat de l'enseign. élémentaire					
1921/22	1,475.498	—	—	1,204.979	81·8
1922/23	1,414.154	—	—	1,172.484	82·9
1923/24	1,427.316	—	—	1,156.335	81·0
1924/25	1,463.209	—	—	1,144.318	78·2
1925/26	1,630.042	67.619	4·1	1,310.204	80·4
1926/27	1,712.130	69.726	4·1	1,368.950	79·9
1927/28	1,800.170	80.629	4·5	1,441.164	80·0
1928/29	1,922.834	87.876	4·6	1,533.920	79·8
1929/30	2,004.002	¹⁾ 90.455	—	—	—
1930/31	2,111.850	¹⁾ 103.774	—	—	—

¹⁾ Non compris les élèves des autres écoles de l'enseignement élémentaire.

Données relatives aux élèves des écoles primaires n'appartenant pas à l'Etat, en Roumanie, en 1926-29.

Années scolaires	Nombre des élèves inscrits				
	Total	Hongrois	0/0	Roumains	0/0
Ecoles maternelles					
1926/27	10.240	1.896	18·5	707	6·9
1927/28	9.428	1.823	19·3	383	4·1
1928/29	10.437	1.653	15·8	399	3·8
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 ¹⁾	—	1.479	—	—	—
Ecoles primaires					
1926/27	114.805	50.318	43·8	4.058	3·5
1927/28	120.935	56.402	46·6	3.642	3·0
1928/29	135.478	64.088	47·3	4.873	3·6
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 ¹⁾	—	74.776	—	—	—
Autres écoles de l'enseignement élémentaire					
1926/27	1.608	1	0·1	545	33·9
1927/28	1.895	2	0·1	725	38·3
1928/29	1.979	3	0·2	755	38·1
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 ¹⁾	—	—	—	—	—
Ensemble des écoles primaires n'appartenant pas à l'Etat					
1926/27	126.653	52.215	41·2	5.310	4·2
1927/28	132.258	58.227	44·0	4.750	3·6
1928/29	147.894	65.744	44·5	6.027	4·1
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 ¹⁾	—	76.255	—	—	—

¹⁾ Chiffres fournis par les confessions.

Proportion, entre les années scolaires 1923-24 et 1930-31, des Hongrois soumis à l'obligation scolaire et des élèves hongrois fréquentant les différentes sortes d'écoles primaires

Années scolaires	Nombre des enfants et adolescents de 5 à 18 ans soumis à l'obligation scolaire					Nombre des élèves fréquentant les écoles primaires d'Etat, ainsi que celles n'appartenant pas à l'Etat				
	Total	Hongrois	0/0	Roumains	0/0	Total	Hongrois	0/0	Roumains	
1923/24	¹⁾ 2,688.337	¹⁾ 183.813	6·8	¹⁾ 2,049.355	76·2	—	—	—	—	—
1924/25	3,754.675	283.081	7·5	2,845.930	75·8	—	—	—	—	—
1925/26	3,735.229	266.385	7·1	2,831.703	75·8	—	—	—	—	—
1926/27	3,769.756	258.352	6·9	2,884.043	76·5	1,838.783	121.941	6·6	1,374.260	7
1927/28	3,817.236	262.710	6·9	2,913.498	76·3	1,932.428	138.856	7·2	1,445.914	7
1928/29	3,847.485	257.356	6·7	2,932.971	76·2	2,070.728	153.620	7·4	1,539.947	7
1929/30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1930/31	—	—	—	—	—	—	180.029	—	—	—

¹⁾ En 1923-24, on n'a enregistré que les enfants et adolescents de 7 à 16 ans soumis à l'obligation scolaire; dans les autres années considérées, on a enregistré ceux de 5 à 18 ans.

Recrudescence nationaliste et excès chauvins.

La recrudescence nationaliste, accompagnée de certains excès chauvins, qui se manifeste depuis quelque temps en Roumanie, provoque la protestation des minorités et même de certaines organisations roumaines.

Les journaux ont publié une lettre par laquelle une dame d'origine hongroise, veuve de guerre, se plaint de ce qu'elle a été molestée par un contrôleur des chemins de fer pour avoir parlé en hongrois avec d'autres voyageurs, au cours d'un voyage en Transylvanie.

D'autre part, un bulletin minoritaire reproduit une circulaire du Bureau de poste de Mercurea-Ciuc, en Transylvanie, dans lequel il est dit qu'en base d'une disposition de la Direction générale des P. T. T. les bureaux subalternes sont invités à congédier, au plus tard le 30 avril a. c., tout leur personnel minoritaire.

Les parlementaires allemands se sont réunis au cours de la semaine dernière à la Chambre, sous la présidence du leader de la minorité allemande, M. Otto Roth. Les orateurs, qui ont pris la parole au cours de cette réunion, ont déclaré que les partis minoritaires doivent réagir contre la vague de chauvinisme qui essaie de porter atteinte aux droits des minorités consacrés par les traités, la Constitution et les lois. Depuis quelque temps, ont-ils dit, la politique minoritaire traverse une crise et les droits des minorités ne sont plus respectés. Les parlementaires allemands ont décidé d'entreprendre une action pour la sauvegarde de ces droits.

L'association des fonctionnaires de l'industrie à Bucarest a tenu, elle aussi, une réunion au cours de laquelle les orateurs ont protesté contre le système du questionnaire envoyé aux différentes entreprises industrielles qui contient une colonne sur „l'origine ethnique“ des fonctionnaires et employés. Ceci, ont-ils dit, est en contradiction avec „l'esprit et le texte de la loi sur la défense du travail indigène“, dans lequel on parle de „citoyens roumains“, et d'„étrangers“ (c'est-à-dire de personnes possédant un passeport étranger). Il a été relevé aussi que dans beaucoup d'entreprises on se livre à des persécutions contre les fonction-

naires minoritaires, malgré le fait que ces derniers sont des citoyens roumains. L'Association a pris la décision d'entreprendre les démarches nécessaires pour que ce courant de chauvinisme ne puisse pas aggraver davantage la situation des fonctionnaires et que „la protection de la main d'oeuvre nationale“ ne porte pas atteinte aux droits des fonctionnaires citoyens roumains, quelle que soit leur origine ethnique.

Les comités exécutifs du parti social-démocrate et de la Confédération générale du travail ont tenu une réunion commune, au cours de laquelle a été votée une motion constatant que la politique du gouvernement dans la question de la protection du travail national a glissé sur une pente dangereuse pour les intérêts de la classe ouvrière et pour les intérêts de l'Etat et de la nation. La crise économique, dit aussi la motion, a augmenté le nombre des sans-travail, ce qui a créé une atmosphère de haine chauvine. L'essai de réaliser la protection du travail national par des mesures restrictives à l'égard des citoyens roumains d'origine étrangère constitue l'étouffement des principes constitutionnels d'égalité et de l'idée d'humanité et de justice. Cet essai n'améliorera nullement la situation des travailleurs, fonctionnaires et intellectuels roumains, mais créera, par contre, une atmosphère de haine contre l'Etat au sein de la population minoritaire qui compte environ 4 millions d'âmes, c'est-à-dire presque à un quart de la population totale du pays.

A propos de toutes ces manifestations, l'officieux gouvernement „Indépendance Roumaine“ écrit notamment ce qui suit : Inutile de dire que toutes ces alarmes sont entièrement dénuées de fondement puis qu'elles se fondent sur une regrettable confusion témoignée par maints esprits des cercles minoritaires. Pour le pouvoir public, comme d'ailleurs pour l'immense majorité de l'opinion roumaine, la préoccupation constante et légitime de l'heure présente est d'encourager, de stimuler et de protéger l'élément roumain, afin de lui permettre de remplir le rôle qui lui incombe dans l'évolution de la consolidation de la nouvelle Roumanie. C'est là un postulat national, moral et social qu'aucun homme de bon sens ne saurait contester. Ce postulat cadre d'ailleurs parfaitement avec les droits minoritaires que personne ne songe à ignorer et encore moins à léser.

Wirtschaftlicher „Numerus clausus“ für nationale Minderheiten.

Von : **Emil Neugeboren.**

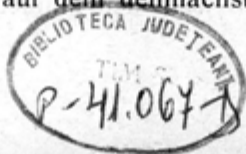
Diesen ausserordentlich interessanten Aufsatz entnehmen wir der Zeitschrift „Nation und Staat“, redigiert von Ferdinand von Uexküll in Wien.

Die Aufstellung eines „Numerus clausus“ verfolgt den Zweck, zu verhindern, dass eine Bevölkerungsminderheit auf irgendeinem Gebiet des staatlichen Lebens eine Rolle spiele, die allzu weit über ihr zahlenmässiges Verhältnis hinausgeht. In der Regel richten sich die Bestrebungen, eine derartige Beschränkungsregel einzuführen, gegen die Juden. Soviel mir bekannt ist, hat der in der Nachkriegszeit vielerwähnte Numerus clausus noch nirgends Gesetzesform erreicht, geschweige denn, dass er praktisch verwirklicht worden wäre. Die in Deutschland vorgenommene Feststellung der Zahl der Abiturienten von Mittelschulen fällt nicht unter diesen Gesichtspunkt.

In Rumänien ist das Schlagwort von einem einzuführenden Numerus clausus schon seit längerer Zeit flügge. Es steht in einer inneren Beziehung zu einem anderen Schlagwort, welches seit ungefähr einem Jahr häufig gehört wird und darauf hinausläuft, dass in wirtschaftlichen Betrieben die Zahl der „Fremden“ zugunsten der Rumänen herabgedrückt werden müsse. Dabei hat die Bezeichnung „Fremde“ eine schillernde Bedeutung; das rumänische Wort „străin“ bezeichnet einmal den Ausländer, sehr oft aber auch den rumänischen Staatsbürger nichtrumänischen Volkstums. Ein im vorigen Jahr geschaffenes Gesetz „zum Schutze der nationalen Arbeit“ spricht aus, dass in privatwirtschaftlichen Betrieben ein gewisser, von Fall zu Fall von der Regierung festzustellender Prozentsatz der Angestellten und Arbeiter rumänischer Staatsangehörigkeit sein müsse. Bei der Verhandlung dieses Gesetzes wurden in Presse und Parlament vielfach Stimmen laut, die die Forderung aufstellten, dass auch ein Verhältnis zwischen Rasserumänen und Angehörigen nationaler Minderheiten in derselben Weise zu regeln sei. Dieser Forderung steht die Bestimmung der gegenwärtigen rumänischen Verfassung entgegen, die an mehreren Stellen die Gleichheit der rumänischen Staatsbürger „ohne Unterschied der völkischen

Abstammung, der Sprache und der Religion“ in bezug auf alle politischen und privaten Rechte ausspricht.

Der Gedanke des Numerus clausus ist mit dem der besonderen Berechtigung der Rasserumänen in bezug auf Anstellung in der Privatwirtschaft in der allerletzten Zeit in Verbindung gebracht worden. Es ist dies durch einen rumänischen Politiker geschehen, der als Siebenbürger Rumäne in der Vorkriegszeit einer der schärfsten Vorkämpfer des Nationalitätenrechts in Ungarn gewesen ist, durch den ehemaligen ungarischen Reichstagsabgeordneten Dr. Alexander Vaida, der in Rumänien schon zweimal den Posten des Ministerpräsidenten bekleidet hat. In den ersten Februartagen beriet seine Partei, die Nationale Bauernpartei, über ein neues Parteiprogramm, das zugleich die Grundlage einer künftigen Verfassung bilden soll. Bei dieser Gelegenheit stellte Vaida in den vorbereitenden Ausschüssen den Antrag auf Einführung des Numerus clausus für alle Gebiete des höheren Unterrichtes, ferner in den privaten Wirtschaftsunternehmungen und in einigen freien Berufen. Er behauptete, in den Mittelschulen und auf den Hochschulen, desgleichen in der Industrie, im Handel und in den freien Berufen seien die nationalen Minderheiten im Übergewicht, und es bestehe die Gefahr einer Überfremdung der führenden Klasse und des Mittelstandes in Rumänien. Die einzige Abhilfe sei die Einführung eines Numerus clausus; Vaida nannte diesen unter Anwendung eines sonst in rumänischen Kreisen streng verpönten Ausdruckes einen „Numerus valachicus“. Demzufolge sollten die nationalen Minderheiten an höheren Schulen, in der Industrie, im Handel und in freien Berufen nur im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl zu der des rumänischen Mehrheitsvolkes aufgenommen werden. Dieser Antrag Vaidas stiess wie schon in zwei früheren kleineren Ausschüssen so auch bei der Beratung im Vollzugsausschuss der Partei auf sehr entschiedenen Widerstand, vor allem bei dem angesehensten unter den Parteiführern, dem ehemaligen Parteivorsitzenden und gewesenen Ministerpräsidenten Dr. Julius Maniu, der bekanntlich ebenfalls Siebenbürger Rumäne ist, seinen Auffassungen aus der ungarischen Zeit jedoch treuer geblieben ist als Vaida, ferner bei dem gegenwärtigen Parteivorsitzenden, Jon Mihalache und mehreren anderen Parteimitgliedern, so dass sich Vaida veranlasst sah, ihn zurückzuziehen. Ob er, wie es heisst, damit auf dem demnächst abzuhaltenden grossen



Kongress der gesamten Partei wieder vortreten wird, ist noch ungewiss; wahrscheinlich ist es nicht. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, dass der Gedanke dieser Art von Numerus clausus aus der Erörterung im politischen Leben Rumäniens verschwinden werde. Vielmehr wird er sicherlich eine Plattform für künftige Agitationen insbesondere oppositioneller Parteien bilden. Auch in Rumänien hat sich schon längst, wie einst im alten Ungarn, die Gepflogenheit herausgebildet, nationale Lorbeeren auf Kosten der Minderheiten zu pflücken. Es erscheint daher nicht unangebracht, die Frage dieser Art des Numerus clausus, die sich von der bisher angestrebten unterscheidet, zu untersuchen.

Unter dem Gesichtspunkte der jetzt in Geltung stehenden internationalen Bestimmungen über den Minderheitenschutz ist die Frage rasch erledigt. Es liegt auf der Hand, dass die Aufnahme des von Vaida vorgeschlagenen Numerus clausus in eine künftige rumänische Verfassung mit dem Minderheitenvertrag, den Rumänien am 9. Dezember 1919 mit den „alliierten und assoziierten Hauptmächten“ geschlossen hat, unvereinbar wäre. Hier kommt vor allem der Artikel 8 in Betracht, dessen beide ersten Absätze folgendermassen lauten: „Alle rumänischen Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich und geniessen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder der Religion. — Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem rumänischen Staatsangehörigen im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte nachteilig sein, insbesondere nicht in bezug auf die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Stellungen und Würden oder auf die Ausübung der verschiedenen Berufs- und Erwerbstätigkeiten.“ Dass dieser Grundsatz des Minderheitenvertrages in Rumänien peinlich genau eingehalten werde, lässt sich zwar nicht behaupten, eine ihm ausdrücklich zuwiderlaufende Verfassungsbestimmung jedoch wäre doch ausgeschlossen; der Völkerbundrat müsste auf eine Klage der grundsätzlich disqualifizierten nationalen Minderheiten Rumäniens hin unbedingt ihre Abstellung fordern.

Endgültig entscheidend für die Frage dieser Art von Numerus clausus ist die Unvereinbarkeit mit den Verfügungen der Minderheitenverträge natürlich nicht. Es ist denkbar, dass ein Staat, der ihn einführen will, den Minderheitenpakt aufkündigt

und aus dem Völkerbund austritt, oder dass der Völkerbund sich selbst auflöst. Damit würden dann alle Sicherungen gegen eine derartige Beeinträchtigung der Minderheitsexistenz wegfallen. Daher ist es nicht überflüssig, Vaidas Wunschbild einer näheren Untersuchung zu unterziehen.

Vaidas „Numerus valachicus“ unterscheidet sich von früheren ähnlichen Bestrebungen sehr wesentlich. Während sonst gemeiniglich die Einschränkung des freien Wettbewerbes nur auf einem einzigen Gebiete oder zweier nahe verwandter, z. B. des ärztlichen oder Rechtsanwaltsberufes, oder die des Hochschulstudiums gewünscht wurde und sich nur auf eine einzige bestimmte Bevölkerungsgruppe bezog, will Vaida sämtlichen nationalen Minderheiten zu gleicher Zeit im höheren Schulwesen, in Gewerbe, Industrie und Handel und in einigen freien Berufen die Freizügigkeit nehmen. Dazu kommt noch, dass er augenscheinlich kein Gewicht darauf legt, dass auch die einzelnen Minderheitsnationen ihre Verhältniszahlen zugewiesen erhalten, sondern dass er nur für die Mehrheitsnation die Festlegung des Numerus clausus verlangt, wobei es noch sehr fraglich ist, ob etwa rumänische Privatbetriebe gegebenenfalls gezwungen würden, jenseits des „Numerus valachicus“ unter allen Umständen Angehörige von Minderheiten anzustellen und ob auch in den Schulen und freien Berufen von einer wirklichen „Clausur“ auch für die Mehrheitsnation gesprochen werden könne.

Schon ein erster oberflächlicher Blick belehrt uns, dass, mag jener anderwärts angestrebte „Numerus clausus“ für die Betroffenen eine harte Massregel sein, ihre Fassung durch Vaida, schon grundsätzlich genommen, eine Steigerung der Härte bis ins Unerträgliche bedeuten würde. Einem grossen Teil der davon betroffenen Volksgruppen würde schlechtweg die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit überhaupt genommen werden, denn der einzige Berufsstand, der ihnen noch gesetzlich uneingeschränkt offen bliebe, der des Bauern, ist so beschaffen, dass er fürs erste, seltene Ausnahmen abgerechnet, nicht von jedermann so einfach „erlernt“ werden kann, wie andere Berufe, und zweitens, weil seine Ausübung an die unerlässliche Bedingung gebunden ist, dass genügender Boden vorhanden ist. Eine für Angehörige einer Minderheit geplante bäuerliche Siedlungsaktion würde aber, wenigstens in Rumänien, auf die Verfassungsverfügung stossen (Artikel 3 der Verfassung vom Jahre

1923), dass das Gebiet Rumäniens mit einer Bevölkerung „fremden Stammes“ nicht kolonisiert werden darf; als „Fremde“ werden hier aber unbedingt ausser Ausländern auch rumänische Staatsbürger nichtrumänischen Volkstums verstanden. Andererseits ist es nach allen bisherigen Erfahrungen ganz unwahrscheinlich, dass ein rumänisches Parlament, das den Vorschlag Vaidas annehmen und in die Verfassung einfügen würde, zugleich auch geneigt wäre, die logische Folgerung daraus zu ziehen, den Volksminderheiten auch in den Reihen der öffentlichen Beamten, Offiziere, Fachorgane, Angestellten und Arbeiter die ihnen nach ihrem Bevölkerungsverhältnis zukommende Quote einzuräumen. Heute liegen auf diesen Gebiete die Verhältnisse so, dass nur noch lokale Restbestände öffentlicher Posten in Händen von Minderheiten sind, und dass bei jeder Neubesetzung auch in den Siedlungsgebieten der letzteren ein grosser Kampf oder zum mindesten ein lebhafter Kuhhandel geführt werden muss, damit die Minderheiten noch einigermaßen sich nicht etwa das richtige Zahlenverhältnis, sondern überhaupt noch eine Beteiligung am Beamtentum erhalten können. Darin, dass die Minderheiten nicht mehr darauf rechnen können, im gerechten Verhältnis zu ihren Bevölkerungsanteilen im staatlichen Dienst Posten zu finden, und, wenn sie auch in vereinzelt Fällen dort Fuss gefasst haben, bis zu den obersten Stellen zu avancieren, liegt übrigens einer der Hauptgründe, weshalb sie notgedrungen sich stärker als früher Privatanstellungen zuwenden. Andererseits ziehen es die rumänischen Jünglinge vor, auf Staatsanstellungen auszugehen, die bessere Anfangsgehälter und klingendere Titel einbringen. Eine ähnliche soziologische Erscheinung hat sich im alten Ungarn gezeigt; niemand weiss das besser als der ehemalige Nationalitätenvorkämpfer Vaida. Mit Recht hat ihm sein alter Kampfgenosse Maniu entgegengehalten, er wolle eine organische Krankheit durch ein aufgeklebtes Pflaster heilen.

Um ein einigermaßen erschöpfendes Urteil über den „Numerus valachicus“ zu bekommen, ist es notwendig, die praktischen Folgen ins Auge zu fassen, die sich aus der Einführung desselben in Rumänien – und wohl ähnlich auch in anderen gemischtnationalen Ländern – ergeben würden. Vorausgeschickt sei, dass in Rumänien das Verhältnis der Nationalitäten nach dem kürzlich amtlich veröffentlichten Ergebnis der Volkszählung

vom 31. Dezember 1930 das folgende ist: Rumänen: 73 %, nationale Minderheiten 27 %. Unter den letzteren stehen an erster Stelle die Ungarn mit 7·7 %, dann folgen die Juden mit 4·6 %, die Deutschen mit 4·3 %, die Ukrainer mit 2·6 %, die Bulgaren mit 2·4 %, die Russen mit 1·3 % und hierauf die kleineren Völkerschaften, wie Türken, Tataren, Gagausen, Ratzen, Schokatzten, Armenier usw., die zusammen 4·1 % ausmachen. Die vom Rumänentum für sich in Anspruch genommene Verhältniszahl, der „Numerus valachicus“, wäre demnach: 73 %.

Nun sind bei dessen praktischer Anwendung zwei verschiedene Berechnungsarten möglich. Entweder man berechnet jene 73 % individuell und örtlich; eine Milderung und ein besonderes Entgegenkommen von seiten des Mehrheitsvolkes bestände darin, bei der Berechnung der Quote die Verhältniszahlen des betreffenden Ortes zugrunde zu legen, wobei diese dann in den grösseren Siedlungsgebieten der Volksminderheiten auch unter 73 hinabsinken, unter Umständen ganz klein werden dürfte. Oder es würde die Quote 73 als für das ganze Land feststehend und hindurchgehend angewendet werden, so dass alle Betriebe und Posten zusammengezählt, 73 % Rasserumänen und 27 % anderen Volkstums im Verwendung stehen, beziehungsweise die in Frage kommenden freien Berufe nur in dem letzteren Hundertsatz von Nichtrumänen besetzt sein dürften. Für welche Anwendungsart Vaida eintritt, ist nicht gesagt worden; es ist nicht unmöglich, dass ein gemischtes System angewendet würde, in jedem einzelnen Fall, je nachdem wie es sich gerade den augenblicklichen Bedürfnissen des Mehrheitsvolkes als zweckmässig erweist. Doch ist dies schliesslich nur eine misstrauische Vermutung, die nicht als Tatsache anzusehen ist.

Im ersten der beiden Fälle, wenn also die Quote örtlich berechnet wird, jedoch nach dem Landesdurchschnittsverhältnis, kämen ganz unhaltbare Zustände heraus: an sehr vielen Orten und in vielen Betrieben der gemischtsprachigen Gegenden wäre es nur mit Hilfe künstlich herangeholter Mehrheitsbürger möglich, den „Numerus valachicus“ zu verwirklichen. Die bodenständigen Volksminderheiten aber wären genötigt, scharenweise ausserhalb ihres Siedlungsgebietes Stellung und Arbeit zu suchen, und zwar in rein rumänischen Gegenden, wo man sich begreiflicherweise gegen diesen, mit dem Anspruch auf die 27 %-Quote herankommenden fremdnationalen Zuzug mit aller

Entschiedenheit wehren würde. Diese Durchführungsart würde so absurde Wirkungen haben, dass man es kaum für möglich halten kann, das Vaida sie ernstlich im Auge gehabt haben könnte. Eher ist anzunehmen, dass der „Numerus valachicus“ so gedacht ist, dass in jedem Ort nur die dortigen Verhältniszahlen massgebend sein sollen. Dann würde zwar in den Minderheitengegenden die Zahl der nichtrumänischen Angestellten usw. die der Rumänen derzeit überflügeln, weil in den meisten Städten der neuen Provinzen die Volksminderheiten heute noch in absoluter oder relativer Mehrheit sind, trotzdem aber wären sie im Nachteil, einmal weil der Staat mit seinen Machtmitteln entweder direkt oder mit Unterstützung gesellschaftlicher Aktionen jederzeit mit Leichtigkeit den rumänischen Bevölkerungsanteil in den Städten vermehren könnte, sobald der Zuzügler von vornherein sicher sein kann, Brot und Arbeit zu finden, und dann weil sie, aus Geburtsort und Heimat verdrängt, nicht wie die überall im Lande vertretenen Rumänen Volksgenossen vorfinden, an denen sie einen Rückhalt haben und bei denen sie Anstellung erhalten können. Aber selbst wenn sie sich trotzdem in der Fremde Erwerbsmöglichkeiten schaffen, besteht für sie die Gefahr, dass sie, national vereinzelt, dem Volkstum, zumindest in ihren Kindern, verloren gehen.

Grundsätzlich nicht ganz so verheerend wäre die zweite Berechnungsart, dass für das Land im ganzen die Quoten der Angestellten festgestellt würden, dergestalt, dass eben 73% Rumänen und 27% Nichtrumänen Anspruch auf Verwendung hätten. Praktisch aber wäre diese Methode so gut wie undurchführbar, selbst in Ländern, wo im allgemeinen die amtlichen Organisationen tadellos funktionieren. Die Voraussetzung wäre, dass die fortlaufend geführten Statistiken der in Frage kommenden Posten und Personen überall und jederzeit einwandfrei vorhanden wären. Jedem Studienbeginn an mittleren und höheren Schulen, jede Anwerbung von Arbeitern, jede Anstellung von Privatbeamten würde ein Studium statistischer Tabellen und Ausweise notwendig machen, das in Wirklichkeit nicht durchführbar wäre und zu endlosen Berufungen und Prozessen Anlass geben würde. Das Ziel aber, das, wenn man schon einmal auf die bisherige Freizügigkeit in der Berufswahl verzichtet, annehmbar erscheinen könnte, dass jede Nationalität im Lande im Verhältnis zu ihrer Zahl an der Arbeit der Gemeinschaft beteiligt sei,

würde nicht erreicht werden, ganz abgesehen davon, dass wohl in keinem gemischtnationalen Staate Ost- und Südosteuropas die Voraussetzung der ungefähr gleichen Kultur und sozialen Entwicklung aller seiner Völkerschaften zutrifft und daher die schematische Durchführung des Numerus clausus-Prinzips zumindest für Jahrzehnte hinaus ein Herabsinken der wirtschaftlichen Leistungen bewirken würde.

Wie dem aber auch sei: so ungerecht, so willkürlich, so praktisch undurchführbar auch das von Vaida ausgeklügelte System einer Rationierung der Arbeitsberechtigung der Nationalitäten eines Staates sein mag, die demagogische Note, die es trägt, gibt ihm jedenfalls genügend Schwung, um den Gedanken gefährlich erscheinen zu lassen. Daher kann auch die Abwehr nicht frühzeitig genug ins Auge gefasst und begonnen werden.

Contele Bethlen despre protecția minorităților.

Președintele partidului maghiar cere trecerea în Constituție a drepturilor minorităților.

Contele Gheorghe Bethlen, președintele partidului maghiar din România, a acordat un interview care a apărut în buletinul de presă „Mișcarea Minoritară“, asupra protecției minorităților și asupra modificărilor cari trebuiesc aduse constituției românești.

În legătură cu această chestiune, iată ce a declarat d-sa:

Nu mai există nici o îndoială în ceea ce privește necesitatea modificării constituției, cu atât mai mult cu cât cu ocazia modificării care s'a făcut acestei constituții în anul 1923 nu a fost luată în considerare faptul că în România nouă se află și minorități naționale, a căror situație nu poate fi reglementată prin declarațiunea principală a egalității de drept.

Egalitatea de drept se realizează numai atunci când pentru garantarea drepturilor - de libertate ale cetățenilor minorităților naționale, se acordă o deosebită atențiune naționalității. Prin aceasta statul român satisface obligațiunile sale internaționale contractate prin tratatul minorităților pe cari le-a neglijat în 1923, cu toate că din articolul întâi al tratatului minorităților rezultă necesitatea completării constituției. În acest sens acest articol spune că România recunoaște dispozițiunile cuprinse în

el ca norme de drept, fundament căruia nici un fel de lege nu se poate împotrivi.

Constituția și Minoritățile.

Acest lucru trebuie realizat cu atât mai mult cu cât România este azi singurul stat în rândul statelor cari și-au mărit teritoriul, în constituția căruia drepturile minorităților nu sunt nici măcar amintite. În conformitate cu aceasta trebuie trecute în constituție dispozițiuni cari în afară de egalitatea generală de drept asigură cetățenilor de limbă și religia minoritară, învățământul în limba lor maternă atât în școlile susținute de ei, cât și în cele ale statului, precum și subvenționarea proporțională a acestor școli din bugetele publice trebuie trecute în constituția și autonomia comunităților secuiești și săsești din Ardeal.

Religia și învățământul.

În chestiunile de religie și învățământ trebuie declarat că cetățenii cari nu sunt de limba maternă română, pot să-și întrebuințeze limba lor maternă în raporturile cu autoritățile și cu oficiile publice, iar în afară de raporturile cu oficiile publice pot să întrebuințeze orice limbă, în orice împrejurare, în deplină libertate. Trebuie declarat că cetățenii minorităților naționale au dreptul de a-și conserva și de a se prevala de limba maternă, naționalitatea și de caracteristicile specificului lor național. Orice mod de desnaționalizare forțată este oprit și pasibil de pedeapsă.

Dispozițiuni asemănătoare se cuprind în art. 128—134 din constituția cehoslovacă. Nu există nici un impediment serios ca statul român să nu facă și el ceea ce statul cehoslovac a aflat că este necesar să facă. Este o mare lacună a constituției noastre ca dispozițiuni de importanța primordială, cuprind următoarea rezervă în condițiunile prevăzute de legi speciale. Astfel stau lucrurile la libertatea învățământului, la libertatea de asociație și de întrunire și chiar la inamovibilitatea magistraturii.

Dreptul de asociație.

Aceste rezerve nu sunt admisibile într'un stat de drept. Legea specială nu poate reglementa decât detaliile principiilor fundamentale din constituție, dar ea nu poate nici restrânge și nici anula aceste principii fundamentale. Astfel de rezerve trebuie neapărat omise. O astfel de dejucare a libertății constituționale, combinarea dreptului de asociație cu dispozițiunile de drept privitoare la persoanele juridice. Căci pentru acesta din urmă nu

există drept subiectiv care crează confuzia ce rezultă din faptul că autoritățile nu recunosc decât asociațiile cari au personalitate juridică.

Parlamentul.

Mandatele membrilor parlamentului să nu fie validate de către Cameră și Senat ci de către Curtea de Casație pentru că dela partidul care se află la guvern, nu se poate aștepta o judecată obiectivă. Trebuie reparată inegalitatea de drept care subsistă în ceea ce privește membrii de drept ai Senatului. Între bisericile românești și confesiunile recunoscute. În afară de inamovibilitatea magistratului, trebuie prevăzut și incompatibilitatea lui, pentru că numai aceste două, acordă independența magistratului.

În conformitate cu constituția, administrația comunală și județeană, trebuie așezată pe bazele descentralizării. Această dispoziție a rămas literă moartă.

Descentralizarea.

România face parte dintre statele cele mai centraliste. Constituția actuală înregistrează un regres față de constituția din 1866 pentru că în aceasta din urmă a fost prevăzută nu numai descentralizarea ci și independența comunală, adică autonomia administrativă. Despre această dispoziție a constituției din 1866 nu se află nici un cuvânt în actuala constituție. Iată de ce, în această privință, statul românesc de azi înregistrează un regres considerabil față de autonomia administrativă bine dezvoltată din teritoriile austriace. Această autonomie administrativă a existat chiar și în Basarabia — dar și față de stările corespunzătoare din România veche, întrucât acolo a existat cel puțin autonomia administrativă comunală, pe când azi nu mai există o adevărată autonomie administrativă.

Autonomia administrativă este atributul indisponibil al statului liber. Chiar și în Franța, atât de centralizată odinioară, exista o autonomie administrativă. Există azi acolo o autonomie administrativă bine dezvoltată. Acest principiu este cu strictețe păzit, principiul fundamental că județul și comuna își administrează independent interesele lor, iar controlul puterii centrale se mărginește numai la rămânerea județelor și a comunelor.

Autonomia administrativă.

În aceste cadre guvernul nu are acele drepturi ca în România, prin cari poate anihila activitatea autonomiei administra-

tive. Cea mai importantă necesitate a organizării statale în România este o realizare adevărată a autonomiei administrative. Constituțiile nu sunt numai precizarea principiilor fundamentale ale organelor și a activității acestor organe, pentru realizarea scopurilor publice, ci și cuprinsul tuturor acelor garanții, pe lângă cari individul și societatea își poate desvolta, liberă, activitatea. Cea mai bună constituție devine iluzorie dacă suspendarea periodică a libertăților garantate devine un sistem de guvernământ. În România aceasta este situația. Ne trebuie, prin urmare, nu numai o constituție corespunzătoare, ci și o dezvoltare normală a vieții statale, fără de care nu poate fi vorba despre un stat de drept.

La proposition de M. Vaïda pour l'introduction du „numerus clausus“.

La proposition de M. Vaïda, ancien président du Conseil, par laquelle il demandait, il y a un mois, l'introduction dans le programme du parti national-paysan de la formule „numerus clausus“ pour l'enseignement secondaire et universitaire, proposition qui avait été repoussée par le comité exécutif du parti, continue à faire l'objet de discussions aussi bien dans la presse qu'au sein des différentes organisations professionnelles et notamment au sein des barreaux dans plusieurs villes.

A ce propos, M. Xenî, ancien ministre, a tenu à relever que cette formule n'est pas de nature à donner à tous les avocats la prospérité matérielle à laquelle ils aspirent et que la situation actuelle difficile est due à des raisons d'ordre économique. M. Xenî a ajouté qu'il est impossible d'ailleurs de créer des situations d'exception entre les différents citoyens roumains prenant pour critérium leur race ou leur religion. Cela est défendu aussi bien par la Constitution que par le traité pour la défense des droits des minorités, signé en décembre 1919 par la Roumanie aux côtés des Puissances qui lui ont garanti l'intégrité territoriale. L'article 8 de ce traité stipule que „tous les sujets roumains sont égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques, sans distinction de race, de langue ou de religion“. Ce principe, a rappelé M. Xenî, a été adopté aussi bien par le parti libéral, que par le parti national-paysan.

A ce même propos, le publiciste bien connu M. N. Batzaria écrit dans le „Dimineatza“, que le „numerus clausus“, qui vient d'être lancé, est dirigé contre tous les citoyens roumains d'origine ethnique étrangère ou de religion différente à la religion orthodoxe. On cherche partout des solutions positives dont les effets bienfaits s'étendent sur la masse tout entière de la population, et chaque homme de bon sens est pénétré de la vérité élémentaire que ce n'est pas en portant atteinte aux droits de certaines catégories de citoyens qu'on parviendra à améliorer la situation des autres catégories. Certains, ajoute M. Batzaria, veulent appliquer le „numerus clausus“ dans les entreprises particulières ou dans les professions libres. Par une pareille mesure on pousserait les minorités à former un bloc commun et on faciliterait la création, dans l'intérieur du pays, de diversions dangereuses, tandis qu'on créerait à l'étranger une atmosphère qui ne peut être nullement favorable à la Roumanie.

M. N. Batzaria écrit dans l'„Adeverul“ qu'il serait bien difficile de faire une distinction nette entre les véritables Roumains et les éléments étrangers roumanisés. Il serait juste et logique, dit M. Batzaria, de considérer comme Roumains tous ceux dont les ascendants sont d'origine ethnique roumaine. Cependant, si pour l'établissement de la qualité de Roumain l'on prend pour critérium l'origine des ascendants, on arrive à des conséquences vraiment surprenantes. Aussi bien dans la littérature, que dans les sciences, la politique, le commerce et l'industrie, on trouvera de très nombreux bons Roumains, dont les ascendants ont appartenu à d'autres nationalités. Ainsi, dans la Moldavie il y a eu de nombreux colons arméniens, qui n'ont conservé que leur nom et sont devenus d'excellents Roumains. Dans ce même ordre d'idées on doit relever que certains noms de famille nous rappellent les colonies de Bulgares, établis à Ploesti, Craïova et dans d'autres villes. Nous possédons aussi des politiciens, des écrivains, des professeurs, originaires des villages bulgares situés autour de Bucarest. Nombreux sont aussi les Romains, qui font même excès de nationalisme, et qui descendent de familles grecques établies en Roumanie le long des siècles. Certaines de ces familles sont venues s'installer tout récemment. Que faire de tous ces gens, se demande M. Batzaria, dans les veines desquels ne coule pas le sang roumain ? Faut-il leur refuser la nationalité roumaine ? Et c'est

précisément dans les rangs de ces Roumains d'origine ethnique roumaine plus que discutable que nous voyons naître les éléments les plus chauvins et les persécuteurs des minorités.

Voici pourquoi, dit en conclusion M. Batzaria, la formule „numerus clausus“ crée des situations absurdes.

Le chef du parti conservateur, M. Grigoire Filipesco, dans un discours prononcé au cours d'une réunion politique, s'est élevé aussi énergiquement contre le „numerus clausus“. Il a relevé notamment le danger auquel s'exposerait la Roumanie, si elle renonçait, comme l'a fait la Pologne, au traité pour la protection des minorités, et a ajouté que la formule „numerus clausus“ ou „numerus valahicus“, lancée par M. Vaïda, risquerait de créer une situation des plus difficiles dans le pays. Il n'est pas étonnant, a-t-il dit, que les minorités adoptent cette formule. Dans le cas où le principe de la proportionnalité serait appliqué dans tous les domaines de notre activité, il pourrait peut-être alléger dans une certaine mesure la situation de l'élément roumain dans le barreau ou dans le corps médical, mais il l'aggraverait dans d'autres directions, car une fois ce principe admis, il devrait être appliqué intégralement.

Ordinul Ministerului Instrucțiunii, al Cultelor și Artelor în raport cu convenția școlară încheiată între Statul Român și Statul Iugoslav.

Noi, ministru secretar de Stat la Departamentul Instrucțiunii Publice,

Având în vedere dispozițiile cuprinse în convenția școlară, încheiată între Statul Român și Statul Iugoslav, pentru reglementarea școlilor primare minoritare române din Banatul Iugoslav și a școlilor primare minoritare sârbo-croate din Banatul Român și publicată în Monitorul Oficial din 25 Septembrie 1933;

Având în vedere ordinul anexat în traducere al Ministerului Instrucțiunii Publice Iugoslav din 31 Ianuarie 1935, către Ad-ția Regală a Banovinei Dunavska din Novișad,

Decidem :

Art. I. În localitățile Carașova, Iabalcea, județul Caraș și Recaș, județul Timiș-Torontal, se vor înființa școli primare mi-

noritare de Stat, cu limba de predare sârbo-croată, numai pentru copiii populației de naționalitate sârbo-croată.

Limba Română, istoria și geografia României se vor preda conform art. 2 din convenție.

Învățătorii la aceste școli vor fi numiți, respectiv angajați, conform art. 6, 7 și 9 din convenție.

Aceste școli vor avea, conform art. 12 din convenție, direcțiuni, bugete și comitete școlare separate, care vor stabili și executa bugetele conform prescripțiilor legilor în vigoare. Școlile primare minoritare de Stat sârbo-croate vor fi reprezentate prin un delegat al lor în comitetul școlar regional. Acest delegat va fi ales în același fel ca și ceilalți membri eligibili ai comitetului.

Art. II. În actualele școli primare confesionale rom.-cat., din localitățile Checea, Lupac, Rafnic, Clocotici, Vodnic și Nermet, existând conform legii învă. particular și cercetate fiind numai de copii de naționalitate sârbo-croată, se va introduce ca limbă de predare, limba sârbo-croată, la dorința părinților.

Limba română, istoria și geografia României vor fi predate în limba română, conform art. 39 din legea învă. particular.

Autoritatea confesională este obligată a numi la aceste școli directori și institutori de religia copiilor și de naționalitate sârbo-croată.

În lipsa învățătorilor, cetățeni români, se va cere numărul necesar de institutori pentru aceste școli dela guvernul iugoslav prin intermediul Ministerului de Instrucție Român.

Art. III. Autoritatea bisericească sârbă din Banatul Român se autoriză a deschide școli particulare cu limba de predare sârbă numai pentru copii sârbi în localitățile din Clisura, locuite de populație de naționalitate sârbă, în conformitate cu art. 13 din convenție și cu dispozițiile legii învă. particular.

Art. IV. Se admite ca, în caz de înființare a școlilor particulare sârbe în Clisura, după satisfacerea tuturor necesităților culturale românești, ale Statului, edificiile școlare și zestrea școlară ce prisosesc, să se poată da în folosința școalelor primare particulare sârbești pe baza contractelor, încheiate an de an, între respectivele comune din Clisura și autoritatea bisericească, susținătoare de școale și aprobate de Ministerul Instrucțiunii, ca for tutelar.

Art. V. Se autoriză autoritatea bisericească sârbă din Timișoara, de a angaja pentru direcția și învățământul școalelor particulare sârbe, numărul necesar de învățători (raportat la numărul legal al elevilor) de confesiunea ortodoxă și de limba maternă sârbo-croată, dintre supușii iugoslavi, regulamentar calificați, prin intermedierea Minist. Instr. Român.

Art. VI. Această deciziune se va pune în aplicare imediat după publicare.

Art. VII. D-nii directori ai învățământului primar și particular, sunt însărcinați cu aducerea la îndeplinire a prezentei deciziuni.

Dată în București, la 5 Martie 1935.

Ministru, *dr. C. Anghelescu.*

Nr. 46.053.

ANEXA

Traducere din lb. sârbă

Ordinul Ministerului Instrucțiunii Publice către Administrația Regală a Banovinei Dunavska (secția instrucției publice).

Novisad

În scopul aplicării convenției despre organizarea școlilor primare minoritare din Banat,

Ordonăm :

1. Ca toate secțiunile de până azi cu limba de predare română, să se transforme în școli primare minoritare române de Stat.

2. Ca în toate localitățile unde vor exista două școli, conform dispozițiilor paragr. 123 al legii despre școlile naționale, să se formeze pentru școlile primare minoritare române de Stat, comitete școlare locale care vor prelua funcțiunile prevăzute prin legea despre școlile naționale și prin convenția despre reglementarea școlilor primare minoritare din Banat.

3. Ca, unde va exista posibilitate, să se propună învățători de naționalitate română, ca directori ai școlilor primare minoritare române de Stat.

4. Ca conform dispozițiilor paragr. 135 al legii despre școlile naționale și conform art. 12 din convenție despre reglementarea școlilor primare minoritare din Banat, să se numească un membru în comitetul școlar al Banovinei.

5. Ca, în localitățile cu populație amestecată, să se dea școlii primare minoritare române de Stat, imobilele, iar în lipsă de imobile separate, să se cedeze săli de clasă și celelalte încăperi necesare și mobilierul cu numărul și cu impozitele, pe care locuitorii interesați le plătesc și

6. Ca, Ministerului Instrucțiunii Publice să se trimeată lista profesoarelor și învățătoarelor, care au lucrat până azi în secțiunile cu limba de predare română și nu sunt de naționalitate română.

Se recomandă acelei secțiuni cu îndată să procedeze la executarea prezentului ordin despre care, cel mai târziu până la 1 Martie, se va prezenta un raport acestui minister.

Dată în Belgrad, la 31 Ianuarie 1935.

Ministrul instrucțiunii publice, *Cirici.*

Director și redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

} XIII.

APRILIE
AVRIL
APRIL

1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

} 4

Der Völkerbund und die Minderheiten in Albanien.

In unserer letzten Nummer wurde unter dem Titel „Zweiterlei Mass in Genf bei Petitionen der Minderheiten“ darauf hingewiesen, mit welcher eifriger Bereitwilligkeit der Völkerbund die Petition der griechischen Regierung gegen Albanien behandelte und wie er demgegenüber die aus Polen eingelaufenen Minderheitsklagen der Deutschen ganz anders aufnahm.

Nachstehend geben wir nach dem Bericht des Völkerbundes in dessen amtlicher Ausgabe: „Die Tätigkeit des Völkerbundes im Jänner 1935“ bekannt, wie diese Angelegenheit gegen Albanien behandelt wurde.

Der Rat beschäftigte sich in seinen Sitzungen vom 14. und 18. Januar mit der Anwendung der Bestimmungen über den Minderheitenschutz in Artikel 5 Absatz 2, der Erklärung, die die albanische Regierung zur Zeit ihres Eintrittes in den Völkerbund am 2. Oktober 1921 abgegeben hat.

Dieser Artikel lautet:

„Die albanischen Staatsangehörigen, die ihrer Rasse, Religion oder Sprache nach Minderheiten angehören, genießen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien wie die übrigen albanischen Staatsangehörigen. Sie haben vor allem das gleiche Recht, wohlthätige, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten auf ihre Kosten beizubehalten, zu leiten und zu kontrollieren oder künftighin ins Leben zu rufen. Sie haben das Recht, dabei unbehindert ihre Sprache zu gebrauchen und ihre Religion auszuüben.

Die albanische Regierung wird dem Völkerbundrat binnen sechs Monaten nach dieser Erklärung genaue Angaben über das

Gesetzesstatut der religiösen Gemeinschaften, Kirchen, Klöster, Schulen und wohltätigen Anstalten und Vereine der nach Rasse, Religion oder Sprache Minderheiten darstellenden Bevölkerung machen. Die albanische Regierung wird alle ihr vom Völkerbund aus diesem Anlass gegebenen Empfehlungen berücksichtigen“.

Die Ratsvertreter Grossbritanniens, Mexikos und Portugals, die Mitglieder eines mit der Prüfung einer Reihe von Petitionen über die Lage der Minderheiten in Albanien beauftragten Minderheitenkomitees sind, forderten die Eintragung dieser Angelegenheit in die Tagesordnung des Rates. Unter den Fragen, die Gegenstand dieser Petitionen waren, war auch die der Abschaffung der Privatschulen in Albanien infolge des Inkrafttretens der neuen Verfassung. Deren Artikel 206 und 207 schreiben nämlich folgendes vor:

„Der Unterricht und die Erziehung der albanischen Staatsbürger sind dem Staat vorbehalten, der sich damit in seinen Schulen befasst. Der Elementarunterricht ist für alle albanischen Staatsbürger obligatorisch und wird kostenfrei erteilt. Die Privatschulen aller Art, die gegenwärtig bestehen, werden geschlossen“.

Die Vertreter Grossbritanniens, Mexikos und Portugals erinnerten den Rat in ihrem Brief daran, dass die in Artikel 5, Absatz 2, der albanischen Erklärung von 1921 vorgesehenen Empfehlungen des Völkerbundes noch nicht abgefasst worden seien.

Am 14. Januar legte der Ratsberichterstatler für Minderheitenfragen dem Rat einen Bericht vor, der einen Abriss der Entwicklung der Angelegenheit und eine Darstellung der gegenwärtigen Lage enthielt.

Er erinnerte daran, dass das albanische Volk unter der türkischen Herrschaft des Rechtes beraubt wurde, in seiner Muttersprache unterrichtet zu werden. Der Religionsunterricht ist zu jener Zeit von Geistlichen fremder Staatsangehörigkeit in ihrer Muttersprache erteilt worden. Das unabhängige Albanien hat sich dann für weltlich erklärt. 1929 wurde der Religionsunterricht von den übrigen Lehrfächern abgetrennt.

Der Vertreter Albaniens setzte im Anschluss daran auseinander, die albanische Regierung sei nach verschiedenen Übergangsmassnahmen dazu gekommen, alle Privatschulen abzuschaffen, diese Massnahme richtete sich jedoch nicht gegen die

Minderheiten. Die Minderheit griechischer Sprache habe sich betroffen geglaubt, aber die albanische Regierung habe beschlossen, die Zahl der Schulen, in denen der Unterricht in griechischer Sprache erteilt wird, zu erhöhen. Die albanische Sprache werde dort ebenfalls von dazu berechtigten Lehrern gelehrt werden.

Der Vertreter Albaniens erklärte zu der rechtlichen Seite der Frage, der in der albanischen Erklärung von 1921 enthaltene Ausdruck „gleiches Recht“ bedeute, dass die Minderheit die gleichen, nicht aber höhere Rechte habe als die Mehrheit. Die Abänderung des Verfassungsgesetzes verletze daher nicht die Minderheitenrechte.

Der Vertreter Albaniens sprach daher die Hoffnung aus, der Rat möge die Gründe, welche die albanische Regierung zum Handeln gezwungen hätten, berücksichtigen. Seiner Ansicht nach kämen auf Grund des Wortlautes von Artikel 5 der Erklärung von 1921 keine Empfehlungen seitens des Rates in Betracht.

Der Rat beschloss am 18. Januar auf Vorschlag seines Berichterstatters, beim Ständigen Internationalen Gerichtshof ein Gutachten über die Frage einzuholen:

„1. ob unter Berücksichtigung der vorerwähnten Erklärung vom 2. Oktober 1921 in ihrer Gesamtheit die These der albanischen Regierung für begründet anzusehen ist, wonach die Abschaffung der Privatschulen in Albanien — eine allgemeine, auf die Mehrheit ebenso wie auf die Minderheit anzuwendende Massnahme — dem Buchstaben und dem Geist der in Artikel 5, Absatz 1, dieser Erklärung festgelegten Bestimmungen entspricht;

2. ob, wenn dies der Fall ist, der Völkerbundrat auf Grund von Absatz 2 dieses Artikels Empfehlungen abfassen kann, die über die Vorschriften von Absatz 1, hinausgehen“.

Der Vertreter Albaniens, Frasheri, erklärte bei dieser Gelegenheit, der Rat dürfe nach seiner Ansicht, falls der Ständige Internationale Gerichtshof die albanische These über den rechtlichen Zustand der Minderheitenschulen annehme, keine Empfehlungen abfassen, die über die Vorschriften des ersten Absatzes von Artikel 5 hinausgehen. Er betonte, dass seine Regierung unter Vorbehalt dieses Punktes gerne die Unterwerfung der Frage unter einen Schiedsspruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofes annehme.

Wie die „Havas-Agentur“ unter dem 6. April aus dem Haag berichtet, hat der Gerichtshof die Frage 1, mit acht gegen drei Stimmen verneint und damit der Ansicht der griechischen Regierung zugestimmt. „Havas“ berichtet weiter, der Gerichtshof sei zum Schluss gelangt, dass durch Artikel 5, Absatz 1, der Erklärung vom 2. Oktober 1921 den albanischen Staatsangehörigen, die den völkischen (race), konfessionellen und sprachlichen Minderheiten angehören, das Recht zugesichert wird, charitative, religiöse oder soziale Werke, Schulen und andere Erziehungsanstalten künftig mit dem freien Gebrauch ihrer eigenen Sprache auf ihre eigenen Kosten zu unterhalten und zu leiten, sowie ihre Religion frei auszuüben.

Discursul d-lui senator E. Gyárfás despre proiectul de lege adminis- trativă.

D-le președinte, d-lor senatori, stimatul meu antevorbitor, d-l senator Mircea, a găsit că este necesar să arate competența sa de a se pronunța la această lege, cu toate că nu s'a ocupat cu administrația. În această privință, situația mea este incomparabil mai ușoară, de oarece, eșind dela universitate, am început cariera mea ca ajutor de pretor și am terminat funcțiunile publice în calitatea mea de comite suprem, adică prefect al unui județ din Transilvania. Tatăl meu și toți strămoșii mei au ocupat funcțiuni, mai modeste sau mai însemnate, în administrație, așa că administrația a devenit în familia noastră deadreptul o tradiție familiară. Am spus acestea deoarece, durere, nu numai că nu pot să aprob acest proiect de lege, dar trebuie să combat principiile lui, cât și să protestez contra unor dispozițiuni și am vrut să dovedesc că am o competență de a mă pronunța în această chestiune.

D-lor senatori, administrația este o instituțiune care nu este destul de apreciată în țara noastră. Administrația este un mijloc prin care se pune în mișcare funcțiunile Statului. Și este un proverb francez, bine cunoscut, că legea cea mai bună nu vă aduce roade, când nu este bine aplicată, dacă administrația este

greșită, iar o administrație bună poate îndrepta greșelile și ale legilor rele.

Expunerea de motive și raportul vă arată, d-lor senatori, că de la 1925 încoace s'au făcut 12 modificări la legea administrativă. Fiecare guvern a încercat să facă o lege administrativă nouă, să facă o administrație nouă în această țară și cred că niciunul n'a reușit a crea ceva bun și definitiv. Așa că, nu de mult, un inspector administrativ, care este administrator de carieră și pe care îl stimez foarte mult pentru cunoștințele sale profesionale și speciale, mi-a spus că în țara aceasta, mai ales pentru sate, nu există administrație.

Țara se administrează prin bunul simț al țăranului și depinde numai de bunul simț al țăranului ca lucrurile să meargă bine sau nu. Iar administrația, din partea sa, în majoritatea cazurilor, împiedică numai și pune unele greutăți desfășurării bunului simț al țăranului.

Avea multă dreptate acest domn, d-lor senatori, deoarece de fapt administrația noastră este foarte defectuoasă.

Proiectul de față anunță unele principii foarte frumoase și foarte interesante care ar constitui afirmativ baza proiectului. Aceste principii sunt: autonomia, descentralizarea, continuitatea, întărirea autorității, atât a puterii centrale cât și a puterii locale, coordonarea activității diferitelor administrații și scoaterea de sub influențe politice a administrației.

Toate aceste principii d-lor senatori, sunt foarte frumoase și eu cred că noi le aprobăm cu toții. Durere! Însă aceste principii, care n'au putut fi realizate până acum, după modesta mea convingere, nu vor fi realizate nici pe baza acestui proiect. Voi arăta pe scurt care sunt, după părerea mea, cauzele după care aceste principii, nu numai că nu vor fi aplicate, dar din contră va fi împiedecat, ca aceste principii să se valorifice.

Când s'a discutat primul proiect referitor la organizarea administrației și de atunci încoace cu ocaziunea discuțiunii tuturor proiectelor care au venit unul după celălalt, am accentuat că nu este posibilă o autonomie, nu este posibilă o descentralizare, nu este posibilă o continuitate și mai ales nu este posibilă scoaterea administrației de sub influențe politice, atâta timp cât există deasupra organelor administrative sabia tui Damocles a disolvării și până când există posibilitate să se înlocuiască organele alese ale organizațiilor autonome prin membrii numiți.

Eu cred d-lor senatori, că rana principală a administrației noastre este tocmai acest drept de dizolvare. Și acest sistem al comisiunilor interimare. Până când nu va veni un guvern, care să recunoască că, cu acest sistem, este subminată și autonomia și continuitatea și toate aceste principii frumoase, până atunci nu vom avea organizațiunile corespunzătoare autonomiei noastre.

Domnilor senatori, pentru noi care am trăit sub regimul unei autonomii poate chiar exagerate, acest drept de dizolvare al consiliilor comunale, județene și orășenesti, a apărut la început dea dreptul ca o absurditate.

Noi n'am cunoscut acest drept al guvernului care n'a existat sub guvernările noastre trecute. Acolo era chiar o exagerare într'un alt sens. Consiliul județean avusese chiar dreptul de a refuza guvernului încasarea impozitelor și înrolarea contingentelor recrutate și a avut o plină posibilitate de a se ocupa cu toate chestiunile politice, iar prefectul nu putea intra în funcțiune, dacă consiliul județean cu majoritate de voturi nu-i lua jurământul.

În chestiunea aceasta a fost multă luptă între autoritățile autonome și puterea centrală, dar nici odată n'a cunoscut un singur caz pe baza căruia s'ar fi putut dizolva o organizație autonomă.

Domnilor senatori, Dizolvarea și din punct de vedere juridic este absurdă, deoarece reprezentanții oficiali ai unui județ, oraș, comună, formează o organizație creiată prin lege. Deci, această organizație juridică creiată prin lege nu poate comite o infracțiune sau o greșală. Greșeli și infracțiuni comit numai oamenii și dacă onoratul guvern dorește să aibă garanții contra acestor greșeli și infracțiuni, care ar fi nefavorabile statului, are atunci două posibilități: are posibilitatea de a proceda contra individului, contra membrului consiliului respectiv, care a pronunțat un lucru pe care, n'ar fi trebuit să l pronunțe, sau care a manifestat o atitudine necuviincioasă. Și mai are o a doua posibilitate de a anula hotărîrea, care după părerea guvernului vatămă interesele superioare ale statului.

Dar dizolvarea organizației autonome este o absurditate.

Domnilor senatori, eu ași putea să termin aci cuvântarea mea, deoarece este o așa de mare contradicție între principiile și convingerile mele și ale noastre și între punctul de vedere adoptat de guvern, încât, o împăcare nu este posibilă.

Din momentul în care se admite posibilitatea disolvării organizației autonome și posibilitatea că guvernul să înlocuiască pe organele alese de populație, prin unele persoane numite, din acest moment, nu este nici o conciliațiune posibilă.

D-lor senatori, ceea ce este foarte dureros pentru noi, este de a vedea cum această idee a disolvării și a Comisiilor interimare, nu numai că cu timpul și cu dezvoltarea principiilor democratice s'ar fi redresat, dar, din contra, a evoluat.

Când Partidul Național-Tărănesc a venit la guvern și a alcătuit reforma sa administrativă, despre care s'a vorbit că va fi o reformă deadreptul democratică, și că va recunoaște toate drepturile autonome, acolo totuș, a intrat această porțiță deschisă a disolvării consiliilor, dar într'o formă foarte curioasă, deoarece Partidul Național-Tărănesc, în legea administrativă din 1929, a admis posibilitatea disolvării numai pe un anumit timp, atât cât a gândit că va fi la guvern și a îngăduit posibilitatea disolvării, lăsând-o pe seama organelor justiției, pentru guvernele viitoare. Așa că, totuș, și Partidul Național-Tărănesc a păcătuț în acest sens, cu toate că, în principiu, a menținut ideea că organele autonome nu pot fi dizolvate.

A venit apoi, cum știți și dv., dl. Argetoianu, care, în primele zile ale guvernării sale, a modificat aceasta și de atunci, d-lor senatori, fiecare guvern a venit cu dizolvarea consiliilor. Dacă colindați țara, veți constata că este un caz excepțional dacă undeva funcționează vreun consiliu ales, iar cazul obișnuit este că atât comunele cât și județele sunt conduse de comisii interimare.

Eu am avut ocaziunea de mai multe ori de a dezvolta dela această tribună toate neajunsurile de care sunt legate aceste comisii interimare, și toate frământările ce se ivesc în acest sistem și tot ce populațiunea trebuie să sufere în urma acestui sistem. Eu trebuie să repet și de data aceasta toate protestele mele și cum am spus, din momentul când acest principiu este menținut, acesta este deja un moment hotărâtor, pentru mine și pentru partidul meu, că nu putem vota această lege.

Am văzut cu mare durere, domnilor senatori, că proiectul de față nu numai că admite posibilitatea acestei dizolvări, dar o regulează chiar și perpetuează această situațiune. Și în proiectul actual se introduce dispozițiunea nesinceră a partidului

Național-Tărănesc, care enunța principiul că dizolvarea consiliilor, se pronunță de către curțile administrative.

Aci, cetățene, ai o garanție că numai prin curțile administrative va fi pronunțată dizolvarea, o spune art. 166. Dar continuă mai departe: În cazurile prevăzute la alineatele f), g), h) și i), se pronunță de Ministerul de Interne.

Dacă dv. veți examina cari sunt cazurile unde justiția, curtea administrativă, se va pronunța, veți vedea că sunt cazuri unde nici nu trebuie o judecată, sunt cazuri foarte evidente de exemplu când s'a adus o modificare teritoriului comunei, prin alipirea sau dislocarea unui sat și așa mai departe. Iar cazurile unde sunt posibile aprecieri, unde depinde de interpretare, dacă de fapt aceste cazuri există, nu sunt date în atribuțiunea justiției, ci sunt date în atribuțiunea guvernului.

Aceasta este, după părerea mea modestă, rana principală a acestui proiect și pentru aceasta sunt principal în contra acestui proiect, nu-l putem vota și suntem convinși că acest proiect nu va realiza continuitatea dorită anume că nu vor veni cei trei ani când vor fi trași la sorti și nu va avea nici o posibilitate, ultimul prefect și ultimul primar, de a lua locul în consiliul ales ci sigur, că între alegerile diferite, vor fi încluate comisiunile interimare.

Domnilor senatori, un alt principiu, care se pronunță în expunerea de motive, este descentralizarea. Eu cred că descentralizarea nu este realizată, ci din contră, acest proiect face o centralizare excesivă.

Astfel, dacă examinăm, în primul rând situațiunea prefectului, din punct de vedere practic și administrativ, nu pot aproba principiul pe care este bazat proiectul de lege, ca prefectul să fie și reprezentantul guvernului și șeful administrației locale și aceasta nu numai din motivul că am trăit sub un alt regim, unde prefectul era exclusiv reprezentantul guvernului și nu avea absolut nici un alt amestec, în administrarea județului, decât de a prezida ședințele consiliului județean, dar și din punct de vedere general și chiar dacă nu am fi cunoscut un alt sistem, a fi reprezentantul guvernului, înseamnă a avea o funcțiune foarte limitată în timp și pe de altă parte, foarte limitată în atribuțiuni, de oarece sunt legat, ca reprezentant al guvernului, să mă țin în mod strict de îndrumările primite de sus.

Ori, domnilor senatori, șeful administrației locale, spre a

putea îndeplini funcțiunile sale cu succes, trebuie să aibă în primul rând o stabilitate, trebuie să cunoască fiecare sat, trebuie să cunoască chiar și pe fruntașii satelor, de oarece, îmi aduc foarte bine aminte, am primit vești din toate părțile județului; notarul îmi telefona: D-le, poporul s'a revoltat în contra mea. Ce să fac? I-am spus: stai liniștit; nu ți se întâmplă nimic! Altuia i-am spus: cară-te de acolo, că vei fi omorât! Pentrucă cunoșteam și faptele poporului și ale notarului.

Deci, spre a putea conduce administrația unui județ, oraș sau comună, este necesar de a avea o stabilitate și dacă se poate ca administratorul să fie chiar băștinaș, dar în orice caz, trebuie să fie o legătură, ceea ce la reprezentantul guvernului este exclus. Iar pe de altă parte acest șef al administrației locale, trebuie să reprezinte întotdeauna și în primul rând interesele ținutului său și ale organizării a cărui șef este, pe când prefectul reprezintă guvernul și nu poate să facă acest lucru, deoarece el este legat de îndrumările pe care le primește sus.

La fel, domnilor senatori, se vede această tendință centralizantă și din faptul că proiectul admite că atunci când prefectul lipsește să fie înlocuit de un funcționar superior al ministerului, trimis în acel loc. Dar cum poate fi trimis un funcționar din minister în județul Cahul sau Maramureș? Cum poate fi acest funcționar superior din București, șeful organizației locale din Maramureș? Este o absurditate. Deci, iată o centralizare excesivă.

Domnilor, la fel trebuie să constatăm această centralizare exagerată și în faptul că această lege merge mai departe decât toate legile administrative de până acum, în privința de a nu admite alegerea funcționarilor locali, prin organele autonome. Dacă veți examina, domnilor, din acest punct de vedere legea, veți constata că în afară de primar — și chiar acest primar nu este totdeauna ales de consiliu — în afară de primar numai este niciun singur funcționar, care să fie ales de organe autonome, prin care populația băștinașe își poate exprima voința, simpatiile sau antipatiile sale. Toți funcționarii comunei vor fi numiți de primari, toți funcționarii județului, vor fi numiți de prefect. Iar cei mai importanți, cari conduc de fapt administrația, notarul și pretorul, sunt numiți de Ministerul de Interne. Deci, domnilor senatori, pe când legea partidului Național-Țărănesc, în această privință era foarte largă și da posibilitate populației să și manifeste voința sa, adeziunea și simpatiile sale

față de unele persoane, nu numai la alegerea în postul de primar, ci și în funcțiunile celelalte, trebuie să constatăm cu durere că proiectul are un mare regres în această privință, deoarece, conform proiectului actual, cum am spus, nu este nici un singur funcționar care să fie ales de organul autonom, în afară de primar. Dar și primarul, adică alegerea lui este îngrădită, pe deoparte prin dispoziția că trebuie să aibă de partea sa două treimi din voturile exprimate, căci dacă nu le are atunci vine numirea, iar pe de altă parte este o îngrădire pe care a relevat-o consiliul Legislativ și a declarat că este anticonstituțională și anume în stațiunile balneare consiliul comunal este răpit de dreptul său de a alege primarul, care va fi deadreptul numit de către guvern.

Un alt motiv, d-lor senatori, pentru care văd că proiectul încorporează un centralism exagerat este că nici o hotărâre și nici o ordonanță dată de organele administrative inferioare nu este definitivă și guvernul va avea totdeauna posibilitatea, atât el cât și organele superioare, de a anula orice inițiativă care pornește de jos. Aici este art. 61 care în alineatul nouă spune că: „Prefectul sau Ministerul de Interne au dreptul la orice epocă a anula ordonanțele, ce le-ar socoti contrarii ordinei de Stat, legilor și regulamentelor de administrația publică“.

Depinde numai de prefect și de Ministerul de Interne de a cântări care este ordonanța sau dispoziția pe care aceste autorități o găsesc că este în contradicție cu aceste principii.

La fel, d-lor, consiliile n'au atribuțiuni suficiente și atribuțiile lor sunt îngrădite prin imixtiunea puterii centrale, printr'o serie de imixțiuni, pe care nu le voi desvolta pe larg, spre a nu abuza de răbdarea dvs.

Trec acum la rolul pretorului. Aici, din punct de vedere practic toate legile noastre au făcut o foarte mare greșală când au ros majoritatea din atribuțiunile pretorului.

Administrația noastră din Ardeal a fost bazată pe persoana pretorului. Pretorul era acel care avea contact direct cu populația. Legile noastre ar dori că acest conducător efectiv să fie prefectul. V'am spus deja că acest lucru nu este posibil, din motivul că prefectul nu este stabil și nici n'are timp de a se ocupa cu toate chestiunile mărunte. Dar nu este posibil și din alt motiv, deoarece se știe foarte bine, mai ales acei care au făcut armata, știu că nu există un general, care să poată dis-

pune cu o sută sau două sute de unități. Este imposibil. Trebuie să le grupeze într-o formă și să dispună de ele prin mijlocitori. Aceasta este situațiunea și cu comunele și cu prefectul. Într'unele județe sunt, — cel puțin la noi în Ardeal — dela 150 până la 400 de comune și este imposibil ca un prefect să cunoască măcar pe primarii acestor comune. Este, prin urmare, absolut necesar să fie un organ mijlocitor între el și comune și acest organ era pretorul, care avea sub conducerea sa 30—40 comune, pe care le putea vizita trimestrial și le putea conduce efectiv, luând contact cu cetățenii.

Pretorul, în proiectul de față, este pur și simplu un jandarm superior. O spune chiar și proiectul în mod categoric, arătând că el este un ofițer de poliție. Este o dispoziție foarte curioasă, care nici decum nu este compatibilă cu prestigiul cu care a fost anturat pretorul nostru din Ardeal, când spune proiectul că el va avea o recompensă de minimum de 5 % din toate fraudele, care se vor descoperi pe teritoriul plășii.

D-lor, acest pretor, în loc de a fi îndrumătorul populațiunii în toate chestiunile, economice, culturale și mai ales în chestiunile administrative și pe de altă parte de a fi ochi și urechi pentru prefect, un informator conștiincios al organului central al județului și al comunei, este pur și simplu un jandarm superior numit și transferat, care nu va îndeplini rolul care i-a fost consacrat.

D-lor senatori, acestea sunt motivele pentru care văd, că descentralizarea nu se va reliza, ci din contra, centralismul exagerat va dăinui ma departe și după votarea acestui proiect de lege.

D-lor senatori, un alt principiu, pe care au dorit să-l realizeze autorii acestui proiect, este *coordonarea activității diferitelor administrațiuni*. Este o necesitate și, în această privință, suntem foarte recunoscători d-lui ministru că, în sfârșit, s'a găsit un ministru de interne, care, cel puțin, a pronunțat acest principiu și a constatat, că în această privință trebuie să se facă ceva, de oarece în fapt fiecare ministru își are administrațiile sale independente în fiecare județ cu care comunică direct, astfel că aceste organe procedează fiecare fără a avea cunoștință ce face celălalt — parcă ar urma perceptul Sft. Scripturi că „Mâna dreaptă să nu știe ce face mâna stângă.“ Revizorul școlar și medicul, șeful ocolului silvic și inginerul, ca și toți cei-

lalți primesc ordinele lor dela diferitele ministere și nimeni nu s'a gândit la coordonarea acestor administrațiuni. Este de fapt un merit al d-lui ministru de interne de a se fi gândit la acest lucru.

Cred, însă, că modul cum d-l ministru de interne dorește să realizeze această coordonare nu este chiar fericit. D-l ministru de interne introduce în acest proiect două organe în acest scop, introduce un consiliu de prefectură, care să țină ședință odată pe lună, când să fie adunați toți șefii administrațiilor de stat. Ei bine, d-lor senatori, avusesem și noi în administrația noastră un astfel de organ. Dar ceeace dorește să facă dl. ministru este numai jumătatea acestui organ. Căci se vor aduna, sub președinția prefectului, revizor școlar, șeful ocolului silvic și toți ceilalți, unul din București, altul din Craiova, altul din Arad, în capitala județului Sibiu, ca să se consfătuiască cum să coordoneze activitatea administrativă a județului și ei nici nu cunosc situația județului. Ca acest consiliu de prefectură să fie rodnic, ca acest consiliu de prefectură să poată desfășura de fapt o muncă rodnică, trebuie ca, pe lângă acești șefi de organizații administrative, sau cel puțin în numărul lor, spre a nu majora numărul acestor d-ni funcționari să fie admis și delegații consiliului județean care să-i informeze pe acești domni, pe acești șefi ai administrației despre situațiunea reală a județului.

O altă organizațiune prin care dl. ministru dorește să realizeze coordonarea organelor administrative, o formează *conferințele educative*.

Este o inițiativă foarte interesantă d-lor senatori, dar eu, care cunosc viața dela sate, deoarece n'am trăit niciodată la oraș, ci numai între locuitorii rurali, văd foarte bine că dacă citim numai numărul tuturor domnilor care trebuie să ia parte la aceste conferințe educative de două ori pe lună, constatăm că dacă la prima întâlnire adunarea va fi foarte impunătoare, sunt convins că în măsură cu cheltuelile de transport — pentru că în provincie nu este așa de ușor, de exemplu în județele Bihor sau Hunedoara, să vii dela Pietroșani sau dela Bran de două ori pe săptămână până la Deva ca să asculți două conferințe educative — sunt convins că la a 2-a sau la 5-a conferință dl. prefect nu va mai avea prezenți pe toți acești domni care au necesitate să execute această dispozițiune.

Dl. D. Luca, subsecretar de Stat la Ministerul de Interne :

Acolo nu sunt chemați funcționarii din județ, ci funcționarii din oraș; vasăzică nu se face nici o deplasare.

Dl. Elemér Gyárfás: Dar d-le ministru, aveți dvs. aceleași conferințe, numai că nu sunt numite conferințe ci sunt numite consfătuiri la reședința plășii.

Dl. D. Iuca, subsecretar de Stat la Ministerul de interne: Acolo da, admit.

Dl. Elemér Gyárfás: Acolo este o foarte mare adunătură.

Dl. V. Alimăneștianu, raportor: Consfătuirile acelea au loc odată pe lună.

Dl. Elemér Gyárfás: Nu, ele au loc trimestrial, dar este destul și atât. Este absurd să convoci deodată pe fiecare primar, pe fiecare notar și pe fiecare șef de jandarmi. Este necesar ca pretorul să ducă în fiecare comună și să vadă situația acolo la fața locului, căci dacă îl convoc sau dacă adun pe toți, unii ascultă, alții nu ascultă, unii pricep și alții nu pricep. Dar dacă se duce pretorul și este obligat de a cerceta cel puțin trimestrial la fața locului situațiunea, atunci această dispozițiune ar avea cu totul alte rezultate.

Trec la compunerea și funcționarea consiliului.

Este o chestiune despre care ași putea să vorbesc foarte mult, dar nu vreau să abuzez de răbdarea dvs.

Conform proiectului tot consiliul se compune din membrii de drept și din membrii aleși.

Și aci este o mare contraversă între situațiunea sub care am trăit noi și regimul creiat prin legea de față și prin legile anterioare. Avusesem și noi membrii de drept din cei, cari plăteau impozitele cele mai mari în organizațiile respective. Astăzi dl. Ministru de Finanțe se gândește să introducă un sistem invers, deoarece se gândește să publice liste nominale de toți contribuabilii răi platnici.

Cred că aceasta nu este just, pentrucă depinde de motivul pentru care eu nu mi-am plătit impozitele mele. Să se dea recompensă acelor care își îndeplinesc cu strictețe îndatoririle lor de a se pronunța în toate chestiunile care interesează orașul respectiv. Aceasta cred că este incomparabil mai fo'ositor.

Dl. senator Mircea s'a plâns mai înainte împotriva taxelor și impozitelor comunale, care sunt o sarcină grea pentru industrii ca și pentru clasele producătoare, pentrucă aceste clase nu le mai pot plăti.

Și chiar și raportorul legii, dl. Alimăneșțianu, spune că sunt multiple și ineputabile nevoile comunale.

Din moment ce sunt unii domni în consiliul comunal cari nu plătesc din punga lor, ci votează sarcinile comunale și taxele comunale și toate cheltuelile comunale, din punga altora, este natural că nevoile comunale vor rămâne și mai departe ineputabile. Eu nu vreau să vă propun introducerea unui sistem care era necunoscut până acum, dar cred, că ar fi foarte motivat, acela de a da cel puțin un loc, sau câteva și acelor cari poartă sarcina cea mai grea a impozitelor comunale, județene, orașenești, etc.

Acestea sunt obiecțiunile mele principiale și generale în contra părții generale a proiectului și chiar cum am expus mai înainte, chiar din punct de vedere principal, nu pot aproba această lege și trebuie să protestez în contra unor principii pe care nu le pot aproba.

Acest proiect, pe lângă organizarea administrativă, mai reorganizează și justiția administrativă.

Aci, d-lor senatori, vreau să semnez numai punctul de vedere foarte interesant al Consiliului Legislativ, expus în avizul său, în care spune că modul cum proiectul organizează justiția administrativă este cu totul anticonstituțional.

Eu, ca jurist, care practic, nu vreau să mă pronunț în această chestiune.

Onoratul guvern și dv. veți vedea dacă acest punct de vedere, dacă această obiecțiune de anticonstituționalitate, este așa de serioasă, încât trebuie să fie luată neapărat în considerare, sau dacă puteți trece peste această obiecțiune.

Ceeace eu aș cere, ceeace cred absolut necesar de a se face în privința justiției administrative, este *o delimitare precisă între justiția administrativă și contenciosul administrativ*.

Cu durere, domnilor senatori, proiectul de față nu face această delimitare, ci din contra, admite posibilitatea ca un cetățean să se adreseze cu aceeași pricină, cu aceeași plângere sau către justiția administrativă, sau să se facă un proces în contenciosul administrativ. Deci, autorii proiectului recunosc că nu este stabilit în proiect atribuțiunile justiției administrative, nu este fixat, care sunt procesele care trebuie să fie înaintate la justiția administrativă și care sunt plângerile care intră în competența contenciosului administrativ.

Acest lucru nu-l spune proiectul, dar sancțiunea o aplică și spune: Dacă cineva s'a adresat către o instanță, a pierdut dreptul de a se mai adresa către instanța cealaltă. Deci, domnilor senatori, eu cred că e absolut necesar și rog pe autorii legii să binevoiască a examina această chestiune înainte ca acest proiect să vină în discuțiunea Camerii, că *este absolut necesar a face o precizare și de limitare între atribuțiunile justiției administrative și atribuțiunile contenciosului administrativ*, pentru ca fiecare cetățean, sau cel puțin avocat, sau cel puțin avocat versat, să știe că dacă se adresează cineva către dânsul și-i cere un sfat, să știe unde îndreptează această plângere.

Dacă rămâne textul așa, vă asigur că nimeni nu va ști sigur unde să îndrepteze în mod valabil plângerea sa.

După toate aceste obiecțiuni de ordin general, dați-mi voie să examinez proiectul și din punctul de vedere *al minoritarilor* și dacă până acuma în cele expuse, am fost nevoit a spune lucruri nedelicate, cu durere trebuie să vă mărturisesc că în această chestiune ce urmează, trebuie să vă spun lucruri și mai nedelicate și vă rog să nu luați în rău dacă voi spune anumite lucruri care la prima dată nu vor face impresiune bună. Dar este absolut necesar, în ochii acelor cari nu cunosc intențiunile noastre, de a privi unele lucruri în față și numai dacă le privim în față, numai atunci vom găsi modul lor de soluționare.

Domnilor senatori, în privința regimului minoritar, acest proiect este deadreptul înspăimântător, pentrucă atunci când l-am citit, nu mi-am putut da seama dacă sunt sau nu serioase dispozițiunile lui. Când s'a votat proiectul regretatului Ion Brătianu, în 1925, s'au ridicat și atunci, diferiți conducători și minorităților etnice și religioase din țară, cari au cerut, așa cum prescrie tratatul internațional pentru protecția minorităților și cum a realizat deja și Cehoslovacia, ca în această lege administrativă din 1925 să fie introduse și dispozițiunile în această privință.

Guvernanții de atunci, au fost de părere ca această chestiune mai trebuie să fie cântărită și nu este locul să fie trecută în aceea lege, trebuind să fie votată o lege separată.

A venit Partidul Național-Țărănesc în 1929. Partidul Național, care la Alba Iulia a decretat, că în România-Mare fiecare popor se va judeca, se va administra și se va instrui prin fiii săi proprii, în limba sa proprie ...

O voce de pe băncile majorității : Dar atunci se ajunge la stat federativ !

Dl. Elemér Gyárfás : Eu nu eram la Alba-Iulia atunci.

Și când am prezentat Partidului Național polița aceasta dela Alba-Iulia, am primit răspunsul că nu este timpul să facem acest lucru, că nu vor introduce în legea administrativă nici o dispozițiune în această privință și vor menține regimul actual, care a existat până atunci, adică regimul introdus de Consiliul Dirigent.

Consiliul Dirigent, a făcut lucrul următor : când s'a ocupat cu organizarea administrativă și cu schimbarea administrației maghiara în administrație românească, a luat legea respectivă maghiară și a spus : această lege rămâne în întregime în vigoare, cu singura modificare că în toate locurile unde era scris până acum „maghiar“, va fi introdus cuvântul „român.“ Deci în toate chestiunile, unde sub era maghiară trebuia să fie întrebuințată limba maghiară, de aci încolo trebuia să fie întrebuințată limba românească. Acesta a fost sistemul, care a rămas sub partidul Național-Tărănesc și sub legea din 1929, cu toate că această lege nu conținea nici o singură dispoziție în această privință. Fapt este că nu numai în consiliile comunale, dar și în cele orașenești și județene, cu unele excepții dureroase, dar în majoritatea cazurilor cu bună înțelegere și dintr'o parte și dintr'alta, și-au dat posibilitatea de a se înțelege reciproc în interesul binelui comun al comunei. Acum, domnilor senatori, față de acest sistem al legiuitorului nostru de până acum, de a nu atinge în legea administrativă problema minoritară și față de sistemul de fapt în vigoare, care admitea unele înlesniri și unele posibilități pentru minoritari, care este regimul minoritar al proiectului de față ? Domnilor, în primul rând în ceea ce privește întrebuințarea limbii minorităților. În această privință de exemplu, Cehoslovacia are o lege foarte largă, unde se spune, că în fiecare comună și județ, unde minoritarii ating o anumită proporție, cred că 20 %, este îngăduit a se întrebuința limba lor, chiar și în justiție, iar acolo unde sunt în majoritate, au drepturi și mai largi. Conform acestui proiect, însă, nu numai că nu este admisă, sub nici o formă întrebuințarea vreunei limbi minoritare, dar printre cauzele de disolvare a consiliilor figurează și cauza „dacă se îngăduie a se vorbi într'o altă limbă, decât limba românească.“

Domnilor senatori, dați-mi voe. Eu locuiesc într'o comună

curat românească. Familia mea este, sau a fost cel puțin până acum, singura familie ungurească din această comună.

O voce: Vedeți ce bine vorbiți românește? Ce bine ați învățat?

Dl. Elemér Gyárfás: Eu, sub era maghiară eram membru al consiliului comunal, chiar când eram prefect și am fost de neînumărate ori la ședințele acestui consiliu comunal. Ei bine, nici prin minte nu mi a trecut ca să cer dela acești țărani români să vorbească ungurește. Chiar cu notarul, care știa ungurește, în prezența acestor țărani români, eu nu vorbeam limba ungurească, pe care ei nu o pricepeau. Dar, nu numai cu consiliul comunal, domnilor senatori. Era județul Sibiu, județ cu cultură mare. Dar credeți dvs. că în consiliul județului Sibiu s'a pronunțat un cuvânt ungurește? Numai de două ori pe an, când s'a deschis sesiunea ordinară a consiliului județean, la 1 Octombrie și la 1 Mai. Atunci prefectul, comitele suprem, a spus aceste cuvinte în ungurește: „Deschid ședința.“ Și a continuat în nemțește, iar apoi fiecare a vorbit în nemțește sau în românește, iar procesele verbale au fost redactate în limba minoritară. — și nici un cuvânt unguresc nu s'a pronunțat. Dar credeți dvs. că d-nii Maniu, Vaida, Aurel Vlad și ceilalți domni au vorbit în ungurește în consiliile județene? Au vorbit când au vrut să se înțeleagă, dar când au vrut să menționeze o protestare, au vorbit în românește.

Cred, d-lor senatori, — și aş ruga pe d-nii reprezentanții ai guvernului, și în special pe dl. ministru de interne, care și d-sa locuște într'un ținut, unde sunt mulți minoritari și știe cât de importantă este această problemă, — cred că trebuie să suprimăm toate dispozițiile care se referă la regimul minoritar, pentru că această chestie trebuie să fie rezolvată în altă formă și nici de cum în mod incidental printr'o lege administrativă.

În tot cazul, este o chestiune care nu interesează numai ministerul de interne, ci interesează și alte departamente, deoarece, d-lor senatori, — ca să trecem mai departe — și aici am o mare satisfacție personală, d-lor senatori, — este art. 11 care vorbește despre eligibilitate. Pentru a putea fi ales membru în consiliul comunal și chiar primar trebuie ca respectivul să știe scri și citi românește. Deci, nu poate fi ales în consiliul comunal cineva, dacă nu poate scri și citi românește.

D-lor senatori, dar credeți dvs., că în județul Făgăraș

există o singură comună, unde dvs. ați fi găsit, sub era maghiară, cinci țărani, care să știe scri și citi în ungurește? Nu erau de loc. Dar am o satisfacție personală. La sfârșitul erei maghiare, în lunie 1917, s'a lansat sub regimul maghiar un principiu foarte caraghios. Era vorba de modificarea legii electorale. Și atunci, s'a pus în mișcare und curent naționalist — un fel de numerus valachicus al d-lui Vaida — care susținea că drept de vot să aibă în țara ungurească numai acela care știe să scrie și să citească ungurește.

Eu eram prefect, eram deci reprezentant al guvernului și mi s'a cerut, nu oficial, știți dvs. cum, ca să se facă adunări în fiecare județ și să se creieze o atmosferă în acest sens.

D-lor senatori, m'am prezentat personal la Budapesta și am arătat că am în județul meu profesori, preoți care au fost și au studiat la universitățile din Germania, preoți români care și-au făcut studiile la Roma, care toți nu știu ceti și scrie ungurește. Ori, dacă aceștia nu știu să scrie și ceti ungurește să n'aibă dreptul de vot, iar un țăran să aibă dreptul să voteze? Am spus că eu nu pot admite acest lucru. Și nici n'am admis ca în județul meu să se țină adunări în acest sens.

D-lor senatori, vă pot spune că s'a mai ținut o adunare regională în această privință la Cluj, dar că eu n'am admis ca din județul meu să se prezinte cineva acolo.

Deci domnilor senatori, eu mi am câștigat dreptul de a mă pronunța în contra acestor sisteme; eu mi-am câștigat dreptul de a vă atrage atențiunea că nu poate fi legat un drept cetățenesc de astfel de criterii. Înțeleg dacă dvs. de exemplu la votul femeilor veniți și spuneți: să aibă dreptul să voteze numai femeile care au cunoștințele cursului inferior de liceu. Aci este o noțiune, fiindcă se liberează un certificat. Dar vă rog să-mi spuneți cine mă va crede pe mine — dacă nu va vrea să mă creadă? Și prin ce voi dovedi eu că știu scrie și ceti românește? Lucrul acesta nu se poate stabili, — chiar dacă principiul s'ar admite.

D-lor senatori, am vrut să vă demonstrez acest lucru și să vă arăt monstruoșitatea acestei dispozițiuni.

Dl. Em. Diaconescu: Dar ce ziceți de aceia care știu limba română și nu vor s'o folosească?

Dl. Elemér Gyárfás: D-le Diaconescu, nu sunt oameni de aceștia.

Dl. Em. Diaconescu: Cum nu sunt? Au fost cazuri la Cernăuți, la Timișoara, la Oradea.

Dl. Elemér Gyárfás: Vă asigur că chiar aceia care nu știu își dau silința să vorbească românește.

Domnilor senatori, în această ordine de idei nu vreau să vă rețin mai mult, dar trebuie să vă mai relev și chestiunea preoților admiși ca membrii de drept.

În această privință în legea din 1929 au fost admiși ca membrii de drept — în proiectul original — în fiecare consiliu un preot din partea cultului, care are cel mai mare număr de credincioși în cadrele organizației respective.

În cursul discuțiunii parlamentare s'a introdus modificarea ca preoții cultelor majoritare să fie admiși în fiecare caz, iar dintre preoți minoritari numai acela, care are cel mai mare număr de credincioși.

Nici această dispozițiune nu este echitabilă din punct de vedere principial. Noi însă n'am luat nici o măsură în contra acestei dispozițiuni. Anul trecut, când s'a votat modificarea, s'a spus „un preot numit de prefect“. Și avem cazuri, de exemplu, cazul din comuna Lazarea, din județul Ciuc, comună curat catolică, unde este numai un singur preot, cel catolic, care n'a fost numit în consiliu; dar peste trei comune mai departe este un preot greco-catolic, care are numai 30—40 de credincioși și acela a fost numit în consiliul comunal.

Noi n'am vrut să mai deranjăm pe dl. ministru cu această chestiune, știind că încurând vine această lege.

Acum, conform proiectului, în comunele rurale sunt admiși numai preoții bisericilor naționale.

În comunele orașe nereședințe se pune un reprezentant al clerului numit de prefect. Deci se poate întâmpla ca o biserică națională românească să lipsească.

În orașele reședințe acolo s'a admis câte un reprezentant al bisericilor naționale și minoritare cu cel mai mare număr de credincioși. Deci, numai în orașele reședințe de județ s'a menținut principiul din legea actuală. Acest sistem este foarte dureros pentru noi. Dar eu am convingere că dl. ministru de interne și colaboratorul domniei sale dl. subsecretar de stat Luca, se vor convinge în cursul discuțiunilor că aceste dispozițiuni nu sunt echitabile și nu pot fi menținute și ne vor da posibilitatea de a le modifica.

D-lor senatori, acestea au fost obiecțiunile mele contra acestei legi.

S'a s'vinit că acest proiect de lege va cuprinde și anumite dispozițiuni pentru arendarea județelor și gruparea lor în ținuturi.

În ceiace privește ținuturile, d-l ministru de interne arată motivele și greutățile pentru care acest sistem nu a putut fi introdus în această lege. Referitoar la arendarea județelor nu vreau să deschid aici o discuțiune care cred că este inutilă și foarte grea, dar știind că d-l ministru a vizitat un județ, despre care vreau să vorbesc, anume Târnava-Mică, țin să arăt situația administrativă a acestui județ, care este următoarea: are prefectura, revizoratul și Camera de Agricultură la Blaj; cercul de recrutare, administrația financiară și Banca Națională la Dicio-Sân-Martin, 40 km. depărtare are tribunalul în alt colț al județului, la 80 km. depărtare; are Camera de Comerț la Alba-Iulia; baroul avocaților la Sibiu; Camera de Muncă la Brașov și așa mai departe.

Sunt, d-lor senatori și d-le ministru, unele situațiuni care nu pot fi tolerate și cred că este necesar ca d l ministru, fie prin această lege, să se gândească la îndreptarea tuturor acestor neajunsuri.

Cu aceasta am terminat, d-lor senatori și cu motivele pe care le-am desvoltat, declar că partidul meu este, din punct de vedere general și principial contra acestui proiect, iar contra dispozițiunilor care privesc regimul minoritar protestăm în mod categoric și rugăm pe d-l ministru, până la redactarea definitivă, să binevoiască a le modifica.

Zur Lage der Minderheiten in Rumänien.

Eine ungarische Deklaration.

Die Ungarische Partei in Rumänien hat nach einer Konferenz der ungarischen parlamentarischen Gruppe unter dem Vorsitz des Parteipräsidenten Grafen Georg Bethlen eine Deklaration veröffentlicht, in der die Beschwerden der Ungarn wegen der Regierungspolitik niedergelegt sind. In dieser Deklaration ist im besonderen hingewiesen: Die Zurückdrängung der ungarischen Beamten und Angestellten wird fortgeführt. Die mangel-

hafte Kenntnis der Staatssprache bildet gegenwärtig nur einen Vorwand zur Rechtfertigung eines solchen Vorgehens. So sind in zahlreichen Fällen Beamte ungarischer Abstammung entlassen worden, ohne dass sie einer Sprachprüfung im Rumänischen unterzogen worden wären. In der Deklaration wird hierauf Einspruch gegen den von Vaida Voevod proklamierten „numerus valachicus“ erhoben. Wohl wäre seitens der ungarischen Minderheit die Forderung einer Proportionalität bei Besetzung der öffentlichen Stellen befürwortet worden, doch dürfe sich dies nicht auf die Ausübung der freien Berufe erstrecken. Es ist dann in der Deklaration auf weitere Beeinträchtigungen wirtschaftlicher Art hingewiesen, die insbesondere die fiskalische Handhabung der Minderheit gegenüber betreffen. In der Deklaration wird abschliessend die Ergebnislosigkeit parlamentarischer Debatten über die Beschwerden der Minderheit vermerkt.

Rumänische Verfassung und Minderheitenrechte.

In der Presseübersicht „Miscarea Minoritatea“ ist eine Äusserung des Vorsitzenden der ungarischen Partei in Rumänien Grafen Georg Bethlen enthalten, die sich mit dem Minderheitenschutz in diesem Staate befasst. In dieser Äusserung ist u. a. hingewiesen: Im Jahre 1923 ist bei Abänderung der rumänischen Verfassung dem Umstande überhaupt nicht Rechnung getragen worden, dass in Rumänien auch nationale Minderheiten bestehen, deren Rechtsstellung nicht allein durch die einfache grundsätzliche Erklärung einer Gleichheit vor dem Gesetz geregelt werden kann. Rumänien ist der einzige von den Staaten, die ihr Gebiet bei Abschluss des Krieges vergrössert haben, in dessen Verfassung die Minderheitenrechte garnicht erwähnt werden. Es müsste daher die Bestimmung in die Verfassung eingefügt werden, dass den Minderheiten der Unterricht in ihrer Muttersprache sowohl in eigenen, als auch in Staatsschulen, sowie die verhältnismässige Unterstützung ihrer Schulen aus öffentlichen Mitteln gebühren. Die Autonomie der Gemeinschaften der Székler und der Sachsen müsse ebenfalls in der Verfassung festgelegt werden. Den Minderheiten müsse in der Verfassung das Recht zuerkannt werden, ihre Muttersprache im Verkehr mit den Behörden zu gebrauchen, sowie das Recht des freien Gebrauches der Sprache im allgemeinen Verkehr. Auch in der Verfassung müsste der Grund-

satz aufgenommen sein, dass die Nationalität ein Recht auf ihre Erhaltung besitzt.

Gegen den Belagerungszustand.

Zu dem Gesetzentwurfe über die Verlängerung des Belagerungszustandes und die Beibehaltung der Zensur, der im Parlament am 15. März zur Verhandlung stand, gab der Abgeordnete Dr. O. Herzog namens der Deutschen Partei in Rumänien die folgende Erklärung ab: „Die Deutsche Partei Rumäniens wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Verlängerung des Belagerungszustandes, insbesondere gegen die damit im Zusammenhang stehende Einschränkung der Versammlungsfreiheit und die Pressezensur. Wir wollen die Fülle der Gründe nicht wiederholen, die gegen den Belagerungszustand und die Zensur in der Parlamentsdebatte bereits vorgebracht wurden. Wir müssen jedoch mit allem Nachdruck betonen, dass der bisher befolgte Vorgang bei der Zensurierung der deutschen Presse des Landes auf keinen Fall mit der Begründung, die für die Berechtigung des Belagerungszustandes angeführt wird, rechtfertigt oder entschuldigt werden kann. In den deutschen Zeitungen wird die Veröffentlichung selbst solcher Nachrichten verhindert, die in sämtlichen hauptstädtischen Blättern ohne die geringsten Schwierigkeiten erscheinen . . . Der Gebrauch unserer althergebrachten Ortsnamen wird nicht nur von der Post, sondern auch in den Zeitungen verhindert, was am allerwenigsten damit entschuldigt werden kann, dass der freie Gebrauch unserer Muttersprache die Sicherheit des Staates gefährde. Deshalb lehnt die Deutsche Partei mit aller Entschiedenheit das Projekt ab und verlangt die rasche Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes.“

«Staatsfeindliche Institutionen».

Vorstösse gegen die Ukrainer der Bukowina.

Der „Universal“ leitet seit Jahren die systematische Pressekampagne gegen sämtliche Minderheiten, die in diesem Staate wohnhaft sind. Dieses Blatt kann sich dessen rühmen, den Chauvinismus bei den Rumänen bis zu dem Grade gesteigert zu haben, den er heute aufweist. In den Kreisen der Minderheiten Rumäniens ist immer wieder auf die Skrupellosigkeit hingewiesen worden, mit der diese sehr verbreitete Zeitung ihre hetzerische Betätigung betreibt.

Der „Universal“ führt gegenwärtig einen Feldzug gegen die Ukrainer der Bukowina. Er fordert die Schliessung sämtlicher ukrainischer Genossenschaften mit dem Hinweise, dass es sich um „staatsfeindliche Institutionen“ handelt.

***Zu den Zuständen in der Dobrudscha.
Die Schliessung der bulgarischen Privatschulen.***

Die Lage der Bulgaren in der Dobrudscha hat eine weitere Verschlechterung erfahren. Eine Reihe privater bulgarischer Volksschulen hat ihre Klassen schliessen müssen bei Motivierung der Behörden, dass sie nicht die Erlaubnis des Unterrichtsministeriums besäßen. Dieses Vorgehen der rumänischen Behörde richtete sich gegen die privaten bulgarischen Volksschulen in Dobritsch, Baltschik, Kavarna und Braila. Die Kinder der aufgelösten bulgarischen Schulklassen sind gleichzeitig von der Behörde aufgefordert worden, in rumänische Schulen einzutreten. Das Vorgehen der rumänischen Behörde hat, nach den vorliegenden Pressemeldungen, bei den Bulgaren der Dobrudscha Beunruhigung hervorgerufen.

Die in Dobritsch erscheinenden „Novini“ äussern sich zu den erwähnten Ereignissen wie folgt: Die letzthin begonnene Kampagne gegen die Rechte der bulgarischen Minderheit hat mit dem Vorgehen gegen mehrere private bulgarische Schulen ihren Abschluss gefunden. Diese behördliche Massnahme bedeutet für uns keine Überraschung, da wir von Anfang an das Ziel dieser Kampagne erkannten. Die Rechte der bulgarischen Minderheit, die in dem Vertrage zum Schutze der Minderheiten festgelegt sind, sind wieder verletzt worden. Was die Auflösung der bulgarischen Schule in Braila anbetrifft, so verweist dasselbe Minderheitenblatt darauf, dass diese Schule, die vor fast 100 Jahren begründet wurde, noch lange vor Befreiung Bulgariens von der Fremdherrschaft, eine historische Rolle in der Wiedergeburt des bulgarischen Volkes gespielt hat.

Der „Dobrudschansky Glas“ nennt die letzten Ereignisse verhängnisvoll: die Beziehungen zwischen Bulgaren und Rumänen würden sich weiter verschärfen.

Die zweite Tagung des Ausland-Tschechoslowakentums.

Am 3. März fand in Prag die II. Tagung des Ausland-Tschechoslowakentums statt. Von Seiten des Mutterlandes wurde ihr, wie die tschechoslowakische Presse schon vor Beginn der Tagung erkennen liess, eine besondere Bedeutung beigemessen. Der Präsident der Republik, der das Protektorat über dieselbe übernahm, willigte ein, dass die Veranstaltung seinen Namen trüge. Sie erhielt hierauf die Benennung: „Masaryk-Tag des tschechoslowakischen Auslandes“. Das Ehrenpräsidium der Tagung empfangen die Vorsitzenden der beiden Häuser der Nationalversammlung und die Minister des Äusseren, des Unterrichts, der sozialen Fürsorge, des Handels und der Landwirtschaft, dann die Landespräsidenten und die Bürgermeister der grössten Städte. Die Organisierung der Tagung erfolgte seitens des tschechoslowakischen Ausland-Instituts zusammen mit dem Nationalrat und sämtlichen Verbänden, denen die Pflege der kulturellen und sozialen Bedürfnisse des Tschechoslowakentums im Auslande obliegt. Die amtliche „Prager Presse“ erklärte vor Eröffnung der Tagung: „Die Aktion zielt vor allem auf die Propaganda der Bedeutung und der Bedürfnisse der Tschechen und der Slowaken im Auslande“.

Über die in festlicher Weise begangene Tagung des Ausland Tschechoslowakentums berichtet die „Prager Presse“ in folgender Weise: „Im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses fand eine bedeutungsvolle Feier – der Masaryk-Tag des tschechoslowakischen Auslandes – statt, die einen Appell an das tschechoslowakische Volk war, seinen starken Zweig im Auslande nicht zu vergessen, und eine Kundgebung fester nationaler Einheit aller Teile...“ In demselben Bericht ist hierauf geschildert, wie der geräumige Saal des Abgeordnetenhauses von Vertretern des Tschechoslowakischen Ausland-Instituts und der mehr als 70 mitveranstaltenden Korporationen und Verbänden der „Tschechoslowakei“ in deren Mitte sich als Vertreter des Präsidenten Justizminister Dr. Dérer befand, angefüllt war. Anwesend waren ausserdem die Präsidenten der beiden Häuser der Nationalversammlung, der Erzbischof von Prag Dr. Kaspar, die Präsidentin des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes Dr.

Alice Masaryk u. s. w. sowie zahlreiche Vertreter der Tschechoslowaken im Auslande, die von den Versammelten sehr herzlich begrüßt wurden.

Minister Dérer erklärte während seiner Ansprache in der Eröffnungssitzung, dass sich die tschechoslowakische Regierung dessen bewusst sei, dass fast ein Fünftel des Tschechoslowakentums sich ausserhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates befinde. In den Ausführungen des Ministers heisst es hierauf: „Es ist richtig, wenn die Regierung dafür sorgt, dass diese positiven Eigenschaften (der Tschechoslowaken im Auslande) gepflegt werden und der gute Ruf des tschechoslowakischen Namens dadurch bewahrt wird. Die Regierung muss sich auch um die Landesleute kümmern, die Opfer der heutigen Wirtschaftskrise geworden sind. Viele unserer Landsleute sind mit ihrer Umgebung verwachsen, aber die Muttersprache und das Bewusstsein der nationalen Zugehörigkeit bilden ein ewiges Band. Als einem kleinen Volk liegt uns an jeder Seele . . . In derselben Ansprache ist dann abschliessend auf die Loyalität der Tschechoslowaken im Auslande hingewiesen und die Rolle, die sie als Mittler zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten hätten.

Namens des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes erklärte die Präsidentin desselben Dr. Alice Masaryk, dass das Tschechoslowakische Rote Kreuz insbesondere um die Ferienaufenthalte der Kinder der Ausland-Tschechoslowaken Sorge tragen werde. Sie hob hervor: „Damit es uns und unseren Landsleuten im Auslande gelinge die schweren Zeiten der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Not zu überbrücken, ist Liebe und das Zusammenhalten notwendig“.

Dr. Svihovsky, der Vorsitzende des „Masaryktages des tschechoslowakischen Auslandes“, machte den Teilnehmern der Tagung Mitteilung über die soeben erfolgte Begründung des „Masaryk-Jubiläumsfonds“ zur Unterstützung der Volksgenossen im Auslande. Unter denen, die als erste Beiträge für diesen Fonds geleistet haben, sind die Präsidenten des Senats und des Abgeordnetenhauses und die Mitglieder der Regierung der Republik. Aus den Mitteln des Ministeriums für soziale Fürsorge sind aus diesem Anlass 100.000 Cz. Kr. gestiftet worden.

Anlässlich der am 3. März in Prag stattgehabten Tagung des Ausland-Tschechoslowakentums veröffentlichte einer der massgebendsten tschechoslowakischen Politiker, Minister Dr. K. Krofta, in der dem Aussenamt nahe stehenden „Prager Presse“ einen Aufsatz, in dem er sich mit den Beziehungen der Tschechoslowakei zu den Tschechen und Slowaken im Auslande befasste. Den ausgezeichneten Darlegungen des Ministers Krofta, die die Verbundenheit zwischen dem Stammvolke und den Volksgenossen im Auslande aufzeigten, werden die Vertreter aller Nationalitäten grundsätzlich nur zustimmen können. So heisst es in diesem Aufsätze u. a.: „Wir dürfen jedoch der Wahrheit entsprechend sagen, dass wir unserer Auslands tschechoslowaken gedenken, dass wir ihre Bedürfnisse kennen, dass wir danach trachten, ihre kulturellen und sozialen Schwierigkeiten zu lindern, soweit es unsere eigenen Verhältnisse gestatten . . . Wir richten jedoch auch eine Bitte an unsere Landsleute im Auslande: Wir wünschen aus ganzem Herzen, dass unsere Landsleute jenseits unserer Grenzen aufrichtige Tschechen und Slowaken bleiben mögen . . . Und noch eines: Mit der Liebe zum eigenen Volke lässt sich sehr wohl die Loyalität zu dem Staate verbinden, der unsere Landsleute aufgenommen und in dessen Lande sie sich angesiedelt haben . . .“

Wenn man in Prag auf dem Standpunkt steht, dass die Tschechoslowaken aus allen Teilen der Welt ein unerschütterliches Recht darauf besitzen, mit ihrem Stammvolk in steter Verbindung zu sein, so wird man dieses Recht auch den anderen Volksgruppen im Verkehr mit ihren Stammvölkern zubilligen müssen.

Les Bulgares de Roumanie et M. Vaida-Voevode.

L'organe de la minorité bulgare de Roumanie „Dobroudjanski Glas“, paraissant à Dobritch, s'occupe, dans un article, de la formule „*numerus valachicus*“, lancée par l'ancien président du Conseil, le leader national paysan M. Vaida-Voevode.

Dernièrement, dit notamment le journal, aussi bien dans des réunions publiques que dans la presse, a été organisée une

campagne contre des minorités ethniques de Roumanie. Au début de cette campagne, l'ancien président du Conseil M. Vaida a proposé, au cours d'une réunion du Conseil supérieur du parti national-paysan, l'introduction dans le programme de ce parti du „numerus clausus“. Le conseil supérieur a rejeté cette proposition. Néanmoins, après son retour à Cluj, M. Vaida a repris sa formule dont il a changé le nom : au lieu de „numerus clausus“, il l'a intitulée „numerus valachicus“. Et M. Vaida a fait le tour des villes de Transylvanie, prêchant sa formule : En Roumanie, les purs Roumains se trouvent en état d'infériorité par rapport aux éléments minoritaires qui prédominent dans toutes les industries et les professions libres et dont le nombre dans les administrations publiques a beaucoup augmenté ; tandis que les Roumains se trouvent dans la misère, les minorités vivent largement à leur dépens.

M. Vaida propose le moyen le plus efficace contre ce mal, demandant l'introduction de toute une série de mesures restrictives, destinées à priver les minoritaires de Roumanie des droits et des libertés qui leur sont accordées dans tous les pays du monde et garanties par la Constitution roumaine.

Cette propagande de l'ancien président du Conseil, ajoute le journal, pourrait intéresser la minorité bulgare uniquement du point de vue du danger qu'elle présente pour toutes les minorités de Roumanie, si M. Vaida se contentait de rhétorique. Mais l'homme d'Etat transylvain a l'intention de créer un nouveau parti politique et il cherchera à recruter des adhérents dans toutes les provinces, y compris dans celles habitées par des Bulgares. Il fera donc appel aussi à la population bulgare. Quelle pourra être notre attitude envers une pareille organisation politique ? Nous estimons que pareille question ne devra même pas se poser étant donné que dans des affiches publiées à Dobritch il est dit que M. Vaida est appelé à sauver les Roumains et que les Roumains seuls ont le droit d'être protégés et favorisés.

Die Autonomie Karpathorusslands und die Tschechoslowakische Regierung.

Das karpathorussische Gebiet, welches zur Majorität von Gruppen, die sich zum russischen und zum ukrainischen Volkstum rechnen, besiedelt ist, hat, wie bekannt, bei Abschluss des Weltkrieges die Verwirklichung einer örtlichen Autonomie zugesprochen erhalten. Im Laufe der letzten Jahre ist von Seiten der Prager Regierung die Forderung nach der Autonomie Karpathorusslands immer wieder damit beantwortet worden, dass man erklärte, eine Verwirklichung der Autonomie würde successive erfolgen.

Der tschechoslowakische Vizeausenminister Dr. Krofta hat kürzlich in einem von ihm veröffentlichten Aufsatz sehr klar ausgesprochen, dass die Gewährung einer Autonomie an Karpathorussland erst nach Beendigung eines notwendigen Erziehungswerkes bei den Bewohnern dieses Gebietes erfolgen können wird. Die eben abgegebene Erklärung Dr. Krofta's bedeutet wohl, dass die Verwirklichung der Autonomie Karpathorusslands *ad calendas graecas* aufgeschoben werden soll. Wir erinnern in diesem Zusammenhange, dass Ausenminister Doktor Benes gelegentlich seiner im vorigen Frühjahr nach Karpathorussland vorgenommenen Reise in einem Vortrage in Ushorod erklärt hat, dass noch von „diesem“ Parlament einige die Autonomie Karpathorusslands betreffende Gesetzesvorlagen verabschiedet werden sollten. Nach diesem ersten Schritt würden dann weitere Massnahmen folgen, damit die karpathorussische Selbstverwaltung abschnittsweise ihre Realisierung finde. Seit den damaligen Erklärungen des tschechoslowakischen Ausenministers ist eine Reihe von Monaten vergangen, ohne dass an die karpathorussische Frage gerührt worden wäre. Die Äusserung Dr. Krofta's trägt zur Klärung der Situation bei.

Die tschechoslowakische Regierung hat ihre Absicht bekanntgegeben, demnächst an die Frage der Ernennung des Gouverneurs von Karpathorussland heranzutreten. Nach dem Tode des letzten Gouverneurs Dr. Beskid sind zwei Jahre ver-

gangen, ohne dass die Frage der Nachfolge gelöst worden wäre. Die bestehenden Parteiverhältnisse wirken sich allerdings ebenfalls in den karpathorussischen Fragen stark aus.

Eine Denkschrift der Deutschen Rumäniens.

An einem Scheidewege der politischen Entschiessungen.

Namens der Deutschen Partei überreichten der Vorsitzende derselben Dr. H. O. Roth und dessen Stellvertreter Abg. Dr. F. Kräutner dem Ministerpräsidenten Tatarescu eine Denkschrift, in der die Gesamtlage des Deutschtums in Rumänien behandelt wird. Der Übermittlung dieser Denkschrift war eine Sitzung der Deutschen Partei vorhergegangen, in der bestimmte, das deutsche Volkstum besonders berührende Fragen erörtert wurden, wie sie sich wegen der von der Regierung befolgten Politik darstellten.

Die dem Ministerpräsidenten übergebene Denkschrift enthält 12 Punkte, in denen bestimmte Feststellungen angeführt sind. Diese Feststellungen vermitteln eine Übersicht zur Lage der Deutschen in Rumänien, weswegen wir sie aufzählen wollen. *Punkt I.* betrifft die „Verfolgung und Beseitigung vom Beamten und Angestellten deutscher Volkszugehörigkeit“, insbesondere in den Komitaten und Gemeinden, im Verkehrs- und Postwesen, in den Lehrkörpern u. s. w.; *Punkt II.* betont „die gleiche Gefahr bei den privaten Unternehmungen“; *Punkt III.* verweist auf das „Verbot des Gebrauches der überlieferten deutschen Namen unserer Städte und Gemeinden in Presse und Postverkehr“; in *Punkt IV.* ist festgestellt, dass die „Verwaltungswahlen in den von Deutschen bewohnten Komitaten und Gemeiden sabotiert“ werden; die *Punkte V., VI., VII. und VIII.* betreffen die Verhältnisse im deutschen Schulwesen, insbesondere die Erhaltung der Schulen aus dem Gemeinde- und Staatsbudget und die in den Volksschulen der deutschen Gemeinden, Schulen, die staatlichen Charakters sind, durchgeführte Entnationalisierung; *Punkt XI.* bezieht sich auf die „systematische Übersteuerung der Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit und *Punkt XII.* enthält die

Feststellung von der „Drangsalierung der Bevölkerung durch die Ortsbehörden, namentlich durch Verhinderung von Zusammenkünften, selbst wenn diese ausschliesslich für kulturelle und kirchliche Zwecke veranstaltet werden“.

Zu der Denkschrift der Deutschen Rumäniens äussert das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt“: Die in den vorstehenden Gruppen behandelten Fragen wurden schon unzählige Male vorgebracht, ohne dass Abhilfe geschaffen wurde. Im Laufe des letzten Jahres ist die Lage des deutschen Volkes in Rumänien völlig untragbar geworden. Es muss daher eine dringende und grundlegende Änderung des der deutschen Minderheiten gegenüber in Anwendung stehenden Gesamtregimes und gleichzeitig auch eine Klärung unserer Beziehungen zur Regierung des Landes gefordert werden... Die Deutsche Partei sieht sich bei der Fortdauer der heutigen Sachlage an einem Scheidewege ihrer politischen Entschliessungen.

Intensive Arbeit der Rumänen im Széklergebiet.

Im Komitat Odorheiu allein werden in diesem Jahre sieben rumänische Kirchen gebaut. Der Verein „Astra“ beendigte soeben seinen Lehrkurs einer rumänischen „Bauernschule“ in Gheorgheni.

Unterrichtsminister Anghelescu begründete die Namensanalyse und Forschung der Abstammung in den Schulen im Széklergebiet damit, dass seinerzeit in jenen Komitaten hunderttausende Rumänen magyarisiert wurden und die Regierung habe beschlossen, die Wiederrumänisierung derselben in Angriff zu nehmen.

Unlängst drang der Abgeordnete der liberalen Partei in Odorheiu N. Constantinescu in der Kammer darauf, die „magyarisierten“ Rumänen wieder zu rumänisieren. Im gleichen Sinne sprach A. Baciú, Abgeordneter der Gogapartei, Präsident der Advokatenkammer in Târgu-Mureş und urgierte den Bau von noch mehr rumänischen Kirchen in den Komitaten Ciuc, Odorheiu und Treiscaune. Diesbezüglich erfuhren wir, dass noch im Laufe diesen Sommers in sieben Gemeinden des Komitats Odorheiu rumänische Kirchen gebaut werden. Das durch Ge-

meinarbeit beschaffene Material steht bereit und noch in diesem Jahre kommen die neuen rumänischen Kirchen unter Dach.

Laut ämtlichen statistischen Daten lebten im Komitate Odorheiu im Jahre 1920 4020 griech. orientalische und 1508 griech. katholische Seelen, neben 45.116 röm. kat., 41.632 reformierten und 27.566 unitarischen Seelen.

Rehabilitierung unschuldig Verhafteter.

Ein Kennzeichen der nationalchauvinistischen Welle, wie sie heute in verschiedenen Staaten Europas bemerkbar ist, stellt die Tatsache dar, dass eine Verhaftung bisher unbescholtener Menschen – nur auf Verdächtigungen, ja häufig auf zweifelhafte Denuntiationen hin – erfolgt, eine Verhaftung, die damit begründet wird, dass eine Feststellung bei den Betroffenen vorgenommen werden müsse, ob und wie weit sie sich in ihrer Loyalität gegenüber dem Staat vergangen haben. Da es sich, wie erwähnt, um eine Erscheinung handelt, die heute in verschiedenen Stufen wahrzunehmen ist, so kommt der Anfrage, die Abgeordneter Bacher im Prager Parlament an den Innenminister richtete, auch über die Grenzen des tschechoslowakischen Staates hinweg eine besondere Bedeutung zu. In dieser Anfrage ist u. a. ausgeführt:

„Es gehört zu den ständig sich wiederholenden Vorkommnissen, dass Personen, gegen die der Verdacht vorliegt, dass sie sich eines Verbrechens oder Vergehens, sei es eines Deliktes aus politischen Beweggründen, schuldig gemacht haben, von den Organen der Sicherheitspolizei in Haft genommen und, nachdem sich ihre Schuldlosigkeit herausgestellt hat, wieder freigelassen werden. Es zeigt sich somit in solchen Fällen, dass die Verhaftung auf Grund einer voreiligen, mitunter bösartigen Anzeige erfolgt ist. Diese Haften sind in vielen Fällen mit schweren Nachteilen für die Betroffenen und ihre Familien verbunden ... Als besondere Schädigung des Verdächtigten erweist sich aber die Tatsache, dass der schuldlos Verhaftete, dessen Name mittlerweile durch die Zeitungen gegangen ist oder dessen Verhaftung anderweitig bekannt wurde, bei der Enthaltung keine Bescheinigung erhält, woraus die Grundlosigkeit der Ver-

haftung hervorgeht und womit er üble Nachreden entkräften kann... Es ist gewiss nur recht und billig, wenn verlangt wird, dass die Behörde dem unbegründet Verhafteten wenigstens in Form einer Bestätigung Genugtuung für die erlittene Pein verschafft“.

Der Abgeordnete fragte bei dem Innenminister an, ob er bereit sei eine entsprechende Weisung an die ihm unterstellten Behörden ergehen zu lassen.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

La généralisation du droit des Minorités.

Dans la revue „Külügyi Szemle“ Revue des affaires étrangères, du droit international et de l'économie mondiale publiée par L'association Hongroise des affaires étrangères et pour la Société des Nations, nous trouvons l'article de M. Georges Oszwald, Conseiller ministériel de section, qui constate dans son article sur „La généralisation du droit des Minorités,“ que ceux qui sont pour la généralisation, se réfèrent à l'égalité qui doit exister entre les pays, tandis que les adversaires de ce principe affirment que le régime actuel de la protection des Minorités résulte du changement des territoires et il n'a pour but que de régler des problèmes spéciaux et locaux. Ces derniers craignent que la généralisation du droit des Minorités, ne mette un obstacle à l'évolution de la procédure actuelle. M. Oszwald est d'avis, que la généralisation pourrait actuellement à peine être menée à bonne fin, tandis que l'évolution du droit actuel des Minorités est absolument nécessaire, pour maintenir le paix mondiale.

«Uj Kor» – «Neue Zeit».

Unter diesem Titel ist dieser Tage in Budapest eine neue Zeitschrift vor die ungarische Öffentlichkeit getreten. An der Spitze der Zeitschrift stehen die jungen, bekannten Schriftsteller und Publizisten Aradi, Balle, Pozsonyi. Die erste Nummer der Zeitschrift ist eine Glanzleistung. Wie die bisherigen Schriften der genannten Publizisten, ist auch ihre neue Zeitschrift mit Schwung geschrieben, ist für moderne Probleme aufgeschlossen, kümmert sich wenig um Äußerlichkeiten, sondern geht immer und überall auf das Wesen der Probleme ein. Auch in der Minderheitenfrage. Auch auf diesem Gebiete bekundet die Zeitschrift ein weitgehendes Verständnis. In einem Aufsatz über die ungarischen Minderheiten rechnet sie mit dem Hurrahpatriotismus gründlich ab und fordert eine reale Kleinarbeit.

Director și redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

} XIII.

MAI - Iunie
MAI - JUIN
MAI - JUNI

1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

} 5-6

Unsere Pflichten in der heutigen Lage.

Der Ausschuss für Minderheitenpolitik der Ungarischen Partei in Rumänien hielt in Oradea am 25. und 26. Mai seine Sitzungen unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Elemér Jakabffy.

An diesen Sitzungen wurde in Anschluss an folgende Vorträge lebhaft debattiert:

1. Petitionen zum Völkerbund, die seit dem Referat in Târgu-Mureș eingereicht wurden. 2. Moralische Gesichtspunkte des Minderheitenrechtes. 3. Internationaler Rechtsschutz und innere Gesetzgebung. 4. Das Problem des Staatsbürgerrechtes in Rumänien. 5. Weshalb fehlt das Minderheitenrecht aus dem Völkerbund-Pakt. 6. Der „*numerus valachicus*“ im Spiegel des Minderheitsvertrages. 7. Die wirtschaftliche Lage der Minderheiten und die ethnische Proportion. 8. Die Bezugnahmen der neuen Strafgesetzbildung auf die Minderheiten. 9. Notwendigkeit der Schaffung einer Minderheitenbibliothek.

Nachfolgend geben wir die Eröffnungsrede des Vorsitzenden Dr. Elemér Jakabffy bekannt, womit er die Frage beantwortet, was die Aufgabe Derer ist, die verpflichtet sind, den Minderheiten in ihrer heutigen schwierigen Lage beizustehen und deren Angelegenheit auch weiterhin zu vertreten.

Gelegentlich unserer letzten, in Cluj, am 19. November 1934 abgehaltenen Sitzung verlautete der Wunsch, der Ausschuss möge seine Sitzungen nicht nur im Anschluss an die Landes-Generalversammlungen der Partei und Sitzungen des Verwaltungskomitees abhalten, sondern auch unabhängig von diesen, und zwar in mehreren Städten abwechselnd, damit die Interessenten der grösseren Zentren ungarisch bewohnten Gebietes den Vorträgen und Debatten beiwohnen und sich so in der Erkenntnis ihrer Lage und der Minderheitenfrage überhaupt selbst bilden können.

Diesem Wunsche kommen wir nun nach und es gereicht uns zu grosser Freude, dass die begeisterten Führer der Partei-Sektion von Oradea mare und dem Komitat Bihor uns in diese Stadt riefen, wo sie mit viel Mühe und Umsicht unsere Beratungen vorbereiteten.

Oftmals hörte ich die Frage, warum wir uns noch immer mit den theoretischen Beziehungen der Minderheitsfrage, mit der Bekanntgabe und Erläuterung der Minderheitenrechte und der Veranschaulichung unserer Lage befassen zurzeit, da wir feststellen können, dass unsere anderthalb Jahrzehnte hindurch diesbezüglich angewandten Bemühungen keinerlei Erfolg brachten und unsere Lage heute bedeutend drückender ist, als ehemals, vor einem Jahrzehnt. Diese Fragesteller deuten darauf hin, dass selbst ernste Faktoren des rumänischen politischen Lebens nichts mehr hören wollen von der Regelung unserer Angelegenheit in solchem Sinne, wie wir es fordern, da doch Derjenige, der den sogenannten Minderheitsvertrag unterzeichnete, heute den „*numerus valachicus*“ verkündet und wir uns auf die Karlsburger Punkte mit denselben Aussichten berufen können, wie – sagen wir – unsere sächsischen Schicksalsgefährten auf die im Jahre 1224 im Diploma Andreanum geschaffenen Rechtssicherungen.

Auch auf den unduldsamen Geist macht man uns aufmerksam, der unter den Führern des rumänischen öffentlichen Lebens bemerkbar und vonseiten der Regierung tatkräftig unterstützt und schonungslos angewandt wird.

Bevor ich diese Fragen beantworte, möchte ich mit meinen Gedanken weithin über die Landesgrenze hinaus schweifend, auf zwei kleine Völker aufmerksam machen, deren Gedankenwelt und Regierungssystem vorführen, um daraus Folgerungen zu ziehen.

Das eine dieser Völker ist das litauische.

Die Angehörigen des heute lebenden litauischen Volkes zählen beiläufig so viele Seelen wie die Ungarn Rumäniens, d. h. 1,700,000. Diese kleine Nation lebte Jahrhunderte lang unter fremder Herrschaft und erst nach dem Zerfall des Zarenreiches, beziehungsweise nach dem Weltkriege gelangte es in die Lage einen selbständigen Staat zu gründen auf einem kleineren Gebiet, als das geschichtliche Siebenbürgen, auf 55.000 km².

Von der Bevölkerung des heutigen Litauens sind nur 85%

die erwähnten 1,700,000 Litauer, ausserdem leben dort 154.000 Juden, 100.000 Deutsche und 70.000 anderer Nationalität.

Durch die Friedersverträge haben die Grossmächte den Deutschen auch den Landstreifen entrissen, der sich nördlich vom Memelfluss am Ufer der Ostsee befindet und dessen 140.000 Seelen betragende Bevölkerung grösstenteils deutsch ist. Hier übte zu Beginn der Botschafferrat die Souveränitätsrechte aus und zum Durchsetzen seines Willens standen ihm französische Truppen zur Verfügung.

Als im Jahre 1923 die Ereignisse des Ruhrgebiets die Aufmerksamkeit des Völkerbundes und der Grossmächte ernstlich in Anspruch nahmen, entstand in den ersten Tagen des Jahres 1923 im Memelgebiet ein Aufruhr, und zwar – wie sich nachträglich herausstellte – hatte die litauische Regierung eigene militärische Personen bürgerlich gekleidet unter Führung von litauischen Offizieren in das Memelgebiet gesandt und dann das ganze Gebiet mit Militärtruppen besetzt.

Der Botschafferrat protestierte natürlich gegen diese rechtswidrigen und gegen die internationalen Verträge verstossenden Tatsachen, die Regierung in Kowno aber wusste sehr gut, dass ihr nichts arges geschehen könne, da sie ihren Staatsstreich am 9. Jänner angestiftet hatte, am 10. Jänner aber die französischen Truppen unter ebensolcher Verletzung internationalen Rechtes das Ruhrgebiet besetzt hatten.

Die litauische Regierung hatte richtig gerechnet: nach dem Protest des Botschafferrates wurden die französischen Truppen abberufen und das Memelgebiet wurde Eigentum Litauens.

Die Grossmächte fühlten dennoch, sie müssten etwas in dieser Sache tun da im Memelgebiet zur Mehrheit Deutsche leben, deren gesamte Kultur demzufolge in Gefahr geraten war. Darum schränkten sie im Jahre 1924 die litauische Souveränität mittels eines Memel-Vertrages ein, der den Deutschen weitgehende Autonomie und Selbstverwaltungsrecht zusichert.

Es würde zu weit führen, wollte man die Schmälerungen der autonomen Rechte verfolgen, welche die Memeldeutschen seit einem Jahrzehnt vonseiten der litauischen Regierung erduldeten. Heute ist diese Nationalminderheit so weit, dass sie nur mehr Bruchteile dieses autonomen Rechtes besitzt und die hervorragenden Vertreter ihrer Minderheitenrechte schwere Gefängnisstrafe leiden. Die Wirkung dieser Vorgänge auf die

deutschen Nation lässt sich aus den Artikeln der Tagespresse zur Genüge beobachten. Bevor wir aber Folgerungen aus diesen Tatsachen ziehen, wollen wir bezüglich der Lage Litauens noch ein Faktum beobachten: Litauen hatte sich durch die rechtswidrige Besetzung des Memelgebietes nur teilweise entschädigt für jenen Verlust, den es erlitt als polnische Truppen trotz Protest des Völkerbundes und der Grossmächte, entgegen jeglichen Rechtes die litauische Hauptstadt Wilna besetzten und dem Völkerbund zum Trotz für sich behielten. Diesen Gewaltakt verklagten die Litauer natürlich und seitdem ist das Verhältnis Litauens zu Polen ein derartiges, dass über die gegenseitige Grenze keine Bahnlinie führt, die Geleise mehrere Kilometer weit aufgehoben sind, sodass zwisn den beiden keinerlei direkter Verkehr besteht, weder wirtschaftlich, noch diplomatisch.

Die politischen Führer eines solch kleinen Volkes, wie das Ungartum Rumäniens, halten es also für zulässig, dass ihre kleine Nation im allerfeindlichsten Verhältnis lebe mit zwei solchen Grossmächten und so grossen Nationen, wie die deutsche und die polnische. Hundertmillionen tatsächlich zum Selbstbewusstsein erwachten zwei Völkern gegenüber steht die 1,700.000 Seelen zählende Nation und stösst die von den Grossmächten verbürgte Minderheiten-Autonomie einfach um und wirft deren Beschützer ins Gefängnis.

Es giebt zu denken, ob solch gewagte Politik zweckmässig ist. Wenden wir uns aber noch nördlicher, nach Finnland, es heisst ja, die nordischen Völker sind ruhig und besonnen. In diesem Lande ist das staatsbildende finnische Volk mit 2,600.000 Seelen vertreten, also mit weniger, als die Bevölkerung des historischen Siebenbürgens. Auch hier leben Angehörige anderer Nationen, unter Anderen auch 340.000 Schweden. Diese Nationalminderheit gab aber dem finnischen Staat einen beträchtlichen Teil seiner Kultur, weshalb der finnischen Verfassung gemäss die schwedische Sprache ebenfalls Staatssprache ist und an der Universität von Helsinki an einem ansehnlichen Teil der Lehrstühle, beiläufig an 20, schwedischer Vortrag ist. Dieser Umstand schmerzt die finnischen Hurrah-Patrioten am meisten. Darum streben sie die schwedische Sprache von da auszumerzen. Im vergangenen Februar brachten 90 von 200 Abgeordneten einen Gesetzantrag, der die Ausschlies-

sung der schwedischen Sprache aus dem Parlament und der Verwaltung bezweckt.

Selbstverständlich bleiben derlei Bewegungen auf die öffentliche Meinung, ja selbst auf die Regierung des benachbarten Schweden nicht ohne Wirkung. Zuerst unterzeichneten 392 schwedische Universitätsprofessoren ein Memorandum, worin sie ihrer Besorgnis Ausdruck gaben und verkünden, dass im Falle Finnland seine, in schwedischer Sprache zustandegekommene Kultur gefährdet, dies leicht die Vernichtung jener kulturellen Verbindung herbeiführen könnte, worin Finnland mit den drei skandinavischen Staaten lebte. Auch in der Presse der beiden Staaten erhob sich eine Hetze gegeneinander und in den ersten Apriltagen begaben sich auf Einladung der dänischen Kollegen die Aussenminister Schwedens und Norwegens nach Kopenhagen, wo sie ihre einzunehmende Haltung bei der kommenden Völkerbund-Sitzung besprachen. Zu dieser Beratung wurde aber das vierte Mitglied des skandinavischen Blocks, Finnland nicht eingeladen.

Zwar begründete der dänische Aussenminister nachträglich den Verbleib der Einladung mit etwas anderem, doch weiss die skandinavische öffentliche Meinung nur zu gut, dass die Ursache dieser Entfremdung der wilde nationale Chauvinismus ist, der auch unter den Finnen überhandnahm und der sich nicht schämt, jene Nation zu verletzen und ihren Interessen entgegenzuarbeiten, der sie ihre Kultur zum Grossteil verdankt.

Diese zwei Beispiele beweisen uns am besten, dass gegenwärtig in Europa die Politik „auf dem Vulkan tanzt“, wodurch überall die Gegensätze und Reibungen verschärft und schliesslich früh oder spät eine Katastrophe herbeigeführt werden kann.

Ist es nicht die Pflicht jener Überlegten, die die Tatsachen, die Kräfteverhältnisse und hauptsächlich die grosse Macht der Moral erwägen können, nicht einfach beiseite zu treten, sondern ist es nicht ihre Pflicht, trotz wiederholten Nichterhörens, Abwinkens, ja selbst trotz Verhöhnung, ihr ermahnendes Wort zu erheben und Jene flehentlich zu bitten, deren Verstand durch diese merkwürdige Verblendung noch nicht ganz gefühllos wurde: sie mögen doch die Stimme der Vernunft erhören, sie mögen doch nicht immer ärgeren Hass und Unfrieden zwischen Menschen und Nationen schüren.

Wir alle sind dessen bewusst, dass ein klassisches Bei-

spiel der Unterdrückung der Minderheitsnationen jenes politische System geliefert hat, welches im Übrigen wahrhaft grossartiges leistete : der italienische Fascismus.

Vor einigen Wochen war ich in Wien an den Beratungen der Ausschusssitzungen der Minderheitskongresse anwesend, wo Josip Wilfan den Vorsitz hatte. Dieser hervorragende Minderheitspolitiker mit weitem Gesichtskreis erzählte, dass vor zehn Jahren, also kurz nach dem Sieg des Fascismus, Mussolini ihm, der damals Mitglied des römischen Parlamentes war, folgendes sagte : „Ich werde Ihnen zeigen, dass es in Italien in zehn Jahren weder slowenische, noch deutsche Minderheit geben wird“. Diese zehn Jahre sind nun vorbei und dort, wo vor zehn Jahren Slowenen und Deutsche lebten, gibt es vielleicht wirtschaftlich gebrochen und – einen allbekannten Ausdruck gebrauchend – mit in Katakomben aufrechterhaltener Nationalkultur mehr Slowenen und Deutsche, als vor zehn Jahren.

Diesem Ausspruch Mussolinis fügte Josip Wilfan hinzu : „Es ist nicht auszudenken, dass ein so grosser Staatsmann, wie Mussolini, sich nicht besinnen werde, wie irrig seine Berechnung war und wie dieser Irrtum für das italienische Volk und die gesamte Weltpolitik nur schädliche Folgen zeitigt. Es ist unmöglich, dass er seine, gegen die Minderheiten befolgte Politik nicht früher oder später ändert, wenn die Minderheiten sich selbst getreu bleiben“.

Und wie leicht wirklich grosse Staatsmänner solche Politik, wovon es sich herausstellt, dass sie nur Schaden bringt, einer Revision unterziehen, dafür brachte das beste Beispiel der unlängst verstorbene grosse Kämpfer der Polen, Marschall Pilsudski und der Führer der Deutschen, Hitler. Erinnern wir uns nur der fürchterlichen politischen Spannung, welche zwischen dem deutschen und dem polnischen Reich zehn Jahre hindurch fortwährend mit Sprenggefahr drohte. Und siehe, diese zwei grossen Staatsmänner haben verstanden, dass wenn höhere Ziele es fordern, gemeinsam zu gehen, so muss der Weg gefunden werden, der trotz des problematischen Gebietsanspruches der zwei Staaten das Miteinandergehen ermöglicht.

Wenn die Angelegenheit des polnischen Korridors kein Hindernis mehr im gemeinsamen Vorgehen des deutschen und polnischen Volkes gegen eine grosse Gefahr bildet, ist es dann

nötig, dass wegen ähnlicher Fragen immer noch staatenbildende Völker und Minderheiten in Mitteleuropa leiden müssen?

Wäre es nicht denkbar, dass auch in Mitteleuropa so einsichtsvolle Staatsmänner entstehen werden, denen es gelingt, die Lösung zu finden und uns alle einer schöneren Zukunft entgegenzuführen.

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben und nicht den so oft wiederholten Wunsch unseres berühmten Aussenministers, um Entwertung der Grenzen, als leere Phrase betrachten. Wohl wissen wir aber dass in Mitteleuropa entwertete Grenzen nur zwischen befriedeten Nationen bestehen können. Befriedigung aber ist ohne ideale Lösung der Minderheitsfrage undenkbar.

Ebendarum schwebt uns klar unsere Aufgabe vor, die in uns enthaltene moralische Kraft und unsere universalen Werte je häufiger und in je europäischerer Form zum Ausdruck zu bringen.

In dieser Pflichterfüllung und in diesem Streben dürfen uns nicht Erscheinungen, die wir jetzt beobachten, entmutigen. Auch die unüberlegten Äusserungen eines einzelnen Mannes dürfen uns nicht einschüchtern. Möge er *numerus valachicus* verkünden, Parteien sprengen, Hass zwischen den Staatsbürgern erwecken — er wird uns nicht hindern, weiterhin diese unsere Rechte zu fordern, welche uns mit seiner Unterschrift ein internationaler Vertrag verbürgt.

Deutschtum und Ungartum.

Von **Dr. Gustav Gratz**, Geheimer Rat, Minister a. D.,
Präsident des U. D. V.

Diesen Aufsatz entnehmen wir dem „Sonntagsblatt“,
Wochenzeitung für das deutsche Volk in Ungarn.

Es war unbedingt notwendig, dass der U. D. V. die Grundsätze, die er in den das Verhältnis zwischen Ungartum und ungarländischen Deutschtum betreffenden Fragen einnimmt, in unzweideutiger Weise festlegte, da in der ungarischen Öffentlichkeit über die Stellung des Vereins zu diesen Fragen die verschiedensten, dem tatsächlichen Sachverhalt absolut nicht entsprechenden Anschauungen verbreitet waren. Die Bestrebungen des Vereins sind konsequent verkannt und missdeutet worden

und das allein machte es zu einem unerlässlichen Gebot der Notwendigkeit, die Bestrebungen des Vereins in das richtige Licht zu setzen. Die Stellungnahme des Vollzugsausschusses, die eine einmütige war, denn dem einzigen gegnerischen Votum eines jungen Budaörser Advokaten ist keinerlei Bedeutung beizumessen, entspricht vollkommen dem Geiste, den die Leitung des Vereins schon zu Lebzeiten Bleyers und auch seither zu verwirklichen bemüht war. Sie bedeutet also keine neue Orientierung des Vereins, sondern wollte nur die alte Orientierung allen gegenteiligen Tendenzen entgegen klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Sie entspricht auch ganz dem Geiste, den das Institut für Ausladdeutschum in Stuttgart in einem dieser Tage an die Redaktion der „Times“ gerichteten Schreiben als die einzige richtige bezeichnet hat, dass nämlich die deutsche Bevölkerung im Ausland ihre Bestrebungen stets im Rahmen des Staates, dem sie angehört und in Treue ergeben ist, zu wahren bemüht ist.

Es gab aber auch besondere Gründe, welche die Stellungnahme des Vereins gerade im gegenwärtigen Augenblick als dringend notwendig erscheinen liessen. Die Verwirrung, die in der öffentlichen Meinung Ungarns hinsichtlich der Bestrebungen des Vereines bestand, hatte nämlich zufolge, dass weite Kreise in Ungarn immer dringender die Auflösung des Vereins forderten und dass solche Gedanken auch in sehr massgebenden Kreisen Eingang gefunden haben. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, den Volksbildungsverein, diese wichtige Schöpfung Jakob Bleyers und ein kostbares Erbe, das er dem ungarländischen Deutschtum hinterlassen hat, vor diesem Schicksal zu bewahren. Wäre eine unzweideutige Klarstellung jener Grundsätze, von denen sich der Verein leiten lässt, nicht erfolgt, so wäre damit zu rechnen gewesen, dass früher oder später die Gegner des Vereins seine Auflösung durchgesetzt hätten. Dazu kommt dann noch eine weitere Erwägung. Bekanntlich hat Ministerpräsident Gömbös bei der im vorigen Jahre erfolgten Neuorganisation des Vereins die Erklärung abgegeben, dass die Regierung eine den Wünschen des ungarischen Deutschtums entsprechende Regelung der Schulfrage in Angriff nehmen wolle. Infolge jener Anfeindungen, denen der Verein wegen des unüberlegten und hitzigen Auftretens einzelner seiner Mitarbeiter ausgesetzt war, entstand eine Atmosphäre, die es der

Regierung unmöglich machte, diese Regelung der Schulfrage in Angriff zu nehmen. Auch diese Erwägung liess es als geboten erscheinen, dass der Verein durch eine klare Stellungnahme und durch ein feierliches Bekenntnis zum ungarischen Staat, das übrigens den alten Überlieferungen des Ungarländischen Deutschtums entspricht von allen jenen Tendenzen, die das Verhältnis zwischen dem Ungartum und dem ungarländischen Deutschtum störend beeinflussten und die er übrigens immer misbilligt hat, ausdrücklich abrücke, damit endlich eine Atmosphäre geschaffen werde, in welcher die dem ungarländischen Deutschtum gewiss nicht unfreundlichen Absichten der Regierung zur Ausführung kommen können.

In diesem Gesichtswinkel ist auch die Frage Basch zu beurteilen. Dr. Basch ist infolge einer unvorsichtigen Aeusserung, die er allerdings in jener Form, wie sie ihm zugeschrieben wird, in Abrede stellt von zwei Gerichten mit einer empfindlichen Gefängnisstrafe belegt worden. Noch wird die königliche Kurie sich in letzter Instanz mit diesem Falle beschäftigen müssen und es ist möglich, dass diese das Urteil der beiden ersten Instanzen auflösen und eine Ergänzung des Beweisverfahrens anordnen werde, in welchem Falle Dr. Basch, wenn er tatsächlich beweisen kann, dass er das, was man ihm in den Mund legt, nicht gesagt habe, vielleicht noch freigesprochen werden kann. Es ist aber ganz unmöglich, dass die wichtigen Funktionen des Generalsekretärs in den Händen einer Persönlichkeit bleiben, die durch ein, wenn auch nicht rechtskräftiges Urteil, derzeit in der ungarischen öffentlichen Meinung in gewissem Sinne stigmatisiert ist. Es wäre das eine Belastung, die der Verein nicht tragen kann. In der Regel pflegen Funktionäre freiwillig zu verzichten, damit nicht ihre Person der Sache schade, die sie vertreten. Dr. Basch hat indes aus sehr ehrenwerten, aber meines Erachtens, nicht stichhaltigen Gründen diesen Weg nicht betreten, oder besser gesagt, seine Freunde haben ihm nicht gestattet, diesen Weg zu betreten, so dass nichts anderes übrig blieb, als ihn zwangsläufig zu beurlauben. Diese Massregel wirft jedoch keinerlei Schatten auf die Persönlichkeit und den Charakter Dr. Basch. Sie will auch dem Urteil der Kurie in keiner Weise vorgreifen, sondern stellt lediglich eine, im Interesse des Vereins unerlässlich notwendige administrative Massregel dar.

Die Gegensätze, die im Namen des Volksbildungsvereines in der jüngsten Zeit zum Ausdruck gekommen sind, haben ihren Ursprung in einer überaus heiklen Frage, die in der Wissenschaft derzeit stark erörtert wird, ohne dass man sagen könnte, dass die Auffassungen über sie schon endgültig abgeklärt werden. Es handelt sich um die Unterscheidung, die zwischen der Staatsgemeinschaft einerseits und der Volksgemeinschaft andererseits gemacht wird, also zwischen zwei Begriffen, die sich selbst in der Theorie mehrfach kreuzen und in der Praxis oft heftig gegen einander anprallen. Wenn sich die Wissenschaft mit dieser Frage beschäftigt, in welche vielfache philosophische, politische, staatsrechtliche und andere Erwägungen hineinspielen, so lässt sich dagegen gewiss nichts einwenden. Dagegen begibt man sich auf ein ausserordentlich heikles Gebiet, wenn man den Gedanken der Volksgemeinschaft zum Gegenstand einer Agitation unter einfachen Leuten macht, die keinerlei wissenschaftliche Vorbildung haben können, weil diese heute dann aus dem Gehörten ganz andere Ideen ableiten, als man ihnen vielleicht auch von Seiten derjenigen, die diesen Gedanken warm angreifen, beibringen will. Ein Teil derjenigen, die an der Arbeit des Volksbildungsvereins teilnehmen, hat aber gerade diese heikle Frage in den Mittelpunkt der statutengemäss rein kulturellen Bestrebungen des Vereines gerückt, mit der Motivierung, – wir haben sie in der Sitzung des Vollzugausschusses zu hören bekommen, – dass jede kulturelle Bewegung unter dem ungarländischen Deutschtum damit anfangen müsse, dass man den ungarländischen Deutschen das Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit mit dem deutschen 100 Millionen-Volk erweckt, also mit anderen Worten, dass der Geist der deutschen Volksgemeinschaft unter ihnen lebendig werde. Das ist aber ein ausserordentlich bedenklicher und gefährlicher Weg, der die ungarländischen Deutschen in fortwährende Konflikte mit den Behörden und mit dem Ungartum bringen muss. Das hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, da in Orten wo diese Ideen verkündet worden sind und Wurzeln gefasst haben, Gegensätze entstanden, die zu einer Fülle von Strafmandaten gegen einzelne gutgläubige Leute geführt haben, die diesen Lehren ein williges Ohr schenkten. Man erweist dem ungarländischen Deutschtum einen schlechten Dienst, wenn man es in diese Konflikte hineinzerrt.

Die Fragen, um die es sich hier handelt, liegen hart an der Grenze, an welcher staatliche und völkische Interessen zusammenstossen können. Nur sehr feine Köpfe mit umfassender Bildung und scharf ausgebildetem Unterscheidungsvermögen sind in der Lage, in diesen Fragen zu einer halbwegs befriedigenden Klarheit zu gelangen. Diese schwierigen und heiklen Fragen zum Gegenstand einer für die breite Volksmassen bestimmten Agitation zu machen, ist sträflicher Leichtsinn. Die Herren, die diese Agitation betreiben wollen, sollten doch damit rechnen, dass hunderte und hunderte von einfachen Leuten, die diese Theorien gar nicht begreifen können und für die sie auch ohne wirklichen Wert sind, als ihre Opfer von einem Konflikt mit den Behörden zum anderen taumeln werden, was für sie fortwährende Geld- und Freiheitsstrafen zur Folge haben würde. Ich glaube nicht, dass die deutsche Bevölkerung Ungarns Lust hätte, diesen Weg zu betreten und daher muss der Verein, der ihre Interessen zu vertreten hat, sein warnendes Wort erheben und sie darauf aufmerksam machen, dass es ihre Haut ist, die wir wahren, wenn wir dieser Agitation einen Riegel vorschieben. Indem der Vollzugsausschuss des Vereins einstimmig ausgesprochen hat, dass er jede Bewegung missbilligt, die geeignet ist, zwischen Ungartum und ungarländischem Deutschtum einen Keil zu treiben, hat er meines Erachtens auch ausgesprochen, dass solche heikle Fragen in den Versammlungen des Vereines nicht erörtert und breitgetreten werden dürfen, denn es liegen bereits genügende Beweise dafür vor, dass diese Erörterungen tatsächlich in manchen Orten einen solchen Gegensatz zwischen Ungartum und ungarländischen Deutschen hervorgerufen haben. Die alte Losung der ungarländischen Deutschen: „Wir sind deutsch, aber gute Ungarn“, darf nicht durch neue und unausgegohrene Schlagworte ersetzt werden. Unter dieser Losung hat das ungarländische Deutschtum seit Jahrhunderten in Frieden gelebt und unter dieser Losung wird es auch weiterhin sein Heil am besten finden.

Die Wahlen in Jugoslawien.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Das von der jugoslawischen Verfassung vorgeschriebene Wahlsystem ist zu allem eher geeignet, als zur Wiedergabe des wahren Willens der Volksmasse. Das jugoslawische Wahlrecht stellt schon durch die Art des Kandidierens diesem Volkswillen unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Die Belgrader Ober-Wahlkommission kann nur solche Parteilisten approbieren, die in mindestens der Hälfte der Landesdistrikte je dreissig Empfehler bekommen, diese Distrikte müssen aber im Gebiete von mindestens sechs Banaten liegen. Diese Verfügung allein verhindert, dass zum Beispiel das Ungartum Jugoslawiens mit selbständiger Liste an den Wahlen teilnehmen kann. Ein anderes Hindernis für die freie Äusserung des Volkswillens ist das System der offenen Stimmenabgabe. Wer mit dem Wesen der jugoslawischen Verwaltung nur halbwegs bekannt ist, wird sich nicht wundern, dass z. B. in der Stadt Magyarkanizsa, wo laut amtlicher Zählung vom Jahre 1920 von 18.074 Einwohnern 17.127 Ungarn sind, das heisst 94·8 % der Gesamtbewohner, dort von den 4920 Wählern 4029 ihre Stimme abgaben, wovon 3973 auf die Regierungsliste und 56 auf die Oppositionsliste fielen. Naiv wäre derjenige, der dieses Resultat als Äusserung des wahren Volkswillens betrachten wollte.

Die Art der Verteilung der Mandate vereitelt schliesslich vollends das Geltendwerden des Volkswillens in der Gesetzgebung.

Demgemäss bekommt nämlich jene Partei, der die relative Mehrheit der Stimmen zufiehl, drei Fünftel der Mandate und zwar separat in jedem Banat, auch wenn die betreffende Liste in irgendeinem Banat keine einzige Stimme erreicht hat. Als Beispiel: hätten die Kroaten und Serben im Banat an der Adria alle miteinander für die Liste der Opposition abgestimmt, so wären dennoch drei Fünftel ihrer Abgeordneten aus der Reihe der ihnen unbekannten, oder nur zu sehr bekannten, jedoch verhassten altserbischen Politikern hervorgegangen. Daraus ergibt sich die Erklärung, warum in Zagreb, wo die Maček-Partei 29.800 Stimmen bekam, die Jeftić-Partei aber nur 9600, dennoch alle vier Mandate der Jeftić-Partei zufielen.

Am 5. Mai verlief die letzte allgemeine Abgeordnetenwahl.

Termin des Einreichens der Listen war der 19. April. Sechs Listen wurden eingereicht, von diesen aber, da es in Jugoslawien keine Unabhängigkeit der Richter giebt, wurden trotzdem, dass in der Ober-Wahlkommission zur Mehrheit Mitglieder des Belgrader Kassationshofes vertreten sind, auf Wunsch der Regierung zwei Listen durch das Gericht zurückgewiesen. Die Listen von Jeftić, Maček, Maksimović und Ljotić wurden angenommen. Dem Zwischentreten des Fürsten Paul ist es zu verdanken, dass Maček nicht zurückgewiesen wurde. Und dass diese Liste nicht überwiegende Mehrheit erhielt, ist dem unbändigen Terror zuzuschreiben, respektive laut Feststellung der Opposition der Unterschlagung der Stimmen, wofür die Ober-Wahlkommission nur annähernde Korrektion gewährte, indem sie nach den Wahlen hunderttausend Stimmen Maček zugute schrieb.

Laut amtlicher Daten gebrauchten 73·72 % der Wähler ihr Staatsbürgerrecht: insgesamt stimmten 2,881.020 Wähler. Gesamtzahl der Wähler ist 3,908.313. 1,027.293 Wähler gaben keine Stimme ab. Die Stimmenverteilung ist wie folgt: Jeftić 1,747.037 (60·64 %), Maček 1,076.346 (37·36 %), Maksimović 33.549 (1·16 %), Ljotić 24.088 (0·84 %). Laut Wahlgesetz werden jene Parteien, welche nicht mindestens 50.000 Stimmen erreichen, bei der Verteilung der Mandate nicht beachtet. Demnach fielen die Listen Maksimović' und Ljotić' durch.

Die Liste Jeftić gewann mit ihren 60·64 % Stimmen 82 % der Mandate. Maček mit den 37·36 % der abgegebenen Stimmen bekam 18 % der Mandate. Maček erreichte in den zwei Banaten mit kroatischer Mehrheit (Save und Küstengebiet) zwei Dritteile Mehrheit.

Wie oben erwähnt, verhindert das jugoslawische Wahlsystem das im Lande lebende Ungartum, sich an den Wahlen mit selbständiger Liste beteiligen zu können. Eingedenk dessen versuchten die politischen Führer des Ungartums mit der Regierung darüber zu verhandeln, dass dem Ungartum auf den Regierungslisten Mandate zuteil werden können. Selbstverständlich mussten die Ungarnführer bei gewissen Bedingungen verharren. Da aber diese nicht beachtet wurden, kam zwischen den Ungarn und den Vertretern der Regierung kein Abkommen zustande.

Unter den Mitgliedern der jungen ungarischen Generation

fanden sich einige Solche, die nach dieser Erfahrung mit aller Kampfbereitschaft die Liste Mačeks unterstützten, wenngleich sie sich dadurch viel Unannehmlichkeiten aussetzten, die solch einem Unternehmen folgen. Dr. Ivan Nagy war einer Derjenigen, die diese neue Orientation einhielten.

Une Violation du Traité de Minorités par l'Albanie

constatée par la Cour permanente de La Haye.

Nous avons publié dans notre dernier numéro la décision du Conseil de la S.D.N. qui transmettait le dossier de la question des minorités grecques en Albanie à la Cour Permanente de Justice internationale.

Le rapport précis et les motifs juridiques de cette affaire bien mis en valeur par le rapporteur, M. de Madariaga, ont pu montrer aux membres du Conseil que les questions minoritaires sont des problèmes qu'il faut résoudre sur le terrain juridique et non sur le terrain politique. Ils ont pu aussi leur prouver que seule l'opinion d'une cour internationale de justice peut être prise en considération, car on ne peut compter sur l'impartialité d'un corps diplomatique tel que le Conseil de la Société des Nations. Cette décision de la Cour de la Haye, prononcée le 6 avril 1935, montre donc bien, ce qui entre parenthèses a toujours été notre thèse, que les questions juridiques ne peuvent être examinées sous le même angle que les questions politiques.

Le Conseil de la S.D.N., cénacle privilégié des Etats vainqueurs, se devrait de chercher à conquérir une reputation d'impartialité, à condition d'admettre qu'il n'est pas toujours compétent dans les différents qu'il a à trancher, et qu'il a alors la possibilité de demander un avis consultatif à la Cour permanente de Justice internationale.

Nous nous permettons de reproduire ci-dessus les renseignements suivants qui émanent du Greffe de la Cour permanente de Justice internationale et qui ont été mis officieusement à notre disposition :

La Cour permanente de Justice internationale a prononcé,

le 6 avril 1935, en audience publique, son avis consultatif sur une question, qui lui a été soumise par le Conseil de la Société des Nations en janvier 1935, et qui avait trait à la situation des écoles minoritaires en Albanie.

Cette question était ainsi conçue :

En tenant compte de l'ensemble de la Déclaration faite le 2 octobre 1921 devant le Conseil de la Société des Nations au nom du Gouvernement de l'Albanie, doit-on considérer comme fondée la thèse de ce Gouvernement selon laquelle la suppression des écoles privées en Albanie, constituant une mesure générale applicable aussi bien à la majorité qu'à la minorité, est conforme à la lettre et à l'esprit des stipulations de l'alinéa 1 de l'article 5 de cette Déclaration ?

La Cour a répondu négativement par huit voix (MM. Guerrero, Vice-Président, le Baron Rolin-Jaequemyns, Fromageot, Altamira, Anzilotti, Urrutia, Schücking, van Eysinga) contre trois (Sir Cecil Hurst, Président, le Comte Rostworowski, M. Negulesco.) Les trois juges de la minorité ont joint à l'avis une opinion dissidente commune.

L'origine de la question et les motifs de la Cour peuvent être brièvement resumés comme suit :

L'Albanie avait été admise comme membre de la Société des Nations dès 1920, étant entendu que pour la protection des minorités se trouvant sur son territoire, elle accepterait des obligations conformes aux principes généraux inscrits dans les traités de minorités. L'engagement de l'Albanie prit la forme d'une Déclaration qu'elle signa le 2 octobre 1921 et qui fut officiellement transmise au Conseil : Les clauses de la Déclaration tout en étant, d'une manière générale, conformes aux dispositions correspondantes des traités de minorités, en diffèrent cependant sur quelques points.

Aux termes de la Déclaration, il incombait à l'Albanie de fournir au Conseil des renseignements sur la situation juridique des minorités. Il résulte des informations fournies que celles-ci avaient le droit de maintenir et de créer des écoles privées. Le Conseil se borna à en prendre acte.

Cependant, dès 1923, le Gouvernement albanais manifesta l'intention d'abolir le droit de maintenir et de créer des écoles privées ; mais dans la constitution de 1928, ce droit était encore conservé. En 1930, d'autre part, l'Albanie prit des mesures en

vue de la laïc sition de l'enseignement et, en 1933, la suppression des écoles privées fut décidée par une modification de la constitution albanaise.

A la suite de ces événements, des pétitions furent adressées à la Société des Nations au nom des minorités; suivant la procédure en vigueur, elles furent renvoyées à un Comité de trois membres, qui décida de faire inscrire à l'ordre du jour du Conseil l'examen de la portée de la Déclaration albanaise relative aux minorités. C'est alors que le Conseil a pris la résolution de consulter la Cour.

Dans son avis, consultatif, la Cour constate que les deux thèses en présence sont les suivantes: d'une part, la Déclaration n'imposerait à l'Albanie en matière scolaire d'autres obligations que d'accorder aux minoritaires un droit égal à celui des autres ressortissants albanais; d'autre part, l'idée fondamentale de la Déclaration serait de garantir aux minorités la liberté de l'enseignement grâce au droit de conserver les écoles existantes et d'en créer de nouvelles. Selon la première thèse, toute interprétation qui obligerait l'Albanie à respecter les écoles minoritaires alors que les autres ressortissants albanais n'ont plus le droit d'avoir des écoles privées, irait à l'encontre de l'idée essentielle du droit minoritaire en créant un privilège en faveur de la minorité; selon la seconde, l'égalité de traitement ne saurait s'opposer à la liberté effective et intégrale en matière d'enseignement, qui est le but poursuivi par la Déclaration albanaise.

Pour interpréter cette Déclaration, eu égard aux deux thèses qui s'opposent ainsi, la Cour se place au point de vue des principes généraux inscrits dans les traités de minorités.

Dans cet ordre d'idées, elle constate que l'idée prédominante des traités est d'assurer une „coexistence pacifique et une collaboration cordiale“ entre majorité et minorités, tout en sauvegardant les traits caractéristiques de celles-ci: Dans ce dessein, ils posent le principe de l'égalité et celui de l'octroi aux minorités de moyens propres à préserver leurs caractéristiques et leur physionomie. Les deux principes sont d'ailleurs liés en ce sens qu'il n'y aurait pas de véritable égalité entre majorité et minorité si cette dernière était privée de ses propres institutions, et, partant, obligée de renoncer à ce qui constitue l'essence même de sa vie en tant que minorité.

La Cour constate ensuite que la Déclaration albanaise pro-

cède elle aussi, de ces principes : en même temps qu'elle prévoit l'égalité de traitement, elle précise les droits dont toutes les personnes qu'elle vise doivent également jouir. Ces personnes comprennent notamment les minoritaires.

A ceux ci, la Déclaration assure „le même traitement et les mêmes garanties en droit et en fait“ que les autres ressortissants albanais. Selon la Cour, il s'agit ici d'une égalité qui est particulière aux rapports entre majorité et minorité et qui est caractérisée par l'égalité de fait. L'égalité de fait s'ajoute à l'égalité de droit; elle s'oppose à une égalité purement formelle et peut rendre nécessaire des traitements différents destinés à établir un équilibre entre des situations différentes.

D'après la Cour, c'est précisément ce que fait la Déclaration lorsqu'elle prévoit, en faveur des minorités, le droit de maintenir et de créer des institutions telles que les écoles. L'égalité de traitement exigée serait rompue si ces institutions étaient supprimées ou remplacées par des institutions d'Etat.

Dans cet ordre d'idées, la Cour fait encore observer que l'expression *droit égal* signifie que le droit ainsi accordé aux minoritaires ne peut en aucun cas être inférieur au droit correspondant des autres ressortissants albanais : c'est le minimum nécessaire pour garantir une égalité effective et réelle entre majorité et minorité. Loin de constituer un privilège en faveur de cette dernière l'expression dont il s'agit sert à assurer que la majorité ne se trouve pas privilégiée par rapport à la minorité. D'ailleurs, la Cour voit la confirmation de sa manière de voir dans l'historique des clauses pertinentes et dans leur contexte.

C'est pour ces motifs que la Cour répond négativement à la question qui lui avait été posée par le Conseil de la Société des Nations.

L'opinion anglaise constate l'incapacité de la S. D. N. dans la question minoritaire.

Le grand quotidien anglais „Evening News“, dans son numéro du 27 mars 1935, publie un long article à propos de la sortie définitive du Nippon de la S. D. N.

Il constate que la Société des Nations, d'organisme international est devenue une Fédération d'Etats européens; il remarque aussi qu'elle ne pouvait arriver à aucun résultat en tant que sentinelle de l'ordre et de la paix internationale, et que, même dans le cadre européen, son action n'est guère probante. L'„Evening News“ déclare, d'autre part, qu'elle est pareille à un gendarme qui se sert uniquement de son sifflet, mais jamais de son arme. La police qu'elle exerce en Europe se borne au rôle d'un agent réglant la circulation. Elle n'a donc pas le droit de faire figure de „conscience européenne.“

Cette institution n'est pas autre chose qu'un simple exécuter de ces traités internationaux qui ont arraché aux Etats vaincus, au mépris de tout droit et de toute justice, des millions et des millions d'individus.

La S. D. N. ne s'est jamais préoccupée de ces injustices; et les plaintes, pourtant justifiées, des minorités n'ont pas trouvé d'écho auprès d'elle. Elle a, au contraire, toujours trouvé moyen d'éviter toute discussion et toute aide à ce sujet, et elle a fait comme les autruches qui, pour ne pas voir le danger, cachent leur tête dans le sable.

Toujours d'après ce journal anglais, l'organisme genevois est devenu une arme aux mains de certaines grandes puissances. Quant aux petits Etats qui en ont pourtant grand besoin, ils ne peuvent jamais recevoir quelque aide.

Cette politique lui a fait perdre sa réputation, car actuellement, la situation en Europe est pareille à la période d'avant-guerre: chaque Etat ne travaille plus qu'en vue de ses propres intérêts.

Il faut nous réjouir de ce que les yeux du monde entier se décillent sur certaines questions vitales qui ont été confiées jusqu'à maintenant à la S. D. N. sans qu'elle ait eu à subir quelque critique pour son inaction.

On peut constater que non seulement les pays vaincus et les minorités opprimées, mais aussi l'opinion publique des pays neutres et de quelques Etats vainqueurs expriment leur mécontentement au sujet de certains actes de la S. D. N.

Alors qu'ici, à Genève, elle se croit invulnérable et infaillible, de toutes les parties du monde, on entend des critiques bien fondées et qui voient justes.

En ce qui concerne la question minoritaire, nous avons publié dans notre dernier numéro toutes les pétitions qui ont été adressées à la S. D. N. depuis 1931 ; et l'on peut remarquer que sur 150 pétitions, on n'en trouve aucune où la S. D. N. ait bien voulu donner satisfaction aux requérants.

Le nombre des pétitions actuellement pendantes n'est pas loin de 100, mais ni le Secrétariat, ni les différents Comités des Trois ne sont pressés de les résoudre. Ils ont mis en vigueur une méthode spéciale, mais confortable, qui leur permet de tirer en longueur, sous différents prétextes, les pétitions les plus simples et les plus justes.

La question devient chaque jour plus pressante : pourquoi la S. D. N. n'est-elle qu'au service des Grandes Puissances et de certains Etats vainqueurs ? Et pourquoi ceux qui sont faibles et opprimés ne peuvent-ils élever leur voix jusqu'à elle ?

Cependant, réjouissons-nous de voir le monde entier sortir de sa torpeur et commencer à comprendre que de même que la question du désarmement n'est qu'un prétexte au réarmement, de même le mot „égalité“ signifie à Genève „inégalité.“ Car comment comprendre autrement l'insistance de la Société des Nations à maintenir éternellement une distinction entre vainqueurs et vaincus.

Et réjouissons-nous aussi de voir le monde réprouver l'attitude de la S. D. N. qui veut conserver un Traité de Paix favorable seulement à certains Etats, alors que le même organisme ne veut rien savoir des traités de minorités, créés cependant pour ceux qu'opprime le même Traité.

La politique minoritaire du parti radical-paysan et du parti national-paysan.

Le président du parti radical paysan *M. Grégoire Junian* a prononcé un discours au congrès de l'organisation de Dobrich (Dobrudja du Sud), dans lequel il s'est occupé aussi de la politique minoritaire. Une politique nationaliste chauvine, a-t-il dit notamment, n'est pas conforme aux intérêts de la Roumanie où sur 18 millions d'habitants plus de 4 millions sont de minori-

taires, nés dans le pays. Nous voulons faire une politique de fraternité avec toutes les nationalités qui habitent notre pays et donner aux minoritaires la possibilité de se sentir chez elles en Roumaine.

D'autre part, dans un discours prononcé à Giurgiu, l'ancien ministre des Finances et leader national-paysan *M. Virgile Madgearo*, s'est prononcé nettement contre la formule du „*numerus valachicus*“ lancée par l'ancien président du Conseil et leader du même parti *M. Alexandre Văida-Voevode*. *M. Văida* se trompe, a déclaré *M. Madgearo*, l'orsqu'il s' imagine, qu'il peut résoudre par sa formule d'une façon quelconque les problèmes nationaux, qui demandent en réalité un examen sérieux. Cette formule ne signifie rien et ne peut rien résoudre ; c'est une formule démagogique. Nous avons en Roumanie plus de 4 millions de minoritaires ; Hongrois, Saxons, Juifs, Bulgares, Turcs, Serbes, Russes, etc.

Au cours d'un discours qu'il a prononcé à Cluj, à la réunion du comité départemental du parti national-paysan le président de ce parti *M. Ion Mihalache* a insisté plus spécialement sur l'agitation créée autour de la formule „*numerus valachicus*“, lancée par l'ancien président du Conseil et ancien leader de ce parti, *M. Văida Voevode*.

Le parti national paysan, a déclaré notamment *M. Mihalache*, estime qu'il n'est pas possible d'engager une lutte d'oppression des minorités qui habitent la Roumanie. S'il est vrai que sur les 18 millions d'habitants de la Roumanie, 4 millions sont des minorités, ce fait demeure une réalité qu'on ne saurait pas déconsidérer, parce qu'ainsi le désire *M. Văida* ou n'importe quel autre politicien. Le parti national-paysan a le devoir de s'efforcer à capter ces minorités dans une direction politique favorable aux Roumains. C'est une grande erreur que de continuer à diriger l'esprit de ces minoritaires vers Budapest par ce système d'agitation qui s'appelle „*numerus valachicus*“.

Je suis certain, a ajouté le président du parti national-paysan, que *M. Văida* ne croit nullement dans la formule „*numerus valachicus*“, mais continue à l'agiter, car il a besoin d'une formule résonnante pour contrecarrer l'action de *M. Maniu* en Transylvanie. Si ce conflit entre *MM. Văida* et *Maniu* n'existait pas, et si *M. Văida* était libre de faire ce que bon lui

semble en Tchécoslovaquie et dans le Banat, il n'aurait pas lancé sa formule et n'aurait pas entretenu son agitation et n'aurait pas créé l'animosité entre les différents citoyens de la Roumanie.

Zu den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Aus der «Europäische Nationalitäten-Korrespondenz.»

Dank dem persönlichen Eingreifen des greisen Präsidenten Masaryk ist die Ausschaltung aus den Wahlen der heute bedeutendsten sudetendeutschen bürgerlichen Gruppe, der Sudetendeutschen Partei (Sudetendeutsche Heimatfront), eine Ausschaltung, die von der Partei des Ministers Benes gefordert wurde, unterblieben. Man wird diese Wendung im Interesse der Sudetendeutschen, wie der Tschechen, im Interesse einer künftigen erfolgreichen Auseinandersetzung über die Gestaltung eines dauernden Zusammenlebens zwischen den beiden Volksgruppen, nur begrüßen können. Allerdings, seitens der dem Aussenminister nahe stehenden „Prager Presse“ und anderer ähnlich eingestellter Kreise wird der Kampf gegen Konrad Henlein und seine Bewegung weiterhin systematisch fortgeführt, so dass die Möglichkeit besteht, dass das Vorgehen gegen diese grosse deutsche Gruppe nur aufgeschoben und nicht etwa aufgegeben ist. Deswegen kommt der Kampagne der „Prager Presse“ und der anderen beteiligten Kreise ein aktuelles Interesse zu.

Welche sind die eigentlichen Beweggründe dieser Kampagne? Auf diese Frage geben die „Lidové Noviny“ eine aufschlussreiche Antwort. In dem Blatte ist angeführt: „Heute steht der deutsche Aktivismus auf dem Spiel; heute ist die Möglichkeit der tschechoslowakisch deutschen Zusammenarbeit in Gefahr gebracht. Die nationalistische deutsche Heimatfront wird nach den Wahlen zu einer Kompromiss Regierungs Politik unfähig sein. Je stärker sie sein wird, einen umso grösseren Druck wird sie auf die deutschen Agrarier und Christlichsozialen ausüben; auch diese werden sich dann national radikalisieren, so dass eine Zusammenarbeit mit ihnen in der Regierung ungemein schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird...“

Es ist also im Grunde nur die Furcht davor, dass die bisherige bequeme Mitarbeit der deutschen Parteien an der Regierung ein Ende nehmen könnte. Diese Mitarbeit beruhte bekanntlich auf keinerlei, seitens der betreffenden deutschen Parteien gestellten grundsätzlichen Bedingungen. Sie bestand darin, dass ohne dass die grundlegenden Fragen der tatsächlichen Gleichberechtigung im staatlichen Leben, der Selbstverwaltung u. s. w. irgendwie geregelt oder auch nur behandelt worden wären, die Anwesenheit der deutschen Minister in der tschechoslowakischen Regierung, dieser, insbesondere deren Außenminister, die Möglichkeit bot, auf eine erfolgte Lösung des Nationalitätenproblems in der Tschechoslowakei hinzuweisen. Es verging so ein Jahr nach dem andern, bis die Enttäuschung bei den Wählern, die eine wirkliche Gleichberechtigung im Staate verlangten, die spontanen Schwenkungen weiter Kreise der deutschen Wählerschaft, das Entstehen und das Anschwellen der Sudetendeutschen Heimatfront (wie die Bewegung bis vor kurzem hiess), zur Folge hatten. Diese Auffassung wird durch den angesehenen früheren Klubobmann des Bundes der Landwirte (der an der Regierung teilnimmt) Dr. F. Hodina insbesondere durch seine Motivierung bestätigt, die er bei Verlassen der Agrar-Partei und bei Anschluss an die Sudetendeutsche Heimatfront abgegeben hat. Die Henlein-Bewegung hat neue Grundlagen für die Teilnahme der Deutschen an der Regierung geschaffen. Die Zeit einer bedingungslosen Regierungsteilnahme der Deutschen ist bei einem sich durchsetzenden Erfolge der Bewegung dahin.

Die interessierten Kreise suchen noch jetzt aus den erwähnten Gründen alle Kräfte einzusetzen, um die Henlein Gruppe auszuschalten und ein Aufkommen derselben bei den kommenden Wahlen zu verhindern. Da gegen die loyale Haltung Henleins gegenüber dem tschechoslowakischen Staat sachlich nichts eingewendet werden kann, so greift man im Kampfe gegen ihn oft zu Argumenten, die einen geradezu grotesken Charakter tragen. So erschienen in der „Prager Presse“ unter der Überschrift „Alles für den Staat“ die folgenden Ausführungen: „Die tschechoslowakische Öffentlichkeit wartet seit langem auf Taten, die den runden Worten der Loyalität (seitens Henleins) entsprechen würden. Mit Telegrammen, Presseberichtigungen und dgl. allein lässt sich eine loyale Haltung nicht beweisen.“ Welche

sind nun die Taten, durch die Henlein und seine Bewegung ihre Loyalität gegenüber dem Staate beweisen sollen? Die „Prager Presse“ nennt sie: „In der Republik wurden in der letzten Zeit einige Sammlungen durchgeführt... Etwa die Masaryksammlung oder die Fliegersammlung, oder die Sammlung für die Motorisierung der Armee.“ Das Blatt macht der Sudetendeutschen Partei – also einer politischen Partei – hierauf den Vorwurf, dass sie diese Sammlungen von sich aus nicht gefördert habe. Die Behauptung von der Illoyalität Henleins gegenüber dem Staate soll durch eine solche Beweisführung gestützt werden. Die Anklage gegen die Sudetendeutsche Partei erscheint durch eine solche Argumentation nicht stichhaltiger.

Da es an sachlichen Gründen für das Verbot der Henlein-Gruppe fehlte, suchte man noch auf andere Weise die Blossstellung der Bewegung zu erreichen. Es beginnen dunkle Machenschaften, bei denen der reichsdeutsche Emigrant Alfred Prätorius als Werkzeug benützt wird. Es ist eine Aktion der Provokation, die Prätorius im Interesse seiner Auftraggeber unternimmt, um Material für eine Kompromittierung Henleins und seiner Bewegung im Sinne der Staatsfeindlichkeit zu erlangen. In Hinsicht auf den Umstand, dass solche Methoden auch in anderen Ländern im Kampfe gegen die Nationalitäten angewandt werden, um insbesondere gegen die Führer derselben vorgehen zu können, gehen wir wegen der Aktualität näher auf diese ein. In einer Instruktion, die Prätorius aus Prag erhielt, heisst es: Sie geben sich als Offizier des Deutschen Nachrichtendienstes aus. Versprechen Sie den Leuten (von der Henlein-Bewegung) 1000 Kronen oder auch 20.000 Kronen. Sie können lügen soviel Sie wollen; die Hauptsache ist, Sie bekommen Material und Nachrichten gegen diese Leute in die Hände.“ Prätorius erhielt von einem Verbindungsmann seiner Auftraggeber etwa 50 Adressen von Mitgliedern der Henlein-Bewegung mit dem Auftrage, vor allem Funktionäre derselben zu einer Erklärung zu verleiten, dass sie für den deutschen Nachrichtendienst tätig seien. Prätorius wurden gefälschte Pässe von seinen Auftraggebern ausgehändigt. Ein kürzlich stattgehabter Prozess entlarvte die Lockspitzeltätigkeit dieses Mannes. Es liegen Geständnisse von ihm selbst vor. Diese Aktion gegen die sudetendeutsche Bewegung erbrachte keinerlei Beweise über die Staatsfeindlichkeit derselben.

Der neue Gouverneur in Karpathorussland.

Es erfolgte die Neubesetzung des beinahe seit zwei Jahren vakant gebliebenen Postens des Gouverneurs von Karpathorussland, die von dem Präsidenten der Republik vorgenommen wurde. Der neue Gouverneur, der bisherige Bürgermeister von Uzhorod, *Konstantin Hrabar*, ist von Beruf griechisch katholischer Geistlicher. Der erste Gouverneur Dr. Zatkovic legte sein Amt nach zweijähriger Dienstperiode nieder, um nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zurückzukehren. Sein Nachfolger Dr. Beskid starb im Jahre 1933.

Die Bestellung des neuen Gouverneurs von Karpathorussland nahm die Presse der Tschechoslowakei ziemlich zurückhaltend auf. Nur die „*Lidove Noviny*“ äusserten sich etwas ausführlicher. Sie schrieben: Die Stellung des neuen Gouverneurs ist keineswegs als leicht anzusehen. Er soll das Verbindungsglied zwischen der Bevölkerung des Gebietes und der Regierung in Prag sein. Wie er diese schwierige Aufgabe erfüllen wird, wird davon abhängen, aus welcher Quelle er seine Kräfte zu schöpfen gewillt ist, sowie von dem Umstande, ob er sein Ohr denjenigen leiht, die das Gouvernementpalais umschleichen... In der Frage der Autonomie Karpathorusslands gilt Gouverneur Hrabar als ein Anhänger ihrer stufenweisen Verwirklichung.

Es ist bekannt, dass die Errichtung der Autonomie Karpathorusslands eine verträglich festgelegte Voraussetzung zur Übergabe dieses Gebietes an die Tschechoslowakei bei Abschluss des Weltkrieges gewesen ist. Die tschechoslowakischen Regierungen bezogen den Standpunkt, dass sie die Autonomie Karpathorusslands verwirklichen wollten, jedoch müsste vorher „eine erzieherische Vorarbeit“ an der Bevölkerung dieses Gebietes geleistet werden, da diese für die Durchführung der Selbstverwaltung nicht reif wäre. Der von dem Präsidenten der Republik neu ernannte Gouverneur Karpathorusslands Hrabar ist offenbar ein Vertreter der in Prag bestehenden Auffassung über eine „stufenweise“ vorzunehmende Errichtung der Autonomie. Wobei zu bemerken ist, dass die Prager Regierung den Zeitpunkt zu einer tatsächlichen Durchführung der Verpflichtung bezüglich der Autonomie dem eigenen Ermessen vorbehält.

Das Lemberger „*Dilo*“ weist zu der rechtlichen Stellung des Gouverneurs von Karpathorussland darauf hin, dass neben diesem Amt noch ein anderes, das des Landespräsidenten für dasselbe Gebiet bestehe, woraus sich besondere Kompetenzfragen ergeben. Die tschechoslowakische Verfassung hat die Schaffung eines Postens des Gouverneurs nur bis zu der Er-

richtung eines autonomen karpathorussischen Landtages vorgesehen. Es hat sich erwiesen, dass die Kompetenzen der beiden höchsten Beamten des Landes nicht scharf genug von einander abgegrenzt sind. Landespräsident ist der Tscheche Dr. Rospytal.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ über Minderheitenverhältnisse in Rumänien.

Aus der *„Neuen Zürcher Zeitung“* entnehmen wir die folgende Äusserung:

Es gibt in Rumänien Chauvinisten, die gerade ihren Feldzug gegen die „Fremden“ für eine nationale Tat halten. Sie sehen nicht die Gefahren, die sich für einen Staat mit 4 1/2 Millionen Minderheiten daraus ergeben müssen, wenn diese Minderheiten, die grossenteils ebenso lange im Lande ansässig sind, wie die Rumänen selbst, als „Fremde“ erklärt und staatsbürgerlich entrechtet werden. Sie sehen nicht, wie sie dem von ihnen so heftig bekämpften Revisionismus in die Hände arbeiten, wenn sie sich über die Minderheitenschutz Konvention hinwegsetzen wollen und wie sie ihre Stellung in Siebenbürgen und im Banat schwächen, wenn sie die dort lebende Bevölkerung in die Reihe der „Fremden“ und „Staatsfeinde“ drängen...

Senator Dr. Gyárfás über die Bestrebungen Vaida-Voevod.

Der ungarische Senator *Dr. Gyárfás* erstattete kürzlich in Oradea in einer aus dem ganzen Bihorer Komitat zahlreich besuchten Versammlung einen Bericht zur Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien. Indem er sich insbesondere mit den Bestrebungen des früheren Ministerpräsidenten Vaida Voevod befasste, dass seiner Bewegung, die auf Zerstörung des inneren Friedens der Völker Siebenbürgens gerichtet sei, der gute Glaube abgesprochen werden müsse. Vaida kenne bei Verkündung seiner extremen Grundsätze sehr wohl die tatsächlichen Zusammenhänge. Es müssten jedoch die notwendigen Abwehrmassnahmen vorgenommen werden. Senator Gyárfás verwies auf die Schaffung eines nationalen Katasters aller Bewohner Rumäniens unter zwischenstaatlicher Kontrolle, damit auch das Ungarntum seinen verhältnissmässigen Anteil im Staatsleben fordern könne. Dr. Gyárfás hob hierbei insbesondere die Notwendigkeit der Einigkeit des Ungarntums hervor. Er erklärte: „Ein Volk kön-

nen Schicksalsschläge und die Tücken seiner Gegner nicht umbringen. Nur dasjenige Volk stirbt, das selbst sein Grab gräbt, indem es den Glauben an sich, die Hoffnung auf die Zukunft, die opferbereite Liebe für seine Schicksalsbrüder verliert.“

Zahlenmässige Daten zu den Wahlen in der Tschechoslowakei.

Am 19. Mai verliefen die Landeswahlen in der Tschechoslowakei, deren Ergebnis in unseren Tagesblättern reichlich bekanntgegeben wurde, wobei besonders der Sieg hervorgehoben war, den die sudetendeutsche Partei Konrad Henleins davontrug.

Uns interessiert bei diesen Wahlen insbesondere die Gestaltung der Parteiverhältnisse in der Slovensko, wo grosse Massen der ungarischen Minderheit leben. Darum geben wir in nachfolgender Tabelle die Daten bezüglich der letzten drei Wahlen bekannt:

Parteien der Slovensko	In den Jahren		
	1925	1929	1935
Slowakische Volkspartei Hlinkas	489.027	403.722	485.949
Tschechoslowakische Agrarpartei	247.841	278.770	282.233
Ungarische Oppositionsparteien	208.261	226.960	229.199
Kommunistenpartei	198.011	152.088	209.554
Tschechoslowak. soz.-dem. Partei	60.602	135.502	183.513
Tschechoslowak. Handwerker-Partei	11.602	29.955	41.956

Im Jahre 1925 hatten bei den Wahlen ausser den obigen Parteien die jüdische Partei 38.424, die slowakische Nationalpartei 35.446, die tschechische nationaldemokratische Partei 24.957, die tschechische Volkspartei 18.173, die westslovenskoer christlichsoziale Partei (Gruppe von Lelle) 17.285, die jüdische Wirtschaftspartei 5.144 Stimmen bekommen.

Bei den Wahlen von 1929 und den jetzigen	bekamen von	
	in 1929	in 1935
den teilnehmenden kleinen Parteien		
die tschechisch-national-sozialist. Partei	43.984	51.282
die tschechoslowakische Volkspartei	36.704	37.760
die Partei Kramarz-Stibny	53.868	25.058

Stimmen.
Als neue Parteien meldeten sich in der Slovensko bei den Wahlen von 1935 die Partei Gajda's mit 32.583, die Partei Henlein's mit 27.572 und die deutsche Agrarpartei mit 256 Stimmen.

Die Zahlenkolonnen der grossen Parteien bezeugen, dass im Kräfteverhältnis derselben keine Verschiebung stattfand und mit Genugtuung können wir feststellen, dass die ungarischen oppositionellen Parteien ihre Stimmen und folglich auch die Zahl ihrer Mandate beibehalten haben.

Die Bibliografie der Ruthenenfrage.

Zusammengestellt von : **Dr. János Kertész.**

- Alapy Gyula* : Az illetőség jogvitája Szlovenszkóban és Ruszinszkóban. (Die Debatte über das Zuständigkeitsrecht in Slovensko und Russinsko). Komárom, 1924. 88. p.
- Árky Ákos* : Ruszinszkó küzdelme az autonómiáért. (Der Kampf Russinskos um die Autonomie). Bp., 1925. 55. p.
- Árky Ákos* : A ruszinszkói magyarság és Ruszinszkó autonómiája. (Die Ungarn in Russinsko und die Autonomie Russinskos). Bp.: Sylvester 1928. 19. p.
- Baerlin Henry* : Over the Hills of Ruthénia. London: Shaylor 1931. 245. p.
- Barwinskyj, Alex.* Österreich-Ungarn und das ukrainische Problem. München: Hans Sachs Verl. 1915. 44. p.
- Bereghy Albert* : Hogyan szakadt el a Ruthénföld (Wie geschah der Abfall Russinskos?) Bp.: Nemzeti Élet 1927.
- Bereghy Albert* : Ruthén kérdés és az integritás. (Die ruthenische Frage und die Integrität). Bp.: Szalay 1933, 51. p.
- Biedermann H. J.* : Die Ungarische Ruthenen, ihr Wohngebiet, ihr Erwerb und ihre Geschichte. Innsbruck 1862. 140 p.
- Bonkáló Sándor* : A rahói-kisorosz nyelvjárás leíró hangtana. Gyöngyös 1910. 49. p.
- Bonkáló Sándor* : A szlávok. (Die Slawen). Bp. 1915. 156. p.
- Bonkáló Sándor* : A magyar ruthének. (Die Ungarisch-Ruthenen.) Bp. 1920. 44. p.
- Bonkáló Sándor* : Die Ungarländischen Ruthenen. Sonderabdruck aus Ung. Jahrb. Bd. I. Berlin 1921.
- Bonkáló Sándor* : Az ukrán mozgalom története 1917–1922. (Die Geschichte der ukrainischen Bewegung 1917–1922). Bp. 1922. 224. p.
- Bonkáló Sándor* : A kárpátalji ruthén irodalom és művelődés. (Die karpatho-ruthenische Literatur und Bildung). Pécs 1935. 82. p.
- Chmelar-Klima-Necas* : Podkarpatska Rus. Praha: Orbis 1923. 206. p.
- Doskár Josef* : Verejué zdravotnicti Podkarpatska a Rusi. Uschorod 1921.
- Drahny V. és Drahny Fr.* : Podkarpatska Rus, její přírodui a zenedelské pomery. Praha 1920.

- Drahny V.*: Zenedelské pomeri Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
- Gerando F.*: Le Complot Rouge en Ruthenie. Paris: Jouve 1930. 125. p.
- Gozdava O.*: Uherska Ukrajna. Praha 1919.
- Herbatschek, A.*: Die tschechoslowakischen Beskiden und die Tatra. Mährisch-Ostrau: Papauschek 1922.
- Hodinka Antal*: A kárpátalji ruthének lakóhelye, gazdaságuk és multjuk. (Der Wohnsitz, die Wirtschaft und Vergangenheit der Karpatho-Ruthenen) Bp.: Apostol ny. 1923. 48 p.
- Holozsnay Tivadar*: Akiket megismertek. Szinmű a magyarországi ruthének életéből. Ungvár: Unió 1917. 79. p.
- Hora Alois*: Organisace státne správy Podkarpatska Rusi I – II. Praha 1919. 19 – 35 p.
- Husek Jean*: Národopisna hranice mezi Slováky a Karpatorusy. Bratislava: Prudy 1925. 509. p.
- Kadlec K.* Podkarpatska Rus. (Prednasika re Státovedecké spoločneesti 21 kvéta 1920).
- Karlics*: A ruthén és kazárkérdés az ökörmizei járásban. (Die Frage der Ruthenen und Kazaren in Bezirk Ökörmező. Bp. 1910.
- Kertész János*: Hungaria et Polonia. A magyar-lengyel kapcsolatok bibliográfiája. (Die Bibliografie der ungarischen und polnischen Verbindungen). Bp.: Magyar-Lengyel Könyvtár 1934. 21. p.
- Koch Bohumil*: Podkarpatska Rusi. Jeji pomeri hospodarské kulturni a politické. Praha 1922.
- Kozmillova Amalie*: Podkarpatska Rus. Obraz prace zivota a lidu po zapletal Flostranca národopisné Praha 1922. Padkarpatika Rusi. Praha 1922.
- Kupczanko Gregor*: Das Schicksal der Ruthenen. Leipzig: 1887. 195. p.
- Kuthy Zsigmond*: Néhány szó a ruthén kérdéshez. (Einige Worte zur ruthenischen Frage). Debrecen: Horovitz 1902. 13. p.
- Lengyel Const., Mihály*: A ruthénekről. Monografikus karcolat. Über die Ruthenen, eine monografische Skizze). Ungvár 1899. 111. p.
- Linek József*: Podkarpatska Rus, Uvhay a poznámky. Habry 1922.
- Lozynskyj, Michael*: Dokumente des polnischen Russophilismus. Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in

- Galizien. Hrsg. Ukrainischen Nationalrat in Österreich. Berlin : Kroll 1915. 228. p.
- Mészáros Károly : A magyarországi oroszok története. (Geschichte der Russen in Ungarn). Pest : Emich 1850. 166. p.
- Melmuka V. V. : Pozemková reforma Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
- Necas, Jaromia : Uherska rus a ceska zurualistika. Uzhorod 1919.
- Oláh György : Jajkiáltás a Ruthénföldről. (Ein Weheschrei aus dem Ruthenenland). Bp. : Magy. Nemz. Szöv. 1928. 60. p.
- Pesek Josef : Kulturni pomery a ostvetovo práce Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
- Pesek Josef : Skolastvi' Podkarpatska Rusi. Uzhorod 1921.
- Petrov A. : Materialy dya istoroji zakarpatskoj-rusi. Praha 1923.
- Romanecz Aladár : A ruthén kérdés megoldása. (Die Lösung der Ruthenenfrage). Bereg-llosva 1914.
- Romanecz Aladár : A ruthénekről. (Von den Ruthenen). Bp. 1901. 20. p.
- Sas Andor : Beregi szálfák utja Munkáctól Danzigig. Munkács : Szerző 1928. 32. p.
- Smolka Stanislaus : Die Ruthenen und ihre Gönner in Berlin. 1902.
- Szabó Orest : A magyar-oroszokról, ruthénekről. (Über die Ungarisch-Russen, Ruthenen). Bp. : Szerző 1912. 196. p.
- Szabó Orest : A magyar-oroszokról. (Über die Ungarisch-Russen). Bp. Nemzetiségi könyvtár I. k. 1913.
- Vojtech Lev. : Brana na nychod. Praha 1920.
- Winter Eduard : Die Deutschen in der Slowakei und in Karpathen-Russland. Münster : Aschendorff 1926. 96. p.
- Zapletal, Florian : Rusini a nasi buditele. Praha 1921.
- Hungarian Frontier Readjustment League. Minority grieances in Russinsko. Bp. Hornyánszky. 1927. 19.p.
- Le problème des Ruthénes en Hongrie. O. O. u. J. (Délégation tchéco-slovaque. Congrées de la paix. Mém. Nr. 6.)
- A magyar-ruthén párt jegyzéke a Népszövetséghez, a Kűlhatalmakhoz és a Határmegállapító Bizottsághoz az 1918. XII. 10. ruthén kongresszus határozatainak végrehajtása érdekében. (Die Note der Ungarisch-Ruthenischen Partei zum Völkerbund, zu den Grossmächten und zur Kommission für Regelung der Grenzen wegen Durchführung der Entscheidungen des ruthenischen Kongresses vom 10. Dezember 1918). Bp. Egyetemi ny. 1921.

Memorandum a Szövetséges és Társult Hatalmakhoz. Kiadta a Magyar-ruthén Politikai Párt. (Ein Memorandum zu den Assoziierten und alliierten Grossmächten, herausgegeben von der ungarisch-ruthenischen politischen Partei). Bp.: Budapest nyomda r. t. 1920.

Az orosz invázió veszélye. Bp. 1883.

Az Óslakó. Ungvár. (Hirlap).

Zur polnisch-ruthenischen Frage in Galizien. Lemberg 1903.

Publikace pro zem Podkarpatska Rusie 1919–1932. Slovan. Banska Bystrica.

Republican law of 1918, concerning the autonomy of the Rusine (Ruthenian) nation living in Hungary. Bp.: Pesti kny. 1919. 3. p.

Skolstvi na Podkarpatské Rusi v pritomnosti. Praha: Pesina 1933. 51. p.

Ruszka-Krajna politikai jelentősége. (Die politische Bedeutung der Russka Krajna.) Domokos László, György Endre, Podhorszky György stb. nyilatkozatai. Bp.: Táltos 1919. 33. p.

Uzhorod-Ungvár Urjadovij - Vistnik I–XIII. évf. 1920–1933. Ungvár.

Zemsky Vestnik pro Podkarpatska Russ. I–VI. 1928.–1933.

Zprávy Státniho Pozemkového Uradu. 1932. 1–4. sz.)

In Tagesblättern und Zeitschriften.

Ajtay Gábor: A Ruthénföld autonómiája és a cseh politika. (Die Autonomie Rutheniens und die tschechische Politik). Magyar Kisebbség 1925.

Balogh Beéry László: A Saar szavazás és a ruthén föld. (Die Abstimmung im Saargebiet und das Land der Ruthenen). Magyarság 1935. jan. 20.

Balogh Beéry László: Revíziós politika lehetőségei a békeszerződések alapján. (Die Möglichkeiten der Revisionspolitik auf Grund der Friedensverträge). Magyarság 1935 jan. 23.

Balogh Beéry László: Európa vakbele. (Der Blinddarm Europas). Magyarság 1935 márc. 30.

Bartók Gábor: Máramarosban, Sziget és környékében az oroszok. Hely és népismertetés. Életképek 1845. II. (Die Russen in Máramarossziget und Umgebung). 19. sz.

Bereghy Aladár: La Hongrie et ses nationalités. Revue de

l'Europe Orientale politique et économique mensuelle 1920.
II. 2—3.

Bereghy Albert: Prága kapkod. (Prag wird fahrig). Görögkatolikus Szemle 1929 mai 19.

Bereghy Albert: Csehszlovákiaságok. Görögkatolikus Szemle 1929 jul. 28.

Bereghy Albert: A revízió és a Ruthénföld. (Die Revision und Ruthenien). Magyarság 1929 aug. 9.

Bereghy Albert: Franciák és ruthének. (Franzosen und Ruthenen). Magyarság 1929 aug. 31.

Bereghy Albert: A cseh választások. (Die tschechischen Wahlen). Görögkatolikus Szemle 1929 nov. 17.

Bereghy Albert: Onnan tulról. (Von drüben). Görögkatolikus Szemle 1931 aug. 23.

Bereghy Albert: Az autonómia. (Die Autonomie). Görögkatolikus Szemle 1932 febr. 7.

Bereghy Albert: Kommunista. Görögkatolikus Szemle 1932 márc. 6.

Bereghy Albert: Véres forrongások az Erdőskárpátokban. (Blutiger Aufruhr in Karpathorussland). Görögkatolikus Szemle 1932 jun. 3.

Bereghy Albert: A ruthén autonómia. (Die Autonomie der Ruthenen). Görögkatolikus Szemle 1932 szept. 4.

Bereghy Albert: A térkép. (Die Landkarte). Görögkatolikus Szemle 1932 dec. 4.

Bereghy Albert: Autonómia ante portas. Görögkatolikus Szemle 1932 dec. 25.

Bereghy Albert: Kurtyák János. Görögkatolikus Szemle 1933 jan. 8.

Bereghy Albert: Román lap rágalmai. (Verleumdungen eines rumänischen Blattes). Görögkatolikus Szemle 1933 jan. 22.

Bereghy Albert: Tót nemzeti tanács. (Der Nationalrat der Slowaken). Görögkatolikus Szemle 1933 jul. 30.

Bereghy Albert: Az első lépés a revízió útján. (Der erste Schritt am Wege der Revision). Magyarság 1933 aug. 22.

Bereghy Albert: Helyzetkép. (Situationsbil). Görögkatolikus Szemle 1933 szept. 1.

Bonkáló Sándor: A ruszofil agitáció és a ruthén kérdés. (Die russophile Agitation und die ruthenische Frage). Magyar Figyelő Jg. II. 20.

- Bonkáló Sándor*: A szlávok multja és jelene. (Die Vergangenheit und Gegenwart der Slawen). Magyar Figyelő Jg. II. 24.
- Bonkáló Sándor*: Néhány szó az orosz lengyelekről. (Einige Worte über die Russisch-Polen). Magyar Figyelő Jg. IV. 13.
- Bonkáló Sándor*: Tagadómondat a magyar kisorosz nyelvben. Nyelvtudomány 1913. IV. p. 219–21.
- Bonkáló Sándor*: A se reflexivum a hucul-kisoroszbán. Nyelvtudomány 1913. IV. p. 41–43.
- Bonkáló Sándor*: Ruthéneink írásreformja. (Die Schriftreform unserer Ruthenen). Magyar Figyelő Jg. VI. 2.
- Bonkáló Sándor*: Az orosz és a ruthén irodalmi nyelvkérdéshez. (Zur Frage der Schriftsprache der Russen und Ruthenen). Nyelvtudomány 1915. Jg. V. p. 84–110.
- Bonkáló Sándor*: Beiträge zur ukrainischen Wortforschung. Archiv für slawische Philologie 1916.
- Bonkáló Sándor*: Szláv kérdések. Lengyelek és ukránok. (Slawische Fragen. Polen und Ukrainer). Magyar Figyelő 1917. VII. p. 22–34.
- Bonkáló Sándor*: Szláv kérdések. Orosz nacionalisták a magyar ruthénekről. (Slawische Fragen. Russische Nationalisten über die Ungarisch-Ruthenen). Magyar Figyelő 1917. IV. p. 28–37.
- Bonkáló Sándor*: A cholmi kérdés. (Die Frage von Cholm). Magyar Figyelő 1918. VIII. p. 349–56.
- Bonkáló Sándor*: Ruthének elszlávosítása. (Die Slawisierung der Ruthenen). Magyar Helikon 1920. I.
- Bonkáló Sándor*: A lengyel-ukrán offenzíva. (Die polnisch-ukrainische Offensive). Magyar Helikon 1920. I.
- Bonkáló Sándor*: Die ungarländischen Ruthenen. Ungarische Jahrbücher 1921. p. 215–232. p. 313–41.
- Bonkáló Sándor*: A ruthén kérdés cseh, tót, ukrán és ruthén megvilágításban. (Die ruthenische Frage in Beleuchtung der Tschechen, Slowaken, Ukrainer und Ruthenen). Külügyi Szemle 1929. p. 399–409.
- Bonkáló Sándor*: Háborúság a lengyelországi pravoszláv templomok körül. (Ein Kampf um die pravoslavischen Kirchen in Polen). Katholikus Szemle 1930. IX. p. 748–58.
- Bonkáló Sándor*: Petrov történeti könyvei a magyar ruthénekről. (Die historischen Bücher Petrovs über die ungarischen Ruthenen). Külügyi Szemle 1932. p. 336–38.

- Bonkáló Sándor*: Szevcsenko magyar nyelven. (Ukrán nyelven) megjelent Tarasz Sevcsenko tcory i-XVI. c. jubiláris kiadás XV. kötetében Warszawa 1935.
- Fejér Gy.*: A magyarországi ruthének eredete. (Die Herkunft der Ruthenen in Ungarn). Tudományos Gyűjtemény 1838, 1839.
- Flachbarth, Ernő*: A ruszinszkói tragikomédia. (Die Tragikomödie in Russinsko). Magyar Kisebbség 1925. 10. p. 373–76.
- Gaujal*: A magyarországi ruthénekről. (Über die Ruthenen in Ungarn). Tudománytár 1839. I. p. 5–15.
- Goiditch Méthode*: Le territoire autonome ruthéne. Revue de l'Europe Orientale politique et économique annuelle 1920. I. 1–2. p. 42–56.
- Hlavicka, M.*: Podkarpatská Rus, den pripojeni k. C. S. R. a vyznacnejsi otázky s tím souvisejici. (Karpatorussland, der Tag der Angliederung an die Tschl. und die damit zusammenhängenden bedeuerenden Fragen). Usehrd. 1922. p. 88–96.
- Kaisler, V.*: K otázce exploitace státních lesu na Slovensku a Podkarpatské Rusi. (Zur Frage der Ausbeutung der staatl. Wälder in der Slowakei und Karpatorussland). T. Obz. 1922. p. 295–300.
- Kárpátalji*: Magyarok és nem magyarok. (Magyaren und Nicht-Magyaren). Magyarság 1928 jul. 1. p. 1–2.
- Kárpátalji*: Az új Magyarország nemzetiségi problémái. (Die Nationalitätenprobleme des neuen Ungarn). Magyarság 1928 szept. 20. p. 1–2.
- Lehoczky*: A munkácsi cigányokról. (Über die Zigeuner von Munkács). Századok Jg. XV.
- Mattyasovszky L. Kornél*: Közös magyar-lengyel határ gondolata. (Der Gedanke gemeinsamer ungarisch-polnischer Grenze). Magyar Külpolitika 1935. 3–4. p. 12.
- Molnár Endre*: A Ruthénföld. (Das Ruthenenland). Pesti Hírlap 1928 márc. 18. p. 36.
- Porcsalmi Soma*: Népszokások Ugocsamegye délnyugati részében a magyaroknál és oroszoknál. (Volkssitten bei den Ungarn und Russen im südwestlichen Teil des Komitates Ugocsa). Nép Ujsága 1860. I. 11.
- Rosner H. Ervin*: A ruthén kérdés. (Die ruthenische Frage). Pesti Hírlap 1912 nov. 24. p. 66–67.

- Siman, K.*: Lesnictvi v. Podkarpatské Rusi. (Das Forstwesen in Karpathorussland). V. M. Zem. 1922. p. 1–4. p. 21–23.
- Széll Sándor*: Lengyel-magyar közös határ. (Gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Magyar Külpolitika 1935. 2. p. 14.
- Szerván István*: Magyarországi ruthén Mátyás király népmondák. (Völkische Sagen der ungarländischen Ruthenen über König Matthias). Ethnográfia 1911. p. 236–40.
- Sztripszky Hiador*: Kossuth Lajos a ruthén népköltészetben. (Ludwig Kossuth in der Volksdichtung der Ruthenen). Ethnográfia 1907. p. 157–65.
- Tichy, F.*: Nábozensky a cirkevni problém Podkarpatské Rusi. (Das religiöse und kirchliche Problem Karpathorusslands). Kalich 1922. p. 114–23.
- Turi Béla*: Lengyel-magyar közös határ. (Gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Nemzeti Újság 1933 szept. 16. p. 1–2.
- Turner Ferenc*: A magyarországi oroszok története. (Mészáros könyvének ismertetése). (Geschichte der ungarländischen Russen). (Besprechung des Werkes Mészáros's). Magyar Hírlap 1850. 303., 306–309.
- Ungift*: Ruthén nemzetiségi igazolás. Magyar Hírlap 1850. 313–315.
- V. L.*: Reflexiók a ruthén kérdéshez. (Reflexionen zur ruthenischen Frage). Pesti Hírlap 1912. p. 35–36.
- Zsatkovics Kálmán*: A magyarországi Oroszok Történetírásának történelme. (Die Geschichte der Geschichtsschreibung der ungarländischen Russen). Századok 1890. p. 568–73. p. 644–60.
- Zsatkovics Kálmán*: Vázlatok a magyarországi oroszok életéből. (Skizzen aus dem Leben der ungarländischen Russen). Budapesti Szemle 1895. LXXXII. p. 111. p. 274–301.
- Aknamunka* a ruthének között. (Wühlerarbeit unter den Ruthenen). Budapesti Hírlap 1912 jul. 14. p. 9.
- Árverés* szuronyok közt. Ruthén-zsidó kérdés. (Die ruthenisch-jüdische Frage). Alkotmány 1912 dec. 19. p. 9.
- Bereg vármegyei oroszok.* (Die Russen im Komitat Bereg). Regélő 1841. 35–39.
- Csehország és Lengyelország.* (Böhmen und Polen). Magyar Külpolitika 1922 nov. 12. p. 4.
- A cseh-lengyel ellentét.* (Der böhmisch-polnische Gegensatz). Magyarság 1923 máj. 4.

- Cseh nyomás* Lengyelországra. (Böhmischer Druck in Polen). Külpolitika 1929. 24. p. 1–2.
- Egy nap* ruthénföldön. (Ein Tag im Ruthenenlande). Alkotmány 1911 okt. 29.
- Hogyan érvényesülnek* a ruthének saját földjükön. (Wie die Ruthenen im eigenem Lande zur Geltung kommen). Magyar Kisebbség 1935. 2. p. 57.
- A jövő cseh-lengyel háboru.* (Der kommende böhmisch-polnische Krieg). Magyar Külpolitika 1922 okt. p. 2.
- Kik az őslakók* a Felvidéken. (Wer sind die Urbewohner in Oberungarn). Magyar Külpolitika 1929. 38. p. 8–9.
- A közös lengyel-magyar határ.* (Die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Nemzeti Ujság 1934 máj. 27. p. 5.
- A lengyelek és a csehek.* (Die Polen und die Böhmen). Magyar Külpolitika 1923. 19. p. 5.
- A lengyel-cseh viszály.* (Der polnisch-tschechische Zwist). Magyarság 1924 márc. 19.
- Lengyel hang* Csehország felosztásáról. (Polnische Stimme über die Aufteilung Böhmens). Magyar Külpolitika 1924 nov. 25. p. 16.
- Lengyelek követelik* a közös lengyel-magyar határt. (Die Polen wünschen die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze). Magyarság 1931 jun. 16. p. 11.
- Lengyel-ruthén egyezkedés.* (Polnisch-ruthenische Unterhandlung). Pesti Hírlap 1912. p. 36.
- Lengyel-ruthén béke.* (Polnisch-ruthenischer Friede). Pesti Hírlap 1912. dec. 31. p. 5–6.
- Lengyelek és ruthének* halálharca. (Der Todeskampf der Polen und Ruthenen). Pesti Hírlap 1912 ápr. 11. p. 34–35.
- Lengyelek és ruthének* Oroszországban. (Die Polen und Ruthenen in Russland). Budapesti Hírlap 1905 jul. 16. p. 13.
- Magyar politikusok* a ruszinszkói román kisebbségért. (Ungarische Politiker für die rumänische Minderheit in Russinsko). Magyar Kisebbség 1925. 12. p. 460.
- A magyarországi oroszok.* (Die ungarländischen Russen). Hazánk s a Külföld 1869. 5.
- Mi mindent látott* egy angol publicista Ruszinszkóban. (Was alles sah ein englischer Publizist in Russinsko). Magyar Kisebbség 1927. 19. p. 690–693.

- Megindult* a szlovenszkói és ruszinszkói Magyar Asszonyok Lapja. (Es erschien das Blatt der ungarischen Frauen in Slovensko und Russinsko). Magyar Asszonyok 19 5. 10–11. p. 363–64.
- Orosz* hang a ruthén kérdésről. (Russische Stimme über die ruthenische Frage). Budapesti Hirlap 1912 aug. 31. p. 6.
- Orosz* kéz. Ruthének eloroszosítása. (Russische Hand. Die Russifizierung der Ruthenen). Budapesti Hirlap 1912 nov. 1. p. 2–4.
- Orosz* izgatás a ruthén megyékben. (Russische Agitation in den ruthenischen Komitaten). Budapesti Hirlap 1912 nov. 27. p. 12.
- Orosz* izgatás Magyarországon. (Russische Agitation in Ungarn). Az Élet 1912 nov. 29. p. 4.
- Orosz* bujtogatás. (Russische Aufwiegelung). Budapesti Hirlap. 1912 dec. 12. p. 1–2.
- Ruszinszkó* követeli a Nemzetek Szövetségébe való felvételét. (Russinsko fordert seine Aufnahme im Völkerbund). Magyar Kisebbség 1924. 20. p. 822.
- Ruszinszkó* önkormányzati joga. (Das Recht der Autonomie Russinskos). Külföldi Magyarok 1925. 40. p. 5.
- Ruszinszkót* másképpen kell kezelni, mint a többi országrészeket. (Russinsko muss anders behandelt werden als die übrigen Landesteile). Középeurópai Lloyd 1925. 15. p. 4.
- Ruthén* pravoszlávia érdekében. (Im Interesse der ruthenischen Pravoslawie). Cél 1914. p. 276.
- Ruthén* szokások. (Ruthenischen Gebräuche). Ország Tükre 1863. 7.
- A ruthénföldi* választások. (Die Wahlen im Ruthenenlande.) Magyar Külpolitika 1924. 10. p. 4–6.
- Szlovenszkó* és *Ruszinszkó* lakossága nemzeti megoszlás szerint. (Die Bevölkerung Slovenskos und Russinskos nach ihrer Nationalität). Magyar Kisebbség 1927. 14. p. 537–39.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

} XIII.

IULIE - AUGUST
JUILLET - AOÛT
JULI - AUGUST

1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

} 7-8

Zur Frage der Deutschen in Ungarn.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

In unserer letzten Nummer gaben wir vollinhaltlich den Aufsatz des gewesenen Ministers, wirklichen geheimen Rates Dr. Gustav Gratz, Präsidenten des U. D. V. bekannt. Dieser war im „Sontagsblatt“, in der „Wochenzeitung für das deutsche Volk in Ungarn“ erschienen und bezweckte, vor der ungarischen öffentlichen Meinung die Auffassung und Wünsche der Deutsch-ungarn zu beleuchten und jene Missverständnisse und Verdächtigungen zu beheben, die das gute Einvernehmen und die brüderlichen Beziehungen zwischen dem Ungartum und dem Deutschtum gefährden.

Im selben Wochenblatt lesen wir am 14. Juli neuerdings einen bedeutungsvollen Artikel von Dr. Franz Kussbach, den wiederzugeben uns notwendig erscheint, um zu diesen zwei Äusserungen auch unsere Meinung bekanntzugeben.

„Der jüngste Beschluss des Vollzugsausschusses des U. D. V. dürfte zur Klärung verschiedener Missverständnisse beigetragen haben. Umsomehr, als die Richtlinien des Beschlusses einstimmig angenommen wurden, das heisst: der Volksbildungsverein will sein kulturelles Programm in Freundschaft und Harmonie mit dem Ungartum verwirklichen.

Dieser Beschluss enthielt eigentlich nichts Neues. Die verantwortlichen Führer des ungarländischen Deutschtums haben immer so gedacht. So gedacht und gefühlt hat aber auch das ungarländische Deutschtum. Die kulturellen Wünsche des ungarländischen Deutschtums sollten in seelischer Eintracht zwischen Ungartum und ungarländischem Deutschtum angestrebt werden. Wenn diese Selbstverständlichkeit und Gegebenheit nun noch einmal besonders betont werden musste, so gaben die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre dazu

Anlass. Die seit zwei Jahren gegen Deutschland und gegen das ungarländische Deutschtum getriebene Hetzpropaganda eines Teiles der Budapester Presse hat es als notwendig erscheinen lassen, die im Beschluss der Vollzugsausschuss-Sitzung des U. D. V. festgelegten Richtlinien für die kulturellen Bestrebungen noch einmal ganz eindeutig und scharf zu formulieren.

Die Auswirkungen der Stellungnahme des U. D. V. bezüglich seines kulturellen Programms beginnen sich bereits bemerkbar zu machen. Jene, die sich von der Mitarbeit des U. D. V. mit Rücksicht auf ihre Stellung im öffentlichen Leben fernhielten, werden nun ohne seelische Hemmungen mitmachen können. Andererseits wird die ungarische Öffentlichkeit einsehen müssen, dass der U. D. V. keine versteckten pangermanischen Ziele hatte und nie haben wird. Sie wird hoffentlich bald zur Einsicht gelangen, dass alle diese Behauptungen in das Gebiet der zügellosen Phantasie gehören.

Dabei möge niemand glauben, dass das Bekenntnis des U. D. V. zur seelischen Harmonie zwischen Deutschtum und Ungartum einen Rechtsverzicht beinhaltet. Davon ist gar keine Rede. Dies geht unwiderlegbar aus den Worten Dr. Gratz' hervor, der erklärt hat, „dass es hier um die Rettung der wichtigsten Schöpfung Jakob Bleyers ginge, um sein kostbares Erbe, das er dem ungarländischen Deutschtum hinterlassen hat“. Ja es geht um das geistige Erbe Bleyers. Es ist somit Pflicht eines jeden Deutschungarn mitzutun, um dieses Erbe zu erhalten und das ungarländische Deutschtum einer schöneren Zukunft entgegenzuführen.

Mit derselben Eindeutigkeit folgen aus der Stellungnahme des U. D. V. auch für das Ungartum gewisse Pflichten. Es muss auch in der ungarischen Öffentlichkeit die Erkenntnis zum Durchbruch gelangen, dass die Erfüllung der kulturellen Wünsche des ungarländischen Deutschtums auch der ungarischen Nation zum Vorteile gereicht. Die Überzeugung muss Allgemeingut werden, dass die Erfüllung unserer kulturellen Wünsche keinen weiteren Aufschub erleiden darf und dass folglich rasch gehandelt werden müsse, wenn weitere unliebsame Erscheinungen verhütet werden sollen.

Wenn das ungarländische Deutschtum durch seine Aufrichtigkeit und Selbstdisziplin das Seine zu der so notwendigen Harmonie zwischen Ungartum und Deutschtum beiträgt, kann es für seine kulturellen Wünsche vom Ungartum ein ebenso volles Verständnis erwarten. Ein Verständnis, das in den übrigen Belangen des menschlichen und staatlichen Lebens gegeben ist. Treue um Treue soll es auf der ganzen Linie heissen.

Man muss auf beiden Seiten bestrebt sein, die verkün-

deten Grundsätze auch zu verwirklichen. Die schönen Worte und Versprechungen sollen nicht nur uns, sondern auch unseren magyarischen Brüdern, ganz besonders aber auch der Dorfintelligenz gelten. Worte und Versprechungen sollen mit dem Handeln und mit den Taten in Einklang gebracht werden.

Da es sich beim ungarländischen Deutschtum auch um ungarische Interessen handelt, müssten die kulturellen Bestrebungen des U. D. V. nicht nur die Unterstützung der Regierung, sondern auch der ungarischen Öffentlichkeit finden. Dies wäre insbesondere auf dem Gebiete des Schulunterrichtes erforderlich, dass die einschlägigen Gesetze und Verordnungen endlich einmal Wirklichkeit werden.

Man hat in der letzten Zeit viel darüber gesprochen und geschrieben, dass die Atmosphäre im öffentlichen Leben Ungarns für eine Lösung der deutschen Frage ungeeignet ist. Wir glauben, dass diese Behauptung vielfach übertrieben oder aber die Folge künstlicher Verhetzung war. Nun wird man sich auf diese Atmosphäre nicht mehr berufen können. Unser Bekenntnis zum Ungartum und die Eintracht zwischen Ungartum und Deutschtum ist so eindeutig, dass daran niemand zweifeln darf. In uns, in dem ungarländischen Deutschtum wird man sich nicht täuschen. Aber auch wir möchten – ohne Enttäuschung – die Erfüllung unserer kulturellen Wünsche je eher erleben.“

Es erscheint uns, den politischen Führern des zu den Nachfolgestaaten geratenen Ungartums als erfreuliche Beobachtung, dass – wie aus den Äusserungen des Dr. Gratz und des Dr. Kussbach ersichtlich – zwischen der ungarländischen Organisation der deutschen Minderheit und der Regierung keinerlei tiefgründige Meinungsverschiedenheit besteht und diese Minderheit sich höchstens über die Haltung einzelner Presseorgane und einen Teil der gesellschaftlich führenden Persönlichkeiten in der Provinz beklagen könnte. Einige Presseorgane in Ungarn, vielleicht gerade dieselben, welche die Möglichkeit vollkommenen ungarisch-deutschen Einverständnisses verhindern, haben auch uns schon viel Unannehmlichkeit verursacht. Diese haben vielleicht die Vorstellung, dass wir, zu den Nachfolgestaaten geratenen Ungarn die Rolle der im Schützengraben kämpfenden Soldaten haben, denen es schön und glorreich zukommt, je eher das Leben zu opfern, damit sie, die Etappendienst leisten, sich umso wirkungsvoller mit heroischer Pose als Beschützer der Nation aufspielen können. Gewöhnlich sind eben diese „Etappenhelden“ es, die in jeder deutschen Bewegung Verrat wit-

tern, die kulturellen Rechte der Minderheiten in Ungarn zu achten als überflüssig betrachten, denen auch heute noch die Nationalitätenfrage so vorschwebt, wie sie vor einem Menschenalter der bekannte Publizist Nikolaus Bartha, oder der gewesene Justizminister Alexander Erdélyi auffassten.

Dass aber die ungarländische deutsche Minderheit noch immer nicht vollkommen befriedigt ist, finden wir nicht nur mit der Tätigkeit der genannten Zeitungen, auch nicht mit der Haltung der Provinzherrscher begründet, die eben unter der Wirkung der Presseartikel handeln, sondern noch eher mit dem Vorgehen ihrer eigenen Rassenbrüder, besonders derer in Nachfolgestaaten, die auch uns mehreremale Ursache zur Klage gab.

Es ist psychologisch vollkommen begreiflich, dass wenn die Intellektuellen in Ungarn den Äusserungen Dr. Gratz' und Dr. Kussbach's entnehmen, wie sehr diese Herren die wahre, ideale Nationalminderheitenpolitik verkünden, welche nur bürgerliche Gleichberechtigung und freie Entwicklung der eigenen nationalen Kulturrechte beansprucht; diese Intellektuellen dann zu allererst nachsehen, ob die deutschen Minderheiten jenseits der Grenzen von den gleichen Prinzipien geleitet sind?

Wir glauben, selbst Herr Dr. Kussbach könnte nicht behaupten, dass die Erscheinungen, die der ungarische Intellektuelle bei den deutschen Minderheiten jenseits der Grenze wahrnimmt, ihm besonders beruhigend vorkommen.

Womit könnte Dr. Kussbach der ungarischen öffentlichen Meinung bezeugen, dass die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben wahrhaft ideale Minderheitspolitik betreiben? Denn ein Hauptbestandteil dieser idealen Minderheitspolitik müsste doch wenigstens das Zustandekommen eines Einvernehmens mit den Minderheitsbrüdern sein. Wie kann Dr. Kussbach vor der ungarischen öffentlichen Meinung beweisen, dass sich ein derartiges Bestreben vonseiten der Sachsen und Schwaben auch nur ein einzigesmal kundgetan hätte? Sie bemerkt gerade das Gegenteil. Ist es nicht psychisch begreiflich, dass die ungarische öffentliche Meinung denen gegenüber misstrauisch wird, von denen sie weiss, dass sie in enger Verbindung mit den deutschen Minderheitsführern der Nachfolgestaaten stehen und diese sehr häufig die Schmerzen der ungarländischen Deutschen beklagen, denen es aber niemals einfällt, vor der ungarischen öffentlichen Meinung mit

Tatsachen zu beweisen, dass ihre Politik wirklich eine ideale Minderheitenpolitik und nicht die Politik des „Einheimisen“-s ist, welche sie im Satmargebiet tatsächlich zu betreiben für gut finden.

So oft wir, die Führer der ungarischen Minderheit, Gelegenheit haben, mit den berufenen Spitzen der ungarländischen Gesellschaft Fühlung zu nehmen, stellen uns diese immer die Frage, in welchem Verhältnis wir zur deutschen Minderheit stehen? Und unsere Antwort ist immer die gleiche: nirgends gegenseitige Unterstützung, nirgends einheitliche Front, selbst zur Zeit höchster Gefahr: Zwist und Gehässigkeit.

Der katholische „Status“ von Siebenbürgen und seine Kämpfe.

Von Senator: **Dr. E. v. Gyárfás.**

Diesen ausserordentlich interessanten Aufsatz entnehmen wir der Zeitschrift „Nation und Staat“, redigiert von Ferdinand von Uexküll in Wien.

In der Diözese von Siebenbürgen – mit 250 Pfarreien und zirka 360.000 Gläubigen, hievon zirka 20.000 Deutsche, Rest Ungarn und Szekler – existiert seit Jahrhunderten eine uralte autonome kirchliche Organisation, „Katholischer Status“ genannt, welcher mehrere Foundationen verwaltet, die heute noch einen bemerkenswerten Wert repräsentieren.

Historische Entwicklung.

Die Entstehung des Katholischen Status führt uns in die ersten Jahre der Reformationszeit zurück.

Nach der Ermordung des Statthalters von Siebenbürgen, Kardinal Martinuzzi, und Errichtung des selbständigen Fürstentums von Siebenbürgen (1540), griff die Reformation auch in diesem Lande ein, gefördert durch den ersten Fürsten, Johann Sigismund Zápolya, der nacheinander die lutherischen, dann die kalvinischen und endlich die unitarischen Lehren annahm. Der Bischof von Siebenbürgen und sein Domkapitel wurden vertrieben, die bischöfliche Residenz in Alba Iulia und die Bischofsgüter für das neue Fürstentum in Anspruch genommen. Gleichzeitig wurden auch die religiösen Orden – ausser eini-

gen Franziskanerklöstern – aufgelöst und in kürzester Zeit trat beinahe die gesamte ungarische und deutsche Bevölkerung des Landes zum neuen Glauben über. Es blieben der katholischen Kirche nur noch einige Edelleute und die Bevölkerung des Berggebietes von Ciuc und Gheorgheni treu.

Von 1541 bis 1716, also 155 Jahre lang, hatten die Katholiken keinen Bischof und die Gesetze des Landes verboten auf das strengste den Eintritt desselben nach Siebenbürgen.

Inzwischen organisierten sich die Anhänger der verschiedenen protestantischen Lehren zu selbständigen lutherischen, kalvinischen und unitarischen Konfessionen, und diesen Weg schlugen auch die wenigen, aber im Glauben um so stärkeren Katholiken ein. Diese Organisation hatte sich der Verfassung Siebenbürgens angepasst, welche sich auf drei Nationen und vier Konfessionen (*Status et ordines*) spaltete, die geteilt (*seorsim, curiatim*) die einzelnen Fragen untereinander besprachen und im Landrate jeder schon einen einheitlichen Standpunkt seines „Status“ oder „Ordo“ vorbrachte. Es war einigermassen ähnlich den Vorberatungen unserer politischen Parteien, mit dem Unterschiede jedoch, dass jeder nach seinem Glauben oder seiner Abstammung in eine dieser Gruppen gehörte und dieselbe nicht verlassen konnte, ohne dass dies Folgen nach sich zog.

Im Laufe der Jahrhunderte haben die Protestanten die „Status“-Benennung ihrer kirchlichen Organisation aufgegeben. Zuletzt die Unitarier, erst im XIX. Jahrhundert. Die Katholiken behielten aber ihren ursprünglichen Namen, woran sich pietätvolle Erinnerungen knüpften. Unter diesem Namen kämpften sie um ihren Glauben in dem selbständigen und grösstenteils protestantischen Siebenbürgen – ohne kirchliche Hierarchie und nur auf ihre eigenen Kräfte angewiesen – und wussten sich nicht nur zu behaupten, sondern, sich auch ein Ansehen zu verschaffen, das weit über die Grenzen Siebenbürgens drang. Die neusten Forschungen in den Archiven des Vatikans haben es zutage gebracht, welche eingehende Korrespondenz die weltlichen Führer des siebenbürgischen Katholischen Status mit dem Heiligen Stuhl abwickelten, welche ein Gewicht beim Vatikan auf diese Organisation gelegt wurde und mit wieviel Geschick und Aufopferung sie ihre schwersten Aufgaben zu lösen trachteten.

Siebenbürgen kehrte im Jahre 1690 unter das Szepter der Habsburger zurück, das leopoldinische Diplom sicherte aber den Beibehalt der alten siebenbürgischen Verfassung und folglich blieb Siebenbürgen das einzige Land der Habsburger, wo der Protestantismus seine Positionen innehielt und die Katholiken auch weiterhin Minderheit blieben.

Trotzdem besserte sich ihre Lage wesentlich und die Führer des Katholischen Status verstanden es mit Aufmerksamkeit und regem Interesse für ihren Glauben, die Lage der katholischen Kirche zu fördern und Schritt für Schritt Raum zu gewinnen.

Ein solcher Erfolg des Katholischen Status war die Ausserkraftsetzung der Verordnungen, welche ihren Bischof verbannten, und die Rückgabe der bischöflichen Residenz, der Kathedrale und eines Bruchteiles der hiezu gehörenden Güter, so dass im Jahre 1716 – nach 155 jähriger Verbannung – der neuernannte katholische Bischof von Siebenbürgen, Georg Mártonfi, wieder in Alba-Iulia einziehen konnte.

Die Herstellung des bischöflichen Sitzes änderte nichts wesentliches an der Lage des Katholischen Status. Der Bischof übernahm das Präsidium der Sitzungen nebst dem weltlichen Präses, der dieses bis dahin führte und die Organisation arbeitete unter der neuen Führung im alten Geiste weiter. Viel zu gross waren die Verdienste dieser altbewährten Organisation und viel zu schwer die noch immer bedrängte Lage der Siebenbürger Katholiken, als dass man auf die Mitwirkung des Status hätte verzichten können, obwohl die ganze Organisation – mit Zweidrittelbeteiligung der Laien – unleugbar einige protestantische Einflüsse zeigte und sonstwo in der katholischen Kirche unbekannt war.

Letzte Organisationsform.

Im Laufe der Jahrhunderte zeigte der Katholische Status verschiedene Organisationsformen, die sich mehr oder weniger der Organisation des siebenbürgischen Landtages und der Landesregierung anpassten. Die verschiedenen Umwandlungen der Organisationsformen haben heute nur noch historischen Wert.

Von praktischer Bedeutung ist die Organisationsform, welche der Katholische Status zuletzt innehatte, womit derselbe aus dem ungarischen Regime unter rumänische Herrschaft kam und die im grossen und ganzen auch heute beibehalten ist.

Diese Organisation wurde in den unter dem Vorsitze des Bischofs Fogarassy im Jahre 1868 angenommenen Statuten festgelegt und zeigte folgende Gliederung:

a) Generalversammlung, bestehend aus gewählten Delegierten (je 1 Geistlicher und 2 Laien aus jedem Archidiakonat) und von Mitgliedern, die von rechtswegen eingeladen werden. Hiezu gehören geistlicherseits die Domherren, die Professoren der Theologie, die Archidiakone usw., weltlicherseits die katholischen Reichstagsabgeordneten, Komitatsoberbeamte, Bürgermeister, Richter der königlichen Tafel usw. und die Patronatsherren der einzelnen Pfarrkirchen. Insgesamt waren es 150 bis 200 Mitglieder, die durch den Bischof zur jährlichen Generalversammlung eingeladen wurden; dabei fand das Verhältnis von einem Drittel Geistliche und zwei Drittel Laien stets genaue Berücksichtigung.

b) Der Direktionsrat, bestehend aus 8 geistlichen und 16 weltlichen Mitgliedern, gewählt auf je drei Jahre, im Turnus zu je acht, so dass jährlich ein Drittel ausschied. Der Direktionsrat ist das Exekutiv-, Deliberativ- und Repräsentativorgan des Status und führt sämtliche Geschäfte von Generalversammlung zu Generalversammlung, hält monatlich zwei Tage hindurch Sitzungen, wo sämtliche Fragen eingehend besprochen werden.

Den Vorsitz führt sowohl in der Generalversammlung wie im Direktionsrat der Bischof, dem ein weltlicher Präses beigegeben ist, welcher bis 1932 lebenslänglich, seither auf sechs Jahre gewählt wird und seit 1932 offiziell den Namen „Praeses laicorum“ führt.

Vermögen und Sitzungen des Katholischen Status.

Im Laufe der jahrhundertelangen Entwicklung haben sich die verschiedenen Vermögensteile des Status mannigfaltig verändert, zum Teil zerschmolzen sie und andererseits haben sie sich wesentlich vergrößert. Es ist also klar, dass die Herkunft und juristische Lage aller Vermögensteile, die unter der Verwaltung des Katholischen Status stehen, nicht mehr auf das genaueste klargelegt werden können.

Aus der Zeit des selbständigen Fürstentums ist zu erwähnen die Stiftung des Fürsten Stefan Báthory, des späteren Polenkönigs, aus dem Jahre 1571, der die konfiszierten Güter der durch die Protestanten aufgelösten Clujer Benediktinerabtei „aus

eigenen Mitteln“ rückerwarb und den Jesuiten zur Verfügung stellte, die aber unter seinen Nachfolgern bald gleichfalls vertrieben und ihre Besitze auch neuerlich konfisziert wurden.

Von weitaus grösserer Bedeutung sind die Stiftungen Maria Theresias, die in den Jahren 1776 und 1780 aus den Gütern des damals aufgelösten Jesuitenordens den Religionsfonds und den Studienfonds stiftete, welche – nach vielen Umänderungen – auch heute noch bestehen und durch den Katholischen Status verwaltet werden. Ebenfalls der grossen Kaiserin verdankt der Katholische Status den sogenannten Theresianischen Waisenamtsfonds in Sibiu, der anderthalb Jahrhunderte hindurch Generationen von Intellektuellen der Diözese lieferte.

Hiezu reihten sich im Laufe der Jahre der Stipendienfonds, die Pensionsfonds usw. und all diese vergrösserten sich beträchtlich durch neue Stiftungen, Schenkungen und Erbschaften.

Der siebenbürgische Katholische Status und die Stiftungen, die er verwaltete, traten mit einem ansehnlichen Vermögen im Jahre 1918 unter rumänische Herrschaft. Dieses Vermögen bestand grösstenteils aus landwirtschaftlichen Gütern von zirka 12.000 ha, auf denen – besonders auf dem ehemaligen fürstlich Rákóczischen Gut von Radnóth, im Umfange von 3000 ha – Musterwirtschaften eingerichtet waren und besonders die Viehzucht dieser Güter mehrfach preisgekrönt wurde.

Auf Grund des rumänischen Agrargesetzes vom Jahre 1921 wurden die landwirtschaftlichen Güter des Katholischen Status sozusagen restlos enteignet zugunsten des Staates und wurden meist rumänischen Kleinbauern zugeteilt. Der Entschädigungspreis wurde in Lei festgesetzt auf Grund der Goldpreise von 1913, so dass die hiefür in Papier Lei erhaltene Entschädigung kaum den dreissigsten Teil des verlorenen Wertes bedeutet.

Seither ist der Katholische Status – in Erfüllung seiner kulturellen Aufgaben – auf die Erträgnisse seiner Miethäuser, Weingärten, Mühlen usw. und auf die Unterstützung der Gläubigen der Diözese angewiesen.

Im Jahre 1934 ordnete die rumänische Regierung durch ein Spezialgesetz die genaue Anmeldung und Inventarisierung sämtlicher kirchlichen Güter an, wobei die Wertschätzungen durch die Finanzbehörden bestätigt werden mussten.

Anlässlich dieser Konskription wies der Katholische Status

im Eigentume seiner Foundationen, zusammengefasst, folgende Werte aus:

Bargeld und Wertpapiere	42,993.583 Lei
Immobilien, Gebäude und Liegenschaften:	
a) nutzbringende	62,190.580 Lei
b) nicht nutzbringende (Schulen, Kirchen, Internate, Verwaltungsgebäude usw.) .	138,162.135 Lei
Insgesamt . . .	243,346.298 Lei

Das noch immer $\frac{1}{4}$ Milliarde Lei betragende, vollkommen lastenfreie Gesamtvermögen beweist einerseits, dass die Verwaltung in dieser altbewehrten Form vorbildlich war, anderseits aber auch, dass es sich um ein beträchtliches Vermögen handelt, welches Neid erwecken kann.

Um ein klares Bild zu bekommen, muss noch bemerkt werden, dass im obigen Ausweis weder das sogenannte bischöfliche Vermögen, welches dem Unterhalt des Bischofs und der bischöflichen Behörde dient, noch die durch das Domkapitel verwalteten Foundationen inbegriffen sind und dass die Vermögensteile der einzelnen Kirchengemeinden auch gesondert verwaltet werden.

In obigen Zahlen ist nur dasjenige Vermögen inbegriffen, welches unmittelbar durch den Direktionsrat des Katholischen Status verwaltet wird.

Kulturelle Mission des Katholischen Status.

Der Katholische Status unterhält aus dem Reinertrag der nutzbringenden Liegenschaften und Wertpapiere – zirka 5 Millionen Lei jährlich – nebst starker Inanspruchnahme der Opferwilligkeit der Gläubigen und besonders der Eltern der schulpflichtigen Kinder – mit einem jährlichen Budget von zirka 12 Millionen Lei fünf siebenklassige Knaben Obergymnasien in Cluj, Alba-Iulia, Braşov, Mercurea de Ciuc und Odorheiu und zwei Gymnasien in Târgu-Săcuesc und Târgu-Mureş, die erst vor kurzem zu untergymnasien abgebaut werden mussten. Sechs von diesen Lehranstalten sind in vorzüglichen neuen und modernen zweistöckigen Gebäuden untergebracht, die unter dem jetzigen Bischof, Graf Gustav Karl von Majláth, in den Vorkriegsjahren errichtet wurden.

Die Schülerzahl der einzelnen Gymnasien beträgt 200 bis 400; die Zahl ist heute schon stationär, nahm aber in den letzten Jahren infolge der Verarmung der Eltern beträchtlich ab.

Die Unterrichtssprache ist in allen Gymnasien die ungarische, mit den Einschränkungen, die das Schulgesetz von 1925 den Minderheitenschulen auferlegt hat, demgemäss die rumänische Sprache sehr eingehend unterrichtet werden muss und der Unterricht dieser Sprache, der rumänischen Literatur, der Geschichte und Geographie nur in rumänischer Sprache erfolgen kann.

Bei den Gymnasien – mit Ausnahme von Braşov – ist auch je ein Internat für zirka 100 – in Alba-Iulia und Mercurea de Ciuc 200 – Schüler eingerichtet, wo dieselben um verhältnismässig sehr billigen Preis – monatlich 550 bis 800 Lei, 20 bis 30 österreichische Schilling – Unterkunft, Verköstigung und religiös-sittliche Erziehung erhalten.

Kämpfe des Katholischen Status um Anerkennung und Autonomie in der Vergangenheit.

Wie oben bereits erwähnt, organisierte sich ursprünglich der Katholische Status – zur Zeit des selbständigen Fürstentums – auf den Grundlagen, welche die überwiegend protestantisch beeinflusste Staatsgewalt – zumindest prinzipiell – auch für die Katholiken einräumte und trachtete sich in den Schanzen dieser Organisation zu behaupten und zu verteidigen. Organisatorische Konflikte gab es nicht. Die protestantische Staatsgewalt konnte die selbst gegebene Organisationsform nicht beanstanden, katholischerseits konnte es wieder nur als erfreulich betrachtet werden, dass im protestantischen Siebenbürgen eine – wie immer organisierte – katholische Lebensform existierte, besonders da deren Führer von aufrichtiger Hingabe und Begeisterung beseelt waren und opferbereit der Kirche dienten. Es ist nur selbstverständlich, dass unter solchen Umständen – wie oben erwähnt – auch der Heilige Stuhl regen Kontakt mit dem siebenbürgischen Katholischen Status unterhielt und deren Führer hochschätzte.

Die Herstellung des bischöflichen Sitzes in Alba-Iulia und der Einzug des ersten Bischofs, Georg Mártonfi (1716) brachte – wie erwähnt – auch keine wesentliche Änderung. Die Organisation war vielmehr vom katholischen Geiste beseelt und der Mangel des Bischofs wurde von den siebenbürgischen Katholiken so schwer empfunden, dass dieselbe nur mit Freude empfangen werden konnte, und wir kennen in der ganzen österreichischen Zeit keinen Fall, wo der Katholische Status mit

seinem Bischof in Konflikt geraten wäre, obwohl die Wiener Regierung ihnen öfters Bischöfe schickte, die fremder Abstammung und Gesinnung und oft nicht einmal der Landessprache mächtig waren.

Mit der Wiener Regierung hingegen gab es viele Reibungen. Die Regierung unterstützte zwar die Anregungen des Katholischen Status, welche derselbe im Interesse der Förderung der katholischen Sache vorbrachte aber die zentralistischen und oft auch germanisierenden Bestrebungen der Regierung stiessen auch bei den Katholiken Siebenbürgens auf Widerstand. Am schärfsten kamen diese Gegensätze unter Joseph II. zum Ausbruch, der für geschichtliche Traditionen und Formationen keinen Sinn hatte und im grossen Habsburgerreiche alles zu vereinheitlichen trachtete.

Das Jahr 1867, als Siebenbürgen aus seiner reichsunmittelbaren Lage losgelöst und neuerlich Ungarn angegliedert wurde, bedeutete folglich eine Erleichterung auch für die ungarischen Katholiken Siebenbürgens, die in dieser Gemütsstimmung im Jahre 1868 für ihre Organisation neue Statuten schafften, die – wie oben erwähnt – bis an unsere Tage das Leben und Handeln des Katholischen Status regelten.

Das Verhältnis zu der Budapester Regierungen war aber auch nicht reibungslos. Es war das Zeitalter des Vatikanischen Konzils von 1870, als der grössere Teil der Regierungen mit dem Vatikan in mehr oder weniger offenem Konflikt stand und die Budapester Staatsmänner förderten zwar – im Geiste Montalamberts – die Autonomiebestrebungen des siebenbürgischen Katholischen Status und trachteten sogar, seine Organisationsform – die Beteiligung der Laien in der Führung der weltlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kirche – auch in Ungarn auszubreiten, anderseits aber trachteten sie, den Status der Staatsgewalt möglichst unterzuordnen, wobei sie sich auf das apostolische Patronatsrecht der ungarischen Könige stützten.

Die Führer des Katholischen Statuts verstanden es – ebenso wie unter der österreichischen Herrschaft – die Mentalität der führenden Kreise zum Ausbau ihrer Autonomie möglichst auszunützen, leisteten aber starken Widerstand gegen die Bestrebungen, wodurch dieselben der Staatsgewalt überwiegenden und bisher nicht gekannten Einfluss verschaffen wollten.

Sowohl in der österreichischen, wie in der ungarischen

Zeit bekleidete der Habsburger-Herrscher als „apostolischer König“ auch die Rolle des obersten Patronatsherrn und unterband hiedurch den direkten Kontakt des siebenbürgischen Katholischen Status mit dem Heiligen Stuhl. Dieser Verkehr beschränkte sich grösstenteils auf die Huldigungstelegramme, die aus den jährlichen Generalversammlungen nach Rom gesendet und protokollarisch von dort beantwortet wurden. Es ist trotzdem bekannt, dass im Jahre 1895 der Heilige Stuhl vom siebenbürgischen Bischof Auskunft verlangte „über die Art der Verwaltung, die in Deiner Diözese unter dem Namen kirchlicher Autonomie besteht“. Der Bischof erstattete hierauf unter Nr. 4120/1895 einen ausführlichen Bericht von 40 Seiten, der im Vatikan ohne Bemerkung zur Kenntnis genommen wurde.

Unter rumänischer Herrschaft.

Ausser der bereits erwähnten Enteignung der landwirtschaftlichen Güter und den mannigfaltigen Schwierigkeiten mit den Schulbehörden, lebte und wirkte der siebenbürgische Katholische Status auch unter rumänischer Herrschaft vorerst ungehindert weiter. Es wurde sogar darauf Gewicht gelegt, dass bei der feierlichen Eidleistung des Bischofs Graf Majláth am 19. März 1921 auch je ein kirchlicher und weltlicher Repräsentant anwesend sei, und im Jahre 1924 konnte noch der Bischof vom Kultusministerium eine Zuschrift erwirken, worin dem Katholischen Status das Recht zuerkannt wurde, vor Gericht auftreten zu können, was unumgänglich auch das Recht ihrer juristischen Persönlichkeit einbegriff.

Im Jahre 1928 wurde das rumänische Kultusgesetz geschaffen, welches in seinen elf und zwölf Artikeln die juristische Persönlichkeit der verschiedenen Organisationen der geschichtlichen Bekenntnisse und die freie Verwaltung ihres Vermögens und ihrer Stiftungen zusicherte.

Noch klarer sprach der Artikel IX des im Jahre 1929 ratifizierten Konkordats, welcher ausdrücklich als juristische Personen anerkannte sämtliche Organisationen der Katholischen Kirche, die gesetzmässig und kanongemäss wirkten (*Organisations canoniquement et légalement constituées*).

Es war jedenfalls ein grosser Fehler vonseiten der Autoren des Konkordats, dass hierin die Lage des Katholischen Status nicht auch ausdrücklich gesichert wurde. Der Text des

Artikels IX schien aber jedem derart klar, dass das hieraus erwachsende Übel kaum zu vermuten war.

Es wäre auch nicht zu einem Konflikt gekommen, wenn nicht planmässige Hetzereien hiezu den Boden vorbereitet und die Haltung einzelner Staatsmänner ausgebeutet hätten.

Am 20. Oktober 1931 erhielt der Bischof einen Erlass des Kultusministeriums, worin – nebst Annullierung der im Jahre 1924 erlassenen Urschrift – die juridische Persönlichkeit des Katholischen Status bestritten und die jährliche Generalversammlung verboten wurde. Die Versammlung konnte am 19. November 1931 nach schwierigen Interventionen doch abgehalten werden, die Regierung erklärte jedoch, dass sie weder deren Beschlüsse noch den Katholischen Status selbst anerkenne und sich die Entscheidung in der Frage vorbehalte.

Am 24. Februar 1932 richtete das Kultusministerium eine Zuschrift an die Grundbuchbehörde in Cluj und verlangte, dass die bestehenden Grundbucheintragungen zugunsten des rumänischen Staates „rectifiziert“ werden nebst Streichung des Eigentumsrechtes des Katholischen Status. Dieser Zuschrift leistete die Grundbuchbehörde zum Teil auch Folge.

Es kam eine heftige Zeitungskampagne und auch eine Parlamentsdebatte im Senat, die mit der Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Jorga endete, dass die rumänische Regierung die Frage im Einverständnis mit dem Heiligen Stuhl zu regeln beabsichtige.

Der Streitpunkt war die Frage, ob der Katholische Status von Siebenbürgen eine rechtsgemässe juridische Persönlichkeit besitzt oder nicht; mangels solcher Persönlichkeit kann der Katholische Status weder Eigentümer noch Verwalter von beweglichen oder unbeweglichen Gütern sein und es erübrigt sich für den Staat die Notwendigkeit, über dieselben zu verfügen.

Den klaren Bestimmungen des obenerwähnten Artikels IX des Konkordats gegenüber wurde hervorgehoben, dass der Katholische Status sich nicht auf die Bestimmungen dieses Artikels stützen könne, da das kanonische Recht so eine Organisation – mit derart starkem Einfluss der Laien – nicht kenne und derselbe nicht in den Rahmen einer katholischen Diözese eingefügt werden könne.

Der vatikanische Akkord vom 30. Mai 1932.

Nach obigen Vorgefechten sendete die rumänische Regierung ihren Justizminister V. Pop nach Rom, um dort mit dem Heiligen Stuhl diese schwere Frage im Übereinkommen zu regeln, nachdem vorher in Bucureşti mit den Vertretern des Katholischen Status lange und schwere Auseinandersetzungen stattfanden, die schon eine Klärung der Gegensätze brachten.

Inzwischen erfüllte der Heilige Stuhl den Wunsch der Regierung auch in der Beziehung, dass er – die Terminologie des Konkordats zur Basis nehmend – dem 900 jährigen Bistum von Siebenbürgen den Titel von „Alba-Iulia“ gab, wodurch auch die Änderung des alten Namens des siebenbürgischen Katholischen Status angeregt wurde.

In Rom wurde – nach weiteren Beratungen – am 30. Mai 1932 durch Staatssekretär Kardinal Pacelli und Justizminister Pop im Namen von Papst Pius XI. und König Karl II. ein Akkord unterzeichnet, welcher den Titel führt: „Übereinkommen, betreffend die Interpretation des Artikels IX des Konkordats“. Der Titel zeigt schon, dass der Zweck des Übereinkommens war, den Katholischen Status unter diejenigen „kanonisch und legal konstituierten Organisationen einzufügen, welche unter dem Schutze des Artikels IX des Konkordats stehen und denen dieser Artikel die moralische Persönlichkeit zusichert.

Die Lösung wurde in den Kanons 1520 und 1521 des Codex Juris Canonici gefunden; das Wesen des Übereinkommens ist folgendes:

Der Katholische Status wird in einen Diözesanrat umgewandelt, welcher im Sinne des Kanons 1520 als Konsultativorgan des Bischofs wirkt und weitergehend auf Grund des § 2 des Kanons 1521 in seinem bisherigen Wirkungskreis – jedoch mit Vorbehalt der Zustimmung des Bischofs – die Foundationen administriert, die bisher auch durch denselben verwaltet wurden.

Der Wirkungskreis wurde also insofern erweitert, als er – obwohl nur in konsultativer Form – auf sämtliche wirtschaftliche Fragen der Diözese ausgebreitet wurde, anderseits wurde aber der bisherige Wirkungskreis insofern eingeschränkt, als auch in Fragen, welche die bisher unmittelbar verwalteten Vermögensteile betreffen, die formelle Zustimmung des Bischofs zur Gültigkeit des Beschlusses erfordert wird. Bei offizieller Aner-

kennung dieser weitgehenden Rechte von Seite des Heiligen Stuhles wurden mehrfach die erworbenen Dienste der altbewährten Organisation hervorgehoben.

Die im Jahre 1860 festgelegten Statuten des Katholischen Status wurden gleichzeitig auch einer Umarbeitung unterworfen und obigen Prinzipien angepasst, wobei von Seite der Regierung besonders die möglichste Einschränkung des Einflusses des weltlichen Elementes angestrebt wurde.

Die so umgearbeiteten Statuten bilden eine ergänzende Beilage des Übereinkommens und wurden gleichzeitig unterzeichnet.

Die Acta Apostolicae Sedis veröffentlichten das Übereinkommen und die neuen Statuten in ihrem Juli-Heft 1932 das rumänische Amtsblatt „Monitorul Oficial“ am 3. August 1932.

Die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Übereinkommens brachte aber noch nicht die Lösung der vielumstrittenen Frage.

Jetzt handelt es sich darum, ob das Übereinkommen vom 30. Mai 1932 nur ein Interpretativakkord sei, welches durch die Regierung schon rechtsgültig ratifiziert werden konnte, oder es als selbständige Konvention zu betrachten ist, welches dem Parlament vorgelegt werden muss, um Rechtsgültigkeit zu erlangen.

Die Lösung dieser Frage konnte — trotz aller Bestrebungen noch immer nicht erreicht werden.

Zur Tagung des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen in Brüssel.

(Aus der „Europäische Nationalitäten-Korrespondenz“
No. 13—16.)

Die diesjährige Jahrestagung des Weltverbandes der Völkerbundligen hat kürzlich in Brüssel stattgefunden. Die Verhandlungen und Entschliessungen dieser Tagung sind von einem besonderen Interesse. An dem Kongress nahmen die Delegierten einer grossen Anzahl von Organisationen teil. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand unter anderem auf der Tagung dieses Jahres, wie derjenigen der vorhergegangenen, die Nationalitätenfrage.

Das besondere Interesse an den Verhandlungen über die Nationalitätenfrage wird hervorgerufen durch einen Antrag Hollands. In diesem ist das Verlangen gestellt, dass die Völkerbundversammlung im Falle der Weigerung eines an die Minderheitenschutzverträge gebundenen Staates mit den zuständigen Organen des Bundes zusammenzuarbeiten, dieses Vorgehen als schädlich und für die internationalen Verträge verletzend bezeichnen solle. Desgleichen ist in dem Antrage vorgeschlagen, dass im Falle künftig seitens eines Staates ein solches Vorgehen erfolgt, der Völkerbundrat beim Internationalen Gerichtshofe im Haag ein Gutachten einholen solle, ob dieses Vorgehen die bestehenden Verträge nicht verletze. Durch den Antrag Hollands entstand plötzlich eine sehr bedeutsame Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Englands, der neutralen Staaten sowie der Nationalitäten einerseits, und den Delegierten Polens, der Staaten der Kleinen Entente, Griechenlands, d. h. der Exponenten der an die Minderheitenschutzverträge gebundenen Staaten anderseits.

Die offiziöse „Prager Presse“ führte in einem Bericht über die Brüsseler Tagung unter anderem aus: Die tschecho-slowakische Delegation (unter Führung des Abgeordneten Slavik) war in allen Kommissionen vertreten und entfaltete insbesondere in der Minderheiten-Kommission eine rege Tätigkeit. Hierbei ging sie nicht nur mit den anderen Delegationen der Staaten der Kleinen Entente, sondern auch mit jenen Polens, Belgiens und Frankreichs gemeinsam vor. Insbesondere hinsichtlich der Fragen betreffend den Minderheitenschutz wurde eine Reihe von Erfolgen erzielt; auf diesem Gebiet standen sich die Ansichten der holländischen und englischen Vereinigungen denen der polnischen Assoziation scharf gegenüber.

Bereits aus der hier angeführten Äusserung des amtlichen Prager Organs ist zu ersehen, dass unter Leitung des ehemaligen tschecho-slowakischen Ministers Dr. Slavik, eines der hervorragendsten aktiven Politiker seines Staates, eine Einigung zwischen Polen und den Staaten der Kleinen Entente zur Frage der Minderheitenschutzverträge zustande gekommen ist. Man ging einheitlich vor, um den Antrag Hollands mit allen Mitteln zu Fall zu bringen. Es war ja offensichtlich, dass dieser holländische Antrag durch die letzte Stellungnahme Polens innerhalb des Völkerbundesrates hervorgerufen wurde. Dennoch han-

delte es sich hier um einen Vorschlag ganz genereller und grundsätzlicher Art. Mit der Behauptung, dass das Prestige Polens es nicht zulasse, dass hier die Behandlung einer Angelegenheit erfolge, die sich auf einen bestimmten Staat beziehe, liesse sich künftig wohl die Behandlung sehr vieler Fragen allgemeiner und grundsätzlicher Art verhindern.

Als der Antrag Hollands mit einer Stimme Majorität in der Kommission abgelehnt wurde, erklärte der Delegierte dieses Staates Dr. van Raalte, dass die holländische Völkerbund-Lige mit Rücksicht auf die grundsätzliche Bedeutung der Frage, den Vorschlag erneut im Plenum vorbringen würde. Es erfolgte die für die gegenwärtige Lage so charakteristische Scheidung der Geister. Es traten sich gegenüber die Vertreter Polens, der Kleinen Entente mit den hinter ihr stehenden Freunden, Griechenlands, des Irak (der Irak bezeugt in letzterer Zeit mit Rücksicht auf die Frage der Assyrier ein grosses, wie es scheint jedoch negatives Interesse für die Minderheitenfrage) und Ungarns (dass der Delegierte Ungarns sich dieser Gruppierung anschloss, fiel auf) und die Vertreter derjenigen Staaten, die seit Jahren für den Schutz der Nationalitätenrechte – und damit für einen friedlichen Ausgleich innerhalb der Völker und Staaten Europas – in vorbildlicher Weise eintreten.

Nacheinander ergriffen das Wort die Vertreter Hollands, Grossbritanniens, Belgiens, zu denen sich bei der Abstimmung vor allem auch die Schweiz gesellte. Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen des Vertreters der Belgischen Völkerbund-Liga Prof. van Overbeke, der die Feststellung traf, dass jetzt, da die Frage der Regelung der bezüglich des Minderheitenschutzes übernommenen Rechtsverpflichtungen durch einen an die Verträge gebundenen Staat zur Diskussion gelangt sei, nichts anderes sein dürfe, als eine klare Stellungnahme zu beziehen. Die Abstimmung ergab, dass die Einheitsfront der unter Führung Dr. Slaviks stehenden interessierten Staaten und der ihr beigetretenen (Ungarn, Irak) den formellen Sieg erringen konnte.

Vom Standpunkt der Nationalitäten aus gesehen, muss die Verhandlung im Plenum des Kongresses dennoch als ein Erfolg bezeichnet werden. Denn die Tatsache, dass Staaten wie England und die der Neutralen eine klare und eindeutige Stellung einnahmen und sich den Zumutungen des „interessierten Blockes“

widersetzten, ist von einer grösseren Bedeutung als das formelle Ergebnis der Abstimmung.

Die Vorgänge in Brüssel sind für die in der Nationalitätenfrage jetzt entstandene Situation nicht nur innerhalb des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen – darüber hinaus im Sinne einer Scheidung der Geister – überaus charakteristisch. Dieses auch darum, weil die Delegierten, die für den Antrag Hollands stimmten, zur Gruppe der sich selbst erhaltenden und selbständig handelnden Ligen gehörten, im Gegensatz zu denjenigen, deren Leitung und Finanzierung ausschliesslich seitens der Regierungen ihrer Länder erfolgt.

Der XI. europäische Nationalitäten-Kongress in Genf

vom 2. bis 4. September.

Für die diesjährige Tagung des Europäischen Nationalitätenkongresses in Genf vom 2. bis 4. September ist das folgende Programm vorgesehen:

1. Nach Eröffnung des Kongresses wird eine Aussprache über besonders aktuelle Fragen, insbesondere die Gefährdung des Genfer Nationalitätenrechtes (Abstinenz bestimmter Staaten von der Mitarbeit; der Versuch, mit Hilfe des Schlagwortes „Wahrung der Menschenrechte“ die Grundlagen des Nationalitätenrechtes zu erschüttern usw.). Zu den aktuellen Fragen, die für die Aussprachen in Betracht kommen, gehören noch: Die Forderung nach Annahme einer europäischen Konvention über die Sicherung der grundlegenden Nationalitätenrechte bzw. die Behandlung des vorgeschlagenen Entwurfes hierfür; dann die Behandlung des letzten Vorschlages des Weltverbandes der Völkerbundligen, angesichts des bisherigen Versagens des Genfer Verfahrens, jetzt einen Ersatz für die permanente Minderheiten-Kommission zu schaffen.

2. Die Nationalitäten im autoritären Staate. Dieser heute so aktuelle Programmpunkt betrifft vor allem ein Forderungsprogramm hinsichtlich der Vertretung der nationalen Minderheiten in den Körperschaften des autoritären Staates; ferner Massnahmen zur Sicherstellung des kulturellen Eigenlebens, der wirtschaftlichen Gleichberechtigung usw., die dem Wesen des autoritären Staates angepasst sind.

3. Das Recht auf den freien Gebrauch geographischer Namen in der Muttersprache. Dieser Programmpunkt betrifft die

Unterdrückung des Gebrauchs der geographischen Bezeichnungen (insbesondere der Ortsnamen) in der Muttersprache der Nationalitäten, ein Vorgehen, das den wachsenden Chauvinismus innerhalb Europas besonders deutlich kennzeichnet. Im Rahmen der Aussprache über diesen Punkt wäre die rechtliche und tatsächliche Situation in den einzelnen Ländern zu schildern.

4. Die überstaatliche Volksgemeinschaft, ihre Grenzen und ihre Gefahren (die Volksgemeinschaft inmitten der anderen Gemeinschaften, insbesondere in ihren Beziehungen zum Staate). Im Mittelpunkt der Behandlung dieses Punktes steht der Gedanke, dass für die überstaatliche Volksgemeinschaft eine Gefährdung entstehen muss, wenn nicht genau darauf geachtet wird, dass die von selbst gegebenen Grenzen einer solchen Gemeinschaft nicht überschritten werden dürfen. Den Inhalt der Volksgemeinschaft kann nur die Pflege des Gesamtbewusstseins, die Unterstützung des national-kulturellen Lebens der einzelnen Volksgruppen darstellen, beim Bestehen des Grundsatzes: Treu dem Volkstum und treu dem Staate.

5. Aktivierung der Tätigkeit des Haager Gerichtshofes auf dem Gebiete der Nationalitätenfrage. a) Übersicht über die bisherige Inanspruchnahme des Haager Gerichtshofes in Minderheitensachen. (Was hat der Gerichtshof durch seine Interpretation bisher an rechtsschöpferischer Arbeit geleistet? Wie haben seine Entscheidungen praktisch gewirkt? Besser als die Ratsentscheidungen?) b) Was kann geschehen, um den Gerichtshof stärker als bisher zur Ausübung der Pflichten des Völkerbundes in den Minderheitensachen heranzuziehen? Innerhalb der bisherigen „procédure“? Welche Prozeduränderungen können vorgeschlagen werden, damit der Haager Gerichtshof besser als bisher in Erscheinung treten kann?

Professor Szekfü über Staat, Nation und Minderheiten.

Anlässlich des Kurses der katholischen Universität in Gran hielt Professor Dr. Szekfü unter dem Titel „Staat, Nation und Minderheiten“ einen Vortrag. Einleitend schilderte Dr. Szekfü die Ideen der französischen Revolution, die einen neuen Begriff der Nation konstruiert haben. Dieser Begriff ging auf die Assimilierung der kleineren Völker aus. Frankreich hatte die Assimilierung seiner kleineren Völker schon vorher verwirklicht. In den Jahren 1848 und 1849 machte sich auch Ungarn den französischen Begriff über Nation zueigen und glaubte assimilieren zu müssen. Der Begriff der Nation,

wie ihn die französische Revolution geprägt hat, wurde auch von Deutschland übernommen und er äusserte sich in der Entnationalisierungspolitik den Polen gegenüber. Im Jahre 1867 schuf Ungarn ein neues, von edler Toleranz getragenes Gesetz, das aber in der Praxis nicht verwirklicht wurde. Nach dem Kriege gab man in Deutschland der Nation eine neue Deutung. Man griff zum Volkstumsgedanken zurück, den der Nationalsozialismus zum Durchbruch gebracht hat. Im Sinne dieses Volkstumsbegriffes ist nicht der Staat und die Nation, sondern das Volk das Primäre. Diese Deutung wurde selbst auf das Auslandsdeutschtum übertragen. Auch das Auslandsdeutschtum gehört zu demselben Begriffe des Volkes. Ja selbst den Boden, wo Auslandsdeutsche wohnen, rechnet man zum deutschen Boden. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass der Nationalsozialismus exklusiver Natur ist. Er will nicht entnationalisieren. Dies folgt aus seiner neuen begrifflichen Prägung, folgt aber auch aus den amtlichen deutschen Erklärungen. Zum Schlusse meint Professor Szeffü, dass Ungarn aus seiner ganzen Geschichte heraus mit dem deutschen Rassenbegriff nichts anfangen könne und zu den alten ungarischen Traditionen zurückkehren müsse.

Zur Lage der ukrainischen Minderheit in Rumänien.

Der Lemberger ukrainische „Nowyj Tschas“ befasst sich in einer ausführlichen Korrespondenz aus Czernowitz mit der Lage der ukrainischen Minderheit in der Bukowina. Der systematisch geführte Feldzug gegen das Ukrainertum wird fortgeführt. In der Korrespondenz ist die vollkommene Zertrümmerung des Schulwesens der Ukrainer besonders hervorgehoben. (Vor Übergang der Bukowina an Rumänien besaßen die Ukrainer dieses Gebietes 2 ukrainische und 2 ukrainisch-deutsche Gymnasien; 1 ukrainische Lehrerbildungsanstalt, 2 land- und forstwirtschaftliche Schulen; 87 ukrainische, 2 ukrainisch-deutsche und 2 ukrainisch-rumänische Volksschulen). Wie dann in derselben Korrespondenz berichtet wird, ist kürzlich von dem rumänischen Patriarchen die Neuauflage des zuletzt 1916 aufgelegten und von dem damaligen Metropo-

liten Repta gutgeheissenen Gebetbuches für Kinder in der ukrainischen Sprache abgelehnt worden.

In dem Bericht des „Nowyj Tschas“ heisst es hierauf: Der „Sieg“, den die Rumänen so über das ukrainische Volkstum in der Bukowina erlangt haben, scheint vollständig. Man könnte nun glauben, jetzt bestünde für das Rumänentum eine „ukrainische Frage“ nicht mehr. Doch nichts weniger als das... Als kürzlich in Craiova ein Kongress der rumänischen Studenten tagte, stand die „ukrainische Frage“ im Mittelpunkt einer Aussprache. Es wurde auf die „ukrainische Gefahr“ hingewiesen. Der Kongress widmete seine besondere Aufmerksamkeit der Frage einer weiteren Kolonisierung der ukrainischen Gebiete durch Rumänen.

Die ungarische Presse und das tschecho-slowakische Konkordat.

Diese Presseschau entnehmen wir dem „Sonntagblatt“ vom 14. Juli 1935.

Zwischen der tschecho-slowakischen Regierung und dem Vatikan wurde eine Vereinbarung getroffen, laut der die Grenzen der Kirchendistrikte mit den Grenzen der Republik zusammenfallen. Demzufolge verliert der ungarische Fürstprimas die Jurisdiktion über jene Teile seiner Diözese, die heute in der Tschecho-Slowakei liegen. Wie verlautet, wird das diesbezügliche Konkordat demnächst amtlich verlautbart.

Die Budapester Blätter befassen sich sehr ausführlich und vielfach im Tone scharfer Ablehnung mit der Vereinbarung zwischen dem Vatikan und dem tschecho-slowakischen Staate. „*Uj Magyar-ság*“ und „*Pesti Hírlap*“ nehmen zum Konkordat im Leitaufsatz Stellung. In einem eigenen Aufsatz übt auch „*Magyar-ság*“ am Konkordat Kritik. Aber auch die übrigen Blätter nehmen in sehr scharfer Form zu der Vereinbarung Stellung.

„*Magyar-ság*“, „*Pesti Hírlap*“ und „*Uj Magyar-ság*“ schildern in ihren Aufsätzen die Verhandlungen, die zwischen der tschecho-slowakischen Regierung und dem Vatikan seit 15 Jahren geführt wurden. Die Blätter weisen darauf hin, dass die Tschecho-Slowakei anfangs die Hochburg antikatholischer Geistlichkeit war. Allmählich aber rang sich Benesch, ein Führer der

Freimaurer, aus politischen Gründen zur Auffassung durch, dass er aus nationalen Ursachen die Versöhnung mit der Kirche anstreben müsse. Die Verhandlungen nahmen mitunter die Form scharfer Auseinandersetzungen an. Der päpstliche Nunzius verliess schliesslich Prag. Die Verschlechterung der aussenpolitischen Lage der Tschecho-Slowakei hat nun Benesch dazu geführt, die Frage zwischen dem Vatikan und der Tschecho-Slowakei endgültig zu regeln. Dem Scheine nach machte er Rom konzessionen. So z. B. gab er die 700.000 Kat.-Joch, die kraft der Bodenreform der Kirche weggenommen wurden, ihr wieder zurück. In geradezu demonstrativer Weise beteiligte er sich vergangene Woche am Prager Katholikentag und liess den Katholikentag vor den Aussenstehenden als ein religiöses Ereignis erscheinen, zu dem auch die amtliche Tschecho-Slowakei seelischen Kontakt habe. Das war aber alles nichts anderes, als kalte Berechnung und Politik, um sich vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit gewissermassen zu entlasten und auch um die nationalen Minderheiten sich seelisch gefügig zu machen. Wer Benesch kennt, weiss, dass er in derselben Seelenruhe, mit der er mit dem Vatikan verhandelt hat, auch mit Moskau verhandelt habe und jederzeit bereit sei, zu verhandeln.

Auffallend scharfe Kritik üben die Blätter vom ungarischen Standpunkte an dem Konkordat. Sie weisen darauf hin, dass das Konkordat durch die Gleichlegung der Diözesengrenzen mit den politischen Grenzen den Friedensvertrag von Trianon moralisch unterstütze. Besonders verurteilen die Blätter, dass durch das Konkordat tausendjährige kirchliche Einheiten zerschlagen und der Jurisdiktion der ungarischen Kirchenfürsten entzogen werden. Schliesslich weisen die Blätter darauf hin, dass durch das Konkordat das Ungartum der Tschecho Slowakei den Entnationalisierungsbestrebungen ausgeliefert wird. Die Ungarn haben gehofft, dass man ein eigenes ungarisches Bistum errichten wird, oder dass zumindest ein ungarischer Koadjutor neben einzelne Bischöfe ernannt werde. Von alledem ist im Konkordat keine Spur. Das Ungartum wird sich nun darauf gefasst machen müssen, dass es auf die nationale Betreuung durch die Kirche nicht mehr rechnen könne, dass in ungarischen Gemeinden slowakische Pfarrer ernannt werden, dass die Jugenderziehung nicht in ungarischem Geiste erfolgen werde usw. Kein Wunder, wenn das Ungartum der Tschecho-Slowakei von dem

Konkordat mit Bestürzung Kenntnis nimmt. Ähnliche Bestürzung hat aber das Konkordat auch in Ungarn ausgelöst, wo man die Nachgiebigkeit des Vatikans sich nur dadurch erklären kann, dass er sich vom schlaun Benesch irreführen liess.

Von allen Blättern gibt bloss *«Uj Magyaráság»* der Hoffnung Ausdruck, dass einzelne Bestimmungen des Konkordates vielleicht dennoch die Erziehung der ungarischen Jugend und deren religiöse Betreuung in der Muttersprache versehen werde. „Uj Magyaráság“ begründet diese Hoffnung mit der amtlichen Auffassung der Kirche, mit anderen Konkordaten, insbesondere aber mit dem deutschen Konkordat, „das bezüglich der sprachlichen Rechte der Minderheiten so weitgehende Garantien enthält, die im internationalen Recht einzig dastehen“. *«Magyaráság»* glaubt auch darauf hinweisen zu müssen, dass die Regierung sich während der Verhandlungen vielleicht nicht mit entsprechendem Nachdruck für die ungarischen Interessen eingesetzt habe.

«Nemzeti Ujság» hat zum Konkordat bisher noch nicht Stellung genommen.

Im *«Uj Nemzedék»* aber äussert sich der Führer der slowakischen Emigranten, Dr. Jedlicska. Er misst dem Konkordat nur eine juristische Bedeutung bei. Rom, das Reiche erstehen und zusammenbrechen liess, gibt durch das Konkordat kein Werturteil ab; es nimmt nur die Tatsachen hin, wie sie sind. Wenn nun der Freimaurer Benesch mit dem Konkordat dem Herrgott eine Kerze anzünden wolle, so möge er es tun. Der Herrgott habe aber noch nicht vergessen, dass Benesch erst vor einigen Wochen in Moskau auch dem Teufel eine Kerze angezündet hat.

Die Angelegenheit der röm. kath. konfessionellen Schulen vor dem Verwaltungsgericht.

Das Unterrichtsministerium verfügte mittels Verordnung Nr. 210555/1934, dass in den konfessionellen Elementarschulen von Carei-Mare, Taşnad, Foen, Petreşti, Urziceni, Sănişlăui, Cămin und Ciumeşti statt der ungarischen die deutsche Unterrichtssprache eingeführt werde. Diese Schulen werden von den katholischen Kirchengemeinden der einzelnen Gemeinden erhalten,

welche bestimmten, dass die Unterrichtssprache die ungarische sein solle, da der Abschnitt 35. des Unterrichtsgesetzes dafür Recht einräumt. Die Kirchengemeinden hielten die rechtswidrige Verfügung des Ministers für verletzend und leiteten auf administrativem Wege das Verfahren dagegen ein. Fünf dieser Prozesse der Schulen und zwar die von Urziceni, Ciumești, Santaul-Mare, Petrești und Cămin gelangten vor den Rat Nr. 1 der Tafel von Oradea, wo nach einiger Verzögerung am 3. Juni die erste meritorische Verhandlung war. In Vertretung der prozessführenden Kirchengemeinden erschien Dr. Elemér Patzkó, das Ministerium vertrat Advokat Dr. Banc, der es feststellen wollte, dass die Kirchengemeinden nicht prozessfähig seien, da nicht sie, sondern das Bistum Erhalter der Schulen sei. Nachdem er aufgefordert wurde, zu erklären, wodurch diese seine Behauptung begründet sei, gab er vor, der 3. Abschnitt des Gesetzartikels 19. enthalte die Bestimmung, das Bistum sei der Schulerhalter. Vertreter der Prozessführenden bewies, dass weder im Privat-Unterrichts-, noch im Kultusgesetz, noch im Elementarschulgesetz keinerlei solche Verfügung besteht, die Verteidigung also böswillig ist. Darauf erklärte der Vertreter des Staates, er weiss nicht, in welchem Gesetz dieser Abschnitt ist, denn das Ministerium hat es ihm so mitgeteilt. Nach meritorischer Verhandlung verkündete die Tafel folgendes: Sie verpflichtet das Ministerium, bis zur Tagsatzung am 19. Juni bekanntzugeben, in welchem Gesetz jener Artikel zu finden ist, den dessen Advokat nicht anzugeben weiss. An der am 19. Juni abgehaltenen Tagsatzung gab der Vertreter des Staates an, dass er seine Verteidigung auf den Artikel 19. des Konkordates begründet habe. Dr. Patzko bewies hierauf, dass laut Text des Konkordates das Bistum nicht Erhalter der Schulen ist, sondern im Artikel 19 sein Recht der Kontrolle dieser Schulen bestimmt ist. Trotzdem verschob die Tafel die Verhandlung der Angelegenheiten bis zum 18. September und verpflichtete die Prozessführenden, vom Bistum in Sătmăre eine Deklaration vorzulegen, wonach nicht das Bistum der Schulerhalter ist, ebenso einen Budget-Ausweis des Bistums von Sătmăre, und der prozessführenden Kirchengemeinden, aus dem hervorgeht, wer der Erhalter der Schulen ist.

In den übrigen Angelegenheiten wartet der zweite Rat die Entscheidung des ersten ab und wird wahrscheinlich die gleiche Entscheidung in sämtlichen Angelegenheiten bringen.

L'émigration des Turcs de la Nouvelle Dobroudja et la situation de la population bulgare de cette province.

M. Eugène Zamfirolou, ancien député au Parlement roumain et l'un des meilleurs connaisseurs des affaires de Dobroudja, fait publier dans le grand quotidien bucarestois le „Dimineatza“, un article dont nous empruntons les passages suivants :

La population bulgare est entièrement composée d'agriculteurs qui travaillent leur terre avec la même passion que le paysan roumain et qui sont convaincus que la terre seule peut assurer leurs moyens d'existence. La pensée des agriculteurs roumains d'origine bulgare est dirigée vers leur terre. Il est facile de comprendre, par conséquent, quelle tragédie a dû naître dans l'âme de ces paysans, lorsqu'ils se sont vus dépossédés au profit de l'Etat et gratuitement d'un tiers de leurs biens de minime importance qu'ils détenaient en base d'anciens titres de propriété et acquis de père en fils.

Malgré cela, je dois avouer qu'ils se sont soumis sans murmure à la loi et je défie quiconque pourrait m'indiquer un seul cas d'insoumission. Il est possible que cette attitude soit due, dans une certaine mesure, à l'espoir que ces paysans avaient de se voir appliquer les dispositions de la loi du 1921 sur la réforme agraire en Olténie, Valachie, Moldavie et Dobroudja, en base de laquelle l'Etat devait leur remettre, contre paiement, par un petit lot sur les terres dont ils avaient été disposés gratuitement conformément à la loi de 1924. Ces agriculteurs roumains, d'origine bulgare, ont vu eux aussi que sur toute l'étendue de la Grande Roumanie les terres arables expropriées des particuliers ou propriété de l'Etat, ont servi à l'installation des paysans roumains et des paysans minoritaires des provinces annexées. L'espoir des habitants autochtones de la Nouvelle Dobroudja fut brisé, car pour des considérations postérieures à la loi agraire toute cette province a été considérée comme une région de colonisation et aux habitants locaux a été enlevée toute possibilité de se voir attribuer la moindre parcelle de terre arable.

Que s'est-il cependant passé dans les autres provinces ? Les Hongrois, les Saxons et les autres minorités ont reçu des terres comme en ont reçu les Roumains. Ce qui a été fait pour les minorités de l'Ardeal, de la Bucovine, de la Bessarabie et du Banat correspond à une conception supérieure de justice sociale qui aurait dû être appliquée sans aucune distinction à l'égard de toutes les minorités habitant le sol de la Roumanie.

La loi prévoit en Nouvelle Dobroudja un droit de préemption au profit de l'Etat lors de la vente des terres de cette province, ce qui empêche les habitants locaux d'origine bulgare d'acquérir même de petites parcelles, nécessaires à l'entretien de leurs familles. Ce droit de préemption, rarement exercé faute de crédits suffisants, est le plus souvent abandonné en faveur de certains protégés.

La population musulmane quitte la Roumanie. Dans le Royaume voisin, l'Etat bulgare ne possède pas de terres disponibles qui auraient pu être accordées à ceux des Bulgares de Roumanie qui voudraient s'expatrier. Ils sont tenus, par la force des circonstances, à demeurer dans leur province natale. Cette population s'accroît d'une façon normale d'après les lois de la nature. La terre arable qui constitue pour elle le seul moyen d'existence, est morcelée chaque année davantage par des héritages et des dots, et bientôt la propriété que possède une famille sera tellement réduite qu'elle ne pourra plus la nourrir. Toute une classe de bons travailleurs agricoles sera complètement appauvrie, ce qui n'est pas dans l'intérêt de l'Etat roumain.

En conclusion, M. Zamfirolou exprime l'espoir qu'il y aura quelqu'un pour assurer la responsabilité de réparer les injustices commises à l'égard de la population locale de la Nouvelle Dobroudja.

Dr. C. Grofşorean über Ständestaat und Minoritäten.

Der ehemalige Bürgermeister von Timișoara schrieb einen interessanten Aufsatz im „Banater Wirtschaftsblatt“, betitelt „Der Ständestaat“. In einem Teil seiner Ausführungen weist er darauf hin, wie der „Numerus valachicus“ und der Begriff des

Ständestaates im Zusammenhange stehen. Diesen Teil des Aufsatzes geben wir folgend im Wortlaut wieder.

*

Obzwar es für den ersten Blick vielleicht befremdend wirkt, fühle ich mich dennoch gezwungen, die korporatistische Idee mit der nationalen Bewegung des Herrn A. Vaida-Voevod in Einklang zu bringen.

Der „Numerus valachicus“ als Leitmotiv ist etwas Neues; ist die ureigenste Konzeption Dr. Vaida-Voevods. Als Begriff an sich, etwas sehr Altes, da es die Emanation der nationalen Idee ist, gleichgültig unter welchem Leitmotive es in Erscheinung tritt.

Diese vielverfemmte nationale Idee, die jetzt mit Riesenschritten – bei allen Herrenländer Europas – im Anmarsch ist, bedeutet kein Schlagwort, wie es sich so mancher liberal-kosmopolitischer Demokrat vorstellt – sondern ist ebenfalls die natürliche Begleiterscheinung jener Wirtschaftskrise, die die ökonomische Autarkie heraufbeschwor, infolge der Dezentralisierung der Weltmärkte. Diese wirtschaftliche Autarkie aber entfachte zwangsläufig die geistige Autarkie der Völker, aus eben denselben Gefahrmomenten, die eine Innenkonzentrierung der nationalen Kräfte erfordert, einen kollektiven Geist, dem Staatsleben zuzwingt.

Die Folge dieser – durch die historischen Gegebenheiten auferzwungene – Verteidigungsmethode der Völker ist in der nationalen Idee verankerte geistige Autarkie.

Auch der Numerus valachicus ist nur eine Begleiterscheinung dieser Autarkie und als solche entfaltet sie sich auf dem seelisch-geistigen Gebiete und wirkt sich im völkischen Gefühlsleben aus.

Eben aus diesen Gründen haben diese Bewegungen keine Programme und keine sozial-politischen Formen. Dr. A. Vaida-Voevod anerkennt dies in dem Momente, wo er – im Interesse seiner Bewegung – die Abänderung der Verfassung erstrebt.

Bei diesem historischen Meilenstein aber ergibt sich die logische Frage: in welchem Sinne wünscht Herr Dr. Vaida die neue Verfassungsreform? Welche sozialpolitische Form gedenkt Seine Exzellenz dieser Gefühlsbewegung zu geben?

Fragen, die die grossen Massen nicht interessieren, die unter dem Impulse des Gefühles aufmarschieren – die aber

für den Denker ausschlaggebend sind, wenn die ganze Bewegung nicht „verpolitisiert“ werden soll — oder was noch bedauerlicher wäre: wenn die Aktion umstürzlerische Formen annehmen sollte, die zu Gewalttätigkeiten führen würden.

Um diesen Möglichkeiten vorzubeugen, ergibt sich die Notwendigkeit, der nationalen Bewegung jene sozialpolitische Form zu geben, die ihrem Geiste entspricht, ohne die Interessen der Minoritäten solcherart zu gefährden, dass sie sich dieser geistigen Autarkie nicht eingliedern könnten; da doch diese Autarkie nichts anderes ist als die Form der Selbstverteidigung im Lebenskampfe des Staates. Dieser Kampf aber ist der Kampf unser Allen um die nackte Existenz, die heute von aussen hin, von allen Seiten ständig gefährdet wird.

Natürlich müssen endlich einmal auch die Minoritäten Rumäniens dessen eingedenk werden, dass die ethnische Proportionalität ein sehr altes Prinzip des Minoritätenproblems war in der Doktrin, eben im Sinne der demokratischen Prinzipien schon längst durchgedrungen ist.

Da diese Gefühlsmomente der nationalen Idee aus derselben Quelle der ökonomischen Autarkie fliessen, wie die Prinzipien des Korporatismus, so muss man und kann man beide Bewegungen auf einem gemeinsamen Nenner einstellen und der geistigen Autarkie die sozialpolitische Form der ökonomischen Autarkie, dass heisst: die des Standestaates zu geben.

Eine andere geschichtliche Lösung ist undenkbar und Herr Dr. A Vaida-Voevod wird nur dann diese grösste Reform Rumäniens durchführen können, wenn

1. die Bewegung einen überparteilichen Rahmen erhält,
2. sie den Ständestaat anstrebt.

Tertium non datur!!

Urteile.

Eugen Domokos, Lehrer in Tileagd wurde zur Geldstrafe von 1000, resp. 200 Lei verurteilt.

An einem Feiertage liess der katholische Lehrer von Tileagd, Eugen Domokos am Schulgebäude die Nationalfahne anbringen, deren Stange grün und weiss angestrichen war. Es war damals windig, die Fahne wickelte sich auf die Stange, worauf der Gendarmerist feststellte, der rote Teil der rumänischen

Trikolore gibt mit der weiss-grünen Stange zusammen einen rot-weiss-grünen Effekt, der absichtlich hervorgerufen wurde. Auf Grund dieser Anklage verurteilte das Bezirksgericht von Oradea auf Grund des § 36 vom Strafgesetzbuch Domokos zu 1000, resp. 200 Lei Geldstrafe. Auf die Nullitätsklage des Verteidigers Advokaten Dr. Elemér Patzkó kam die Angelegenheit am 24. Mai vor die Sektion der Tafel, wo Patzkó vorbrachte, dass er den Tatbestand anerkennt und demzufolge um den Freispruch bittet, denn laut Artikel 36 hätte sein Klient eine solche Fahne gebrauchen sollen, welche gegenüber dem Staat eine feindselige Gesinnung symbolisiert und die der ministeriellen Verordnung gemäss zu gebrauchen verboten ist. Dies ist aber nicht der Fall, da nur die Stange beanstandet wurde, nicht aber die Fahne. Der Verteidiger brachte noch vor, dass selbst in dem Falle der Angeklagte nicht strafbar wäre, wenn er die ungarische Fahne aufgesteckt hätte, denn auch diese symbolisiert keine feindselige Gesinnung und ihr Gebrauch ist auch nicht laut ministerieller Verordnung verboten. Die Tafel wies die Nullitätsklage ab.

Pen-Club-Geist und dessen Gegenteil.

Am 25. Juni urteilte das Clujer Kriegsgericht in Angelegenheit des 42 Jahre alten reformierten Priesters von Simişna und Gutsbesitzers Loránd Daday, der unter dem Namen Moses Székely schriftstellerte. Wegen seiner in Budapest herausgegebenen Romane „Zátony“ und „Csütörtök“ war er vor das Kriegsgericht gekommen.

Laut Klageschrift hatte er mit seinen Romanen in Budapest gegen den rumänischen Staat aufgereizt. Darin waren auch die Namen jener rumänischen Intellektuellen aufgezählt, denen der Autor im Wege seines Budapester Betrauten von seinem letzten Werke je ein Exemplar schicken liess.

Nach Verlesung der Anklage erklärte Daday auf die Frage des Präsidenten, er fühle sich nicht schuldig, er habe nicht hetzen wollen, sondern nur literarische Ziele verfolgt.

Präsident: Wie beurteilen Sie das, was Sie im „Csütörtök“ über Aussenminister Titulescu schreiben, vom literarischen Gesichtspunkt?

Angeklagter: Wie eine Karrikatur. In rumänischen Blättern erscheinen sozusagen täglich ähnliche Dinge.

Der Schriftsteller spricht danach von seinem Roman „Zátony“, den er noch zurzeit verfasste, als er, wie jeder Ungar, noch nicht an das Bestehen der geänderten Grenzen glaubte. Der Roman hetzt nicht und klagt nicht an, erregt keinerlei Hass gegen die Mehrheitsangehörigen. Bezüglich der Skoda-Affäre schreibt er im zweiten Werk nicht nur über die rumänische, sondern über die internationale Korruption.

— Ich fühle mich nicht Prophet, — sagt Daday, — doch glaube

ich, dass die Zeit kommen wird, da diese Werke in niemandes Seele Zwiespalt hervorrufen werden.

Präsident : Warum sandten Sie Ihren Roman den Herren Maniu und Vaida ?

Angeklagter : Aus Ehre.

Verteidiger bemerkt vor dem Kriegsgericht, der gewesene Ministerpräsident Alexander Vaida-Voevod wäre geneigt, sich in dieser Angelegenheit zu äussern, wenn er in entsprechender Form zur Verhandlung eingeladen würde. Dies geschieht und eben die Aussagen des gewesenen Ministerpräsidenten bilden den interessantesten Teil der Verhandlung.

Der Präsident fragt Vaida : Haben Sie das Werk „Csütörtök“ gelesen ?

Vaida : Ja.

Präsident : Welche sind Ihre Eindrücke ?

Vaida : Ich denke vielleicht nicht sachlich, glaube aber, dass man die Wahrheit je nach den verschiedenen Auffassungen irgendwo in der Mitte suchen muss. Wegen meiner politischen Rolle war ich in letzter Zeit vielen Angriffen ausgesetzt. Meiner Meinung nach ist der Verfasser, obwohl er alle Privilegien, sei es als Individuum, sei es als Mitglied seiner Nation, verloren hat, vollkommen sachlich.

Danach zitiert der gewesene Ministerpräsident einen bezeichnenden Abschnitt aus dem Roman, worin der Verfasser die rumänischen Studenten als charaktervoll hervorhebt, weiterhin verbreitet er sich über den politischen Teil des Werkes, in dem das tragische Schicksal eines rumänischen Advokaten dargestellt wird. Es ist wahr, dass Daday mich hier in ungünstiges Licht stellt – er schreibt, ich habe eine 40-jährige Freundschaft von mir geworfen.

Unter uns sagen wir uns oft gegenseitig ins Gesicht – so setzt Vaida seine Zeugenschaft fort, – dass wir Diebe und Feinde des Vaterlandes sind. Das ist unser Vorrecht, aber so viel wir auch streiten, in entscheidenden Augenblick tritt doch das Staatsinteresse in den Vordergrund. Wenn aber ein Minderheitsangehöriger das tut, so missfällt uns das. Vom Standpunkt der Erziehung bedeutet dieses Buch mir viel: ich selbst liesse Dadays Bücher ins Rumänische übersetzen, damit sämtliche Minister und Staatsmänner sie lesen können. Mag endlich jeder Rumäne sehen, wie die Anderen die Lage beurteilen. Die politischen Prozesse müssen schon einmal abgeschlossen werden. Jedermann mag sich vor jedem Forum als das bekennen, was er ist: Ungar, Jude, oder was immer.

Ich halte Daday nicht für schuldig, denn dieser Roman ist mir ein Spiegel, worin ich meine eigenen politischen Fehler sehen konnte.

Alexander Vaida erwähnt im folgenden, dass der Grossvater Daday's, Elek Daday noch ein Gentry mit extrem chauvinistische Ansichten, sein Vater aber schon viel nüchternerer

Gesinnung war. Die dritte Generation vertritt Loránd Daday, der noch viel weniger Chauvinist ist, wonach man hoffen kann, dass die vierte mit den Rumänen ganz ausgesöhnt sein wird. Es liegt im Interesse des Staates, setzt Vaida fort, dass wir gegenüber den Minderheitsliteraten nicht übermässig streng seien. Bitte sich nur zu vergegenwärtigen, welche Strafe wir jenem erteilen müssten, der über uns nicht sachlich, sondern tatsächlich beleidigend schreibt.

Präsident : Ist Ihrer Meinung nach das Buch Loránd Dadays hinsichtlich der Sicherheit des Staates gefährlich ?

Vaida : (Mit bestimmter Betonung) : Nein !

Das Kriegsgericht verkündet nach kurzer Beratung das Urteil :

Das Kriegsgericht betrachtet Dr. Loránd Daday reformierten Geistlichen von Simișna mit Schriftstellernamen Moses Székely, wegen seiner Romane „Zátony“ und „Csütörtök“ in der Agitation gegen den Staat als schuldig und verurteilt ihn auf Grund des Abschnittes 6 des Militär-Strafgesetzbuches Artikel 11 zu 6 Monaten Arrest, 10.000 Lei Geldstrafe, und 10 Jahren Verlust seiner politischen Rechte.

Im Anschluss an die Verurteilung Loránd Daday's richtete der bekannte Bühnenschriftsteller Victor Eftimiu, Präsident des Pen-Clubs, folgendes Schreiben an den Oberredakteur der Zeitung „Patria“, Aurel Buteanu : „Im Interesse der Freiheit der Literatur bitte ich Sie, meinen Protest in Ihrem Blatte bekanntzugeben. Das Kriegsgericht von Cluj hat meinen ungarischen Schriftsteller-Kollegen Loránd Daday verurteilt. Nach diesem Urteil sollte die Mehrheit der Schriftsteller sich in die Salzbergwerke begeben. Victor Eftimiu, Präsident des Pen-Club.“ Die „Patria“ brachte diesen offenen Brief an auffallender Stelle, der in Cluj, aber auch unter den Pen-Club-Mitgliedern grosses Aufsehen erregte.

Professor Ion Sân-Giorgiu, Sekretär des Pen-Club tat vor dem Mitarbeiter eines Bucureștier Tagblattes über das Telegramm Eftimius folgende Äusserung : „Ich bin empört über die Geste meines Kollegen Eftimiu. Eftimiu, der doch Vorsitzender des Clubs ist, erklärt sich solidarisch, ohne die Club-Mitglieder zu fragen, mit einem Verleumder des Landes, dem ungarischen Schriftsteller Loránd Daday. Ich will nicht mit dem Präsidenten unterhandeln, der jetzt abwesend ist, ich glaube, er hält sich in Budapest oder Wien auf. Meinem Gewissen schulde ich aber, vor der Öffentlichkeit gegen die Geste des Präsidenten des Pen-Club in solch einer schwerwiegenden nationalen Frage zu protestieren. Um die Klärung der Situation zu beschleunigen, habe ich von meiner Sekretärstelle im Club abgedankt. Die dringend zu berufende ausserordentliche Generalversammlung muss die Sachlage bereinigen, namentlich die Frage, ob eine rumänische literarische Gesellschaft Beschützer der Vaterlandsverräter sein könne ?“

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XIII.

SEPTENVRIE
SEPTEMBRE
SEPTEMBER } 1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 9

Der XI. Kongress der Nationalitäten.

Zum elftenmale versammelten sich die berufenen Vertreter der Nationalminderheiten Europas zu ihrem Kongress, um über ihre Lage zu beraten und ihre Meinungen darüber auszutauschen, welche Aufgaben ihnen bei den veränderten Verhältnissen obliegen und was es besonders während der schweren Krise des Völkerbundes für sie zu hoffen gibt.

Von den verschiedenen Nationalitätengruppen fehlten auch in diesem Jahre die Juden, die den Kongress vor zwei Jahren verliessen, die übrigen Gruppen waren alle vertreten, doch zeigte es sich, dass deren personelle Vertretung ziemlich verändert war. Dies bezieht sich vorzüglich auf die deutschen Minderheitsgruppen.

Am zweiten September eröffnete der Präsident *Dr. Josip Wilfan* den Genfer Kongress.

Die Rede des Präsidenten.

Präsident *Dr. Wilfan* dankt der Regierung der Schweizer Eidgenossenschaft, ebenso wie dem Kanton und der Stadt Genf für die auch diesmal dem Europäischen Nationalitäten-Kongress erwiesene Gastfreundschaft.

Dr. Wilfan verweist darauf, dass man auch während der diesjährigen Tagung mit Bedauern feststellen müsse, dass einzelne Delegierte wieder durch die ihnen seitens ihrer Heimatbehörden gemachten Schwierigkeiten nicht an der Tagung haben teilnehmen können.

Dr. Wilfan erklärte hierauf: Es gilt die Frage zu beantworten, ob für den Nationalitäten-Kongress die Notwendigkeit besteht, seine Tagung abzuhalten. Wozu diese Kongresstagungen? Besonders die diesjährige Tagung zu einem Zeitpunkt,

da gewitterdrohende Wolken sich über die Welt zusammengezogen haben? Auch die eigenen Angehörigen der Nationalitäten stellen die Frage nach der Notwendigkeit und der Nützlichkeit der Kongresstagungen, da doch die Delegierten mit leeren Händen zurückkehren. Dieser Seelenzustand bei den Nationalitäten muss berücksichtigt werden. Es ist ein seltenes Vorbild, das die Schweiz gibt, wo die Nationalitäten so einträchtig zusammenleben.

Auch vor dem Ausbruch des Weltkrieges gab es unbefriedigte Nationalitäten. Doch besteht ein Unterschied zwischen der Zeit vor und der Zeit nach dem Kriege, da den Nationalitäten durch die feierliche Proklamierung des Prinzips des Minderheitenschutzes, die moralisch-ethische Grundlage für Freiheit in ihrer Entwicklung garantiert wurde. So ist es zu verstehen, dass die Enttäuschung und die Erbitterung bei den Nationalitäten wegen der Nichtachtung ihrer Rechte seitens der Staaten grösser ist, als vor dem Kriege und sich ständig immer mehr steigert. Dabei ist auf ein positives Element, auf das Vordringen des nationalen Chauvinismus, in fast allen Staaten Europas, besonders hinzuweisen, ein Chauvinismus, der es den Minderheiten immer schwerer macht, ihr Volkstum zu erhalten und zu pflegen. Ein charakteristischer Fall sei angeführt, nur um die Gesamtlage der Nationalitäten Europas zu kennzeichnen. Es wird von einem Staate gegen einen Delegierten des Kongresses als Beweis, dass er seine „staatsbürgerlichen Pflichten verletzt“ habe, u. a. seine Teilnahme an den Tagungen des Kongresses angeführt. Der belgische Staatsanwalt hat gegen Herrn Dehottay diesen Vorwurf erhoben. Dr. Wilfan erklärt: Soweit diese Verdächtigung gegen unsere Kongressgemeinschaft gerichtet wird, muss sie aufs energischste zurückgewiesen werden. Diese Verdächtigung ist unbegründet. Die Tätigkeit des Nationalitäten-Kongresses vollzieht sich im vollen Lichte der Öffentlichkeit; es liegen stenografische Berichte über dessen Tagungen vor, die allgemein zugänglich sind. Die Gesamttätigkeit des Kongresses steht auf der Plattform der staatsbürgerlichen Loyalität. Ein jeder solcher gegen den Kongress erhobener Vorwurf muss in sich zusammenstürzen.

Die Abhaltung der Kongresstagungen ist notwendig. Diese Zusammenarbeit zwischen den Nationalitäten auf den Kongressen bedeutet nicht nur eine gegenseitige moralische Unterstüt-

zung, sondern die Nationalitäten haben hier die Möglichkeit, von einer internationalen Tribüne vor der Weltöffentlichkeit zu sprechen. Es gilt den Kontakt mit der Presse, mit anderen internationalen Organisationen, nicht zu unterbrechen, ihn weiter aufrechtzuerhalten.

Die Vertreter der Nationalitäten stehen nicht nur im Dienste des eigenen Volkstums. Sie sind Teilhaber der grossen europäischen Interessen, sie sind vielleicht bessere Europäer, als diejenigen, die in offiziellen Reden von der europäischen Solidarität und Zusammenarbeit den Mund so voll nehmen und dann die Handlungen im Widerspruch zu solchen Erklärungen stehen. Die Minderheitenfrage ist eine Frage, die mit dem Frieden oder Kriege in Europa auf das engste zusammenhängt. Wenn sie nicht geregelt wird, bleiben die gefährlichsten Teile des Hasses und der Zersetzung im Zusammenleben der europäischen Staaten und Völker bestehen.

Dr. Wilfan weist darauf hin, wie einer der hervorragendsten Staatsmänner Europas, Mussolini, am 6. Oktober 1934 vor den Arbeitern in Mailand in einer Rede, die auch durch das Radio übertragen wurde, u. a. erklärte: Unsere Beziehungen zu der schweizerischen Eidgenossenschaft sind gute, und sie werden es auch ferner bleiben, unter der Bedingung, dass die Italianità (das italienische Volkstum) des Tessins unangetastet gepflegt werde. Es ist richtig, dass die Italiener des Tessins nicht als Minderheit anzusehen sind; sie sind politisch in einer anderen Lage, als es die Minderheiten sind. Doch das Wesentliche in der Erklärung Mussolinis ist darin enthalten, dass ein jedes Volkstum sich frei nach den Staatsgesetzen entwickeln muss und dass die Volkstumsfrage die aussenpolitischen Beziehungen zwischen den Staaten entscheidend beeinflusst. Die Minderheitenfrage ist ein aussenpolitisches Problem in Europa, ein Problem, von dem der Friede Europas abhängt.

Als gute Europäer erheben die Vertreter der Nationalitäten auf dieser Tagung ganz besonders ihre Stimme, da der Friede derart bedroht ist, da sich der Völkerbund in einer Krise, richtiger in einem späteren Stadium krisenhafter Entwicklung befindet. Der Völkerbund hat mit dem Minderheitenschutz juristische Verbindlichkeiten übernommen, die Frieden, Ruhe und Ordnung bedeuten sollen. Die Frage des Minderheitenschutzes sollte keine politische, nur eine juristische Frage sein. Diese

Frage sollte von der Politik zum Recht zurückgeführt werden. Es ist ja bereits die juristische Rolle vorgesehen, die dem Internationalen Gerichtshof im Haag zukommt, eine Rolle, die auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes intensiviert werden müsste.

Dann gilt es auf Folgendes hinzuweisen. Bis jetzt besteht ein positives Minderheitenrecht nur für einige Minderheiten gegen einzelne Staaten. In der Formulierung dieser Bestimmungen ist keine rechtliche Allgemeingültigkeit enthalten. Der Europäische Nationalitäten-Kongress muss, wie er bereits in früheren Tagungen hervorhob, auf dem Standpunkt eines allgemein gültigen Minderheitenschutzes bestehen. Auch die geschützten Minderheiten haben es verstanden, dass es in ihrem Interesse ist, wenn die Allgemeingültigkeit dieses Prinzips gewahrt werde. Die Nationalitäten stehen nicht allein auf diesem Standpunkt. Die Regierung Polens ist mit derselben Forderung nach Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes hervorgetreten. Wenn auch in dem polnischen Vorgehen eine Verbreitung des Prinzips über Europa hinaus, so auf die Minderheiten Afrikas, Asiens usw., besteht, was der Nationalitäten-Kongress nicht als möglich ansieht. Dr. Wilfan erinnert in diesem Zusammenhang an eine Erklärung Lord Robert Cecil, dass Grossbritannien selbst das Beispiel geben sollte, eine Bindung für die Minderheiten auf den eigenen Gebieten zu übernehmen. Dieser Vorschlag sei zu begrüßen. Er komme aus dem Munde eines Briten.

Von Frau Bakker van Bosse ist in der Völkerbundliga der Vorschlag gemacht worden, eine Körperschaft ins Leben zu rufen, welche, solange am Völkerbund keine permanente Kommission für das Nationalitätenproblem besteht, sich mit der Untersuchung der Lage einzelner Volksgruppen zu befassen haben würde. Der Kongress wird auf diese Vorschläge zurückkommen.

Weiter kommt Präsident Wilfan auf die Bestrebungen zu sprechen, welche den verschiedenen Paktvorschlägen zugrundeliegen. Solange das nationale Problem nicht in befriedigender Weise gelöst ist, könne kein Pakt den Frieden tatsächlich garantieren. Insbesondere bezöge sich das auf den geplanten Donaupakt, der zwischen Staaten abgeschlossen werden soll, die alle nationale Minderheiten umfassen. Der Kongress, zu dem viele gute Kenner dieses Raumes zählen, erhebe auch hier seine warnende Stimme. Auch ein Donaupakt könne nie auf sicherer Grundlage ruhen, wenn nicht gerade hier das Nationalitäten-

problem in einer Weise geregelt wird, welche den Bedürfnissen der Völker dieses Raumes entsprechen, ihrem kulturellen Niveau Rechnung trägt.

Die gegenwärtige schwere weltpolitische Krise muss dazu führen, dass die Akustik des Kongresses ungünstig sein wird. Trotzdem war er notwendig, weil sein Ausbleiben von allen Gegnern der Nationalitäten als Signal aufgefasst worden wäre, mit ihnen nun vollends nach Belieben umzuspringen. Deshalb sei es gut, dass der Kongress seine Stimme auch in diesem Augenblick erhebt.

Weiter spricht Dr. Wilfan von der chauvinistischen Welle, welche fast alle Staaten überflutet. Die Lage der Nationalitäten hat sich in einer ganzen Reihe von Staaten ausserordentlich verschlimmert. Eines der Symptome für die Entwicklung sind die steigenden Passchwierigkeiten, unter denen auch der Kongress schwer zu leiden hat. Auslandsreisen sind heute nur zu leicht mit der Verdächtigung verbunden, dass der Betreffende gegen den Staat gearbeitet und seine staatsbürgerlichen Pflichten verletzt hat. Ein noch weit schwereres und bedenklicheres Symptom der chauvinistischen Welle ist es aber, dass in mehreren Staaten der freie Gebrauch der muttersprachlichen Ortsnamen behindert wird. Namen, die Jahrhunderte lang im Gebrauch waren, die uralte Traditionen verkörpern, dürfen nicht mehr geführt werden. Es wäre noch begreiflich, wenn es sich darum handelte, früher aus politischen Gründen aufgedrängte Ortsnamen durch die ursprünglichen zu ersetzen. Aber nicht darum geht es in der Regel. Es geht um Namen, die durch die Tradition, durch den Geist der Sprache geheiligt sind. Es geht um Namen, die Generationen von Vorfahren gebraucht haben.

Dr. Wilfan hält es für angebracht, dass bei dem Besuch, den die Vertreter des Kongresses auch in diesem Jahre dem Präsidenten des Völkerbundes abstatten werden, nicht nur die Entschliessungen, sondern auch eine Adresse überreicht werde, in welcher die Gedanken in kurzer Formulierung niederzulegen sein würden, welche im Kongress zum Ausdruck kommen. Auf diesem Wege müsse dem Völkerbund die Stimme des Kongresses wenigstens zur Kenntnis gebracht werden.

Zu den internen Angelegenheiten des Kongresses übergehend berichtet Präsident Wilfan über die Verhandlungen, welche im Auftrag des Kongressausschusses mit den jüdischen

Gruppen geführt wurden, die seit dem Jahre 1933 nicht mehr zu den Tagungen des Kongresses erschienen sind. Diese Verhandlungen seien nicht weiter gediehen. Seitens des Kongresses liegen keine Hindernisse für eine befriedigende Lösung vor.

Zum Schluss seiner Rede gedenkt Dr. Wilfan in ehrenden warmen Worten der im letzten Jahre verstorbenen Kongressmitglieder Baron Steinheil, des Führers der Russen aus Polen und Senator v. Medingers, des Wortführers der Sudetendeutschen in der internationalen Welt. Gleichzeitig gibt Dr. Wilfan der Hoffnung Ausdruck, dass die in so stark verändertem Bestande erschienene Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe im Sinne von Medinger sich in den Dienst der Sache stellen werden, welche der Kongress zu der seinen gemacht hat. Schliesslich verliest Dr. Wilfan ein Schreiben Dr. P. Schiemanns, in welchem dieser den Rücktritt anzeigt und widmet auch ihm herzliche Worte des Dankes.

Die Weltlage und die Minderheitsprobleme.

Nach der Eröffnungsrede des Präsidenten folgte als erster Punkt der Tagesordnung die Besprechung dessen, inwiefern in der gegenwärtigen Lage den Nationalitätenproblemen Geltung verschafft werden kann.

Zu diesem Punkt erhob unter Anderen einer der Vertreter der ungarischen Minderheiten, Dr. Géza von Szüllő, der Betraute des Ungartums der Tschechoslowakei die Stimme und sagte Folgendes :

Rede des Abgeordneten Géza von Szüllő.

Der ungarische Dichter Madách verfasste eines der schönsten philosophischen Dramen, die „Tragödie des Menschen.“ Dieses Werk schildert den endlosen Kampf der Menschheit, die auf der Suche nach Wahrheit ihr Ziel niemals erreichen kann und trotzdem den Kampf fortsetzt, wenngleich sie nie zum Siege gelangt. Dieses dramatische Gedicht könnte man als Symbol unserer eigenen Bestrebungen bezeichnen, d. h. die Bestrebungen der Minoritäten, die den Kampf fortsetzen und mit traurigem Herzen erkennen müssen, dass ihr Zweck, die Selbstständigkeit ihrer Nationalitäten, nicht verwirklichen können! Wenn wir die Lage der Minoritäten realistisch, d. h. sachlich betrachten, so müssen wir eingestehen, dass wir von unserem Ziele

viel weiter entfernt sind, als damals, als man nach dem Weltkrieg die Rechte der Minoritäten künstlich feststellen wollte.

Die Weltanschauung, die Führung der Staaten, die Auffassung, die Totalität des Staates hat eben die Möglichkeit der kleinen, nur mit dem Recht bewaffneten Minoritäten dieses Ziel zu erreichen schwieriger und schwächer gemacht.

Wenn man eine Epoche mit einem Worte charakterisieren könnte, so müsste man die gegenwärtige Epoche, die Epoche der Hypokrisie nennen. Denn es gibt jetzt nichts Wahres und ich muss feststellen, dass niemals das Wort und die Wahrheit, das Gesetz und die Realität der Dinge in so krassem Widerspruche standen, als eben jetzt. Die Gesetze, die zum Schutze der Minoritäten geschaffen wurden, sind durch die „Administrationen“ vereitelt worden und die Seele der Minoritätenverträge ist durch die nachfolgenden Konstitutionen vernichtet worden. Nichts ist übriggeblieben, als die Hypokrisie . . . die Heuchelei!

Ich will mich nicht mit der Totalität der Minoritätenrechte befassen, ich möchte hier die Aufmerksamkeit der Mächtigen nur darauf lenken, dass ihre Bestrebungen nie verwirklicht werden, denn es ist eine Eigenart der menschlichen Seele, dass man sie nie ganz unterdrücken kann und sie ist der Luft ähnlich, die, je mehr man sie zusammenpresst, umso stärker in ihrer Widerstandskraft und -fähigkeit wird.

Die zertrümmerte Habsburgische Dynastie hatte einen grossen Kanzler, den Kardinal Grafen Kollonics gehabt. Zu ihrer Zeit haben die Ungarn gegen die Germanisierungs-Bestrebungen der Dynastie angekämpft, da gab der Kanzler dem Kaiser den Rat: „Man muss die Magyaren arm machen und sie dann germanisieren!“ Die alte Monarchie ist zertrümmert, aber dieser Rat und diese Amalgamationsbestrebung überlebte sie und in der ganzen Welt sehen wir die Nachkommen des Kanzlers, die „neuen Kanzler“, die die Methode Kollonics' fortsetzen wollen: Zuerst die Nationalitäten auspowern und sie, dadurch geschwächt, besiegen. Aber, es lebt die Seele! Und dies erkennend und diesen Geist bewahrend, werden wir unseren Kampf nie aufgeben!

Das Werkzeug, mit dem man unseren verschiedenen Regierungen die Nationalitäten „zähmen“ will, ist jetzt in der Epoche der Hypokrisie, mit der Bezeichnung „Autarchie“ und „Demokratie“ benannt.

Die Autarchie strebt die Isolierung der volkswirtschaftlichen Kräfte von fremden Staaten an und will in ihrem Bereiche sich hermetisch umgrenzen, auf dass die Nationalitäten, die durch diese wirtschaftliche und durch die staatsrechtliche Grenze von ihren Stammesgenossen abgeschnitten sind, dadurch geschwächt werden und verarmen. Der Gedanke ist klar: den Bettler kann man leicht unterjochen! Nun, die Weltwirtschaft ist dem menschlichen Körper ganz ähnlich: wenn man die Funktion eines Teiles dieses Körpers verhindert, hemmt man das Ganze. Wenn man z. B. in einem neu erworbenen Lande die dort blühende Industrie aus dem Grunde unterdrückt, um die Nationalität zu schwächen, oder wo man die blühende Agrarkulturwirtschaft durch die Agrarreform umgestaltet. Dadurch wird entschieden die dortige Nationalität geschwächt, aber auch die volkswirtschaftliche Lage verschlimmert. Die schlechte und verfehlte Nationalitätenpolitik ist die Ursache dieser wirtschaftlichen Krise, unter welcher die ganze Volkswirtschaft jetzt leidet.

Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, dass, wenn die Minoritätenfrage ehrlich gelöst wäre, dies sehr zur Sanierung dieser Weltkrise beiträge. Eine Politik jedoch, die durch die Depossidierung der alten Bewohner einen neuen einheitlichen Staat aufbauen will, ist verfehlt, denn diese Politik verarmt nicht die Einzelnen, sondern die Gesamtheit. Durch Hass und Vernichtung kann man zerstören, aber niemals aufbauen und in einem jeden Staate muss das Gedeihen der Einzelnen und der Gesamtheit das Endziel jeder Regierung bilden. Konkret will ich mich mit der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Staaten nicht befassen. Prinzipiell will ich nicht darauf hinweisen, wie man die verschiedenen Rassen, die nicht durch ihren freien Willen in einen neuen Staat gezwungen werden, behandelt hatte. Ich will nur darauf hinweisen, dass die beste Politik jene ist, die die wirtschaftliche Lage und das Gedeihen der Nationalitäten nie anders behandelt, als die der Majorität.

Ein anderes Zaubermittel, durch welches die Regierungen jene Minderheiten, die an ihrer Nationalität festhalten in's „Nichts“ zurückführen möchten, ist die „Demokratie“.

Goethe hat gesagt: „Wo die Begriffe fehlen, da stellt zu rechter Zeit ein Wort sich ein“!

In unserer Zeit wird alles, was man unpopulär machen kann, der Vernichtung geweiht. Infolgedessen bedeutet: sich an

die Überlieferung halten, die geschichtlichen Beziehungen aufrechterhalten, sich der Vermischung enthalten, den heimatlichen Herd der Ahnen schätzen und lieber als Reaktionär, als Aristokrat behandelt werden und daher als verdammenswert gelten.

Durch die Vernichtung der Autarchien der Nationalitäten will man das Gewissen der Rassen und den Begriff der Nationalität ausrotten.

Derselbe Beweggrund leitet den Anspruch, der dahinzielt, im Namen der „Demokratie die soziale Stratifikation“ in einen „Klassenhass“ umzuwandeln und zwar zu dem Zwecke, die Zwietracht in den Schoß einer Nationalität zu säen, um sie zu entzweien, zu schwächen und sie zu einem gehorsamen Instrument des herrschenden Regimes zu machen.

Materielle Verarmung, moralische Zwietracht, das ist das Schicksal gegen das wir anzukämpfen verpflichtet sind – und wir werden nicht aufhören, dies zu tun – verpflichtet im Namen der wahren Demokratie! Denn die wahre Demokratie umfasst und bedeutet die moralische Freiheit, die Unabhängigkeit der Seele und wir nationalen Minderheiten, müssen hier feststellen und dies angesichts der öffentlichen Meinung, dass wir dieser moralischen Freiheit beraubt sind, ebenso wie dieser geistigen Unabhängigkeit.

Ich verzichte darauf, mich hier über unsere berechtigten Klagen auf dem Gebiete der Kultur (Religion), des Unterrichts, des Handelsrechtes näher zu verbreiten. Ich habe auch nicht die Absicht, Ihnen statistische Angaben zu liefern; ein berühmter tschechischer Gelehrter hat sehr richtig gesagt, dass die Statistik eine Wissenschaft ist, die die Fähigkeit besitzt, alle Dinge zu beweisen, aber auch ebenso ausgezeichnet das gerade Gegenteil dieser selben Dinge darzutun. Ich beschränke mich darauf hervorzuheben, dass die Regierungen nur weiter versuchen mögen das Gedeihen und Wohlbefinden, sowie die Sicherheit Europa's mittelst Pakten, Verträgen, Erklärungen fördern zu wollen: es gibt nur ein Mittel, dieses Ziel zu erreichen: und das ist, der Heuchelei ein Ende zu machen, sich zu entschliessen, ein Recht für alle gelten zu lassen ohne Unterschied der Religion, der Sprache, der Rasse oder der Nationalität.

Ich bin der Ansicht, dass, wenn man die Frage der Minderheiten ernstlich zu lösen gewillt ist, jede Unterscheidung der Religion, der Rasse, der Sprache und der Nationalität unter den

Bürgern eines neuen Staates abgeschafft werden müsse; jeder Staatsbürger muss die Gewissheit haben, dass er nicht anders behandelt wird, als sein Mitbürger, wenn er sich auch von diesem durch die Sprache und Nationalität unterscheidet. Aber die Mächtigen sollten niemals vergessen, dass es der Sieger ist, der als Erster die Hand reichen muss und nicht der Besiegte: denn während die Geste des Siegers einen Freundschaftsakt bezeichnet, wird dieselbe Geste, vom Besiegten kommend nichts anderes als eine Bettelei bedeuten. Und wir, die Minderheiten wollen niemals Bettler sein!

Und nun gestatten Sie mir noch einige Worte der ausgezeichneten Rede unseres Herrn Präsidenten anzufügen. Ich möchte namens der ungarischen Gruppen zum Ausdruck bringen, dass wir voll und ganz mit seinen Ausführungen einverstanden sind. Gerade auf Seite unserer ungarischen Nationalitäten empfindet man das bisherige Versagen des Völkerbundes auf dem Gebiete der Nationalitätenfragen als eine schwere Enttäuschung. Unsere Petitionen sind oft jahrelang nicht zur Behandlung resp. zur Erledigung gekommen. Wenn wir uns trotzdem in einer positiven Weise zur Fortsetzung unserer Genfer Arbeit aussprechen wollen, so geschieht das aus den gleichen Gründen, die der Herr Präsident hier dargelegt hat. Der endgültige Zusammenbruch des Genfer Rechtssystem würde in der Tat der Willkür innerhalb der Staaten die letzten Hemmungen nehmen, ihr Türen und Tore öffnen.

*

Nach Schluss der Debatte brachte der Kongress seine erste Resolution, welche folgendermassen lautet:

Die in Genf zum elften Mal versammelten Vertreter der europäischen Nationalitäten (Minoritäten) stellen fest, dass die Unterdrückung der nationalen Minderheiten ungehemmt fortschreitet. Diese Entwicklung hat der Völkerbund nicht gehindert, wodurch nicht zuletzt die weitere Verschärfung seiner Krise mitverschuldet wird.

Der Kongress erhebt daher nochmals eindringlichst seine warnende Stimme und macht auf die Gefahren aufmerksam, die sowohl für die in gemischtnationalen Staaten lebenden Volksgruppen, als auch für die Gesamtheit aller Staaten und Völker Europa's entstehen. Die drohenden Folgen der tiefgehenden Enttäuschung und Erbitterung vieler vom Kongresse

vertretenen Millionen von Europäern verschiedenster Volks- und Staatszugehörigkeit können nur vermieden werden, wenn ehstens die natürlichen, zumindest aber die international garantierten Volkstumrechte verwirklicht weräen.

Die Nationalitäten im autoritären Staat.

Als neuartigste und interessanteste Ausführungen des Kongresses verlauteten die, bezüglich des Punktes 2, welche das Verhältnis betonten, das zwischen den Nationalminderheiten und jenen Staaten entsteht, welche bei Hintansetzung der demokratischen und parlamentarischen Systeme, sich nach autoritären, oder auf ständischer Grundlage fussenden gemeinrechtlichen Einrichtungen wenden.

Der Vortragende dieses Gegenstandes, *Dr. Besednjak*, Vertreter der slowenischen Minderheit, sagte unter Anderem folgendes :

Rede des ehem. Abgeordneten E. Besednjak.

Das Thema „Die Nationalitäten im autoritären Staat“, das ich im Folgenden zu behandeln habe, stellt mich vor eine nicht leicht zu bewältigende Aufgabe : Es handelt sich darum, dass der Kongress gegenüber der grossen politischen Umwälzung, die sich in vielen Staaten Europas vollzogen hat und noch vollzieht, grundsätzlich Stellung zu nehmen und für die in unserer Arbeitsgemeinschaft organisierten Minderheiten einheitliche Leitsätze aufzustellen hat.

Die Aufgabe, die vor uns steht, erscheint schwierig, weil die Kongresse der europäischen Nationalitäten über Zeit ins Leben gerufen wurden und ihre Grundsätze ausbauten, als in fast sämtlichen Ländern Europas der demokratische Parlamentarismus und die Ideen des politischen Liberalismus vorherrschend waren. Wir Südslawen und die Deutschen aus Italien sowie die Katalonier aus Spanien waren die einzigen Volksgruppen, die aus Ländern kamen, wo das demokratische und liberale Regime zusehends verfiel und sich immer mehr in ein autoritäres umwandelte. Doch die politischen Regimes in Spanien und in Italien galten damals noch als Ausnahmeerscheinungen, die daher für die Beurteilung der allgemeinen Lage der europäischen Nationalitäten keineswegs massgebend waren. Die demokratische Staatsform galt damals als die natürliche und selbstverständliche Grundlage, die es den Minderheiten ermöglicht, für ihre natio-

nal-kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Rechte überhaupt einzutreten. Die Resolutionen und Forderungen unserer Kongresse, wie diejenigen nach der freien Selbstverwaltung auf national-kulturellem Gebiet, nach einer gerechten Vertretung der Minderheiten in den Parlamenten, Landtagen, Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften, nach der Freiheit des organisatorischen Zusammenschlusses, nach der Freiheit der Presse usw., waren Forderungen, die mit den politischen Ideen und Regierungsmethoden der autoritären Regimes in Spanien und Italien in grundsätzlichem Widerspruch standen und von vornherein nur in den demokratisch verwalteten Ländern auf Verständnis und Berücksichtigung rechnen konnten. In den Kreisen der europäischen Nationalitäten machte sich damals immer mehr der Eindruck geltend, dass das Schicksal der Minderheiten mit dem Schicksal der Demokratie aufs engste verbunden sei. Überall dort, wo die politischen Freiheiten und die Gleichberechtigung der Staatsbürger aufgehoben wurden, beobachtete man nämlich, wie gleichzeitig auch die Entwicklungsfreiheit der nationalen Minderheiten immer mehr eingeengt und schliesslich ganz untergraben wurde. So bildete sich bei vielen Kongressteilnehmern die Überzeugung, dass zwischen den Ideen und Forderungen der europäischen Nationalitätenbewegung und der Ideologie des autoritären Staates ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehe und unsere Kongressgemeinschaft daher den autoritären Staat grundsätzlich ablehnen und bekämpfen müsse.

Inzwischen hat die Bewegung gegen den demokratischen Parlamentarismus über Spanien und Italien hinausgegriffen, das autoritäre Regime wurde die Staatsform des Deutschen Reiches, des Bundesstaates Österreich, Jugoslawiens, Bulgariens, der Republik Polen, autoritäre Bestrebungen setzen sich immer siegreicher auch in den baltischen Staaten durch. Seit der Gründung der europäischen Nationalitätenkongresse hat sich das Antlitz Europas gründlich geändert: Wenn im Jahre 1925 die Länder, in denen die nationalen Minderheiten siedeln, fast durchweg demokratische waren und die autoritären Regimes die Ausnahme bildeten, so ist im Jahre 1935 in unseren Heimatstaaten die autoritäre Staatsform die Regel, die liberale Demokratie die Ausnahmserscheinung. Die nationalen Minderheiten sehen sich einer neuen politischen Wirklichkeit gegenüber, mit der sie sich im Interesse ihrer Zukunft ernstlich auseinander-

setzen müssen. Sie müssen die geschichtliche Tatsache anerkennen, dass die demokratisch-liberale politische Grundlage, auf der sie 10 Jahre lang in ihren Heimatstaaten für ihre Rechte und Freiheiten fochten, zerschlagen ist und dass die Kampfmittel und die Argumente, mit denen sie sich an den demokratischen Staat – aus seiner Anschauungswelt heraus – wandten, im antiliberalen und antidemokratischen Staat grösstenteils ganz ohne Wirkungen geworden sind. Der Kongress und die europäischen Nationalitäten stehen vor einer neuen geschichtlichen Epoche, in der sie ihre Arbeits- und Kampfmethoden den Bedingungen der neuen autoritären Ordnungen werden anpassen müssen.

Die Revision, der wir unsere Tätigkeit unterziehen müssen, entspringt jedoch nicht nur Erwägungen und Notwendigkeiten rein taktischer Natur: Wir müssen uns auch mit der grundsätzlichen Frage auseinandersetzen, ob die Nationalitätenbewegung tatsächlich nur eine Form und Abart der liberalen Demokratie darstellt und daher zu den bestehenden autoritären Ordnungen ausnahmslos in einem unversöhnlichen ideologischen Gegensatz stehen muss. Wenn dem so wäre, dann wäre jede Hoffnung auf die Lösung der Nationalitätenfrage in den meisten unserer Heimatstaaten für eine lange nicht absehbare Zeit vernichtet sein, jede Mitarbeit der anderssprachigen Volksgruppen mit ihren Regierung unmöglich, ein rücksichtsloser, unausgesetzter Kampf zwischen den demokratischen Nationalitäten und den autoritären Regierungen unvermeidlich.

Demgegenüber stellten wir mit aller Deutlichkeit fest, dass die moderne Nationalitätenbewegung zwar im Zeitalter der liberalen Demokratie entstanden ist und alle Einrichtungen und politischen Mittel, die ihr der demokratische Staat bot, für ihre Durchsetzung genützt hat jedoch ihrem Wesen nach nicht einen einfachen Bestandteil der liberalen Demokratie, sondern eine selbständige und unabhängige geistige und sittliche Bewegung darstellt, deren Zukunft das Schicksal nicht an die jeweilig herrschenden politischen und sozialen Ordnungen gebunden ist. Das Volkstum birgt wie wir glauben – Werte und geschichtliche Kräfte in sich, die sich mit keinem politischen Regime identifizieren lassen.

Die liberale Demokratie hat – wir wir zugeben wollen – den Nationalitäten sicherlich wertvolle Dienste geleistet, doch

schon allein der Umstand, dass den in Europa vorherrschenden demokratischen Regierungsformen unser Kongress und die nationalen Minderheiten trotz aller Bemühungen und Anstrengungen nicht imstande waren, innerhalb eines Jahrzehntes die Minderheitenfrage einer Lösung zuzuführen, beweist, dass die liberale Demokratie, wie sie sich in einzelnen Ländern praktisch betätigte, nicht immer die absolut verlässliche Gewähr für eine gerechte Behandlung der andersstämmigen Volksgruppen darbot. Ja, aus unserem langjährigen Erfahrung kennen wir sogar Fälle, wo minderheitenfeindliche Pläne von Regierungen gerade am Widerstand der sogenannten demokratischen öffentlichen Meinung vollständig scheitern mussten. Ich denke hier an Rumänien, wo sich die Regierung Maniu entschlossen hatte, die Rechte der nationalen Minderheiten in einem besonderen Minderheitenstatut gesetzlich festzulegen, dabei aber bei den führenden liberalen Presseorganen eine solche Missstimmung erregte, dass bald ein sehr heftiger Pressefeldzug einsetzte. Unter dem Druck der so geschaffenen öffentlichen Meinung glaubte die Regierung zurückweichen zu müssen, das geplante Minderheitenstatut wurde zu Fall gebracht. Wenn wir objektiv und gerecht sein wollen, müssen wir andererseits zugeben, dass der Zusammenbruch der liberalen Demokratie nicht in allen Staaten eine Verschlechterung der Lage der nationalen Minderheiten zur Folge hatte: als Slowene muss ich z. B. erkennen, dass mit dem Aufkommen des autoritären Regimes in Österreich die Lebensbedingungen der slowenischen Minderheit in Kärnten – wenn wir von der einseitigen Volkszählung absehen wollen – keineswegs ungünstiger geworden sind, sondern im Gegenteil, dass die früher ziemlich gespannte Atmosphäre eine allmähliche Besserung erfuhr. Zwischen der slowenischen Minderheit und den staatlichen Stellen werden jetzt Verhandlungen geführt, die das slowenische Volk auch jenseits der Grenzen Österreichs mit Hoffnungen verfolgt. Was die kroatische Minderheit in Österreich anbelangt, so erfuhren wir gerade einige Tage vor der Eröffnung des diesjährigen Kongresses, dass für das kroatische Schulwesen im Burgenlande ein besonderer Schulinspektor ernannt werden würde: eine alte Forderung der kroatischen Minderheit, die erst im autoritären Regime der Verwirklichung zugeführt wird. Ich habe hier trockene objektive Tatsachen aufgezählt, die sowohl Anhänger als auch Gegner der autoritären Ordnung loyal anerkennen müssen.

Für uns entsteht jetzt die Frage, wieso es möglich ist, dass sich die Nationalitäten von denen meistens angenommen wurde, dass sie sich nur in der liberalen Demokratie gedeihlich entwickeln können, nun auch in einigen autoritären Staaten zu rechtfinden, ja teilweise sogar Fortschritte zu verzeichnen haben. Wenn wir von der blossen politischen Zweckmässigkeit absehen wollen, die das eine oder andere autoritäre Regime veranlasst haben mag, insbesondere im Interesse seiner Aussenpolitik, die Minderheiten gut zu behandeln, so liegt einer der Hauptgründe darin, dass sich die autoritären Ordnungen, die nach der Gründung unserer Kongresse in Europa aufgerichtet werden sind, sich ideologisch mit der italienischen Form nicht identifizieren lassen. Der Faschismus betrachtet den nationalen italienischen Staat als das absolute und höchste Gut, als den ersten aller menschlichen Werte, dem sich alle Staatsbürger, ihre Familien, alle gesellschaftlichen Gruppen, unbedingt unterzuordnen, dem alle ohne Ausnahme zu dienen haben. Aus dieser Grundidee heraus erkennt der Faschismus auf dem Territorium Italiens nur ein Volk, eine Sprache, eine Kultur – die italienische – an. Die andersrassigen Volksgruppen müssen in dem Staatsvolke, ihre Kultur in der Staatskultur, ihre Sprache in der Staatssprache restlos aufgehen. Der italienische Faschismus unterscheidet sich von den übrigen Staatssystemen dadurch, dass er die Minderheiten nicht nur tatsächlich entnationalisiert, sondern dass er die Entnationalisierung als sein Recht, ja fast als seine Pflicht, ganz offen verkündet und es den andersstämmigen Staatsbürgern als ein Vergehen gegen Italien anrechnet, wenn sie sich der Assimilierung bewusst widersetzen. Dass zwischen einem (solchen) autoritären Regime und den Lebensrechten der Nationalitäten ein grundsätzlicher, ja unversöhnlicher Gegensatz bestehen muss, kann keinem Zweifel unterliegen. In diesem Falle kann man wohl mit Recht sagen, dass mit dem Untergang der liberalen Demokratie auch das Schicksal der Minderheiten besiegelt wurde.

Auf einer anderen ideologischen Voraussetzung als der italienische Faschismus ist die zweite grosse autoritäre Bewegung und autoritäre Ordnung – der deutsche Nationalsozialismus – aufgebaut. Nicht der Staat, sondern das deutsche Volk, mag es wo immer in der Welt angesiedelt sein, ist der höchste Wert und das höchste Ziel, auf das sämtliche Bestrebungen des

Nationalsozialismus gerichtet sind. Die Anerkennung der deutschen, aber auch der fremden Volkstumpersönlichkeit und ihrer kollektiven Rechte wurde im autoritären Deutschland als einer der obersten staatlichen Grundsätze verkündet. Wenn in Italien die Assimilierung der fremdstämmigen Volksgruppen offen als eine Staatsnotwendigkeit erklärt wird, so wurde in Deutschland von massgebenster amtlicher Stelle zu wiederholten Malen aufs nachdrücklichste hervorgehoben, dass der Nationalsozialismus auf Grund seiner Weltanschauung die Entnationalisierung fremder Volksgruppen grundsätzlich ablehne. Daraus ergibt sich eine theoretisch und praktisch wichtige Folgerung: es muss für die Minderheiten daraus die Erkenntnis erwachsen, dass ihnen durch den Zusammenbruch der liberalen Demokratie in Deutschland nicht die letzte Möglichkeit einer ideologischen Verteidigung ihrer Lebensrechte genommen wurde, sondern dass sie auch auf dem Boden und aus der Anschauungswelt der neuen autoritären Ordnung heraus für ihre kulturellen und politischen Belange weiter kämpfen können. Ja, sie können von neuem autoritären Staate verlangen, dass er – in praktischer Ausführung seiner Grundsätze – die Minderheiten auch in seiner Gesetzgebung und Verwaltung als Volkstumpersönlichkeiten mit allen sich daraus ergebenden kollektiven Rechten anerkenne; eine Forderung, die die europäischen Nationalitäten im Regime der liberalen, d. h. individualistischen Demokratie nicht haben verwirklichen können.

Gegen die vorliegenden Ausführungen wird man wohl den Einwand erheben, dass diese grundsätzliche Einstellung des Nationalsozialismus gegenüber dem Nationalitätenproblem sich z. B. der Behandlung der Litauer, der Lausitzer Serben, insbesondere aber der Juden, bis jetzt praktisch kaum ausgewirkt hat. Gewiss muss man, wenn man objektiv sein will, offen zugeben, dass sich die Lage der Wenden und der Litauer unter dem autoritären Regime in Deutschland nicht gebessert hat; andererseits muss man aber in ebenso objektiver Weise feststellen, dass sich unter demselben autoritären Regime die Lebensbedingungen der Dänen und der Polen – wie diese beiden Gruppen es selbst zugeben – ohne Zweifel leichtere wurden.

Was die Juden anbelangt, so erscheint mir dieses Problem insoferne einzigartig verwickelt, als die von der nationalsozialistischen Politik betroffenen Juden als Gesamtheit es ablehnen,

als eine *nationale Minderheit* angesehen zu werden. Trotz allem, was in Deutschland geschehen ist, *wollen* sie als Angehörige des deutschen Volkes mosaischer Konfession beurteilt und behandelt werden. Wenn man sich auf den Standpunkt der direkt interessierten deutschen Juden stellen wollte, so müsste man die tragischen Ereignisse in Deutschland als einen innerdeutschen Kampf ansehen, der sich logischerweise der *Kompetenz* der Europäischen Nationalitätenkongresse vollständig entziehen müsste. Wenn aber die Juden Deutschlands – wie wir tatsächlich meinen – eine eigene völkische Minderheit darstellen, so hat unser Kongress – als kompetentes Forum – bezüglich ihrer gerechten Behandlung eine Stellung eingenommen, die sehr eindeutig war. Es gebührt ihnen wie jeder anderen nationalen Minderheit – selbst nach der nationalsozialistischen Ideologie – das Recht, als Volkstumspersönlichkeit mit allen daraus sich ergebenden kollektiven Rechten grundsätzlich und praktisch anerkannt zu werden.

Auch die autoritäre Ordnung in *Österreich* unterscheidet sich in ihrer Ideologie und in ihren Zielsetzungen wesentlich von der autoritären Bewegung in Italien, gleichzeitig aber auch von der nationalsozialistischen Staatsform in Deutschland. Vor allem sei darauf hingewiesen, dass die verantwortlichen Führer Österreichs als Ziel ihrer Politik nicht die endgültige Abschaffung der Demokratie überhaupt, sondern nur die Ersetzung der *liberalen* durch die *ständische* Demokratie angeben. Da die nationalen Minderheiten, wie jeder Volkskörper, in verschiedene Stände gespalten sind, so ist durch die ständische Demokratie als solche den anderssprachigen Volksgruppen eine Vertretung als kollektiven Persönlichkeiten allerdings nicht gewährleistet. Die österreichische autoritäre Ordnung anerkennt jedoch ausser den Ständen auch die bestehenden religiösen und *kulturellen* gesellschaftlichen Bildungen, die im Bundeskulturrat und in den Landtagen ihre Vertretung finden sollen. In den genannten öffentlichen Körperschaften Österreichs ist den Interessen der religiösen Gemeinschaften tatsächlich auch bereits Genüge getan: neben den Vertretern der katholischen Kirche sitzen in denselben auch rechtmässige Vertreter der evangelischen und mosaischen Minderheiten. Die *nationalen* Minderheiten hingegen – als naturgegebene und selbstständige *kulturelle* Organismen – wurden in der neuen Verfassung Österreichs übergangen,

sie sind im Bundeskulturrat und in den Ländtagen ohne Vertreter geblieben. Es ist dies ein Mangel, den die betroffenen Volksgruppen und auch der Nationalitäten-Kongress sicherlich bedauern werden; aber andererseits müssen wir auch erkennen und zugeben, dass der Kampf, den die nationalen Minderheiten Österreichs um ihre verfassungsrechtliche Vertretung nun führen werden, keineswegs den Ideen und dem Geiste der neuen autoritären Ordnung widerspricht, sondern vielmehr ein politisches und moralisches Postulat derselben darstellt. Auch in der autoritären Ordnung *ständischen* Charakters ist es somit den nationalen Minderheiten möglich, sich für ihre Lebensrechte mit Hoffnung auf Erfolg einzusetzen.

Dies umso leichter in einer ständischen Ordnung, die – wie es in Österreich der Fall ist – auf Grundsätzen einer christlichen Welt- und Lebensanschauung aufgebaut werden soll. Nach der übereinstimmenden Lehre aller christlichen Bekenntnisse kommen nämlich nicht nur den Einzelpersonen, sondern auch allen natürlichen *gesellschaftlichen* Organismen, wie den Familien, den Stämmen und Völkern „Rechte zu, die von keiner Regierung und keinem politischen oder sozialen Regime aus keinem wie immer gearteten Beweggrunde“ verletzt oder gar vernichtet werden dürfen. Es sind dies Anschauungen und Grundsätze, die sich mit der Ideologie und den letzten Zielsetzungen der Europäischen Nationalitäten-Kongresse, wie es schon bei unserer ersten Zusammenkunft in Genf offenbar wurde, vollständig decken. In der ersten Resolution, die wir im Jahre 1925 in diesem selben Saale fassten, haben wir es ja klar ausgesprochen, dass wir die national-kulturelle Entwicklungsfreiheit der Minderheiten nicht nur als eine politische, sondern vor allem als eine Forderung der *sittlichen Ordnung* und der Kultur ansehen.

Nach den, tiefen Eindruck erregenden Ausführungen Dr. Besednjaks schlug der Vertreter der ungarischen Minderheit Jugoslawiens, Dr. *Dionis Strelitzky* einen düster klingenden Ton an. Er brachte vor, aus einem Staate zu kommen, wo das autoritative System im Verfall begriffen ist, wo die Minderheiten auch genügend erfahren konnten, in welchem scharfen Gegensatz dieses System zu jenen Bestrebungen steht, welche der Minderheitenkongress anstrengt.

Er begreift, dass der Kongress danach strebt, auch mit den

Regierungen der autoritären, beziehungsweise ständischen Staaten den Weg zu suchen, der zum Wohle der Minderheiten führt. Die Pflicht des Kongresses ist aber, von diesen Regierungen auch die volle Gleichheit des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die volle Möglichkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfteausübung zu fordern.

Günstigerer Meinung gab der Vertreter der Kroaten des Burgenlandes, *Dr. Karall* Ausdruck, indem er erklärte, der österreichische Ständestaat habe schon ernste Schritte zur Besserung der Lage der Minderheiten unternommen.

Nach Schluss der Debatte brachte der Kongress seinen zweiten Beschluss, der folgendermassen lautet:

Resolution zum Punkt : Die Nationalitäten im autoritären Staat.

1. Entsprechend seinen bisherigen Grundsätzen erklärt der Kongress, dass die europäische Nationalitätenbewegung eine selbständige und unabhängige geistige und sittliche Bewegung darstellt, die sich mit keinem politischen Regime identifizieren lässt, noch mit ihm identifiziert werden darf.

2. Der Kongress ist bereit, zwecks einer befriedigenden und gerechten Lösung der Minderheitenfrage mit allen politischen Regimen, soweit deren grundsätzliche Einstellung zum Nationalitätenproblem es ermöglicht, in positiver Weise zusammenzuarbeiten.

3. Der Kongress stellt auch an die bestehenden autoritären Staatsführungen die Forderung, dass sie die Entwicklungsfreiheit der andersnationalen Volksgruppen anerkennen und ihnen daher in den öffentlichen Körperschaften, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Charakters, einer nicht nur ihrer zahlenmässigen Stärke, sondern auch ihrem völkischen Eigenwerte entsprechende Vertretung gesetzlich gewährleisten.

Die überstaatliche Volksgemeinschaft.

Rede des Generalsekretärs Dr. E. Ammende.

Wo sind der überstaatlichen Volksgemeinschaft Grenzen gesteckt und wo beginnt die Gefährdung nicht nur der Volksgemeinschaft, sondern der Ruhe innerhalb unseres Kontinents im Falle ihrer Übertretung? Um den Ausgangspunkt zur Klärung

und Beantwortung dieser Frage zu finden, müssen wir eingangs feststellen, dass die ganze europäische Entwicklung heute auf den beiden Gemeinschaften, der des Staates und der des Volkes, beruht. Nur die Angehörigen von Volksgruppen in den verschiedenen Staaten sind in der Lage zu erkennen, dass für uns die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft des Staates nicht mit der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft des Volkes zusammentrifft. In diesem Umstand liegen grosse Konfliktmöglichkeiten.

Was hat zu geschehen, um die Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat mit denen gegenüber dem Volke zu koordinieren, ohne dass es zu einem Gegensatz, in der Folge sogar zu einem Konflikt, kommt.

Meines Erachtens gilt es bei der Beantwortung dieser Fragen vor allem, einen psychologischen Zusammenhang zu erkennen. Es kommt mir im Augenblick nicht sehr darauf an, die Wünsche der Nationalitäten selbst zu fixieren, als vielmehr zu begründen, was von den Staaten auf diesem Gebiete tatsächlich verlangt werden darf, ohne die Grenzen des psychologisch möglichen zu überschreiten. Nur solch eine praktische Fragestellung muss im Mittelpunkt unserer Erörterungen stehen, da wir im Falle von Konflikten auf diesem Gebiete ja allein und einzig der leidende Teil sind. Allerdings muss eine andere Frage von dieser Fragestellung strengstens unterschieden werden und zwar die der unberechtigten Chikanen, die einzelne Staaten gegenüber ihren fremden Volksgruppen auf dem Gebiete der Bezeichnungen dieser letzteren zu ihren Stammvölkern zur Anwendung bringen. Von diesen unzulässigen und willkürlichen Vorgängen können wir uns bei der Beantwortung der eben gestellten generellen Fragen natürlich nicht beeinflussen lassen.

Noch etwas anderes sei vorweggenommen. In dem Augenblick, wo die Angehörigen einer Volksgruppe im Staate bereit sind, sich gewissermassen einem „Fremdenrecht“ zu unterstellen, gewissermassen in die Position von Ausländern im fremden Staat zu geraten, können die Zugeständnisse des Staates in Bezug auf die Rechte dieser Volksgruppe gegenüber der stammverwandten Volksgemeinschaft natürlich erheblich erweitert werden. Das bedingt aber zwangsläufig die Aufgabe der bodenständigen Position und des Anspruches auf volle Gleichberechtigung als nationale Kollektivität im Staate. Meines Erachtens kommt das Aufgeben einer solchen Position der Bodenständig-

keit der vollen Gleichberechtigung im Staate für die gewaltigen Majoritäten im Rahmen unseres Erdteiles überhaupt nicht in Frage. Diesen Umstand können wir daher ausserhalb unserer Erörterung lassen.

Was widerspricht der Pflicht gegenüber dem Staate, was ist psychologisch nicht tragbar, was belastet die Beziehungen zum Staate und ist im Gegensatz zur Loyalität gegenüber dem letzteren? Wir wollen hier vor allem auf das Gebiet der Politik eingehen. Es ist unzulässig, dass die Politik resp. das politische Interesse der Staaten durch Handlungen durchkreuzt wird, die die Nationalitäten als Teile ihrer überstaatlichen Volksgemeinschaft setzen. Mit anderen Worten: politisch müssen die Nationalitäten ihre volle Freiheit des Handelns wahren, in vollstem Sinne des Wortes „eigenständig“ sein und vom Grundsatz des Staatsinteresses sich leiten lassen. Sonst geraten sie in einen unvermeidlichen Konflikt, der sie zum Abgrund führt.

Muss nun aber soweit gegangen werden, einfach zu erklären, dass die überstaatlichen Volksgemeinschaften sich nur auf das nationalkulturelle Gebiet zu beschränken haben? Grundsätzlich ist dieser letzte Grundsatz zweifellos richtig. Doch es kann Fälle geben, wo eine Volksgruppe durch ihre Teilnahme und Mitarbeit an der Volksgemeinschaft gerade auch politisch dem Staat, in dem sie lebt — etwa bei der Beseitigung von Missverständnissen usw. — auf politischem Gebiet nützlich sein kann. Das letztere trifft für das wirtschaftliche Gebiet sogar noch in einem erhöhten Masse zu. Der allgemeine Leitsatz könnte daher nur etwa folgendermassen lauten. Das Staatsinteresse geht in jedem Falle, ganz gleich, ob es sich um das politische oder das wirtschaftliche Gebiet handelt, vor. Kein Staat in der Welt würde es sich gefallen lassen, wenn das anders wäre. Hier einige Beispiele zur Illustration dieses Sachverhaltes. Die Korridorentschiessung, die auf einer der ersten Tagungen des Auslandspolentums gefasst wurde (der Korridor müsse ewig polnisches Gebiet bleiben), war für das Deutsche Reich in seinen Beziehungen zur polnischen Minderheit in Deutschland natürlich untragbar. Ein anderes Beispiel: Wenn auf dem kürzlich stattgehabten all-litauischen Tag beschlossen wurde, die Litauer im Ausland sollen ihre Ersparnisse der Volkswirtschaft des Stammlandes zur Verfügung stellen, so ist dieser Beschluss für die in Frage kommenden Staaten nur insoweit tragbar, als er nicht den wirtschaftlichen Interessen dieser letzten widerspricht.

Doch die eigentliche Betätigungszone der überstaatlichen Volksgemeinschaft ist und bleibt das nationalkulturelle Gebiet. Hier liegen die Dinge natürlich viel einfacher und hier lassen sich auch die minimalen Rechte der Volksgruppen als Teile ihrer überstaatlichen Volksgemeinschaft am leichtesten fixieren. Doch darüber dürften ja die folgenden Redner zu diesem Punkte noch ausführlicher sprechen. Die Fixierung dieser Rechte ist auch darum jetzt verhältnismässig leicht, da fast alle europäischen Völker ihre Ansprüche in Bezug auf die Beziehungen zu ihren im Ausland lebenden Volksgenossen bereits angemeldet haben. Hier haben wir es geradezu mit einer Bewegung zu tun, die sich überhaupt nicht mehr aufhalten lassen kann.

Ich wiederhole: der allgemeine Leitsatz für die Lösung des Problems Harmonie der Rechte und Pflichten gegenüber dem Volkstum kann nur so lauten: es kann und darf nichts geschehen, was das legitime staatliche Interesse belastet und beeinträchtigt. Wird sich diese Harmonie in der Zukunft erreichen lassen? Ob das gelingt, hängt vor allem vom Gang der europäischen Entwicklung ab. Dauern die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten des Kontinentes unverändert fort, so wird es in wachsendem Masse zu Gegensätzen in der Interpretation dieser Rechte und Pflichten kommen. Die Anklage der Illoyalität gegen die Volksgruppen wird in wachsendem Masse die europäischen Beziehungen beeinflussen, ja zuguterletzt auch zu Konflikten führen, deren Tragweite gar nicht einmal abzusehen ist. Sollte dagegen die europäische Entwicklung sich in der Richtung der Zusammenarbeit bewegen, so dürfte die Harmonie eines Zusammenwirkens der Volks- und der Staatsgemeinschaft im europäischen Raum nichts im Wege stehen. Sei dem wie es wolle, eines lässt sich bereits heute mit einer absoluten Sicherheit sagen: Angesichts der überall spontan und dynamisch sich entwickelnden Bewegung zur überstaatlichen Volkstumssolidarität lassen sich die Dinge heute überhaupt nicht mehr aufhalten. Die Frage des Verhältnisses zwischen Staat- und Volkstumsgemeinschaft (letztere im überstaatlichen Sinne gemeint) werden im Mittelpunkt aller künftigen Geschehnisse im Rahmen unseres Kontinentes stehen. Aufgabe der Volksgruppe ist es, hier sachverständig und vermittelnd mit dem Ziele, eine harmonische Lösung zu fördern, einzugreifen, denn ich wiederhole – und damit möchte ich diese Darlegung schliessen – dass die eigent-

lichen Opfer eines Gegensatzes, ja eines Konfliktes im Wirken der Staats- und der Volksgemeinschaft stets die Volksgruppen als solche werden.

Resolution zu Punkt : Grenze der Volksgemeinschaft.

Nach Schluss der Debatte, in welcher u. a. auch Dr. Hasselblatt und A. Török teilnahmen, brachte der Kongress seine dritte Resolution :

Unter Hinweis auf die Entschliessung des Kongresses 1928, die das Recht auf die Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen den konnationalen Volksgruppen untereinander und zur Gesamtnation bzw. zum Stammvolk betonte und ferner auf die Entschliessungen der Kongresse 1930 und 1931, die die Organisierung der Volksgemeinschaften bei den einzelnen europäischen Völkern betrafen, gibt der Kongress der Überzeugung Ausdruck, dass die überstaatliche Volksgemeinschaft, d. h. der Zusammenhang der einzelnen, durch die staatlichen Grenzen geschiedenen Teile eines Volkes, in erster Reihe auf dem Gebiete des geistig-kulturellen Lebens, sowie in der humanitären Solidarität und wechselseitigen Unterstützung aller Teile des Volkes seine tatsächliche und rechtliche Verkörperung finden darf und soll.

Die Vielgestaltigkeit der Verhältnisse zwischen den verschiedenen Staaten und Völkern lässt keine scharfe Abgrenzung zu, am folgenden ist aber jedenfalls festzuhalten : 1. Die überstaatliche Volksgemeinschaft darf weder in den Dienst der Machtpolitik eines Staates sich stellen, noch auf die Machtmittel eines Staates sich stützen. 2. Die aus der Zugehörigkeit zur überstaatlichen Volksgemeinschaft entspringenden Pflichten dürfen in keinem Falle den staatsbürgerlichen Pflichten Abbruch tun.

Die Rolle des Ständigen Internationalen Gerichtshofes.

Schon am vorjährigen Kongress erklangen einige Stimmen, die es wünschten, der Völkerbund möge bei Erledigung der ihm vorgelegten Klagen öfter das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Anspruch nehmen.

Als im Laufe dieses Jahres bei Verhandlung der Klage gegen Albanien dies tatsächlich geschah und der Gerichtshof

einen solchen Bescheid aussprach, der die Minderheiten zur Überzeugung brachte, dass ihre Sache dort richtig beurteilt wird, war dessen natürliche Folge, dass der Kongress diese Frage auf ihre Tagesordnung setzte und zum Referant der Angelegenheit eine europäische Kapazität, *Dr. Arthur v. Balogh* aufforderte.

Den Text seiner Rede geben wir vollinhaltlich in unserer folgenden Nummer.

Nach Schluss der Diskussion brachte der Kongress folgende Resolution :

1. Der Kongress ersucht die Exekutive, dafür Sorge zu tragen, dass die Grundlagen für ein gesamteuropäisches Nationalitätenrecht binnen sechs Monaten ausgearbeitet werden, wobei insbesondere die Entwicklung einer grossen Zahl von Staaten von der demokratisch-parlamentarischen zur autoritären Staatsführung Berücksichtigung finden soll.

2. Der Kongress gibt der Ansicht Ausdruck, dass mit wachsender Erkenntnis der Bedeutung einer Sicherung der Volkstumsrechte, für den Frieden nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen den Europäischen Völkern sich die Notwendigkeit der Abhaltung einer europäischen Sonderkonferenz ergeben wird. Die im Nationalitätenkongress zusammengeschlossenen Nationalitäten aus den gemischtnationalen Staaten Europas stellen sich für diesen Fall bereitwilligst als Mitarbeiter und schwerverständige Berater zur Verfügung.

3. Der Kongress ersucht das Exekutivkomitee, alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um die an einer positiven Lösung der Nationalitätenfrage als eigenvölkischen oder aus gesamteuropäischen Gründen interessierten Staaten für die völkerrechtliche Sicherung der Volkstumsrechte zu gewinnen.

Das Recht auf den freien Gebrauch der Ortsnamen.

Auf der Tagesordnung der dritten Sitzung steht der Punkt: Das Recht auf dem freien Gebrauchs Ortsnamen.

Dr. E. Ammende berichtet über die Arbeiten, welche das von dem vorjährigen Kongress eingesetzte Fachgremium zu dieser Frage durchgeführt hat. Die Enquête des Fachgremiums hat ergeben, dass die Frage der Unterdrückung der mütter-

sprachlichen Ortsbezeichnungen von noch weit grösserer Tragweite ist, als ursprünglich angenommen wurde. Es hat sich gezeigt, dass eine Abwehr gerade hier nur in gemeinschaftlicher Arbeit der Nationalitäten möglich ist. In den einzelnen Ländern ist die Angelegenheit in so hohem Masse zu einer Prestigefrage geworden, dass eine Gegenwirkung praktisch kaum noch möglich ist. Die Aufgabe des Kongresses und des Fachgremiums wird es sein, die Frage grundsätzlich aufzurollen und sie so zu behandeln, dass sie aus der Atmosphäre des einzelstaatlichen Prestiges herausgehoben wird. Bei der Unterdrückung der muttersprachlichen Ortsnamen geht es letztlich um eine seelische Enteignung uralten Besitzes, sozusagen um eine geistige Ausbürgerung der Nationalitäten. Der Staat ist in letzter Zeit so weit gegangen, dass er in den Schulen der Nationalitäten nicht nur in den Schulbüchern tägliche Erwähnung der traditionellen muttersprachlichen Namen untersagt, sondern auch den Gebrauch von Landkarten verbietet, auf welchen die muttersprachlichen Namen an zweiter Stelle angegeben sind. Das ist ein Versuch, die alten Namen aus dem Bewusstsein der Jugend auszumerzen.

Ehem. Abg. *Neugeboren* (Siebenbürgische-deutsche Volksgruppe in Rumänien) verweist eingangs darauf, wie gerade in der letzten Zeit sich der staatliche Chauvinismus im Gebrauch der Ortsnamen in den Sprachen der Minderheiten der verschiedenen Staaten besonders ausgewirkt hat. Allerdings leugnen die Staaten eine Unduldsamkeit ihrerseits bei einem solchen Verbot ab. Jedoch ist hervorzuheben, dass tatsächlich in keiner Weise *sachlich* eine Notwendigkeit für ein solches Verbot besteht. Ein derartiges Verbot, das unnötig und überflüssig ist, erzeugt, da es als bewusste Verletzung des Volkstumsgefühls empfunden wird, einzig eine Verbitterung bei den verschiedenen Volksgruppen. Dabei ist es tatsächlich so, dass bei dem Verbot des Gebrauches von jahrhunderte alten Ortsbezeichnungen in der Muttersprache, es sich, man könne nicht anders sagen als um ein „Schikanieren“ der Minderheiten seitens der Staaten handelt. Die bewusste Tendenz bleibt hierbei das Entscheidende. Denn man fragt sich: Welches Interesse des Staates wird eigentlich gefährdet, wenn die Minderheiten ihre alten Ortsnamen in der Muttersprache gebrauchen? Wobei hervorzuheben ist, dass die Minderheiten in keiner Weise gegen die Bezeichnung der Ortsnamen in der Staatssprache Stellung neh-

men; was sie wollen, ist lediglich, dass ihnen nicht verboten werde, neben der Bezeichnung in der Staatssprache die Bezeichnung in ihrer Muttersprache zu gebrauchen. Es handelt sich, wie erwähnt, um ein seelisches Moment, das über das technische weit hinausgeht. Ein Vorgehen des Staates, wie es in dem Verbot der muttersprachlichen Bezeichnung der Ortsnamen der Minderheiten vorliegt, ist, wie des Staates, so auch der Minderheiten unwürdig.

Abg. v. *Jakabffy* (ungarische Gruppe in Rumänien) weist darauf hin, wie in der Entwicklung einer Bedrückung der Minderheiten auf den verschiedenen Gebieten, das Verbot der muttersprachlichen Ortsnamen den staatlichen Chauvinismus in seiner Steigerung zeige. Es handelt sich um eine absichtliche Beleidigung des Volkstumsgefühls. In den Büchern, Zeitungen und Zeitschriften der ungarischen Minderheit werde der oft jahrhundertalte ungarische Ortsname verboten. Redner führt als Beispiel an, wie ein Dichter ungarischen Volkstums in Verlegenheit gerate, wenn er in seinen Gedichten die dem Volkstum geläufigen Ortsnamen gebrauchen wolle. Ein solches Vorgehen der Staaten verletze die Seele des Volkes.

Präsident *Dr. Wilfan* bemerkt zu der Frage der von einem Vorredner erwähnten Entnationalisierung der Personennamen, dass diese Frage bereits früher, die Kreise des Kongresses beschäftigte, wenn sie auch nicht zur Verhandlung auf einer Kongresstagung gelangt sei. Das zwangsweise Übertragen der Personennamen aus der Muttersprache der Minderheit in die Staatssprache berühre immerhin nur einen abgegrenzten Teil des Volkstums; das Verbot des Gebrauchs der Ortsnamen in der Muttersprache sei jedoch ein Vorgehen, das das kollektive Gut eines ganzen Volkstums betreffe. Der Kongress dürfte auf die Frage einer Entnationalisierung der Personennamen noch zurückkommen.

*

Nach Schluss der Debatte brachte der Kongress die folgende Resolution:

In der Frage des Gebrauchs der Ortsnamen in verschiedenen Staaten nimmt der Kongress mit Dank den Bericht zur Kenntnis, der ihm vom Generalsekretär über die vorläufigen Feststellungen erstattet wurde, zu denen das im Sinne des vorjährigen

Kongressbeschlusses gegründete Fachgremium für Angelegenheiten der einzelnen Volksgruppen gelangt ist.

Der Kongress dankt dem Fachgremium und spricht den Wunsch aus, dass es seine Arbeit fortsetze.

Der Kongress sieht davon ab, die Frage des Gebrauchs der Ortsnamen in ihrem ganzen Umfang zu behandeln, namentlich auch davon, auf einzelne verkehr- und verwaltungstechnische Einzelheiten einzugehen.

Der Kongress stellt Folgendes fest:

Die Ortsnamen, d. h. die Benennungen nicht bloss der menschlichen Wohnstätten und ihrer Teile, sondern auch von Gegenden und Landschaften und ihren Teilen, wie Bergen, Gewässern, Feldfluren, Wäldern usw. bilden in jener Gestalt und in jener Form, die für sie der Genius eines Volkes – seiner Geschichte, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Entwicklung, seinem seelischen Verhältnis zur körperlichen Umwelt, dem Gesetz seiner Sprache gemäss – sei es selbst geschaffen, sei es von anderen Völkern übernommen und umgeschaffen hat, bilden einen integrierenden Bestandteil der Sprache des betreffenden Volkes.

Wenn der Gebrauch der Ortsnamen in der mündlichen Rede, in der Schrift oder im Druck, insbesondere in der zusammenhängenden Äusserung von Gedanken in der gleichen Sprache, zu der diese Namen gehören, behindert, verwehrt oder gar unterdrückt wird, bedeutet dies in erster Reihe eine sittlich und politisch gleich zu verurteilende Versündigung gegen das Gebot der Achtung und Pflege eines der wichtigsten Lebensgüter eines jeden einzelnen seiner Angehörigen, nämlich der Sprache. In jenen Staaten, die internationale Verpflichtungen zugunsten von nationalen Minderheiten, in erster Reihe von Minderheiten der Sprache, übernommen haben, stellt sich ein solches Vorgehen überdies als eine offenbare Verletzung dieser Verpflichtungen dar.

Der Kongress anerkennt ausdrücklich, hinsichtlich des Gebrauchs der Ortsnamen, ein gleiches Recht für alle Völker und weiter auch die Zulässigkeit bzw. Berechtigung von besonderen Massnahmen, die durch die Bedürfnisse des Verkehrs und der Verwaltung oder durch das legitime Geltungsbedürfnis des Staatsvolkes gerechtfertigt sind.

Über den rein sprachlichen Bereich hinaus bilden jedoch

die Ortsnamen im Lebensraum eines Volkes ein unsichtbares geistiges Band zwischen dem Volk und seiner Heimat, seiner Geschichte, Überlieferung und Kultur, somit einen Teil seines ganzen Lebensinhaltes und Lebenssinnes. Die Ortsnamen, die einem Volke eigen sind, unterdrücken, heisst: es seiner Heimat, ihm seine Heimat entfremden zu wollen, es gleichsam geistig zu expatriieren. Gegen Massnahmen, die darauf hinauslaufen, erhebt der Kongress feierlichen Protest.

*

Nachdem noch Organisations-Angelegenheiten des Kongresses erledigt wurden, sprach der Präsident des Kongresses, Dr. Josef Wilfan in warmen Worten von der anerkennungswerten Arbeit der Teilnehmer und meldete, dass das Präsidium die Resolutionen, sowie bisher dem Völkerbund unterbreiten und um deren Beherzigung bitten wird.

S. d. N. et nationalités

Opinion du „Journal de Genève“ du 3-me septembre 1935.

Le XI^e Congrès des nationalités se réunit aujourd'hui à Genève. Fondé dans notre ville, il y a toujours — à trois exceptions près, dont Vienne et Berne profitèrent — tenu ses assises. Il y est donc le bienvenu. Car il nous entretient d'un problème vital pour la paix et pour l'Europe, un problème que le „Journal de Genève“ a toujours tenu pour essentiel.

L'avènement des nationalités sur la scène politique est relativement récent. Dès qu'elles apparurent, elles soulevèrent la question d'une intolérance aussi condamnable que l'intolérance religieuse. La conscience nationale est une source inépuisable de vie, de civilisation, d'inspiration. C'est un principe d'ordre, de discipline. Mais il ne peut le rester qu'à la condition d'admettre et de respecter pour les autres les privilèges qu'il exige justement pour lui-même. Si le nationalisme dégénère, s'il ne se tient pas strictement à cette règle, s'il ne reconnaît pas absolument le droit imprescriptible des autres peuples à l'existence, il détruit sa raison d'être, conduit au désordre, à l'anarchie. Le chauvinisme intransigeant et agressif oblige les nationalités menacées à la défense et mène droit à la guerre.

Le Congrès des nationalités réuni aujourd'hui dans nos

murs est surtout composé de minorités, de collectivités nationales qui souffrent d'être rattachées malgré elles à des Etats d'autres nationalités. Elles souffrent d'être étrangères dans leur propre pays en un temps où le nationalisme est exacerbé. Des traités dits de minorités doivent les protéger contre toute atteinte à des droits en faveur desquels les Alliés combattirent, et que Versailles, St-Germain, Trianon, Neuilly et Lausanne même sont censés consacrer. Ces droits ne sont, hélas ! qu'imparfaitement respectés. Les minorités doivent elles, dès lors, chercher ce soulagement à leurs maux actuels dans l'application stricte et généreuse par la S. d. N. des clauses minoritaires, ou doivent-elles mettre leur seul espoir dans un bouleversement général, dans une nouvelle guerre européenne ?

Le problème est extrêmement grave pour la S. d. N., à l'heure où celle-ci voit son prestige menacé par le conflit italo-abyssin. Un mouvement se dessine actuellement parmi les minorités contre la S. d. N. Pareille attitude serait une faute, mais elle est compréhensible : la S. d. N. n'a pas pu ou pas su empêcher le sort des minorités européennes d'empirer progressivement.

La S. d. N. est-elle blâmable ? Il faut tout d'abord le reconnaître : elle n'est pas libre. Wilson voulait protéger les minorités ; il rédigea dans ce but un article du Pacte qui fut éliminé de la rédaction définitive. On aboutit ainsi à cette chose incroyable que l'art. 22 du Pacte protège, par les mandats, les minorités africaines, asiatiques et océaniques des territoires enlevés aux Empires centraux, tandis que les Européens, les blancs, sont placés par le Pacte dans une situation inférieure et beaucoup moins privilégiée. La raison en est que la S. d. N. est établie sur la base de la souveraineté des Etats, et que toute immixtion dans leurs affaires intérieures est, dans la mesure du possible, évitée. La protection des minorités a donc rencontré des obstacles jusque dans la procédure en vigueur au Quai Wilson. Dans les cas d'une gravité extrême seulement, les Etats non représentés au Conseil ont pu y évoquer les traités minoritaires, et cela en vertu de l'art. 11, paragraphe 2 (circonstances affectant les relations internationales). Dans les autres, les pétitions adressées au Quai Wilson sont transmises — pas toutes — à un comité du Conseil. Cette souplesse peut favoriser parfois l'abus du silence.

Une faute grave a été commise, l'an dernier, lors de l'admission des Soviets à la S. d. N. L'U. R. S. S. n'a pas été soumise à la clause minoritaire, parce que l'on a admis le caractère fédératif de l'Union soviétique. Mais on s'est payé de mots. L'autonomie de 65,000.000 de non-Russes en U. R. S. S. est une fiction. Les massacres dont les Finnois d'Ingrie et de Carélie ont été victimes en avril et en mai, en sont la tragique démonstration. Les faveurs dont Moscou a bénéficié à Genève ont conduit la Pologne à répudier la clause minoritaire. Varsovie ne pouvait laisser Moscou intervenir, fût-ce par la voie de Genève, dans les affaires intérieures de la Pologne.

Les nationalités minoritaires auraient cependant grand tort de laisser leurs déceptions les entraîner vers une opposition systématique à la S. d. N. Le Quai Wilson reste une instance qui a rendu des services. Une protection insuffisante vaut mieux que rien du tout.

Mais le dilemme nous semble bien plus grave pour Genève. Le rôle de la S. d. N. est, en premier lieu, d'empêcher la guerre. La S. d. N. doit donc combattre les causes qui peuvent la produire. Elle doit savoir quitter le domaine des arguties juridiques pour entrer dans celui, plus généreux, du véritable esprit de la S. d. N. Car le lettre tue, et l'esprit vivifie.

P.-E. B.

Vor dem neuen Palast des Völkerbundes.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Wenige verlassen jetzt Genf, ohne vorher jenen mächtigen Bau zu betrachten, der für den Völkerbund errichtet wurde. In vielen hundert Schaufenstern können die Fussgänger auf den Strassen der Stadt in verschiedener Grösse die Bilder des grossen Gebäude-Blocks sehen, der bald berufen sein wird, alle Jene aufzunehmen, die das Geschick der Welt lenken.

Das neue Völkerbund-Palais wurde an einem schönsten Punkte der Welt geplant, zwischen dem „Ariana“-Museum und dem botanischen Garten, mit prachtvoller Aussicht auf den Genfer-See und die schneebedeckten Gipfel des Mont-Blanc.

Es mag Manchem beim Anblick des im Bau begriffenen Palastes mit bangem Herzen in den Sinn kommen, ob dieser Palast wirklich jenem Geiste dienen wird, dem er bestimmt war, ob er nicht in kurzer Zeit das schönste Spital der Welt sein wird, wenn die Dinge sich derart entwickeln werden, wie sie jetzt im Entstehen sind. Dass sich diese Frage dem Beschauer aufdrängt, liegt unzweifelhaft in dem Umstand, dass der Geist und die Praxis des Völkerbundes bisher dem Geist des Hoteliers glich, – vielleicht weil er bis da in einem umgestalteten Hotel Quartier hatte, – der die Mächtigen und Reichen ausgezeichnet bedient, diejenigen aber, die wegen materieller Unbemitteltheit bescheidenere Ansprüche haben, nur lässig, oder gar nicht beachtet.

Der Ort des neuen Völkerbundpalastes ist zwischen einem Museum und einem botanischen Garten gelegen. Wenn die Herren der Welt dies als Symbol betrachten, wenn auch sie mit Pietät das Andenken der Vergangenheit hüten und schonen, wie dies im Museum geschieht und die Völker und Nationen pflegen, wie im botanischen Garten mächtige Bäume und winzige Pflanzen mit gleicher Liebe gepflegt werden, dann wird in diesem neuen Palast der Völkerbund wahrhaft der Bund der Völker sein und nicht, – wie gegenwärtig, – der Schauplatz der Intriguen mächtiger Regierungen.

Zum elftenmal brachte das Präsidium der Kongresse der Nationalminderheiten unsere Resolutionen in den Völkerbundpalast, wo man ihn zum elftenmal zuvorkommend empfangt, sowie der Hotelportier auch dem anspruchlosen Armen zuvorkommend mitteilt, dass für ihn im Hotel kein Platz vorhanden ist, die Reichen alles besetzt haben. Den amerikanischen Dollarkönig sieht man gerne im Hotel. Für die ausgezogenen Deutschen und Japaner hält man noch immer Plätze reserviert, aber für uns gibt es keinen kleinsten Winkel, denn wir sind arm, werden immer ärmer . . .

Und wir werden uns auch zum zwölftenmal melden, zum dreizehntenmal, solange, bis man da drinnen verstehen wird, dass auch vierzig Millionen Arme das Recht auf Freiheit, auf Zufriedenheit, auf das Dasein haben . . .

„D'où vient le mal ?“

Dans un article intitulé „D'où vient le mal ?“, le journal bulgare de Dobrodja „Dobroudjanski Glas“ s'occupe des différents courants anti minoritaires qui ont pris naissance en Roumanie. Sous l'influence de la grande crise économique, écrit le journal, en Roumanie ont été créés plusieurs groupements politiques qui ont synthétisé leur programme dans différentes formules, comme le „numerus proportionalis“, le „numerus Valachicus“, etc. Ces courants se sont individualisés en partis politiques, dont les membres sont dans leur grande majorité des jeunes gens sans travail. Ces partis ont inscrit dans leur programme la lutte contre les minoritaires fonctionnaires dans les administrations publiques, avocats, médecins et ouvriers. Une loi est venue obliger les entreprises commerciales et industrielles privées à licencier leur personnel minoritaire et à le remplacer par des Roumains.

En Dobroudja, écrit plus loin le journal, ces courants politiques jouent un rôle bien dangereux. Leurs agents dans les villages, — pour la plupart des instituteurs, — organisent des réunions auxquelles ils convoquent les colons. Ils les apprennent à molester systématiquement la population locale, à organiser des pogromes contre elle, à se livrer aux pillages et à des voies de fait avec le concours des autorités, car, disent-ils, les Bulgares ainsi poursuivis se verront obligés de quitter leurs foyers.

Le préfet actuel de Dobritch, dit en conclusion le journal, a fait des grands efforts pour rétablir l'harmonie entre les différentes nationalités de son district. Pourquoi alors supporter plus longtemps des fonctionnaires qui créent des troubles dans notre province et des soucis aux autorités ?

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

} XIII.

OCTOMBRIE - NOVEMBRIE
OCTOBRE - NOVEMBRE
OKTOBER - NOVEMBER

1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

} 10-11

Trecutul minoritar al românilor Ardeleni.

Studiu istorico-politic.

De : **Dániel Anton.**

Formațiunea deosebită a curentului puterilor istorice, în continuă mișcare, este că atunci, când ideologia naționalismului totalitar, în sistemul ei de teorie, o definește concepția Statului și a Națiunii astfel, încât cercurile acestei concepții se acopăr reciproc, complet și fără lipsuri, adică tinde la realizarea unei aderențe totale între Stat și Națiune și are ca punct de plecare principiul, că Statul pentru contemporani este organizarea funcțiunilor națiunii însăși, pentru susținerea echilibrului, își angajează un principiu, care s'a născut tocmai din rezolvarea problemei naționalităților și care în ultima analiză, conține esența acesteia sub altă formă de aparență Acest principiu, care a avut o influență decisivă asupra hotărârilor, cari au contribuit la darea unei noi înfățișări continentului Europa, prin contracte de pace încheiate în 1919-20 și semnate la Versailles, Neuilly, Sévres, Saint-Germain și Trianon și care a fost aplicat și la întocmirea contractelor minoritare, — *nu este altceva, decât problema minorităților.*

Este incontestabil, că problema minorităților, precum și drepturile popoarelor minoritare, puse sub garanția internațională, care ating în mod simțitor ideea suveranității absolute a Statului, este o sarcină grea pentru acele State, pe teritoriul cărora, pe lângă elementele majorității — purtătorii ideii de Stat — trăesc și cetățeni aparținători minorității de rasă, de religie și de limbă. Chestiunea minorităților și ocrotirea drepturilor acestora, este o problemă grea și accentuată în Europa cen-

trală și orientală, unde amestecul naționalităților este așa de compus și complicat, încât o delimitare exactă a unor State strict naționale nu se poate înfăptui; a căuta o delimitare nouă în această parte a continentului, întru totul conformă principiului de naționalitate, cum acesta a reușit în Anglia, Italia, Spania și Franța, este o încercare zadarnică. Este deci o tendință fi rească, care vrea cu orice preț eliminarea abuzurilor unui naționalism exagerat și care recunoaște că principiul naționalităților și derivatul direct al acestuia: problema minorităților, a devenit drept principiu de Stat. Astfel se poate înțelege, că dela 1919 încoace asistăm la o adevărată polemică științifică în jurul acestei chestiuni, pentru a se ști, în definitiv, dacă principiul naționalităților poate fi creator al unei păci durabile, sau dacă el este, un principiu anarhic. Este deci, în răspunsul obiectiv și științific ce se poate da acestei întrebări, o justificare sau o condamnare a întregii opere politice și juridice, creată prin tratatele din 1919 - 20.¹

Chiar și România își poate mulțumi existența sa, în cadrele ei de astăzi, consfințirii și aplicării largi, a principiului naționalităților, cu ocaziunea întocmirii contractelor de pace. Aplicarea acestui principiu *în forma sa pasivă*, a înlesnit ca unele fracțiuni de națiune, de exemplu românii din Ardeal, să se unească cu colectivitatea ce are însușiri naționale similare, pe de altă parte în neputința unei asemenea soluțiuni a considerat acele grupuri, de exemplu pe ungurii din Ardeal, ca minorități de rasă, de religie și de limbă și le-a atribuit drepturi puse sub protecția internațională. Aceste drepturi acordate minorităților își au rădăcini în dreptul natural și *nu constituiesc un mănunchiu de privilegii, nici o dublă cetățenie în favoarea minorităților, nici drepturi în plus pentru ele față de majoritatea cetățenilor, ci garantează pentru minorități drepturi egale, care sunt comune pentru fiecare cetățean al Statului și le dă posibilitatea de a susține tipurile lor de rasă și caracterul lor național, constituiesc o garanție pentru evoluția liberă a însușirilor lor speciale și în general formează un scut pentru posesia neturburată a tuturor drepturilor, care convin fiecărui individ, ca membru al organizației societății umane. În concepția aceasta protecțiunea minori-*

¹ Sofronie George: „Principiul naționalităților în dreptul internațional public.” Ediția Acad. Rom. București, 1929, pag. 6.

tăților nu înseamnă antagonism între Stat și colectivitățile minoritare.

Tratatul de pace din 1919-20 și tratatul pentru ocrotirea minorităților, încheiate ulterior între Statele succesorale, noi sau mărite și principalele puteri aliate și asociate n-au stabilit principiile aplicabile minorităților drept răsplătă pentru bună purtare a colectivităților de națiuni, declarate minorități de rasă, de religie și de limbă. Recunoașterea acestor drepturi nu este altceva, decât rezultatul logic al aplicării principiului de naționalitate. Aplicarea în realitate a acestor drepturi depinde de îndeplinirea unei singure condițiuni. Această condițiune este cuprinsă în punctul 3 al rezoluțiunii adoptate de către Societatea Națiunilor în ședința ei din 21 Septembrie 1922: „L'Assemblée, tout en reconnaissant le droit fondamental des minorités a être protégées par la Société des Nations contre toute oppression, insiste sur le devoir qui incombe aux minorités de race, de religion ou de langue de coopérer, en citoyens loyaux, avec la nation à laquelle ils appartiennent maintenant.”² *Odată îndeplinită condițiunea menționată mai sus, se deschide drumul liber pentru exercitarea și realizarea fără discuție a drepturilor acordate și asigurate minorităților.*

Însă, realizarea teoriilor în viața practică se lovește aproape întotdeauna de obstacole și măreția planurilor ideale, încetul cu încetul, dispare îndată ce ideile ies din cărțile savanților și părăsesc mesele verzi ale camerilor de consiliu. În legătura cu drepturile recunoscute minorităților, poporul maghiar din România, deasemenea simte aceste abateri, ce se produc în detrimentul esenței, căci cu totul, că nu scapă nici o ocazie să dea dovadă, cu intenție bună și voință cinstită, că este cetățean loial și devotat în România mărită, *Statul și majoritatea dominantă nu recunoaște fără condiții și controverse totalitatea drepturilor minorităților.*

Nu este scopul acestui studiu să se ocupe cu examinarea tuturor acestor motive istorice, politice și psiho-naționale, în virtutea cărora Statul își manifestă o atitudine, dacă nu chiar ostilă, dar în tot cazul indiferentă față de drepturile minorităților. El încearcă o sinteză a evenimentelor istorice și politice, ocupându-se numai cu una din obiecțiunile, care se pun de regulă

² *Baranyai Zoltán*: „A kisebbségi jogok védelmének kézikönyve.” Berlin, 1925, pag. 149.

ca element de convingere, în discuțiunile ce se angajează în legătură cu problema minorităților; cu sinteza aceasta face o modestă operă de informațiune și documentare. *Aceasta obiecțiune se bazează pe comparațiunea chestiunii de naționalitate a românilor din Ardeal, cu problema minorităților, actuală în zilele istorice de astăzi, adică se compară situația de atunci a națiunii române din Ardeal cu situația prezentă a ungarilor Ardeleni.* Și, fiindcă, în istoria chestiunii naționalităților din Ungaria dinaintea războiului, *legea XLIV din 1868, despre egala îndreptățire a naționalităților* constituie un moment foarte important, este natural, că citarea acesteia, este tactica favorizată a acelor, cari nu o cunosc sau nu vor să cunoască dreptatea tezei formulate de către Gonsiorowski, care pune în evidență, că rezolvarea cinstită, fără gânduri lăaturalnice, fără dicțiuni și ficțiuni, a chestiunii naționalităților și a problemei minorităților, este factorul cel mai important al păcii durabile și al propășirii neturburate, a omenirii.

Trebue să răsfoim analele istoriei, dacă dorim să ne apropiem de grupul problemei, pentru descoperirea și examinarea căruia s'a angajat acest studiu. Cunoașterea adevărată a istoriei ungarilor în momentele sale cele mai importante, precum și punerea în evidență a mișcărilor de naționalitate a românilor Ardeleni, în linii generale, formează condițiunea după îndeplinirea căreia, ajungem la liberalismul lui Deák—Eötvös și la stabilirea înțelesului just al *legii XLIV din 1868 despre egala îndreptățire a naționalităților.*

În ultimile decenii ale secolului IX și-au ocupat ungurii patria lor și sub domnia regilor din dinastia lui Árpád au constituit Statul lor între munții Carpați în secolele XI, XII și XIII.³ Națiunea ungară prin aceasta a dat dovadă, că posedă putere de constituire și de susținere al unui Stat, însușire care a lipsit din masele mai numeroase și mai puternice ale goților din vest și din est, ale longobarzilor, ale hunilor și avarilor. Abia a intrat poporul maghiar, cu drepturi egale între familiile popoarelor Europei din evul mediu, progresul înfloritor al poporului și al culturii a fost întrerupt în mijlocul secolului XIII, prin invazia grozavă a mongolilor.

³ Klebelsberg Kunó: „Magyarország világtörténeti-hivatása és kultúrája”. Conferință ținută la Stockholm, la 29 Aprilie 1930, a fost publicată în cartea lui: „Világválságban”. Budapesta, 1931, pag. 159—182.

Abia a trecut 100 de ani în istoria popoarelor după invazia devastatoare a tătarilor, ne aflăm în fața imperiului ungar din evul mediu, ca mare putere în Europa orientală. Însă tocmai în momentul istoric, când imperiul ungar a fost în plină putere și progresul a luat un avânt covârșitor, în a doua parte a secolului XIV a apărut în Europa poporul turc, care în decurs de trei secole a sfârșit cu totul puterea ungurească. Față de acest popor cuceritor, destinul Ungariei a fost să-și verse sângele ei sub loviturile acestei puteri, iar chemarea ei a fost, să o oprească. În urma luptelor cu turcii, poporul ungar aproape a pierit, numărul sufletelor s'a micșorat în proporție îngrozitoare, iar averea lui națională, s'a nimicit. Catastrofa cea mare a ajuns asupra națiunii maghiare sub dominația regelui Ludovic II, din familia Jagello, în anul 1526, pe câmpul Mohaci.

Abia se liberează poporul maghiar de sub stăpânirea turcească în anul 1699 în urma păcii încheiate la Carlovitz, țara sărăcită își primește un nou dușman în Austria imperialistă. Puterea Habsburgilor, ca recompensă pentru ajutorul dat ungarilor la îsgonirea turcilor, a cerut renunțarea la suveranitatea de Stat și a avut intenția fermă să încorporeze Ungaria liberată cu câteva momente mai înainte, între Statele unitare de sub cârmuirea Habsburgilor. Contra politicii de centralizare a Austriei s'a ridicat imediat și spontan, instinctul de existență al națiunii. Dacă în secolele anterioare, motivul general al istoriei poporului maghiar a fost lupta și rezistența în contra cuceririlor turcești de acum înainte apărarea independenței naționale, față de tendințele centralizatoare ale Austriei, se pune în primul plan. Încercările ministrului de stat Lobkowitz, ale lui Ampringen și ale cardinalului Kollonich, intențiunile și înfăptuirile lui Iosif II, înfrângerea ungarilor cu ajutorul rușilor în luptele lor pentru libertate, depunerea armelor dela Világos și eforturile ministrilor Swarzenberg și Bach, sunt momentele cele mai importante, ale politicii de contopire a Habsburgilor. În urma ciocnirii centralismului austriac cu tendințele de independență ale puterii naționale maghiare, tenziunea a fost stabilită și a fost eliminată numai în anul 1867 cu ocaziunea împăcării națiunii ungare cu dinastia habsburgică și a încheierei, așa numitului dualism.

Reprivirea istorică succintă de mai sus ne evidențiază în mod neîndoios, că națiunea maghiară îndată ce a călcat pământul Europei a fost nevoită să intre în luptă interminabilă, pentru

a-și asigura posibilitățile existenței, evoluției și propășirii sale. A fost silită secole întregi ca să-și apere cu armele independența țării sale contra pericolelor iminente de din afară, cari au atacat independența și integritatea sa naturală. Este natural, că pe lângă astfel de situațiuni istorice, care pretind o pregătire neîncetată la război defensiv, *regularea relațiunilor interne, eliminarea divergențelor, rezolvarea chestiunilor de discordie și în general munca de propășire și a întăririi interne n'a putut lua un avânt mai considerabil și dinamismul ei a avut un ritm foarte încet.*

Presiunea turcilor, la urmă a austriacilor de din afară, iar puterea extensivă a problemelor nerezolvate de dinăuntru au măcinat rezervele de puteri nu prea abundente ale ungarilor.

Una dintre aceste probleme interne nerezolvate a fost *chestiunea naționalităților, în concepție mai strânsă: mișcarea națională a poporului român din Ardeal.* Recunosc și istoricii români, că în primăvara și vara anului 1790, după moartea lui Iosif II, s'a organizat în rândurile conducătoare ale poporului român din Ardeal o mișcare națională și politică, care și-a avut scopul, să grupeze toate straturile poporului român pentru susținerea unui ideal comun și a unui program central; în general a urmărit deșteptarea conștiinței naționale într'un cerc cât mai întins.⁴ Adică ultimile decenii ale secolului XVIII înseamnă pornirea organizată și uniformă a mișcării naționalităților române din Ardeal. Este adevărat, că în al treilea deceniu al secolului le găsim urmele pretențiunilor politice posterioare ale naționalităților, în adresele înaintate de episcopul Klein lui Carol III și împărătesei Maria Terezia, în care cere, ca în regiunile locuite în majoritate de români, administrația locală să fie română, iar în serviciile publice românii să fie angajați corăspunzător procentului lor și participarea lor în camerele de legiferare să fie în proporție cu acest procent numeric,⁵ însă încercarea aceasta nu s'a dezvoltat și nu a devenit o mișcare organizată a maselor mari.

Îndată după moartea împăratului Iosif II, reprezentantul cel mai tipic și agil al absolutismului germanizator și abia a ocupat

⁴ Dr. Ioan Lupaș: „Contribuțiuni la istoria românilor Ardeleni, 1780—1792.” Ediția Acad. Rom. București, 1915, pag. 624.

⁵ Jancsó Benedek: „A román iredentista mozgalmak története.” Budapest, 1920, pag. 17.

tronul Leopold II, conducătorii românilor din Ardeal n'au mai stat nepăsători, ci au început a se întruni în diferite locuri și a se sfătui asupra mijloacelor și căilor de urmat, ca să poată dobândi drepturi constituționale-politice și pentru poporul român. Ioan Bob episcopul greco-catolic din Blaj și Gherasim Adamovici episcopul greco-oriental din Sibiu, în anul 1791 au înaintat împăratului Leopold II un memoriu, căruia mai târziu is-a zis «*Supplex libellus valachorum*» în care pentru întâia dată au fost cuprinse în scris cererile politice și naționale ale românilor Ardeleni, bazate pe documentația filologică și istorică a cercetătorilor renumiți ai trecutului românesc : Klein, Sincai și Maior și pe scrierile cronicarului anonim (Anonimus) al regelui Béla.

În acest memoriu — *Supplex libellus valachorum* — după o lungă introducere istorică, românii Ardeleni își formulează postulatele lor național-politice în următoarele puncte : 1. Numirile odioase de toleranți, neprimiți între straturi să nu mai fie întrebuințate la adresa românilor, fiind nedemne și injurioase. Națiunea română să fie reasezată în folosința tuturor drepturilor civile și regnicolare. 2. Națiunii române să i se restituie între celelalte națiuni ardelenice locul, pe care l-a avut înainte de anul 1437, când s'a încheiat „*unio trium nationum*“. 3. Clerul, nobilimea și poporul român să fie împărțășit de acelaș tratament și de aceleași beneficii ca și clerul, nobilimea și poporul națiunilor, cari constituiesc „sistema uniunii.“ 4. Să fie admiși în număr proporționat și românii ca deputați în dieta țării și ca funcționari publici. 5. Pentru județe, scaune și districte să se stabilească numiri ungurești românești, sau săsești românești după naționalitatea locuitorilor, ori să li se dea vechile numiri, după râuri și cetăți. Să se declare, că toți locuitorii principatului, fără nici o deosebire de națiune sau religie trebuie să fie împărțășii de beneficii și de libertăți egale și să poarte, în măsura puterilor, sarcini egale.⁶

Dupăce dieta din Cluj n'a luat în considerare cele cinci puncte ale memoriului, episcopii Ioan Bob și Gherasim Adamovici au plecat la Viena, spre a mijloci la curtea împărătească, să li se facă și românilor dreptate, dar totuși, după actul politic al memoriului „*Supplex libellus valachorum*“ mișcarea națională a românilor Ardeleni a avut o perioadă de 50 ani destul de liniștită. Motivul cel mai important al acestei liniști și inactivitate

⁶ Jancsó Benedek : opera citată, pag. 20.

era, că în viața istorică a Principatelor Românești epoca fanarioților (1714 - 1821) chiar atunci și-a dat sfârșitul și astfel în timpul marilor transformări politice și naționale, reciprocitatea de simțire, de gândire și de planuri politice era foarte greu de stabilit și de consolidat. Puterea de atragere, care ar fi îndreptat poporul român din Ardeal spre un centru, care este plasat în afară de hotarele Statului, nu a avut o intensitate potrivită; iar încercările și tendințele venite din partea Principatelor Românești n'au fost destul de viguroase spre a putea da curs unei mișcări cuprinzătoare de masse.

Evoluția și formarea mai deplină a aspirațiunilor mișcării naționale a românilor din Ardeal *este în strânsă legătură cu dorința opiniei publice liberale din Ungaria, care în deceniul al treilea al secolului trecut a pretins, ca în locul limbei latine să fie introdusă limba maghiară, drept limbă oficială în organizațiile administrative și în diferitele ramuri ale vieții publice.* Legile aduse, în legătură cu limba oficială, de către adunările de reforme ale țării - VIII: 1830, III: 1836, VI: 1840, II: 1844, au ordonat întrebuințarea limbei maghiare drept limbă oficială, însă au neglijat și nu au luat în considerare pretențiunile naționalităților. Este adevărat însă, că nici una dintre dispozițiunile pozitive nu conține o astfel de regulă, care ar fi avut scopul suprimarea și prigonirea naționalităților, sau împiedecarea evoluțiunei însușirilor speciale și tipice ale acestora. Legile VIII: 1840 și II: 1844, pe care naționalitățile le-au atacat cel mai violent fiindcă acestea au obligat pe toți preoții să și însușească limba maghiară și au ordonat introducerea limbei maghiare în învățământul public, *nici n'au fost aplicate.*

Totuși mișcarea națională a poporului român din Ardeal din zi în zi a devenit mai puternică și mai întinsă și puterea ei motrică a fost problema nerezolvată a limbei. *Caracterul național al unui popor se demonstrează în forma cea mai accentuată și tipică prin limba lui și limba proprie a fiecărei națiuni, este un factor decisiv de conștiință națională; ea a ajuns să țină permanent trează conștiința fiecărui individ despre personalitatea morală aparte a naționalității sale.* Cu drept cuvânt spune Eötvös Iosif, autorul legii naționalităților, că popoarele țin azi mai mult la limba lor, decât la patrie. Este deci natural, că o națiune își mobilizează toate puterile de rezistență împotriva agresiunilor și dușmăniei, cari ținesc înlăturarea și suprimarea

limbei proprii a ei; este ușor de înțeles, că mișcarea națională a românilor din Ardeal a manifestat o atitudine ostilă și dârză, față de raționalismul primitiv al liberalismului, care nu s'a folosit de ocazia potrivită pentru a rezolva problemele arzătoare și a lichida diferendele între majoritate și naționalități.

După astfel de antecedente au survenit evenimentele din 1848—49, care au condus națiunea ungară la depunerea armelor la Világos. În istoria mișcărilor naționale române din Ardeal, *Adunarea Națională română ținută la Blaj, în ziua de 15 Mai 1848*, a fost o manifestație foarte importantă. Importanța ei constă în aceea, că în secolul XIX adunarea aceasta a formulat întâia oară programul politic al românilor din Ardeal. Punctele principale ale acestui program sunt următoarele:

1. Națiunea română pretinde în privința politică independența sa națională, ca națiunea română să fie reprezentată în număr proporționat în dieta țării, ca să aibă funcționarii ei în toate ramurile administrației locale, în justiție și în armată și ca limba română, să fie întrebuințată în proporție cuvenită atât în legiferare, cât și în administrație. Pretinde, ca în fiecare an să aibă posibilitatea de a ține adunarea ei națională.

2. Națiunea cere înarmarea poporului român, adică înființarea unei gărzi naționale și cere ca și ofițerii acestei gărzi să fie români.

3. Cere, ca chestiunea unirei cu Ungaria să nu fie luată în desbatere, până când și națiunea română nu va fi și ea o națiune constituțională și dacă dieta Ardealului ar intra în desbaterea unirei, atunci națiunea română protestează în mod solemn contra acestui procedeu.

Cât privește pretențiunile politice, adunarea națională română din Blaj, în programul ei votat a trecut numai cu atâtă peste pretențiunile memoriului „*Supplex libellus valachorum*“, cu cât timpurile de atunci schimbate, au justificat afirmativ modificarea acestuia. Au protestat împotriva unirei Ardealului cu Ungaria, însă n'au pretins încă nimic așa ceva, ce ar fi lezat sau periclitat integritatea teritorială a Statului.⁷ Primele urme ale planurilor foederalistice le găsim în adresele înaintate la Viena, pe la sfârșitul anului 1849, respective la începutul anului 1850 de către Andrei Șaguna episcopul ortodox din Sibiu și Vasile Erdélyi episcopul unit din Oradea. Însă aceste planuri, care n'au

⁷ Jancsó Benedek: opera citată, pag. 38—39.

luat în considerare starea faptică teritorială a Statului ungar, nici ideea de Stat și au avut scopul unirea tuturor românilor într-o provincie separată și sub un șef deosebit național, n'au fost concretizate și aplicate nici în dispozițiunile legilor despre egalitatea naționalităților și a limbilor, aduse și votate în dieta Ardealului convocată prin patentă imperială la Sibiu pentru data de 15 Iunie 1863 și la care dietă au luat parte numai reprezentanții românilor și ai sașilor.

Dieta Ardealului din Cluj, la 30 Mai 1848 a votat unirea Ardealului cu Unga ia. Însă legile din 1848-49 n'au rezolvat nici de data asta problema naționalităților și astfel suntem nevoiți a primi drept adevăr ceea ce spune Szekfű lului, distinsul istoric maghiar contemporan. El ne arată și documentează, că problema de uriașă importanță a naționalităților își are rădăcinile ei în atitudinea liberalismului din al patrulea deceniu al secolului trecut. Problema (a limbei) ivită atunci nu a fost rezolvată astfel, ca părțile interesate să se fi putut liniști și conviețuirea lor să devină intimă și amicală. Problema nerezolvată de atunci s'a întins ca o rană deschisă asupra corpului națiunii. Rana aceasta însă nu o găsim numai în dezvoltarea ungară, ci aceasta se află în toate Statele moderne, între hotarele cărora trăesc fii mai multor rase de popoare sub dominația principiilor liberale de Stat. Liberalismul n'a rezolvat nu numai problema naționalităților a noastră dar n'a rezolvat nici pe aceea a Austriei, a Germaniei și a Angliei... Liberalismul n'a domolit nicăiri mișcările revoluționare ale naționalităților; chiar și față de diferențele cele mai simple, care au ieșit la iveală între popoare, Libertatea și Mintea s'au dovedit ca nepuțințioase. Nu avem deci motive să ne acuzăm: conștiința noastră poate să fie liberă de păcate și egoism, fiindcă cu totul că nu le-am putut rezolva problemele noastre de naționalitate, nu ne poate condamna nimenea, dacă cumva nu este fariseu, fiindcă nu există nici un popor, care ar fi rezolvat această problemă în ultima jumătate a secolului, în perioada liberalismului. Libertatea politică s'a dovedit ineficace pentru a potoli ea singură valurile de antagonism extrem de vage între germani-cehi-polonezi, englezi-irlandezi și în Alsacia între germani și francezi.³

³ Szekfű Gyula: „Három nemzedék és ami utána következik.” Budapest, 1934, pag. 119.

După ce absolutismul austriac s'a prăbușit pe câmpurile de luptă italiene și cehe, în anii 1859 și 1866 și națiunea ungară și-a demonstrat voința s'a fermă de împăcare, în anul 1867 s'a încheiat între Austria și Ungaria așa numitul dualism. În legătură cu împăcarea de drept public, urmă realizarea neîntârziată a programului lui Széchenyi : restabilirea relației amicale cu naționalitățile țării. Luptele crâncene și dezastruoase ale anilor 1848-49 au lăsat impresii sguuitoare în conștiința și mentalitatea națiunii maghiare ; deja în timpul absolutismului s'au ridicat glasuri, care au pretins împăcarea sinceră cu naționalitățile.⁹

Principiile și ideile cuprinse în legea XLIV : 1868 despre egala îndreptățire a naționalităților își au ca bază renumitul discurs academic al lui Széchenyi Ștefan. Forma ei este liberală, iar conținutul îl are stigmatul curentului marelui reformator al vieții publice maghiare, Széchenyi Ștefan. Legea este opera personală a lui Deák Francisc și Eötvös Iosif, cei doi mari bărbați de Stat din era dualismului. Principiile și dispozițiunile cuprinse în legea naționalităților sunt următoarele :

I. *Limba oficială a adunării țării și a guvernului* este cea maghiară. În limba ungară se aduc legile țării, însă acestea trebuie publicate în traducere oficială în limbile tuturor națiunilor din țară. (Art. 1.)

II. *În viața autorităților municipale* limba oficială este cea ungară. În procesele verbale, pe lângă limba oficială, se pot folosi toate limbile, pe care le dorește reprezentanța autorității, sau o cincime a ei. În adunări și ședințe fiecare membru are dreptul să vorbească în limba lui maternă. Autoritățile municipale în actele lor înaintate guvernului Statului pe lângă limba oficială, pot folosi fiecare limbă din procesele verbale ale lor. În raporturile lor reciproce, autoritățile au dreptul să folosească pe lângă limba oficială ori care dintre limbele întrebuintate la dresarea proceselor verbale. În cadrul gestiunilor interne este obligatorie limba oficială. Însă în cazul dacă aceasta s'ar lovi de greutate se poate utiliza oricare dintre limbile din procesele verbale ale autorității. Funcționarii în relațiunile lor oficiale cu comunele, adunările, asociațiunile, instituțiunile și particularii sunt ținuți a comunica în limba proprie a acestora. (Art. 2, 3, 4, 5, 6.)

⁹ Szekfű Gyula : opera citată, pag. 199.

III. *În justiție*, dacă partea recurge fără intervenția avocatului instanțelor judecătorești, are dreptul, ca pe lângă limba oficială să vorbească în oricare limbă, care este recunoscută ca limbă a procesului verbal al municipiului la care aparține autoritatea judiciară respectivă. Procesele verbale ale desbaterilor se pot dresa în oricare dintre aceste limbi. Hotărârile judecătorești trebuiesc aduse în limba procesului verbal dresat în cursul desbaterilor; totuși acestea se pot elibera, la cererea oricărei dintre părți, în limba, care este recunoscută pentru procesul verbal al municipiului în interiorul căruia se află judecătoria. Forurile judiciare apelative, în caz de nevoie dispun ca actele dresate în altă limbă decât cea oficială să fie traduse în ungurește, pe cheltueala Statului. Hotărârile ce le aduc instanțele de recurs, sunt redactate în limba oficială însă judecătoria ca instanță de fond, în competența căreia cade înmanuarea acestora, este obligată a le elibera aceste hotărâri în oricare dintre limbile acceptate pentru procesele verbale ale municipiului pe al cărui teritoriu ea se găsește. Limba oficială a autorităților cărții funduare este cea ungară, însă deciziunile și extrasele trebuiesc eliberate pe oricare limbă a procesului verbal al municipiului pe teritoriul căruia funcționează autoritatea cărții funduare. (Art. 7, 8, 9, 11, 12.)

IV. *Comunitățile bisericești*, precum și corpurile și autoritățile eclesiastice superioare sunt în drept să și stabilească limba pe care o folosesc în deliberațiuni, la conducerea matricolelor, în gestiunea interioară, precum și în școlile susținute de ele, ținând seama în acest din urmă caz numai de dispozițiunile cuprinse în legea învățământului public. (Art. 10, 14, 15, 16.)

V. *Pe terenul instrucției publice* Statul este obligat a se îngriji, ca în școlile de Stat fiecare cetățean al său să aibă posibilitatea de a se instrui în limba lui maternă. În școlile secundare și superioare unde limba maternă a elevilor nu este aceeași, pentru fiecare dintre aceste limbi se înființează o catedră de limbă și de literatură, maternă. În universitățile țării limba de predare este cea maghiară, însă Statul este obligat ca să înființeze câte o catedră de limba și literatura fiecărei naționalități. Fiecare cetățean, indiferent de naționalitate, parochiile și comunele pot înființa școli primare, secundare și superioare, care au drepturi pe deplin egale cu școlile de Stat de acelaș grad. (Art. 17, 18, 19, 26.)

VI. *Pe terenul organizației sociale* fiecare naționalitate are dreptul, ca în vederea și în interesul dezvoltării limbii, artei, științei, agriculturii, industriei și a comerțului să-și organizeze societăți și colectivități, să întocmească pentru acestea statute. Aceste societăți au dreptul să funcționeze în deplină libertate, însă sub controlul Statului. (Art. 26.)

VII. *În viața publică comunală* tot aceleași norme sunt de urmat, ca și la autoritățile municipale. Fiecare cetățean al țării are dreptul să adreseze petițiunile lui în limba sa maternă către comune, autorităților bisericești, instanțelor judiciare și organelor acestora, precum și guvernului țării. Rezoluția pusă pe actele înaintate urmează să fie redactată în limba ungară, dar guvernul este obligat să anexeze traducerea autentică a rezoluției în limba petițiunii. (Art. 20, 21, 22, 25.)

VIII. *La completarea locurilor vacante în serviciile publice* numai singură aptitudinea personală este factorul decisiv. Naționalitatea cetățenilor nu poate fi considerată ca piedică pentru ocuparea oricărui oficiu sau demnitate existentă în țară. Guvernul țării va îngriji, ca în oficiile judiciare și administrative și îndeosebi ca prefecți de județe să fie angajați — întrucât este posibil — astfel de persoane, care aparțin diferitelor naționalități, care posed la perfecție limbile necesare și din toate punctele de vedere sunt apte pentru ocuparea serviciului. (Art. 27.)

La alcătuirea legii despre egala îndreptățire a naționalităților au servit de bază generală ideile politice ale lui Eötvös Iosif, autorul teoretic al legii XII : 1867, despre împăcarea Ungariei cu Austria. Ca punct de plecare a servit constatarea teoretică, că naționalităților le trebuiesc acordate toate posibilitățile necesare pentru conservarea caracterului special propriu al fiecăreia; pretențiunea acestora pentru recunoașterea și consfințirea egalității în drepturi a lor cu majoritatea dominantă și deținătoare a suveranității trebuie satisfăcută fără șovăire. *Drepturile cuprinse în legea naționalităților nu li-se cuvin naționalităților, ca colectivități cu autonomie, sau unități juridice federalistice, ci indivizii, membri acestora sunt puși în posesia tuturor acestor drepturi, cari li-se cuvin fiilor poporului maghiar, majoritatea națiunii politice.*

Eötvös a văzut clar, că problema naționalităților nu rămâne întotdeauna problema internă ungară și îndată ce Europa va începe a se fermenta și conflictele internaționale vor pune lu-

crurile în extremitate și puterea de încordare a problemei naționalităților nerezolvată își capătă o intensitate și va frământa iarăși atât de febril, cum a fost dela 1848 până la 1867. În legătură cu problema naționalităților, pe lângă motivele lingvistice și etnografice, el a observat foarte clar individualitatea istorică a națiunilor, însemnătatea politică a legăturilor lor istorice și a tradițiunilor lor. *În sistemul științei politice a lui, politica nu este nici etnografie, nici istorie, ci jocul viu al ideilor, pasiunilor și intereselor.* Concepția aceasta a format fundamentul, pe baza căruia a încercat savantul luminat să rezolve problema naționalităților, amestecând în măsură rațională elementele etnografice și istorice.¹⁰ Pe lângă o astfel de concepție teoretică, în baza legii naționalităților s'a părut realizabilă inaugurarea unei noi politici de naționalitate și pe deplin corăspunzătoare cerințelor timpului, *fiindcă legea conține astfel de dispozițiuni, care sunt în deplină armonie cu cele mai moderne concepții, ce le avem astăzi despre problema minorităților.* Ea a susținut și întărit unitatea și integritatea Statului față de curente, cari au urmărit descompunerea lui; iar naționalitățile au fost puse la adăpost și erau asigurate, că tot ceea ce românii denumiau «*suum cuique*» este al lor. Adică s'a deschis naționalităților posibilitatea, ca prin mijloace legale și cari nu periclitizează unitatea și integritatea Statului maghiar, să lucreze la propășirea lor culturală și materială.

Până când partea aceea a legii, care conține prelucrarea drepturilor naționalităților, este opera lui Eötvös Iosif, autorul capitolului de introducere al legii, care conține principiile prohibițiunilor, este Deák Francisc. Noțiunea de «*națiune politică unitară*» aici a fost concretizată pentru prima oară. Acceptarea acestui principiu și adoptarea lui ca bază istorică a evoluției a constituit condițiunea exercitării drepturilor legiferate pentru naționalități.

Noțiunea națiunii se poate examina din trei puncte de vedere și de câte ori ne apropiem de ea din altă direcție, totdeauna ajungem la o altă definițiune a ei. Căutând sensul națiunii *din punct de vedere juridic*, găsim că ea este o colectivitate, căreia îi aparțin toți cetățenii unui Stat, cari sunt posesori

¹⁰ Klebelsberg Kunó: „Br. Eötvös József emléke”. Conferința a apărut în cartea lui: „Beszédei, cikkei, törvényjavaslatai 1916—1926”. Budapesta, 1927, pag. 267—277.

de drepturi politice, fără considerare, cărei naționalități aparțin. Luând în considerare *regulele etnice* și încadrând națiunea între hotarele date de acestea, vom ajunge la stabilirea, că în comunitatea acesteia aparțin fără excepție indivizi, cari au aceeași naționalitate, fără considerare că trăesc pe teritoriul unui singur Stat, sau pe teritoriul mai multor State. La urmă, *călăuzindu-ne de direcțiunile politice*, vom afla că toți locuitorii unui Stat sunt membrii universalității neîmpărțite al națiunii, fără deosebire cărei naționalități aparțin.

Dovada faptului, că însuși Deák Francisc a înscris noțiunea națiunii politice unitare în textul legii în acest sens, este că a înșirat între popoarele cu limbă și naționalitate diferită și pe poporul unguresc, purtătorul națiunii politice. Adică desvoltarea acestei noi noțiuni nu a însemnat suprimarea cu orice preț a caracterelor speciale ale naționalităților, cari trăesc pe teritoriul țării, acceptarea acesteia din partea naționalităților nu ar fi însemnat renunțarea și abnegarea ființei lor naționale. *Astfel noțiunea națiunii politice unitare a servit numai la determinarea caracterului politic al Statului și a însemnat forma de apariție exterioară a lui.*

Legea XLIV: 1868 despre egala îndreptățire a naționalităților nu a satisfăcut naționalitățile. Reprezentanții naționalităților au refuzat dela început acceptarea și votarea acesteia. Contrapropunerea deputaților naționalităților, ca opiniune minoritară, a fost prezentată de către Mocsonyi Anton. Acest contraproiect de lege recunoaște unitatea și integritatea hotarelor politice și teritoriale a Statului, *însă înăuntrul acestora în locul națiunii politice unitare pretinde, ca ungurii, românii, sârbii, slovacii și rutenii să fie recunoscuți ca națiuni cu drepturi egale ale fării.* Județele, plășile și sectoarele de alegeri să fie organizate în baza principiului de naționalitate și pe baza acasteia în aceste unități administrative limba oficială să fie limba acelei națiuni, care formează majoritatea populației. Limba maghiară, ca limba majorității locuitorilor din țară, să fie limba oficială a parlamentului și a guvernului central. Pe lângă steagurile coroanei ungare să fie întrebuințate și steagurile naționalităților. Proiectul minoritar al naționalităților conține astfel de pretențiuni referitoare la viața administrativă, la justiție și la gestiunile de afaceri din municipii, precum și pentru instrucția publică, cari întrec toate drepturile asigurate în legea naționalităților.

Legea pentru egala îndreptăţire a naţionalităţilor de fapt este a treia în rândul acelor legi, prin care parlamentul ungar, după anul împăcării dintre Ungaria şi Austria, a căutat ca pe lângă respectarea intereselor vitale ale Statului să rezolve problema acută a naţionalităţilor. *Legea IX: 1868* a asigurat bisericii greco-orientale române autonomie completă instituţiunilor de binefacere, religioase sau sociale, şcoli şi alte aşezăminte de educaţiune. *Legea XXXIX: 1868* a introdus în Corpus Juris unguresc arhiepiscopia greco-catolică din Alba Iulia – Făgăraş (Blaj) şi episcopiile din Gherla şi Lugoj.

Experimentul cel mare, care a avut menirea de a aranja problema naţionalităţilor la satisfacţiunea ambelor părţi, a rămas o încercare zadarnică, un compromis unilateral. După un an dela întocmirea şi sancţionarea legii pentru egala îndreptăţire a naţionalităţilor în anul 1869, când naţionalităţile n'au avut nici o experienţă că în ce sens va fi aplicată această lege, ele au manifestat o atitudine pasivă faţă de ea şi au acceptat principiul roman „non putarem.”¹¹ *Conducătorii mişcărei naţionaliste a poporului român, adunaţi la Mercurea în zilele de 7 – 8 Martie 1869, au declarat pasivitatea politică.* Cu totul, că atitudinea ostilă a naţionalităţilor manifestată în contra legii XLIV: 1868, a determinat opinia publică maghiară ca să nu mai aibă nici o încredere în legea naţionalităţilor şi să o considere ineficace pentru rezolvarea problemei, *în 1872 s'a făcut o nouă încercare în interesul de a aranja chestiunea aceasta devenită din ce în ce tot mai primejdioasă.* Însă, iniţiativa ministrului-preşedinte maghiar Lónyai Melchior a dat greş din cauză, că politicienii naţionalităţilor în memorandumul lor întocmit la Blaj, au ridicat astfel de pretenţiuni, între altele, ca condiţiune a împăcării şi revizuirea legii despre unirea Ardealului cu Ungaria, cari au întrecut cu mult acele principii, cari au format scheletul stabil al legii naţionalităţilor.

Soartea legii despre egala îndreptăţire a naţionalităţilor, parcă ar fi voit să justifice proverbul clasic: quod ab initium vitiosus est, tractu temporis convalescere nequit. Dacă augurii ar fi putut să proorocească din simptomele, din fenomenele divergenţelor, din manifestările voinţelor şi alte tendinţelor, care

¹¹ *Bethlen István*: „Interpelláció 1907 április 10-én a román nemzeti-ségi mozgalmak ügyében.” Discursul a fost publicat în volumul: „Beszédei és írásai.” Budapesta, 1933, vol. I—II., pag. 20 din vol. I.

și-au întins suprafața de fricțiune a curenților antitetice, care și-au întunecat perspectivele și speranțele legate de legea XLIV: 1868 despre egala îndreptățire a naționalităților și care era chemată să rezolve definitiv problema naționalităților, ei ar fi schițat brusc conturile eșecului, care a neliniștit neconținut opinia publică dela declararea dualismului până la descompunerea Monarhiei Austro-Ungare.

Pentru a putea înțelege mișcarea naționalistă a poporului român din Ardeal în intervalul de timp dela 1868 până la 1918, precum și soarta fatală a legii naționalităților, *suntem nevoiți de a cerceta evenimentele și împrejurările istorice, cari au schilozat voința pornită pentru realizări, în sensul adevărat al legii.*

Nu încapă nici o îndoială, că în viața poporului român din Ardeal, suirea pe tron a regelui Carol I la 10 Mai 1866 și recunoașterea României ca regat liber și independent la 10 Mai 1881, au constituit un punct pentru o nouă orientare politică. Conducătorii mișcării naționalităților și au pierdut convingerea, că aplicarea legilor ungare și reformarea eventuală a acestora pe cale constituțională și parlamentară, ar putea să fie cea mai mare garanție desvoltării libere a naționalităților.¹² Factorul nou politic: Regatul Român, care și a făcut apariția la orizont, a făcut ca conștiința națională a românilor Ardeleni să progreseze ritmic. *Faptul că între schimbările constituționale și de drept public survenite în România independentă și întărirea mișcării naționale a românilor din Ardeal au existat legături psihologice, îl recunosc și scriitorii și istoricii români.*^{13, 14} Însă aceasta ne învederează și schimbările și nouile orientări pe care le găsim în politica națională a popoarelor nemaghiare din Ungaria.

În programul partidului național român, constituit la 12 Mai 1881, în urma inițiativei lui Popea Nicolae, vicariu greco-oriental din Sibiu și care program a fost rezultatul unei desvoltări lungi de un secol și jumătate și a fost conceput de cooperarea intensivă a forțelor istorice, pe primul plan le găsim pretențiunile ferme ale naționalităților pentru revizuirea legii pentru

¹² Bethlen István: opera cit. pag. 21, vol. I.

¹³ Nicolae Iorga: „Calendarul Ligei Culturale pentru anul 1909”, pag. 64.

¹⁴ Mircea Russu Sirtanu: „La question de Transylvanie et l'unité politique roumaine.” Paris, 1916, pag. 307.

egala îndreptăţire a lor. precum şi anunţarea, că partidul naţional român va lupta fără şovăire pentru redobândirea autonomiei Ardealului. Deşi în privinţa tacticii de urmat, conducerea partidului naţional român n'a reuşit să aibă o armonie completă — căci de exemplu grupul lui Babeş Victor şi Mocsonyi Alexandru n'a aprobat ca partidul naţional român să-şi realizeze pretenţiunile politice ale lui în contra constituţiei Statului şi cu mijloace, cari periclitează bazele şi principiile doctrinei de drept constituţional, — *partidul naţional român în consfăţuirile ţinute în anii 1884, 1887, 1890, 1892, 1893, 1895 şi 1905 nu a schimbat întru nimic punctele programului fixat la Sibiu, ci şi le-a însuşit complet.* În acest timp s'au angajat în serviciul acestui gând separatistic toate mişcările şi manifestaţiunile mai însemnate ale poporului român. Memorandul studenţilor universitari din Bucureşti, publicat în Noemvrie 1890, Replica dată la răspunsul studenţilor unguri, publicată în 1892, Memorandul partidului naţional român, înaintat la Viena, la 28 Mai 1892, fără ştirea guvernului maghiar şi înfiinţarea şi funcţionarea Ligei Culturale, înfiinţate în Bucureşti, la 24 Ianuarie 1891, sunt momentele cele mai însemnate ale politicei naţionale române, cari şi-au avut scopul să transpună în opinia publică o idee călăuzitoare, care să înregimenteze întreaga naţiune română într'o voinţă unitară.

Fiindcă fiecare acţiune naşte reacţiune, din punct de vedere naţional, social şi psihologic o găsim explicabilă împrejurarea, că colectivitatea societăţii maghiare şi păturile conducătoare ale acesteia şi-au pierdut încrederea în legea pentru egala îndreptăţire a naţionalităţilor, fiindcă au observat, că din cauza rezistenţei pasive, organizată de către partidul naţional român, împăciuirea şi colaborarea strânsă între elementele ungare şi nemaghiare în spiritul acestei legi, este irealizabilă. În măsura în care mişcările naţionalităţilor şi-au împrumutat un caracter tot mai ostil şi separatistic faţă de corpul politic constituit şi faţă de principiul de Stat, în aceeaş măsură s'a micşorat interesul maghiarimei pentru legea naţionalităţilor.

Conform celor de mai sus, una dintre greutăţile legate de aplicarea integrală a legii pentru egala îndreptăţire a naţionalităţilor îşi are rădăcinile ei tocmai în atitudinea naţionalităţilor interesate în primul rând, iar a doua este în stânsă legătură cu atitudinea politică a Austriei faţă de problema naţionalităţilor.

În viața istorică a poporului maghiar problema naționalităților și cea austriacă au stat strâns legate una de alta. În politica austriacă dinainte de război, naționalitățile au fost factorii permanenți, cu puterea cărora au stăruit să contrabalanseze puterea rasei maghiare, ca aceasta să nu descompună cumva imperiul austriac.¹⁵ A fost deci clar, că politica austriacă tradițională s'a folosit cu orice preț de acest mijloc spre a-și putea asigura continuitatea dominațiunei austriace într'un Stat, care în fiecare clipă se aștepta la o ofensivă concentrică a cetățenilor de origini neaustriace. Acest mijloc al politicei austriace, practicat cu foarte mare dibăcie, n'a fost de dată recentă. După încheierea dualismului în 1867, politica austriacă, exploatarea rasei maghiare, s'a prezentat în haină schimbată și a prezentat cartea sa de vizită ca binevoitoare și sinceră. Aparența era schimbată, însă în fond a rămas cea veche: marea împăcare din 1867 nu a adus nici o schimbare în fond. Cercurile conducătoare din Viena au arătat o atenție binevoitoare față de mișcarea națională a sârbilor din Ungaria, deja în timpul domniei lui Leopold II. *Pe de altă parte ei au avut grije, ca să adreseze și poporului român din Ardeal cuvinte de încurajare și au promis marea cu sarea, că vor să primească și poporul român din Ardeal drepturi similare și chiar complet și întru totul egale cu cele ale sașilor.*¹⁶

Politica austriacă, care în timpul dualismului a fost foarte îngrijită, ca prioritatea și superioritatea ei să nu scadă cumva, sub influența evenimentelor și întâmplărilor. Cu tactica ei rafinată, a ținut mereu la ordinea zilei problema nerezolvată a naționalităților, ca astfel să anihileze puterile colectivității ungare, cari tindeau la supremație, între popoarele monarhiei. Deci pentru Austria a fost o problemă esențială și vitală de a se folosi permanent și cu mult tact de posibilitățile rezultate din târăgănarea diplomatică a rezolvării acestei probleme acute. Prin urmare, *conducătorii oficiali și cu răspundere, precum și colectivitatea poporului maghiar de cîteori și-au pus problema naționalităților pe primul plan al preocupărilor lor, au depus toată silința de a rezolva problema naționalităților și au avut teamă, că vor fi atacați în spate de către puterile din Viena, care și-au desfășurat activitatea lor în dosul culiselor.*

¹⁵ Klebelsberg Kunó: opera citată la punctul 10, pag. 270.

¹⁶ Dr. Ioan Lupaș: opera citată la punctul 4, pag. 623.

Datele și evenimentele puse în evidență de acest studiu, pot fi rezumate în trei puncte și anume :

I. Istoria poporului maghiar ne arată graficonul unei lupte permanente. Seizmograful istoriei lui notează vibrațiuni și cutremure permanente, cari au periclitat existența, libertatea și independența Statului maghiar. Din cauza luptelor purtate în contra inamicilor externi, nu a putut găsi ocazia pentru rezolvarea problemelor interne. Direcțiunile liberale ale politicei din 1848 - 49 de fapt nu au rezolvat problema naționalităților, care pe lângă problemele de drept public, a fost problema cea mai accentuată a vieții publice maghiare, dar totatunci, nici celelalte State din Europa n'au avut posibilitatea de a liniști patimile revoluționare ale naționalităților. Însă la 1868, în anul următor după încheierea dualismului și rezolvarea problemei de ordin de drept public, când mersul de desvoltare istoric al poporului maghiar a devenit mai nivelat, atunci a întocmit legea XLIV : 1868 despre egala îndreptățire a naționalităților.

II. Mișcarea națională a poporului român din Ardeal, pornită la cale în anul 1791, exceptând pretențiunile foederalistice cu totul izolate ale lui Andrei Șaguna și Erdélyi Vasile, până la încheierea dualismului a recunoscut unitatea Statului maghiar și în cadrele acestuia a pretins pentru poporul român drepturi culturale, economice, administrative, politice și confesionale, pe terenul justiției și al instrucției. Legea XLIV : 1868 a recunoscut toate pretențiunile naționalităților, cari n'au periclitat întru nimic unitatea țării și interesele drepturilor de Stat ale acesteia. Aplicabilitatea acestei legi și aptitudinea ei pentru rezolvarea problemei naționalităților le-au recunoscut chiar și politicienii români, când pentru rezolvarea parțială și provizorie a problemei minorităților, Consiliul Dirigent, cu ordonanța No. 1. s'a asigurat acestei legi ca să rămână în vigoare și pe mai departe, cu modificarea, că drepturile asigurate naționalității române i se cuvin minorității maghiare și celorlalte ; iar unde ordonă întrebuințarea limbei maghiare, acolo este de înțeles limba română.

III. Legea XLIV : 1868 despre egala îndreptățire a naționalităților nu a satisfăcut însă naționalitățile și față de acestea, ele s'au retras în pasivitate. Pretențiunile teritoriale ale naționalităților și politica austriacă manifestată în legătură cu problema naționalităților a făcut, ca opinia publică ungară, dornică sinceră de împăciuire să se deslege tot mai mult de legea națio-

nalităților. Naționalitățile pe deoparte și politica austriacă pe de altăparte, au fost cauza, că aplicarea în vigoare a acestei legi, a fost îngreunată de piedici invincibile. Partidul național român numai în anul 1906 a renunțat la pretențiunea formulată pentru redarea autonomiei Ardealului și la punctul 1 din programul adoptat în anul 1905, care cere recunoașterea ca persoană politică a poporului român din Ardeal,¹⁷ însă opinia publică ce s'a format în legătură cu această chestiune s'ar fi putut schimba numai prin o nouă pregătire temeinică. Întâmplările și evenimintele istorice survenite între timp, i-au tăiat firul acestei posibilități.

Pe lângă toate punctele de vedere și împrejurările doveditoare, recunoașterea, respectarea și aplicarea în realitate a drepturilor asigurate în favoarea popoarelor minoritare și puse sub garanție internațională, nu poate să fie condiționată de evenimentele timpurilor istorice trecute și refuzate cu invocarea legii drastice: dinte pentru dinte, nici pentru aceea, că *violarea drepturilor minoritare ar însemna călcarea tocmai a acestui principiu, în baza căruia contractele de pace au făcut în 1919–20 Europa nouă.*

Pentru încheiere: «*Union Catholique d'Études Internationales*» — uniunea catolică înființată pentru studiile internaționale — cu sediul la Fribourg în Elveția, în zilele de 17–20 Ianuarie 1931 a avut o constătuire, la care au luat parte englezii, belgienii, francezii, irlandezii, polonezii, ungurii, germanii și elvețienii.¹⁸ La această consfătuire a fost elaborată o declarațiune despre drepturile și îndatoririle minorităților. Punctul 7 al acestei declarații conține următoarele: Fiindcă naționalitatea cetățenilor — indiferent dacă este vorba de una și unică, sau de mai multe feluri de naționalități — reprezintă pentru acestia o moștenire prețioasă, din acest motiv Statul își are unele obligațiuni potrivite; Statul ca păstrătorul, apărătorul și servitorul tuturor valorilor umane, este îndatorat să le păstreze, să le apere și să servească toate acele valori, pe care le reprezintă și susține însăși naționalitatea. Statul este ținut să conlucreze în ve-

¹⁷ Dr. Iuliu Maniu: „Discursuri parlamentare, 29 Mai — 31 Iulie 1906”, pag. 33.

¹⁸ *Mihelics Vid*: „A kisebbségi kérdés a társadalombólcsélet fényénél.” Studiu publicat în revista „Magyar Kultúra” din Budapesta, anul XIX, vol. I, 1932, pag. 395.

derea interesului, ca naționalitățile să-și poată îndeplini îndatoririle lor culturale și de educație. Iar aliniatul al doilea al punctului 9 spune următoarele: Asimilațiunea, dacă sub acest cuvânt înțelegem uniformizarea obiceiurilor și instituțiilor naționale pe alte căi, decât acelea, care își cuceresc cu dela sine putere pe cei interesați pentru noile forme ale culturai umane, de asemenea trebuie să o condamnăm, indiferent dacă aceasta vine din partea Statului, ori din partea acelor grupuri naționale, cari nu sunt dispuse să recunoască nici un fel de deosebire. Variațiunea culturii naționale este o dovadă a bogăției naturii omenești. Aceasta în sine nu este dăunătoare Statului, ci din contra, ea poate să contribuie la propășirea și înflorirea acestuia.

A mai adăuga observațiuni lămuritoare la aceste gânduri și idei, este cu totul pe prisos. Sensul adevărat al acestora își va găsi drumul și la acele grupuri de popoare, cari nu vor să cunoască nici un fel de deosebire între granițele țării.

Le problème des minorités a la XVI. Session de l'Assemblée de la Société des Nations.

Nous offrons aux lecteurs de cette revue le texte authentique du discours concernant la protection des minorités, tenu par M. le général *Tánczos* au nom de la délégation hongroise.

La seconde question sur laquelle la Délégation hongroise tient à attirer l'attention de l'Assemblée, est celle de la protection des minorités. Cette année, c'est de la tribune de l'Assemblée même que la délégation de la Hongrie voudrait faire quelques observations à ce sujet.

Cette attitude de la délégation hongroise est dictée par la considération que, cette année, l'intérêt général se porte avec une attention encore plus soutenue que d'habitude, vers les délibérations des séances plénières de l'Assemblée.

En soulevant cette question devant vous, la délégation hongroise a surtout en vue l'intérêt européen, car tant que le problème des minorités ne reçoit pas une solution satisfaisante, le mécontentement des minorités, l'amertume qu'elles ressentent, s'opposeront toujours au rétablissement de l'équilibre interna-

tional et au développement d'une atmosphère favorable à la sincère réconciliation des peuples. En dehors de cette considération générale, la délégation hongroise est guidée par la certitude que les modalités d'application de la protection minoritaire exercent une influence décisive sur le sort de plus de trois millions de Hongrois que le Traité de Trianon, sans procéder à une consultation populaire, a placés sous souveraineté étrangère et dont les destinées ne sauraient laisser la Hongrie et la nation hongroise indifférentes, d'autant moins que, en apposant sa signature au bas des dispositions draconiennes du Traité de Trianon, la Hongrie estimait recevoir la garantie des traités de minorités au sujet de la protection efficace des masses hongroises détachées de la mère-patrie.

On sait que la protection que les divers traités de minorités entendaient assurer au profit des minorités s'est révélée insuffisante dans la pratique et que les espoirs éveillés sur ce terrain par la Société des Nations ont été déçus.

Ce fait regrettable tient, abstraction faite de l'insuffisance des dispositions en matière de droit matériel des traités de minorités, en premier lieu aux préoccupations politiques qui ont inspiré les résolutions de l'Assemblée et du Conseil destinées à préciser les modalités d'application de la protection des minorités dont la Société des Nations avait assumé la charge et qui ont engendré des fissures et des lacunes rendant à peu près illusoire le système actuel de la protection des minorités.

La délégation hongroise ne se dissimule pas que, malgré la nécessité évidente d'une refonte radicale de la procédure actuellement suivie en matière de protection minoritaire, le moment ne semble pas opportun pour présenter, avec quelque chance de succès, des propositions en ce sens. Elle estime cependant qu'il est de son devoir d'appeler l'attention de l'Assemblée sur les moyens dont l'utilisation sans réserve et l'application pratique permettraient à la Société des Nations, même dans le cadre du système et de la procédure actuellement en vigueur, d'accomplir plus efficacement, plus parfaitement et d'une façon plus conforme aux intérêts des minorités, la tâche qui lui incombe dans le domaine de la protection minoritaire.

La délégation hongroise croit pouvoir résumer comme suit les possibilités offertes par la procédure actuelle :

1° Le Conseil contribuerait beaucoup à fortifier la protection

s'il abandonnait sa thèse professée jusqu'ici sur l'étendue de la garantie assumée par la Société des Nations et sur la question de savoir si le Conseil est tenu d'intervenir pour assurer le respect des traités de minorités seulement dans le cas où des pétitions appellent son attention sur les infractions où le danger d'infraction aux obligations de ces traités, ou bien s'il doit prendre lui-même l'initiative de telles interventions. Se ralliant à la première de ces vues dans sa pratique suivie jusqu'ici, le Conseil n'a pas pris une seule fois l'initiative de l'intervention, quoi qu'une telle manière de concevoir l'étendue de la garantie soit contraire aux résolutions, tant de l'Assemblée que du Conseil lui-même.

Selon l'interprétation donnée par le Conseil dans sa résolution du 22 octobre 1920 (Rapport Tittoni), la garantie de la Société des Nations signifie entre autres „que la Société doit s'assurer que les dispositions relatives à la protection des minorités sont constamment exécutées.“ Et la résolution de l'Assemblée du 21 septembre 1922, dit, dans son paragraphe 5, que le Secrétariat général est „chargé de réunir des informations concernant la façon dont sont exécutés les traités des minorités“.

Cela ne justifie donc pas la pratique suivie en la matière par le Conseil ; au contraire, les résolutions que nous venons de citer tendent à poser une règle toute différente. Car comment la Société des Nations pourrait-elle s'assurer que les dispositions relatives à la protection des minorités sont constamment exécutées si elle n'observait pas avec attention l'application qu'on fait de ces dispositions et si, en cas d'infraction ou danger d'infraction, elle n'intervenait pas de sa propre initiative ? A quoi peuvent servir, sinon à ce but, les informations que le Secrétariat général est chargé de recueillir sur la façon dont sont exécutés les traités de minorités ?

Le deuxième alinéa de l'article de garantie ne contient pas la restriction que les Membres du Conseil ont le droit d'appeler l'attention du Conseil sur les infractions ou le danger d'infraction seulement dans le cas où une pétition minoritaire a été déposée. Cependant, il peut arriver que la minorité s'abstient d'adresser à la Société des Nations une pétition qui lui attirerait des mesures de représsailles. La menace de l'application d'une sanction pénale peut très bien étouffer la volonté de se plaindre ; c'est ce que montre l'exemple du nouveau code pénal en pre-

paration dans un des Etats liés par les traités de minorités. Dans un tel cas, les infractions les plus graves aux stipulations du traité peuvent être commises sans réparation, si le Conseil n'exerce pas un contrôle permanent sur l'exécution des traités et si, au besoin, il ne prend pas lui-même l'initiative de l'intervention.

2° On a exprimé de plusieurs côtés le désir, non réalisé jusqu'ici, de voir créer une Commission permanente des minorités.

L'existence d'une telle commission, composée d'experts, ne porterait nulle atteinte au privilège qu'ont les Membres du Conseil d'avoir seuls le droit d'attirer l'attention du Conseil sur les infractions ou le danger d'infraction aux dispositions des traités; bien au contraire, elle faciliterait l'usage de ce privilège qui constitue en même temps — d'après le rapport Tittoni — l'accomplissement d'un devoir.

Il est difficile de soutenir que la protection internationale des minorités a moins d'importance que les affaires concernant les mandats, et pourtant ces affaires ont une commission permanente. Il est vrai que le Pacte prescrit l'existence d'une telle commission et ne prescrit pas la création d'une commission permanente des minorités, mais cela ne justifie en aucune façon la non-institution d'une commission permanente des minorités.

3° En ce qui concerne maintenant la suite donnée aux plaintes minoritaires, le suprême desideratum que nous nous permettons de formuler est que le Conseil écarte dans cet ordre de questions toute considération politique et s'inspire avant tout du droit.

Dans toute pétition minoritaire, il est affirmé que le Gouvernement intéressé a enfreint certaines dispositions du traité de minorités et les pétitionnaires implorent la protection de la Société des Nations contre les injustices subies. Il appartient au Conseil d'établir s'il y avait ou non infraction au traité, et, dans l'affirmative, de prendre les mesures qui s'imposent. Mais c'est là une question juridique et non pas politique. Il faut donc l'envisager non pas sous un point de vue politique, mais en s'inspirant de considérations juridiques, et la réparation des torts, si torts il y a, doit consister dans le rétablissement rigoureux de l'ordre juridique international qui a été violé. Les traités stipulent pour les Etats intéressés certaines obligations internationales et définissent certains droits correspondant à ces

obligations; ils n'érigent pas les minorités ou les membres des minorités en sujets de ces droits, mais il n'est pas douteux que les droits en question ont été créés à leur profit. Les fonctions à exercer par le Conseil en application des traités ont pour ainsi dire un caractère judiciaire, et on a beau chercher dans les traités une base pour interpréter ces fonctions comme une espèce de médiation politique.

4° En s'inspirant de considérations juridiques, le Conseil interviendrait auprès des Gouvernements intéressés avec plus de force qu'il n'a fait jusqu'ici en faveur de la réparation complète des torts. La solution pratique d'aujourd'hui ne saurait satisfaire les minorités, car elle n'ouvre la possibilité que d'une réparation bien partielle-même en mettant les choses au mieux. Quiconque a le sentiment du droit doit protester contre une telle solution d'autant plus que le règne du droit dans la vie internationale et pour l'exécution de certains traités seulement en consentant que d'autres traités restent inexécutés en tout ou en partie.

5° Dans la modification des règles de procédure de Madrid, il a été précisé que les membres du Conseil peuvent puiser leurs informations concernant l'objet d'une pétition à n'importe quelle source; donc auprès des pétitionnaires aussi. Malgré cela, il est extrêmement rare que les pétitionnaires soient invités à fournir des informations complémentaires. Et pourtant, il n'en résulterait pas l'apparence d'une procédure contentieuse: les informations complémentaires ne changent rien à la situation juridique des pétitionnaires et ne les transforment pas en parties dans la procédure.

Il est indispensable de consulter les pétitionnaires dans tous les cas où les Observations du Gouvernement intéressé présentent la situation de fait ou de droit sous un jour notablement différent de celui sous lequel les pétitionnaires l'ont exposée. Dans ces cas, tout autre moyen fait défaut pour établir la vraie situation de fait ou de droit et pour trancher la question de savoir s'il y avait infraction ou non au traité.

6° Selon le paragraphe 2 de la résolution adoptée par l'Assemblée le 21 septembre 1922: „En cas de divergence d'opinion sur des questions de droit ou de fait concernant les stipulations des traités de minorités entre le Gouvernement intéressé et l'un quelconque des Etats membres du Conseil, l'As-

semblée recommande aux Membres du Conseil de faire appel, en évitant tout délai inutile, à la décision de la Cour permanente de Justice internationale, conformément aux traités de minorités". — Cela ne s'est fait jusqu'ici dans aucune affaire concernant les traités généraux de protection des minorités. Ajoutez encore à cela que le Conseil préfère recourir pour avis consultatif à un comité de juristes, créé *ad hoc*, au lieu de faire appel aux lumières de la Cour quoique ce dernier procédé paraisse recommandable à tous les points de vue.

Il convient de rappeler ici la résolution du 22 octobre 1920 prise sous la forme de l'adoption du rapport Tittoni et déclarant que „le Conseil et la Cour sont les deux organes chargés d'assurer l'application de la garantie.“ Il est à regretter qu'exception faite des avis consultatifs donnés sur l'initiative de l'Allemagne, la Cour n'a guère eu l'occasion — au cours des dernières quinze années — de remplir l'importante mission dont le rapport Tittoni entendait la charger et de mettre ainsi la haute science juridique et l'amour de la justice de ses membres au service de la protection internationale des minorités. Il convient donc de saluer avec d'autant plus de joie l'avis consultatif donné par la Cour au printemps dernier dans le litige albanais-grec relatif aux écoles. Nous nous plaisons à y voir un précédent et le signe heureux que le Conseil s'adressera désormais plus fréquemment à la Cour pour demander son avis à propos de l'examen des pétitions minoritaires.

Nous le souhaitons aussi parce que nous verrions alors la fin de la situation fautive et même anormale où les doléances scolaires des minorités hongroises, en tous points pareilles à celles des Grecs d'Albanie, n'ont pas reçu satisfaction uniquement parce que la Cour n'avait pas l'occasion d'éclairer le côté juridique de la question comme elle a pu le faire grâce à une mesure de sagesse du Conseil à propos de la plainte de la minorité grecque d'Albanie. Il serait donc heureux si, à l'avenir, le Conseil suivait la pratique constante et égale pour tous les cas de demander plus fréquemment l'avis consultatif de la Cour.

7° Nous ne saurions passer sous silence la lenteur du règlement des plaintes minoritaires. Au point de vue des minorités qui se plaignent d'une violation de droit, il importe autant d'obtenir de la Société des Nations un règlement satisfaisant de la plainte que de l'obtenir rapidement, car le retard peut

engendrer des préjudices irréparables. Or le règlement d'une plainte demande actuellement jusqu'à trois années. On pourrait remédier à ces lenteurs de la procédure en engageant les Gouvernements à présenter leurs observations dans un délai raisonnable et en s'abstenant de prolonger reprises les délais fixés par le Conseil. Ce qui contribue à traîner les choses, c'est entre autres que si le Gouvernement intéressé reproche aux pétitionnaires de n'avoir pas épuisé toutes les instances administratives et judiciaires du pays avant le dépôt de leur pétition à la Société des Nations, le Conseil demande toujours l'avis d'un comité de juristes. C'est absolument superflu et bon tout au plus à gagner du temps pour les pourparlers avec le Gouvernement intéressé. La superfluité est mise en évidence par le fait que les comités de juristes, institués *ad hoc* par le Conseil, se sont prononcés sur la question en plusieurs occasions et toujours dans un sens négatif ; en effet, l'épuisement des instances nationales n'est pas imposé comme condition pour l'exercice du droit et du devoir que les membres du Conseil tiennent de l'alinéa 2 de l'article de garantie. La constitution d'une Commission de minorités, constitution proposée depuis longtemps de plusieurs côtés, serait à même de remédier également à ces difficultés.

8° Il importe de faire respecter le voeu exprimé par le Conseil dans le paragraphe 5 de sa résolution du 13 juin 1929 et tendant à obtenir des Gouvernements qu'ils consentent le plus souvent possible à la publication du texte de la Pétition, accompagné de celui de leurs Observations. En donnant aux discussions un caractère public plus accentué, on ne ferait qu'augmenter la confiance des minorités dans la protection que leur accorde la Société des Nations.

9° Enfin, le Conseil ne devrait pas considérer sa tâche comme terminée s'il a pris une décision envisageant la réparation d'un tort ou d'une injustice qui forme l'objet d'une pétition minoritaire. Il est nécessaire de suivre avec attention si le Gouvernement intéressé agit en stricte conformité de cette décision et quand il la met à exécution ; autrement, la réparation accordée peut perdre toute valeur et l'assistance judiciaire peut devenir purement illusoire. Qu'il nous soit permis d'illustrer ceci par un exemple caractéristique.

Un groupe de personnes appartenant à la minorité hon-

groises d'un des Etats liés par les traités de minorités à déposé une pétition où il se plaignait de la confiscation d'une masse importante de biens, propriété de la minorité et affectée depuis longtemps au développement de la culture intellectuelle et de la prospérité matérielle de cette minorité. Trois ans après le dépôt de la pétition, le Conseil a pris une résolution réparant, dans une faible partie, les torts infligés à la minorité. Pendant deux ans, le Gouvernement intéressé n'a rien fait pour l'exécution de la décision. Et quand il s'y est mis, il a commencé par prendre une mesure que les intéressés ne pouvaient pas accepter puisqu'elle ne répondait pas à la décision du Conseil. Ils se virent donc obligés d'adresser une nouvelle pétition à la Société des Nations. Comme cette nouvelle pétition n'est pas encore réglée, voici la situation actuelle : six ans après le dépôt de la pétition et trois après la décision du Conseil reconnaissant en partie le bien-fondé de la plainte, cette décision n'est toujours pas exécutée. La possibilité de tels cas ne contribue certes pas à rehausser la valeur de la protection internationale que la Société des Nations a assumée vis-à-vis des minorités.

Dans ce qui précède, nous avons résumé les principales lacunes du système de protection actuel, lacunes qu'il serait possible de combler — nous l'avons dit — dans le cadre de la procédure actuelle même. C'est une erreur profonde et une crainte absolument injustifiée de supposer qu'en jouissant d'une protection plus efficace, les minorités seraient encouragées à se plaindre sans cesse de leurs gouvernements et à multiplier les pétitions purement démonstratives. Le souci de l'objectivité nous force à constater que les minorités ne se plaignent pas sans raison et qu'elles préféreraient ne jamais devoir se plaindre. C'est du moins la règle qui ne comporte que des exceptions fort rares.

Aujourd'hui, les minorités viennent encore se plaindre à la Société des Nations — en tant que la peur des représailles ne les en retient pas, — parce qu'elles n'ont pas perdu toute confiance dans la Société des Nations, et parce qu'elles n'ont pas encore la conviction amère que rien ne sort de se plaindre, car même la cause la plus juste sera étouffée. Et si cela arrive un jour, si elles cessent tout à fait de se plaindre, est-ce qu'on pourra en tirer la conclusion qu'elles n'ont plus à se plaindre

de rien, que les gouvernements respectent scrupuleusement les droits des minorités créés au profit des minorités par des traités ?

On a fait d'innombrables citations de la parole de Wilson qui disait il y a seize ans que rien ne compromet davantage la paix mondiale que le traitement injuste infligé aux minorités. Si cela était vrai il y a seize ans, cela ne peut être faux aujourd'hui. Protéger réellement et efficacement les minorités contre toute oppression est l'intérêt autant des minorités que de la Société des Nations créée, d'après le préambule du Pacte, pour garantir aux nations la paix et la sûreté.

En vous soumettant les observations que je viens d'exposer, la délégation hongroise a désiré faire de la tribune de l'Assemblée, un appel pressant et respectueux au Conseil pour que celui — ci — en sa qualité d'organe chargé d'assurer l'application de la garantie assumée par la Société des Nations en matière de protection des minorités — veuille prendre en considération nos suggestions qui — selon l'avis de la délégation de Hongrie — permettraient d'accomplir d'une manière plus parfaite la tâche importante qui lui incombe dans ce domaine.

Seton-Watson über die Nationalitätenfrage.

Kein Friede in Europa ohne Achtung der Nationalitätenrechte. Diese These vertritt eine der bekanntesten Autoritäten auf dem Gebiete der Minderheitenfragen in den angelsächsischen Ländern, Professor *Seton-Watson*. In der kürzlich erschienenen Nummer der Zeitschrift „*Slavonic Review*“ veröffentlicht er unter der Überschrift „*The Question of Minorities*“ Ausführungen, die sich in ebenso sachlicher, wie eindeutiger Weise gegen die Politik aller jener Regierungen richten, die dieser grundlegenden Wahrheit nicht Rechnung tragen wollen. Prof. *Seton-Watson*, der von der These ausgeht, dass die Revision der Grenzen keine endgültige Lösung der Nationalitätenfrage darstellen würde, erklärt hierauf, dass es in Europa, „solange diese Frage in einer für die Minderheiten selbst, ebenso wie für ihre jenseits der Grenzen lebenden Volksgenossen nicht zufriedenstellenden Weise gelöst wird, zu keiner wirklichen Befriedigung kommen kann.“

Prof. *Seton-Watson* untersucht hierauf in denselben Ausführungen der erwähnten Zeitschrift die Lage in den mitteleuropäischen Staaten, von dem Minderheitenproblem ausgehend. Wie bekannt, ist es *Seton-Watson* — „*Scotus Viator*“ — gewesen, der in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges in

systematischer Weise für die Rechte derjenigen Völker in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie eingetreten ist, die heute als Staatsvölker auf eigenem Gebiete leben. Seton-Watson stellt mit Bedauern fest, dass „überspannter Nationalismus und die Tendenz multinationaler Staaten, sich als rein national hinzustellen“ bestünden. „Was aber wirklich not tut“ – erklärte er – „ist die Erkenntnis der Tatsache, dass die ‚Nationalität‘ eines Menschen nicht mit seiner ‚Staatsbürgerschaft‘ gleichbedeutend ist.“

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Les minorités nationales en Europe Centrale et Orientale.

Nous empruntons cette récénsion très intéressante des numéros 3602—3604 du Quotidian politique „La Bulgarie“.

Sous le titre ci-dessus vient de paraître en volume à part un ouvrage qui a été présenté comme thèse de doctorat à la faculté de droit de l'Université de Paris, par M. Thomas Petrov, originaire de Skopje. *)

La question minoritaire n'est plus un sujet vierge. La littérature spéciale remplit déjà des bibliothèques, où des ouvrages généraux, des monographies s'entassent chaque jour. Mais le problème continue à passionner et chaque nouveau volume, surtout lorsqu'il s'occupe des régions les plus menacées, est reçu avec une curiosité justifiée.

Le jeune auteur a préféré ne pas se limiter à traiter son sujet direct; plus de la moitié du volume s'occupe du problème minoritaire en général. La matière qui donne le titre à cette œuvre est traitée plus spécialement dans la troisième partie, où même le plus grand nombre de pages est consacré au problème le plus brûlant d'entre tous, à la situation de la minorité bulgare en Macédoine. Peu de place est donc destinée à la situation dans les autres pays de l'Europe centrale et orientale, ce qui peut décevoir le lecteur attiré par le titre seul du volume. Mais les développements théoriques qu'on trouve dans les trois autres chapitres du volume sont du plus grand intérêt et en rendent la lecture très utile et instructive. On peut dire que l'exposé de l'auteur, au point de vue de la théorie du droit minoritaire, telle

*) Thomas Petrov, docteur en droit. Les Minorités Nationales en Europe Centrale et Orientale. Paris. 1935, pages 224. Ed. Domat — Montchrétien.

qu'elle se dégage aujourd'hui de ses diverses sources, résiste à l'examen critique.

Dans l'introduction de son volume, l'auteur fait ressortir l'importance de la protection des minorités dans le droit international public actuel qui, d'ailleurs n'est plus niée par personne. Mais les traités, ainsi que leur application présentent des lacunes et des défauts, suscitent des divergences de vues et des oppositions. On a voulu, chargeant de la protection, le Conseil de la Société des Nations et en rendant celle-ci efficace et indépendante de la seule volonté des grandes puissances, écarter le danger de complications et retoucher un peu les injustices des Traités de paix à l'endroit de certains peuples. Mais la tension n'a pas disparu. Une véritable situation d'état de guerre continue d'exister, suivant notre auteur, dans cette partie de l'Europe.

Naturellement, les 224 pages du volume de notre auteur, sont tout à fait insuffisantes pour un exposé complet de tout le problème minoritaire dans l'Europe centrale et orientale, qui englobe presque tout le problème minoritaire européen. Le lecteur est tout de même un peu déçu de ne pas voir une certaine proportion gardée, attribuée à l'attention méritée par chaque situation qui trouble ou qui est de nature à troubler la paix et les bonnes relations entre les peuples respectifs. Cependant l'auteur a le soin de nous prévenir que, tout en se proposant de donner un tableau aussi exact et aussi complet que possible de la situation, il sacrifiera certains développements, pour laisser plus de place au problème qui présente, à ses yeux, la gravité la plus à remarquer.

La paix est, aux yeux de notre auteur, le bien suprême. Il la trouve possible à la condition d'être basée sur la justice. Dans l'intérieur de chaque Etat, l'intérêt privé doit être subordonné à l'intérêt général. De même en droit international, les intérêts de l'Etat doivent être subordonnés à celui de la communauté internationale, basée sur le droit international, dont fait partie aussi le droit minoritaire. On peut espérer qu'à l'avenir, le problème minoritaire sera envisagé du point de vue des intérêts de la communauté internationale, le droit et non la politique étant alors à sa base. Pour aboutir à des résultats positifs, il faut que les majorités, aussi bien que les minorités, soient animés d'un esprit de collaboration et d'entente.

L'ouvrage, comme nous l'avons déjà remarqué, est divisé

en quatre parties, dont seule la III^{me} s'occupe de la situation dans le centre et l'orient européen. Le reste est consacré au problème minoritaire général.

La première partie s'occupe de la protection des minorités avant les traités de 1919, ainsi que de l'élaboration du régime actuel. Un chapitre s'occupe du problème de la souveraineté des Etats et la protection des minorités.

L'auteur insiste que c'est surtout le sort des populations chrétiennes dans l'empire ottoman qui a déterminé les interventions collectives des grandes puissances l'oppression des minorités y étant de beaucoup plus brutale qu'ailleurs. Dans l'empire d'Autriche-Hongrie les nationalités jouissaient d'une liberté relativement complète, de droits, dont ne disposent même pas aujourd'hui les minorités dans certains Etats, pourtant soumis aux obligations des traités minoritaires. La protection, avant les traités, était purement politique, exercée par les grandes puissances. L'innovation capitale des traités est d'avoir confié le contrôle au Conseil de la Société des Nations.

La deuxième partie est consacrée à l'étude des sources du droit minoritaire, les droits et les obligations des minorités, les phases diverses de la procédure, la nature de la garantie de la Société des Nations. Nous devons faire ici la constatation, qui se rapporte d'ailleurs également aux parties I et IV, qu'un grand nombre des discussions théoriques de l'auteur, quoique très précieuses en elles-mêmes, auraient pu être délaissées et remplacées par l'étude de problèmes plus en rapport immédiat avec le titre de l'ouvrage. Certains auteurs, tel, par ex., M. A. Mandelstam, dans son volume intitulé „Protection Internationale des minorités, I^{re} partie, „La protection en droit international positif“, M. Hugo Wintgens, dans son „Der völkerrechtliche Schutz der Minderheiten“ ; M. Georg Erler, dans son „Das Recht der nationalen Minderheiten“. M. Otto Junghann dans son „Minderheitenschutzverfahren vor dem Völkerbund“, et tant d'autres, épuisent déjà largement et utilement la même matière. En se proposant de tout embrasser, le volume, nécessairement, néglige des questions importantes concernant l'application des traités et les traités mêmes, dans les régions étudiées par l'auteur. Les dates des traités qui obligent les divers Etats du centre et de l'est européen ne sont pas exactement indiquées dans cette partie du volume. Tous les auteurs, notamment MM. Wintgens,

Erler, Kraus, Kessiakov, de même que les publications officielles de la Société des Nations, indiquent d'autres dates, d'ailleurs plus loin, notre auteur lui aussi se corrige, ce qui nous permet de supposer que les fausses indications de la page 37 sont dues à une erreur.

Nous regrettons que parmi les sources du droit minoritaire positif, M. Petrov n'ait pas mentionné les conventions conclues récemment entre la Roumanie et la Yougoslavie, pour le règlement des questions scolaires et ecclésiastiques dans le Banat.

L'auteur constate dans la II^{me} partie de son volume que les minorités ont été déçues dans leur espoir. Les traités contiennent des lacunes – le Conseil au lieu de les combler – a au contraire, déformé et obscurci le système. Cela pousse les minorités à un désespoir inquiétant. La politique d'assimilation violente est tolérée par la communauté internationale. Et „comme la violence appelle la violence, une lutte, présentant souvent un caractère aigu, persiste entre les Etats minoritaires et les minorités. „Cette lutte présente un danger pour la paix.“

La III^{me} partie s'occupe, à proprement parler, de la situation des minorités dans les pays de l'Europe centrale et orientale. Mais l'auteur sousentend en réalité non pas l'Europe orientale, mais celle du sud-est, ou l'Europe balkanique, parce qu'il ne s'occupe pas du problème minoritaire polonais, du problème allemand ou de celui des Etats limitrophes.

Faute de place, il ne put examiner toute la législation interne, ni le régime réel des minorités dans chaque Etat. Il se limite à quelques observations fugitives, pour s'arrêter ensuite au problème le plus grave selon son avis.

Il constate qu'en général, le but de la protection n'est pas atteint. Les Etats minoritaires supportent difficilement les obligations qui leur incombent, en les considérant comme une atteinte à leur souveraineté. Les minorités, de leur côté, ne trouvant pas une protection efficace, ripostent en s'appuyant sur leurs Etats d'origine.

Après un examen furtif et incomplet de la situation dans les sept autres pays, l'auteur se propose de s'occuper du sort des „minorités bulgares dans les Etats limitrophes de la Bulgarie“, question „qui a troublé et trouble encore la paix“ et qui a même „failli provoquer par deux fois des conflits entre les Etats balkaniques.“ Dans les autres pays il s'agit de savoir comment les traités sont appliqués.

En se proposant de résumer dans une vingtaine de pages le régime légal et de fait des minorités en Tchécoslovaquie, en Bulgarie, en Roumanie, en Hongrie, en Yougoslavie, en Autriche, en Turquie, en Grèce et en Albanie, l'auteur commet inévitablement quelques erreurs et omet de mentionner des faits importants. Ainsi, pas un seul mot n'est dit sur l'existence d'une minorité bulgare en Roumanie, ni sur le régime qui lui est appliqué. Pas un seul mot sur les différences de traitement appliquées aux différentes minorités dans le même Etat. L'auteur s'est servi des données statistiques concernant certains Etats sans les soumettre aux corrections qu'elles nécessitent.

Dans le chapitre II de la III^{me} partie, M. Petrov s'occupe enfin du sort des minorités bulgares en Grèce et en Yougoslavie. Etant donné que l'appartenance ethnique de la population macédonienne de langue et de sentiments bulgares y est contestée, l'auteur discute les éléments constitutifs de la nationalité et ensuite il expose le rôle joué par la population macédonienne dans la renaissance de la nation bulgare tout entière. Une annexe contient de nombreux témoignages sur le caractère ethnique et sur les sentiments nationaux des Slaves macédoniens. Les pages que l'auteur consacre ici à la question minoritaire bulgare en Macédoine (144 à 180) sont très intéressantes et rachètent un peu l'ommission commise à l'endroit des autres minorités.

La IV^{me} partie s'occupe à nouveau des questions générales, en rapport bien entendu avec la situation spéciale de certaines minorités, surtout dans les Balkans. L'auteur discute la question de la généralisation de la protection, ainsi que celle de la protection des droits de l'homme en rapport avec la protection des minorités. Ayant mis en évidence les imperfections du système actuel de protection, l'auteur plaide pour certaines améliorations. Il est pour la généralisation ainsi que pour la dépolitisation du système actuel. Ce qui se passe avec la minorité bulgare en Macédoine, la négation de sa qualité de minorité, l'amène à préconiser que la solution d'un problème pareil doit être confiée à un organe spécial et compétent. Des améliorations de la procédure sont à réaliser. On doit reconnaître l'autonomie personnelle de toute minorité dans le domaine culturel, social et religieux. La reconnaissance de la personnalité juridique est de nature à donner une responsabilité plus grande aux minorités et le nombre de leurs pétitions vont alors diminuer au lieu d'augmenter.

La création d'une Commission mixte dans chaque Etat, à l'instar de celle instituée dans la Haute Silésie, paraît à l'auteur hautement utile — elle facilitera largement le rapprochement entre les gouvernements et les minorités. Il faut réformer le Comité des trois, accorder une publicité plus large à ses travaux, tenir les minorités au courant du sort de leurs pétitions. Cependant notre auteur trouve prématurée la création d'une Commission permanente auprès du Conseil de la Société des Nations pour l'étude constante et sérieuse du problème minoritaire et de l'application des Traités dans les divers pays.

Une des réformes les plus urgentes serait d'accorder à tout Etat membre de la Société des Nations le droit de signaler au Conseil toute infraction ou danger d'infraction au droit minoritaire. L'admission des représentants des minorités à prendre une part active et directe à la procédure devant le Conseil et le Comité, verbalement ou par écrit, est également utile à tout point de vue. De même, chaque Etat membre de la Société des Nations doit avoir le droit de saisir la Cour permanente de Justice Internationale de La Haye en matière d'infraction du droit minoritaire.

Le régime des minorités dans chaque pays, par les conséquences qu'il est de nature à provoquer, intéresse la communauté internationale, aussi bien que les Etats respectifs. La pacification de l'Europe ne sera point possible, tant qu'une solution satisfaisante ne sera pas apportée au problème dans son ensemble. Protéger les uns, en abandonnant les autres à leur lutte continuelle avec les majorités de leurs Etats, est un procédé peu recommandable. Cela fait persister la volonté d'assimilation de la part des Etats, d'un côté et l'obstination ferme des minorités, de l'autre. Il résulte une tension incessante entre les Etats et leurs minorités, aussi bien qu'entre les Etats majoritaires et les Etats auxquels appartiennent les minorités opprimées.

Avant de finir, l'auteur souligne de nouveau l'importance du problème minoritaire. Seule, sa solution satisfaisante et générale peut amener l'apaisement souhaité par les auteurs des Traités et la consolidation de la paix. Il termine en exprimant l'espérance que, dans un avenir très proche le problème qui trouble les relations et la bonne entente entre les Etats, ne sera plus une cause de discordes, mais bien un lien de cohésion. Ce but ne sera atteint que le jour où toute différence entre minorités et majorités disparaîtra, non par l'assimilation, mais par une égalité complète entre tous les sujets des Etats sans distinction de race, de langue et de religion.

Dr. I. S. P.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XIII.

DECEMBRIE
DECEMBRE
DEZEMBER } 1935.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 12

Welches ist das richtige ?

Von : **Dr. Elemér Jakabffy.**

Am 3. Dezember verlas Graf Georg Bethlen, Präsident der Ungarischen Partei in Rumänien die Deklaration der Ungarischen Partei, worin er, nach gegebener Loyalitätserklärung vonseiten des Ungartums, alle jene Beschwerden aufzählte, welche alle Minderheiten Rumäniens tragen und denen auch die deutschen Minderheitsvertreter Ausdruck geben.

Aussenminister Titulescu unterbrach den Redner und machte ihn aufmerksam, dass im Falle die Ungarn sich beklagten, sie nach Genf gehen mögen, dort würde man ihnen ohnehin niemals Recht geben.

Nachdem der Parteipräsident seine Rede beendet hatte, erhob Aussenminister Titulescu sich zur Aussprache, indem er die Ungarn an ihre Vergangenheit erinnerte und der Auffassung Ausdruck gab, dass die Ungarische Partei sich im Inland wie im Ausland nur darum beklage, um der Revisionsidee zu dienen.

Als wir diese Äusserungen lasen, erinnerten wir uns des Umstandes, dass wir Ungarn Rumäniens zum erstenmal auf die Individualität, die Fähigkeiten und die uns gegenüber gehegten Gefühle des Herrn Ministers besonders aufmerksam wurden, als er infolge unserer beim Völkerbund geführten Klage im Namen seiner Regierung es übernehmen musste, unter den ungarischen Kolonisten siebenhunderttausend Goldfranken, das heisst dem damaligen Wert entsprechend achtundzwanzig Millionen Lei zu verteilen.

Damals staunten wir über die keine Mühe scheuende Bereitschaft, womit er die Angelegenheit der Kolonisten bis ins kleinste Detail zu kennen trachtete und die bewundernswerte

Fähigkeit, einen Standpunkt zu verfechten, der wirklich schwer zu halten ist.

An der am 5. September 1925 in dieser Angelegenheit abgehaltenen Ratssitzung tat Minister Titulescu nach ganz kurzer Einleitung folgenden Ausspruch:

„Ich muss bemerken, die Absicht liegt mir fern, über vergangene Zeiten eine politische Debatte einzuleiten. Im Gegenteil: Im Namen der rumänischen Regierung muss ich erklären, dass unserer aller Überzeugung gemäss die politischen Fehler der Vergangenheit nicht durch die gegenwärtigen Fehler wettgemacht werden können. Die Vergangenheit ist tot und unser höchstes Streben ist, innerhalb der uns vertraglich zuerkannten Grenzen die Zukunft der Arbeit und Befriedigung zu schaffen.“

Zum Abschluss seiner Ausführungen sprach er folgende Worte:

„Die Minderheitenfrage ist dadurch so peinlich, dass die ganze Welt darüber spricht, aber nur wenige sich die Mühe nehmen sie zu studieren. Rumänien hatte heute zum erstenmal Gelegenheit, öffentlich von der Frage zu sprechen. Wir alle fühlen die Notwendigkeit, vor dem Völkerbund, vor der internationalen öffentlichen Meinung und vor unserem eigenen Gewissen den handgreiflichen Beweis unseres Wohlwollens den Minderheiten gegenüber zu liefern.“

Aus den am 3. Dezember verklungenen Worten des Ausenministers hören wir dennoch, dass er die tote Vergangenheit aufweckt, wenn er damit gegen uns argumentieren will, von uns aber fordert, dass wir diesen Toten auch vergessen sollen.

Wir stellen auch fest, dass er im Jahre 1925 es nötig fand, vor der internationalen öffentlichen Meinung den Minderheiten gegenüber den „handgreiflichen“ Beweis des Wohlwollens der rumänischen Regierung zu bringen – die achtundzwanzig Millionen Lei waren tatsächlich handgreiflich – heute aber erklärt er, wir gingen ohnehin vergebens vor das internationale Forum.

Am 5. September, also genau an der zehnten Jahreswende des Ausspruches der angeführten Worte, spazierte ich vor dem Sitzungssaal des Völkerbundes, in jener weiten Halle, in welcher die Diplomaten und Journalisten der Welt die öffentliche Meinung gestalten. Diese Halle ist ganz schmucklos, denn der

neue Palast des Völkerbundes, diese Sehenswürdigkeit der Welt wird ja schon eingerichtet. Auch die Wände sind kahl, nur an einer Stelle sieht man drei Bilder, drei Zerrbilder, Karikaturen. Dies sind wahre Kunstwerke, es ist kein Wunder, dass sie hier kamen. Das eine Bild stellt Henderson, das andere Litvinov, das dritte Titulescu dar. Als mein Begleiter bemerkte, dass ich die Bilder bewundere, sagte er :

„Auch Titulescu betrachtete aufmerksam sein Ebenbild. Ein geschickter Journalist fotografierte auch diese Szene. Tags darauf erschien die Fotografie in seinem Blatte, darunter die Frage : „Welches ist das Zerrbild und welches das richtige ?“

Declarația partidului maghiar și intervenția d-lui N. Titulescu în discuția mesajului la 3 Decembrie 1935.

D. Gh. Bethlen : Domnule președinte, domnilor deputați, partidul maghiar de când s'a constituit și-a fixat ca scop să reprezinte și să apere toate drepturile legale și naturale precum și interesele minorității maghiare din România și ale membrilor ei. Servind acest scop am manifestat întotdeauna o cuvenită cumpătare, obiectivitate, calm și răbdare. Niciodată nu s'au opus Constituției și legilor țării după cum și întregul popor maghiar respectă legile, îndeplinind — peste puterile sale — îndatoririle cetățenești, chiar și cele mai grave. Cu sinceritate vă declarăm ferma noastră convingere, că atât din punct de vedere al politicii interne cât și al celei externe este interesul primordial și al națiunii române și al minorității maghiare să se creeze și să se desvolte o legătură cât mai amicală între aceste două popoare conviețuitoare de veacuri. Pentru acest scop vă ofer din nou și de data aceasta, colaborarea noastră.

Țin să subliniez în modul cel mai categoric că găsim necesar și de folos ca tineretul nostru să-și însușească cât se poate de bine limba română ; chiar și cei mai în vârstă își dau silința s'o învețe, cu toate că la o vârstă mai înaintată, fără de un talent special și înăscut, aceasta este o sarcină extrem de grea.

Subliniind prealabil toate acestea, sunt nevoit să constat

cu sinceră durere, că în ultimul timp s'a înrăutățit și se agravează zi cu zi situația cetățenilor minoritari și a instituțiilor noastre.

Ar fi extrem de lung să înșirăm detaliat toate plângerile noastre juste și documentate, de aceea, de data aceasta, nu vreau să vă vorbesc decât scurt și numai despre doleanțele cele mai actuale și importante.

Astfel, de exemplu, pe baza unei analize arbitrară a numelor de familie se restrânge — în contra voinței părinților și a elevilor — libertatea de a-și alege școala.

Aproape zilnic se inventează pretexte noi pentru a împiedica funcționarea rodnică a școlilor, susținute de bisericile minoritare.

În vederea realizării autonomiei școlare, care ne este asigurată nu s'a făcut nici un pas. În schimb în toate părțile, dar mai ales în regiunile locuite de secui constatăm că predarea în limba maghiară în școlile de Stat și așa redusă se mai reduce succesiv, ba și s'a desființat complet în majoritatea cazurilor.

Cu durere constatăm cazurile nu tocmai izolate când minoritarii sunt constrânși să părăsească religia lor străbună.

D. N. Titulescu, ministrul afacerilor străine: În numele guvernului român, vă opunem cea mai formală desmințire. Dacă aveți plângeri, adresați-vă Genevei, care nu v'a dat dreptate niciodată.

D. Octavian Goga: Ce să caute la Geneva, domnule ministru? Nu la Geneva; dumnealor sunt cetățenii noștri, prin urmare să vie aici. Fac plângeri la Geneva numai pentru a creia o stare de spirit. Dumnealor nu trebuie să fie agitatori în afară, ci să fie înăuntru buni cetățeni.

D. N. Titulescu, ministrul afacerilor străine: Dumnealor sunt agitatori și în afară și înăuntru.

D. Gh. Bethlen: D. ministru al cultelor este informat de plângerea aceasta a noastră și vă poate da lămuriri asupra acestei chestiuni.

D. M. Condrus: Dar mereu veniți aci și exagerați.

D. Octavian Goga: Domnule Bethlen, în presa d-voastră încontinuu se răspândește o stare de spirit deplorabil. Dv. nu puteți veni cu un ton aci, având alt ton acasă; dv. trebuie să vă găsiți într-o unitate de procedare față de ideea de Stat român. Să nu se confunde toleranța noastră cu slăbiciunea.

D. G. Bethlen: Onorată Cameră, sunt gata să dovedesc

oricând cele ce spun aci și declar că-mi iau răspunderea tuturor afirmațiunilor pe cari le fac.

Trebue să relev situația funcționarilor minoritari, cari în repetate rânduri au fost obligați la examene de limba română și după aceasta au fost imediat îndepărtați în masă din serviciu, fără a li se acorda pensia. În mai multe cazuri instanțele judecătorești au stabilit ilegalitatea examenelor și severitatea excesivă a criteriilor, cu care s'a procedat față de ei. Ordinul, care în mod fățiș, a declarat că nu pot rămâne în serviciul poștelor persoane de origine minoritară, precum și ordinul ministerului de interne, conform căruia numai persoane de origine românească pot fi păzitori de noapte, ne întăresc în convingerea noastră, că scopul adevărat al examenului de limbă este eliminarea funcționarilor minoritari.

Ori care ar fi, însă, părerea noastră despre necesitatea și legalitatea examenelor, afirm că rezultatul lor nu poate influența dreptul funcționarilor la pensie, deoarece cotizațiile de pensie au fost plătite regulat și s'au născut astfel obligații bilaterale.

D. M. Condruș : Să învețe românește. Altfel să-i dea afară din slujbe pe toți Ungurii d-tale și pe Nemții d-lui Kräutner. Să se aducă aci liste de toți funcționarii minoritari, cari sunt în slujbe la noi și să se compare cu numărul Românilor, cari sunt muritori de foame.

D. Valeriu Pop, ministrul justiției : Cer cuvântul.

D. Berceanu, vice-președinte : Aveți cuvântul.

D. Valeriu Pop, ministrul justiției : Vreau să dau o mică lămurire : punerea în disponibilitate, pentru necunoașterea limbei, nu răpește dreptul la pensie, însă fostul funcționar primește pensia când atinge limita de vârstă, de 57 și 60 de ani. Aceasta este situația legală nu numai pentru minoritari, ci și pentru majoritari. Și majoritarii, puși în disponibilitate înainte de atingerea limitei de vârstă, primesc pensia în mod efectiv numai după atingerea acestei limite de vârstă. Încât, vedeți, nu este vorba de un tratament special aplicat minoritarilor, ci de un tratament general, aplicat tuturor funcționarilor Statului.

D. G. Bethlen : Nu se potrivește cu demnitatea țării și este o nedreptate și neumanitate ca acești oameni, istoviți în servicii publice îndelungate și credincioase, dintre cari mai mulți poartă chiar și decorații, să fie aruncați pe stradă cu familiile

lor și să fie împinși în cea mai mare mizerie. Numai să-vârșirea vreunui delict ar putea duce la consecințe atât de grave.

Avem plângeri dureroase în contra stării de asediu, cenzurei, repetarea prea des a brutalităților jandarmilor, exagerările fiscale la impuneri și la încasări.

D. Octavian Goga : Dar tonul presei d-voastră ! Aci în București apare gazeta „Bukaresti Lapok“. Vă atrag atenția să citiți această gazetă, care apare aci, în București. Este ireverențios modul cum se exprimă la adresa tuturor. Înțeleg, noi Românii între noi, având controversele noastre, să ridicăm tonul, dar aci în București, când cineva vine, în calitate de maghiar și se adresează ospitalității românești, ca să scoată o gazetă să vorbească respectuos despre noi, care am luptat pentru întregirea Statului nostru românesc.

D. G. Bethlen : În urma sistemului permanentizat al comisiilor interimare, poporul nostru este exclus din participarea la administrație.

Proectele de legi cunoscute până acum se califică pur și simplu catastrofale pentru viața națională și economică a minorităților. Legea administrativă menține și mai departe în funcționare comisiile interimare, fără vreun termen fix ; iar prin dispozițiunea că toți membrii consiliilor comunale și județene n'au voie să vorbească decât românește și că prima frază rostită în limba noastră maternă va provoca dizolvarea lor, vom fi excluși de a mai lua parte la conducerea administrațiunei locale.

Voci de pe unele bănci : Foarte bine.

D. N. Rizescu Brănești : Nu aveți decât să vă duceți la Budapesta.

D. G. Bethlen : Anteproectul legii meseriilor suprimă instituțiunile secundare ale micilor industriași, confiscă averea corporațiunilor, dându-le drept cadou Camerelor de muncă. Cu introducerea faimoaselor examene se deschid porțile pentru abuzuri și selecționări nedrepte. Vasăzică, nici această posibilitate nu ne mai rămâne pentru a ne asigura o existență modestă, dar cinstită.

Am adus la cunoștința guvernului toate acestea și încă altele în repetate rânduri, dar, durere, plângerile noastre au rămas fără nici un rezultat.

D. I. Modreanu : Este un neadevăr ce spuneți dv. în privința examenelor. Eu sunt profesor și am fost membru în co-

misiile de examinare a funcționarilor minoritari și i-am trecut pe toți acei cari meritau, — n'a căzut nici unul. Atunci de ce te plângi d-ta ? Mai facem un nou examen acum.

D. G. Bethlen : Arătând astfel cele mai importante doleanțe, cu durere trebuie să constat că toate acestea sunt consecințele unui sistem, care se arată zi cu zi mai pornit în contra minorităților și care tinde la desnaționalizarea lor, cu toate că acest sistem, după exemplul istoriei, nu-și va atinge scopul, — cel mult dărâmbă, în loc să construiască, va provoca nemulțumiri și amărăciune. În contra acestui sistem declar în numele partidului maghiar protestul nostru categoric.

Poporul maghiar din România nu tinde la privilegii, nu cere altceva decât drepturi egale, asigurate prin legi, o egalitate de drepturi complectă și efectivă. Cerem numai drepturile noastre naturale și protecția egală a legilor când aceste drepturi se violează.

Ași vrea să cred că prin această scurtă declarație am atras atenția onoratei Camere și a guvernului, că rezolvirea justă a problemei minoritare este foarte importantă și așa vrea să sper că vom găsi mai multă înțelegere și că, în consecință, politica de până acum, adoptată față de minorități, care formează o parte însemnată a populației, se va schimba fundamental.

D. N. Titulescu, ministrul afacerilor străine, spune :

Domnule președinte, domnilor deputați, ca ministru de afaceri străine al României aș considera că mi-aș călca datoria cea mai elementară față de țară, dacă n'aș ridica, împotriva unui discurs de felul celui rostit aici de domnul Bethlen, cea mai formală protestațiune.

Domnul Bethlen să afle că în sufletul fiecărui român există destulă gentilomie, ca să ne dăm seama de dificultățile în care se găsește, atunci când vorbește ca minoritar.

Să-mi dea voie deci să nu-i agravez situațiunea și să-l tratez ca și cum ar fi un majoritar, dar cu toate consecințele ce un majoritar ar trage din felul în care a vorbit. Să-mi dea voie, mai ales, să nu-l confund cu masele minoritare maghiare, dornice de pace și de înțelegere.

Ni s'a spus că am făcut călcări cu privire la obligațiunile luate prin Constituțiunea țării, spun prin Constituțiune pentrucă

obligațiunile din tratatul minorităților nu sunt altceva decât ecoul internațional al unor obligațiuni interne și ca atare le și privim.

Ni s'a spus că noi persecutăm minoritatea ungurească, pentru că de câte ori un funcționar ungur nu vorbește românește, își periclitează locul pe care-l ocupă.

Aș dori să știu dacă în vechea Austro-Ungarie ar fi îndrăznit un român să țină un asemenea limbaj și dacă ar fi ajuns ceva dacă nu ar fi vorbit limba majoritară!

D. Goga: În timpul Monarchiei Austro-Ungare, se cerea funcționarilor dela Căile Ferate să-și schimbe numele maghiarizându-i; nu era funcționar dela Calea Ferată, până la cel din urmă acar, care să nu fi fost obligat să-și maghiarizeze numele.

D. N. Titulescu: Noi preferăm să-și păstreze numele, ca să-i cunoaștem dela distanță!

Veniți și ne spuneți aici domnule Bethlen că nu cereți privilegii! Totuși dacă cineva v'a urmărit de aproape, cum mi-a fost dat mie să vă urmăresc de 17 ani, de când s'a făcut unitatea națională, a văzut că nu ați voit să fiți decât niște privilegiați internaționali.

Orice nedreptate făcută unui român se aduce în fața instanțelor românești, în fața organelor Administrației românești. Dv. care spuneți acum că nu pretindeți privilegii, vă duceți, pentru cea mai mică nedreptate la aceea instituție de rezonanță, la acel extraordinar amplificator care este Societatea Națiunilor și faceți dintr'un lucru de nimic o acuzațiune de ordin general împotriva unui neam, care nu are decât un singur păcat: acela de a nu-și fi câștigat unitatea națională decât de 17 ani.

Atât de puțin vreți dvs. egalitatea și atât de mult curge în sângele dvs. privilegiul, încât atunci când a fost vorba de aplicarea sancțiunilor, v'ați dat la o parte, crezând că Pactul Ligii Națiunilor vă dă numai drepturi, iar îndatoririle trebuie să apese numai pe umerii noștri, ai celorlalți.

Aș dori să văd cum Liga Națiunilor, — după ce ați dat bir cu fugiții atunci când a fost vorba de art. 16 — ar mai privi cu simpatie limbajul dvs. în virtutea art 19!

Sistemul dvs. este simplu de ghicit!

De multe ori am căutat și am găsit în stima mea pentru apărătorii tezei maghiare un izvor suficient, care să alimenteze dorința mea de apropiere de acest popor vecin, cu calități pe care sunt primul să le recunosc.

N'am reușit să o realizez. Pentru ce ?

Pentru că dvs. nu vreți egalitate cu noi, aveți boala persistenței imaginii pe retină și credeți că Ungaria milenară va reinvia. Ori nu va reinvia niciodată.

Ne trebuiesc generații tinere de unguri, generații de tineri cari să nu fi crescut în păcatul spiritului de dominațiune al generațiilor celor vechi, ca să ne putem întinde mâna frățește și să putem, în fine, stabili armonia în acest basîn al Dunării.

Dvs. nu aduceți aici limbajul violent, pe care vi l-aș ierta, căci violența este sinceritate, este deschiderea inimii, este darea dreptului ori și cui să vadă ce simți ; dar veniți cu limbajul meșteșugit al celor ce a ținut în robie poporul român, cu limbajul măsurat, cu limbajul care nu păcătuiește cu nimic în formă, pe care însă, dacă l-ași cerceta de aproape aș găsi în el un venin și o otravă care lipsesc din cuvintele pe care sufletul meu le rostește în acest moment față de dvs.

Conte Bethlen, spuneți alor dvs. : „Românii știu ce vrea să facă clasa diriguitoare maghiară din tratatul minorităților ! Voește să aibă cui străin pentru ziua cea mare a revizuirii”. V'am priceput și vom lupta pas cu pas ca o asemenea metodă să nu poată reuși.

Suntem — și în numele guvernului regal al României, v'o declar în plină sinceritate — partizani ai egalității minorităților cu noi ; dar al unei egalități condiționate de un „sine qua non” indispensabil vieții de Stat a României : conștiința dvs. că sunteți români și uitarea că ați fost cetățeni unguri. Ființa dvs. etnică e în afară de cauză !

Minoritățile nu au avut și nu vor avea un apărător mai cald în drepturile lor de egalitate decât pe mine, cu condițiunea ca inima mea să-mi spună : minoritarul care îți vorbește chiar dacă graiul lui nu este curat românesc, simte românește.

Dacă însă este vorba ca prin minorități să ajungem la revizuire, vă repetăm : Nu, niciodată, nici revizuire, nici exagerații în virtutea unui tratat, care nu a avut niciodată sensul pe care pretențiunile dvs. de națiune dominatoare l'a dat în trecut și îl dă și astăzi.

Äusserungen.

Veröffentlicht von : **Nándor Hegedüs.**

Zur Jahreswende der Nationalversammlung von Alba-Iulia im Jahre 1918 geben wir Äusserungen von rumänischen Faktoren aus jenen Tagen bekannt.

Die rumänische Nation verpflichtet sich, gegenüber den auf ihrem Gebiete lebenden übrigen Völkern, Wilsons Prinzipien zu achten und ist bereit, jedem Volke die Bedingungen freier nationaler Entwicklung zu sichern. (*Antwort des rumänischen Nationalrates an Oskar Jászi, am 15. November 1918.*)

Selbstverständlich ist es, dass wir sämtlichen übrigen Völkern volle nationale, politische und kulturelle Freiheit sichern. (*Maniu's Worte in Arad, am 17. November 1919.*)

Das rumänische Volk Siebenbürgens und Ungarns wünscht nicht über anderen Völkern zu herrschen. Es ist also entschlossen, als Verkörperung der Demokratie, jedermann volle nationale Freiheit zu gewähren und jedem einzelnen Individuum, das auf rumänischem Gebiet lebt, die vollkommene Gleichheit der Lebensbedingungen, mithin das einzige Daseinsmittel zu sichern. (*Proklamation des Vasilie Goldiş' im Blatte «Romanul» vom 20. November 1918.*)

Nachdem wir die Herrschaft über Siebenbürgen erreicht haben, wollen wir Allen, die mit uns hier leben, die Freiheit geben, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. (*Äusserung Aurel Vlad's bei der Vorberatung zur Nationalversammlung in Alba-Iulia.*)

Wenn wir nicht die Aufrechterhaltung der Autonomie Siebenbürgens aussprechen, so fügen wir uns nicht den Prinzipien Wilsons. (*Die Worte Pop-Cicio's an derselben Beratung.*)

Die Vereinigung aller Rumänen wird erst dann beständig (*statornic*) sein, und dann erst wird die Weltgeschichte dies in Zukunft garantieren, wenn diese Vereinigung allen Anforderungen, welche die Konzeption des neuen Lebens, der Geist der Zeit vorschreiben, entspricht. Diese neue Konzeption der Zivilisation macht es uns zur Pflicht, die Nachkommen nicht wegen der Sünden ihrer Väter zu strafen, darum müssen wir allen Völkern und allen beisammen lebenden Menschen dieselben Rechte und dieselben Pflichten zusichern. (*Aus der Rede Vasilie Goldiş' bei der Nationalversammlung in Alba-Iulia.*)

Damit die Intriguen unserer Feinde verstummen mögen, haben wir in unserer Beschlussvorlage die uns leitenden Prinzipien kundgetan. Wir sehen in der Verwirklichung der nationalen Einheit den Triumph menschlicher Freiheit und wollen auf diesem Gebiet die Freiheit aller Völker und aller Einzelnen auf den Thron heben. Wir wollen nicht aus Unterdrückten Tyrannen werden. Wir nehmen nicht den gemeinsam hier lebenden Völkern ihre völkische Eigenheit und wir wollen, dass ein Jeder frei seinen Glauben und seine Sprache wählen möge, die er in seinem Privatleben und in seinen Beziehungen zum Staat gebraucht. Wir wollen keinem die Lebenskraft aussaugen, wie man sie uns ausgesogen hat. Wir glauben an unsere Lebensfähigkeit und an die Kraft unserer Ehre und wollen niemand seiner Kraft berauben. (*Julius Maniu's Rede ebendort.*)

Diese unsere Vereinigung muss einerseits für Alle, die als Gesamtheit die Nation verkörpern, die Gleichheit der Lebensbedingungen verwirklichen, andererseits muss sie auf dem Prinzip der Freiheit und gleicher Rechte der Völker aufgebaut werden. (*Huldigungsrede Vasilie Goldiş' vor König Ferdinand am 12. Dezember 1918.*)

Die Liebe, deren wir sie teilhaftig werden liessen, ist die Bürgschaft, dass wir auch halten werden, was wir ihnen versprochen. (*Aus der Rede des Ministerstellvertreters Pherekide an die Deputation der Sachsen am 18. Jänner 1919.*)

Herr Pherekide sprach nicht nur im Namen der Regierung, sondern auch im Namen aller Rumänen ohne Unterschied der Parteien. Wir versichern Ihnen, dass wir niemandes Sprache oder Glauben wegnehmen wollen. (*Worte des Ion Gradişteanu bei derselben Gelegenheit.*)

Ein Volk, welches wie das unsere, Zeugenschaft seines Mutes in der Niederlage wie im Siege in gleicher Weise abgelegt hat, wird auch die Beweise seiner grossmütigsten Auffassung liefern. Im Organismus des neuen rumänischen Staates wird Jeder, der am friedlichen Aufblühen Grossrumäniens mitarbeitet, brüderliches und freundschaftliches Leben finden. Wir werden niemand fragen, woher er kam, sondern wohin er gehen will. (*Aus der Rede Ionel Brătianu's an der Sitzung des Hohen Rates von Sibiu am 8. August 1919.*)

Ich muss feststellen, dass die Nationalversammlung von Alba-Iulia diese Minderheitsrechte nicht nur für das Gebiet dies-

seits der Karpathen, sondern für ganz Rumänien gewährt, mit der Bitte, die Verfassung Rumäniens möge im Sinne der, in diesen Resolutionen enthaltenen Prinzipien geschaffen werden. (*Vortrag Maniu's in: Institutul Social Roman am 11. Mai 1924.*)

Rumäniens Standpunkt ist, jeder Minderheit, die innerhalb seiner Grenzen lebt, ohne Rücksicht auf deren Sprache, Religion, Rasse und Nation, mit den übrigen Staatsbürgern die gleichen Rechte zu geben. (*Vorschlag Brătianu's an der Friedenskonferenz im Juni 1919.*)

Der rumänische Staat gewährt seinen Minderheiten religiöser und ethnischer Natur die weitesten politischen und religiösen Rechte. Von diesem Prinzip durchdrungen votieren wir dafür, dass die Garantie der Minderheitenrechte in das Grunddokument des Völkerbundes aufgenommen werde. (*Brătianu's Vorlage zur Friedenskonferenz am 27. Mai 1919.*)

Die Dezentralisation der Verwaltung wird sämtlichen Minderheiten die weitestgehenden Rechte und vollste Freiheit sichern. (*Brătianu's Vorlage zur Friedenskonferenz am 27. Mai 1919.*)

Die Kraft der neugeschaffenen Staaten hängt von der je grösseren Teilnahme aller Volkselemente in der Regierung des Reiches ab. Daraus folgt die Notwendigkeit, dass jede Unterscheidung abgeschafft werde, welche unter den im Lande wohnenden religiösen und ethnischen Minderheiten Enttäuschung erwecken könnte. In dieser Hinsicht teile ich vollkommen die Ansicht der Grossmächte. (*Aus der Rede Brătianu's an der Plenarsitzung der Friedenskonferenz am 5. Juli 1919.*)

Volle nationale Freiheit für alle hier lebenden Völker. Jedes Volk versieht selbst die Verwaltung, den Unterricht und die Gerichtsbarkeit in der eigenen Sprache, durch aus ihrer Mitte gewählte Männer und jedes Volk erhält das Recht, in der Gesetzgebung und in der Regierung, dem Zahlenverhältnis ihrer Mitglieder entsprechend. Vollkommen reine, demokratische Herrschaft in jedem Zweige des öffentlichen Lebens. Gleiches, unmittelbares, geheimes und proportionelles Wahlrecht im Parlament und bei den Gemeindewahlen. Dem Gewerbearbeiter werden dieselben Rechte und Vorteile gesichert, welche in den fortgeschrittensten westlichen Staaten giltig sind. Vollkommenes Presse-, Versammlungs- und Vereinsrecht und freie Verbreitung jeglichen menschlichen Gedankens. (*III. Punkt der Resolutionen von Alba-Iulia.*)

Die Not der Minderheitsbeamten in Rumänien.

In der Adressdebatte der rumänischen Kammer sprach am 2. Dezember im Namen der Deutschen Abgeordneter Dr. Franz Kräuter. Der Redner verwies auf die Ausführungen, in denen Abgeordneter Dr. H. O. Roth im Namen der Deutschen Partei zu den in der Adressdebatte aufgeworfenen politischen Problemen Stellung nehmen werde. Er, Redner, wolle aus dem Komplex der Fragen bloss eine herausgreifen, die vom Standpunkte der deutschen und sonstigen Minderheiten die meisten anderen an Bedeutung und Tragweite überregt: die Frage der massenhaften Entlassung von Minderheitsbeamten aus dem Verwaltungsdienst.

Wenn die Zwischenkommission von Timisoara in einer einzigen Sitzung die Entlassung von mehr als hundert Minderheitsbeamten beschliesst bzw. beantragt, so ist das ein Anschlag nicht nur gegen die unmittelbar betroffenen Beamten, sondern auch gegen die Bevölkerung der Stadt, aus deren Steuern die Beamten bezahlt werden und die auch ohne die Alba-Iuliaer Beschlüsse ein Recht darauf hat, von Beamten verwaltet zu werden, die aus ihrer Mitte stammen und zu denen sie Vertrauen hat. Auch dem Rumänentum kann es nicht gleichgültig sein, ob Tausende von Bürgern ausserhalb des Gesetzes gestellt werden.

Niemand wird das Recht des Staates bestreiten, von seinen Beamten die Kenntnis der Staatssprache zu verlangen. Darum hat die Deutsche Partei gegen einen ausgiebigen Unterricht der Staatssprache namentlich an der Mittelschule, nie Einwand erhoben. Die Generation jedoch, die in der Mittelschule keinen rumänischen Unterricht genossen hat, wird die Staatssprache nicht mehr vollkommen erlernen. Bei diesen muss man sich damit begnügen, dass sie zum Dienstgebrauch genügend rumänisch können.

Mit diesem einzig richtigen und billigen Grundsatz stehen die im Jahre 1934/1935 angeordneten Prüfungen im krassen Widerspruch. Sie sollen nämlich die Entfernung von Handwerkern der Eisenbahn, Wegräumern, Briefträgern, Strassenbahnlenkern usw. aus ihren Dienststellen rechtfertigen, in deren

Dienst die Staatssprache, die sie übrigens leidlich sprechen, keine besondere Bedeutung hat. Den Ungesetzlichkeiten setzt das Finanzministerium die Krone auf, indem es den krank befundenen Beamten die Pensionen verweigert, wenn sie nicht nachweisen, dass sie vor den Prüfungskommissionen Gnade gefunden haben.

Der öffentlichen Meinung will man weismachen, dass es sich um Massnahmen handle, die notwendig seien, gegen Beamte, die sich hartnäckig weigern, rumänisch zu lernen und dadurch die Interessen des Dienstes verletzen. In Wirklichkeit sind die Prüfungen nur ein Vorwand, der den Schein der Gesetzlichkeit bei der Verfolgung der Minderheitenbeamten wahren sollte. Das gelingt freilich nicht, denn:

1. Werden des Rumänischen unkundige Beamte, wenn sie rumänischer Abstammung sind, nicht geprüft, bzw. nicht entfernt.

2. Die Prüfungen wurden nicht wegen der Dienstuntauglichkeit der Beamten von ihren unmittelbaren Vorgesetzten gefordert.

3. Stimmen aus dem Volk und Politiker verlangen die Prüfungen immer wieder nur als Mittel zur Unterbringung stellenloser rumänischer Intellektuellen.

4. Mit Tausenden von deutschen und ungarischen Postmeistern machte man, da sie durch das Beamtenstatut nicht geschützt sind, kurzen Prozess. Sie wurden entfernt, ohne die Formalität der rumänischen Sprachprüfung und ohne Begründung. Gnade fanden dagegen die Postmeister tschechischer, polnischer und serbischer Abstammung. Bei Besetzung der dadurch freigewordenen Stellen wurden durch Verfügung 15.899-34 der Generaldirektion der Post Angehörige der völkischen Minderheiten ausdrücklich ausgeschlossen.

5. Rumänische Beamte, die ihre Kollegen zur Prüfung in einem Sprachkurs vorbereiteten, wurden von ihren Vorgesetzten gerügt.

6. Das Urteil der Prüfungskommissionen darf von diesen nach der Prüfung nicht verkündet werden, weil es nicht massgebend ist und nachweisbar vom Ministerium korrigiert wird. Der Sinn der Note 6, mit der die, in den Kommissionen wirkenden Mittelschulkräfte zum Ausdruck brachten, dass der Kandidat noch bestanden habe, wurde vom Ministerium nach der Prüfung willkürlich ins Gegenteil umgewandelt.

7. Redner schildert einige Fälle, in denen Beamte der Post aus den Reihen der Minderheiten bei Beförderungsprüfungen im Wettbewerb mit rumänischen Kollegen glänzend bestanden haben, auf Grund ihrer Leistungen und der Prüfung befördert wurden und dann auf Grund der nur für Minderheiten angeordneten Sprachprüfung als dienstuntauglich entlassen wurden.

Dass es sich nicht um gewöhnliche Prüfungen handelt, beweist übrigens auch die Geheimtuerei der Behörden in dieser Frage. Alle diesbezüglichen Verordnungen werden reservat behandelt.

Redner untersucht die einschlägigen Gesetzestexte und stellt fest, dass im Beamtenstatut keine Silbe steht von der Kenntnis der Staatssprache. Paragraph 31, der hiezu ausgegebenen Durchführungsbestimmungen verlangt im Zusammenhang mit den Fällen der Dienstunfähigkeit die Kenntnis der Staatssprache und im Hinblick darauf eine Überprüfung aller Beamten, die im Laufe des Jahres 1924 erfolgen sollte und auch erfolgt ist. Es wird denen, die die Prüfung bestehen, die Anerkennung ihrer Rechte ausdrücklich zugesichert. Im staatlichen Volksschulgesetz heisst es sogar ausdrücklich, dass sie nicht mehr geprüft werden. Auch denen, die 1924 durchfielen, wurde die Möglichkeit geboten, durch eine Verbesserungsprüfung ihre Rechte zurückzuerlangen. Diese klaren Bestimmungen des Paragraph 1 der Durchführungsverordnung werden heute in das Gegenteil umgedeutet. Die Durchgefallenen werden endgültig entfernt, die Beamten aber, die 1924 bestanden haben, sollen so oft geprüft werden, bis sie zu Fall kommen.

Die Praxis teilt den Beamtenkörper in zwei scharf getrennte Gattungen: Rumänische Beamte, die durch das Beamtenstatut in ihren Rechten geschützt sind, und Minderheitler, die man durch Paragraph 31 kurzer Hand brotlos machen kann, weil aus der angeblichen Unkenntnis der Staatssprache, die im Sinne des Paragraph 31 ursprünglich keinen Mangel in ihrer beruflichen Tauglichkeit darstellt, ein Verbrechen gemacht wurde, wofür dieselbe Strafe verhängt wird, wie für Unterschlagung, Diebstahl usw. Es gibt sogar Fälle, in denen man Defraudanten gegenüber nachsichtiger war, als durchgefallenen Minderheitenbeamten gegenüber.

Es handelt sich also um eine vollkommen gesetzwidrige

Verfolgung und Entrechtung unserer Beamten, die mit den, für einen Rechtsstaat geltenden Geboten unvereinbar sind.

Die über eine Stunde währende Rede Dr. Kräuters wurde von dem Redner mit starker Betonung der mit den Sprachprüfungen und Beamtenentlassungen begangenen Ungesetzlichkeiten vorgetragen und vom ganzen Hause mit grosser Aufmerksamkeit angehört.

Volksschulwesen der Minderheiten in Ungarn.

Dr. Franz Olay, der hervorragende Fachmann und Kenner des ungarländischen Unterrichtswesens und der Minderheitenfrage, behandelt in seinem neu erschienenen Werk, * an Hand genauer Zusammenstellung der Rechtsquellen, den Stand des Minderheits-Volksunterrichtes in Ungarn vor dem Weltkriege, dessen heutige Lage und wie er gegenwärtig in der Tschechoslowakei, in Rumänien, in Jugoslawien, in Österreich, in Deutschland, in Polen, in Estland, Lettland und Litauen bestellt ist. Weniger eingehend gibt der Verfasser noch das Volksschulunterrichtswesen der Minderheiten einiger europäischer und amerikanischer Staaten und deren diesbezügliche Prinzipien bekannt.

Das Werk Franz Olay's ist ein wahrhaft unentbehrliches Handbuch für Jeden, der sich für diese Fragen interessiert und wertvoll für Denjenigen, der die Lage der Minderheiten — besonders hinsichtlich des Unterrichtswesens — in den einzelnen Ländern zu vergleichen wünscht.

Nachfolgend seien die Abschnitte des Buches angeführt, die über den Minderheits-Volksunterricht in Ungarn aufklären.

Nach dem Zusammenbruch und den darauffolgenden Revolutionen trachtete das aus vielen Wunden blutende Ungarn, trotz der, sein tausendjähriges Bestehen bedrohenden Verhältnisse, in erster Reihe, die Gleichberechtigung seiner Nationalminderheiten neu zu befestigen, ja der veränderten Weltlage ent-

* Dr. Olay Ferenc: Kisebbségi népoktatás. A Magyar Nemzeti Szövetség kiadása. Budapest, 1935.

sprechend, ihre Rechte möglichst zu verbreitern und diese besonders im Gebiet der Schulung und des Volksunterrichtes durchzusetzen.

Die nach den Revolutionen zustandgekommene erste Bürger-Regierung (unter Leitung des Ministerpräsidenten Friedrich) trachtete schon im Herbst 1919 mit ihrer Verordnung No. 4044/1919 des Ministerpräsidenten die ersten Verfügungen bezüglich der Minderheiten zu tun. (§§ 12. und 13.) Diese Verordnung des Ministerpräsidenten kann aber nur als Grundverfügung betrachtet werden, der alsbald neue Rechtsverfügungen hinsichtlich der Regelung des Minderheitenschutzes folgten, die bis ins kleinste Detail die Rechte der Nationalminderheiten ordneten.

In Städten und Bezirken, in denen eine verhältnismässig beträchtliche Zahl solcher ungarischer Staatsbürger leben, die einer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, wird diesen Minderheiten ein billiger Anteil am Genusse und an der Verwendung der nach dem Staatsvoranschlag und nach Gemeinde- oder anderen öffentlichen Voranschlägen aus öffentlichen Fonds für Erziehungs-, religiöse oder humanitäre Zwecke ausgeworfenen Beträge gewährleistet.

In dem, in den Gesetzartikel XXXIII. vom Jahre 1921 aufgenommenen Friedensvertrag von Trianon enthalten die Abschnitte 54–60, III. Teil, die Verpflichtung des Schutzes der Nationalminderheiten, wovon die Artikel 58–59 sich unmittelbar auf den Unterricht beziehen.

Laut Abschnitt 5 des erwähnten 58. Artikels wird bestimmt: „Jene ungarischen Staatsbürger, die zu einer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehören, geniessen rechtlich und tatsächlich die gleiche Behandlung und die gleichen Versicherungen, wie die übrigen ungarischen Staatsbürger. Nämlich: sie haben das Recht, auf ihre eigenen Kosten Wohlfahrts-, religiöse oder soziale Institutionen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen, mit dem Recht, in diesen ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei auszuüben.“ Der Artikel 59. aber bestimmt: „In Städten und Bezirken, wo in beträchtlicher Anzahl ungarische Staatsbürger mit nicht-ungarischer Sprache leben, wird die ungarische Regierung auf dem Gebiet des Unterrichtes entsprechende Erleichterungen gewähren, damit die Kinder solcher

ungarischer Staatsbürger in den Elementarschulen in der eigenen Sprache unterrichtet werden. Diese Verfügung hindert die ungarische Regierung jedoch nicht, in den erwähnten Schulen den Unterricht der ungarischen Sprache als obligat zu erklären.“

Als Ergänzung der Verordnung No. 4044/1919 des Ministerpräsidenten erschien vom Kultus- und Unterrichtsministerium die Verordnung No. 209.494/1919, welche der Sprache der Minderheiten im Volksunterricht die vollste Geltung sichert, ja sogar weitergeht als gebühlich, indem sie die Einführung des nicht-ungarischen Unterrichtes in nicht-ungarisch bewohnten Gemeinden als obligat bestimmt. Da man sich dieser Verfügung an vielen Orten widersetzte, war deren Abänderung nötig in dem Sinne, dass der Bevölkerung das Recht zusteht, die bisherige Unterrichtssprache beizubehalten. Die Durchführung der im Trianoner Friedensvertrag übernommenen Verpflichtung des Minderheitenschutzes enthält auch die Verordnung des Ministerpräsidenten No. 4800/1923, welche die klare, ohne Umschweife gegebene Bestimmung der Minderheitenrechte darstellt und diese nicht verallgemeinert, sondern bis ins Detail regelt.

Diese Verordnung spricht bezüglich des Unterrichtes das Recht freier Schulwahl aus, ohne jegliche Einschränkung. Gemeinden, Kirchen, Vereine wie Privatpersonen können frei Schulen errichten und aufrechterhalten, in diesen können deren Bewohner, Gläubige, beziehungsweise Mitglieder ihre eigene Muttersprache frei gebrauchen, diesen Schulen kann das Öffentlichkeitsrecht nicht abgestritten werden und bezüglich staatlicher Subvention werden sie ebenso behandelt wie die nicht-staatlichen Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache. In den staatlichen und Gemeinde-Elementarschulen soll dort, wo die Mehrheit der Bevölkerung einer sprachlichen Minderheit angehört, oder wo mindestens 40 % der Schulpflichtigen Minderheitsangehörige sind, auf Wunsch der Interessenten (Eltern, Organe der lokalen Schule, oder der Autonomie) die Muttersprache der Betreffenden teilweise oder ganz als Unterrichtssprache angewendet werden. Die Regierung sorgt für Heranbildung von Minderheitslehrkräften.

Die diesbezüglichen Teile dieser wichtigen Verordnung lauten:

§ 16. Zu einer Sprachminderheit gehörende ungarische Staatsbürger können nicht behindert werden, ihre Studien in

den Gesetzen entsprechenden Lehranstalten jedweder Art, Kategorie und jeglichen Karakters in jedweder Unterrichtssprache zu machen.

§ 17. Da laut diesbezüglicher gesetzlicher Verfügungen das Erhaltungsrecht von Schulen jedweder Kategorie den Gemeinden, Kirchen, den zu diesem Zweck veranstalteten Vereinen und Privatpersonen zusteht, können diese in den von ihnen erhaltenen Lehranstalten als Unterrichtssprache, ohne Verletzung der Verfügungen bezüglich des obligaten Unterrichtes der ungarischen Sprache, — die Gemeinden ausserdem innerhalb der Beschränkung laut § 18. — die Sprache ihrer Einwohner, Gläubigen, Mitglieder, resp. ihre eigene Muttersprache, oder die amtliche Staatssprache frei gebrauchen.

Diesen Anstalten, sobald sie den gesetzlichen Verfügungen in jeder Hinsicht entsprechen, kann das Öffentlichkeitsrecht nicht versagt werden, diesen muss die gleiche Behandlung zuteil werden wie den nicht-staatlichen Anstalten mit ungarischer Unterrichtssprache jedweder Stufe und Art und die Bedingungen ihrer staatlichen Subvention sollen auch dieselben sein.

§ 18. In Staats- und Gemeindevolksschulen, wo die zu einer und derselben Sprachminderheit gehörenden Lehrpflichtigen die Zahl 40 erreichen, oder wo der zu ein und derselben Sprachminderheit gehörende Teil der Bevölkerung dessen Mehrheit ausmacht, muss auf Wunsch der lokalen Schul- oder autonomen Verwaltungsorgane, oder der Eltern, Vormunde der 40, zur Sprachminderheit gehörenden lehrpflichtigen Kinder, die Muttersprache der betreffenden Minderheit — ohne Verletzung der gesetzlichen Verfügungen bezüglich obligaten Unterrichtes der ungarischen Sprache — in Klassen von entsprechender Zahl, teilweise oder ganz als Unterrichtssprache angewendet werden.

Zur Sicherung eines erfolgreichen Unterrichtes wird der Unterrichtsminister mittels Verordnung feststellen, dass dort, wo im obigen Absatz erwähnte Organe, resp. die Eltern es wünschen, dass die Minderheitssprache teilweise Geltung erhalte, unter welchen Schultypen bezüglich der Unterrichtssprache die obengenannten Interessenten wählen können.

Die Regierung sorgt, den Anforderungen entsprechend, dass in den ihrerseits bezeichneten Bürger- und Mittelschulen für die zu Sprachminderheiten gehörenden Schüler der Unter-

richt in, zu diesem Zweck errichteten Parallelklassen teilweise oder ganz in der Muttersprache der Schüler erteilt werde.

Ebenso sorgt die Regierung dementsprechend, für die Ausbildung von Lehrkräften in gehöriger Anzahl zur Durchführung obiger Anordnungen.

Für die Pflege der Sprache und Literatur der im Lande lebenden Minderheiten muss an mindestens einer wissenschaftlichen Universität ein Lehrstuhl erhalten werden.

Die Durchführungsweise bezüglich der Verfügungen im Volksunterricht regelt noch die Verordnung des Kultus- und Unterrichtsministeriums No. 110.478/1923 vom 24. August 1923 eingehend. Aus alldem geht hervor, dass durch diese Verfügungen das alte Recht der konfessionellen Schulen auch auf die Staats- und Gemeindeschulen ausgestreckt wurde, da der Staat ohne Ansuchen in den staatlichen Schulen die Muttersprache der lokalen Mehrheit unterrichten lässt.

Unbefangen lässt sich also die Tatsache feststellen, dass von den, zum Minderheitenschutz verpflichteten Staaten als erster Ungarn die Minderheitsverordnungen durchgeführt, ja sogar eigenwillig erweitert hat.

Die von der Billigkeit der ungarischen Denkungsart durchdrungenen Verfügungen sicherte den Gemeinden die unbegrenzte Möglichkeit der Errichtung von Schulen jedweden Typus, selbst mit staatlichem Charakter.

Zu diesem Zweck spricht im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten die Verordnung des Unterrichtsministers No. 62.800/1925 VIII/a in Angelegenheit der Schaffung eines Lehrplanes der Elementarschulen mit Unterrichtssprache der Minderheiten Typus A), B) und C) folgendes aus:

„In meiner, mit dem Herrn Ministerpräsident im Einvernehmen herausgegebenen Verordnung No. 110.478/1923 habe ich für die Schulen mit Minderheits-Unterrichtssprache 3 Typen errichtet. Im letzten Abschnitt des zweiten Teiles eben derselben Verordnung habe ich in Aussicht gestellt, dass ich den Lehrplan bezüglich der Schulen verschiedenen Typus mit Minderheitslehrsprache gleichzeitig mit dem Lehrplan der Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache feststellen werde.“

Nach dieser Feststellung ist im Nachfolgenden der Grundriss der einzelnen Typen bekanntgegeben:

I.

Typus A) Schule mit Minderheits-Unterrichtssprache, worin die ungarische Sprache ordentlicher, obligater Lehrgegenstand ist, sämtliche anderen Lehrgegenstände in der Minderheitssprache unterrichtet werden. Bezüglich des Religionsunterrichtes ist die Verordnung des Unterrichtsministeriums No. 1797/1914 vom 24. April 1914 für Religionsunterricht und dessen Sprache in den Volkslehranstalten ausschlaggebend. Für die Wahl des Materials in der Muttersprache und in der ungarischen Sprache gilt der mittels Verordnung No. 1467/1925 vom Kultusministerium herausgegebene Lehrplan.

II.

Typus B) Schule mit gemischter Minderheiten- und ungarischer Unterrichtssprache, wo die Minderheitssprache (Muttersprache) innerhalb dieser Sprach- und Sinnübungen, Lesen, Schreiben, Konzipieren, Rechtschreibung, sprachliche Erklärung, Natur- und Wirtschaftskennntnisse (Naturgeschichte, Naturlehre, Wirtschaftslehr, Haushaltslehre und Gesundheitslehre), Zeichnen und Handarbeit in der Muttersprache, die ungarische Sprache (Sprech- und Sinnübungen, Lesen, Schreiben, Konzipieren, sprachliche Erläuterung), Geografie, Geschichte und Gymnastik ungarisch, Rechnen und Gesang in der Muttersprache und ungarisch unterrichtet werden.

III.

Typus C) Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache, worin die Minderheitssprache (Muttersprache) ordentlicher und obligater Lehrgegenstand ist und wo alle übrigen Lehrgegenstände ungarisch unterrichtet werden.

*

Volksschulen in solchen Typen wurden in Ungarn für die Minderheiten in folgender Anzahl errichtet:

1. Deutsche.

Seelenzahl der Deutschen in Ungarn war im Jahre 1930 : 478.630, die Zahl der 6–11 jährigen : 53.159.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A) 46

„ B) 139

„ C) 263

Zusammen . . 448

Staatliche Subvention bewilligt	1,087.525 P
Gemeinde-Beisteuer bewilligt	293.226 P
Zusammen	1,380.751 P

2. Slowaken.

Seelenzahl der Slowaken war in 1930: 104.819. Zahl der 6–11 jährigen war: 10.729.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A)	–
„ B)	2
„ C)	51
Zusammen	53

Von diesen sind 7 staatlich, 46 konfessionellen Karakters.

Staatliche Subvention bewilligt	131.757 P
Gemeindebeisteuer bewilligt	9.753 P
Zusammen	141.510 P

3. Rumänen.

Seelenzahl der Rumänen war in 1930: 16.221, davon 6–11 jährige 1.689.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A)	–
„ B)	1
„ C)	10
Zusammen	11
Staatliche Subvention bewilligt	7.108 P
Gemeindebeisteuer bewilligt	–
Zusammen	7.108 P

4. Kroaten.

Seelenzahl der Kroaten war in 1930: 27.683, davon 6–11 jährige 3.414.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A)	–
„ B)	4
„ C)	17
Zusammen	21
Staatliche Subvention bewilligt	56.446 P
Gemeindebeisteuer bewilligt	23.227 P
Zusammen	79.673 P

5. Serben.

Seelenzahl der Serben in 1930 war 7.031, 6–11 jährige waren 523.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A)	15
„ B)	4
Zusammen . .	19

6. Bunjevatzen, Sokatzen, Illirier.

Ihre Zahl in 1930: 20.564, 6–11 jährige 2.165.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A)	–
„ B)	–
„ C)	9
Zusammen . .	9

Staatliche Subvention bewilligt 39.777 P

Gemeindebesteuer bewilligt 8.097 P

Zusammen . . 47.884 P

7. Wenden.

Seelenzahl der Wenden war in 1930: 5.464 (zerstreut)
6–11 jährige 589.

Im Schuljahr 1932–33 waren Volksschulen Typus A)	–
„ B)	3
„ C)	1
Zusammen . .	4

Staatliche Subvention bewilligt 6.397 P

Gemeindebesteuer bewilligt 298 P

Zusammen . . 6.695 P

Die gesamte Staats-Subvention der Minder-
heitsschulen 1,329.010 P

Die gesamte Gemeindebesteuer der Minder-
heitsschulen 334.821 P

Zusammen . . 1,663.831 P

Es verdient wiederholt betont zu werden, dass die in den Nachfolgestaaten berücksichtigte Namensanalyse, das heisst die gewaltsame und behördliche Feststellung der nationalen Zugehörigkeit der Schüler überhaupt nicht vorkommt. Während in den Nachfolgestaaten sich die Lage der Minderheiten stetig verschlimmert, unterdessen weist das Minderheitenleben in Ungarn in jeder Beziehung Entwicklung auf.

Die Minderheiten der Tschechoslowakei fordern Schutz gegen Entnationalisierung.

In der Prager Kammer wurde am 30. November ein von 60 Abgeordneten unterschriebener Antrag der Abgeordneten *Dr. Luschka* (deutscher Christlichsozialer), *K. H. Frank* (Sudetendeutsche Partei), *Dr. Szüllö* (Ungar), *L. Wolf* (Pole) und Genossen eingebracht, der die Regierung auffordert, ehestens einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die gewaltsame Entnationalisierung laut dem Verbot in § 134 der Verfassungsurkunde unter Strafe gestellt wird.

§ 134 der Verfassung lautet: Jegliche Art gewaltsamer Entnationalisierung ist unerlaubt. Die Nichtbeachtung dieses Grundsatzes kann das Gesetz als strafbare Handlung erklären. (Ein Durchführungsgesetz zu diesem Paragraph ist bisher nicht erlassen worden.)

Die Begründung des Antrages knüpft an diesen Wortlaut an und führt aus:

Diese Bestimmungen bilden den Abschluss des sechsten Hauptstückes der Verfassungsurkunde, das den Schutz der nationalen, religiösen und Rassenminderheiten zum Gegenstand hat. Daraus geht unzweifelhaft hervor, dass es die Absicht der Verfassungsurkunde ist, den Minderheitenschutz restlos zur Durchführung zu bringen und damit auch die Ziele des Minderheitenschutzvertrages von St. Germain vom 10. Dezember 1919 zu erfüllen, demzufolge kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung die Vertragsverpflichtungen rechtsgültig abändern oder aufheben darf.

Im Laufe von mehr als 15 Jahren seit der Publikation der Verfassungsurkunde mehren sich die Erscheinungen, die den Beweis erbringen, dass der Minderheitenschutz ohne ein Durchführungsgesetz des § 134 der Verfassungsurkunde in Frage gestellt ist und praktisch unwirksam gemacht werden kann. Insbesondere in der letzten Zeit sind zahlreiche Vorfälle bekannt geworden, die es den verantwortungsbewussten Volksvertretern der Minderheiten zur Pflicht machen, zum absoluten Schutz der Minderheiten das beantragte Durchführungsgesetz dringendst zu urgieren. Verwandte Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze

der Republik haben sich als nicht genügend wirksam erwiesen. Die Antragsteller sind der Überzeugung, dass mit der restlosen Sicherstellung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz der Minderheiten im Staat im Sinne des Antrages gerade im Zeitpunkt schwerer internationaler wirtschaftlicher und politischer Spannungen auch dem gesamtstaatlichen Interesse am besten gedient wäre. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages, durch den keine Kosten erwachsen, zur dringlichen Behandlung an den Verfassungsausschuss beantragt.

Der vorliegende Antrag stellt eine gemeinsame Aktion aller oppositionellen Minderheitsparteien dar und zwar sowohl der Sudetendeutschen Partei als auch der Deutschen Christlich-sozialen Volkspartei sowie der ungarischen Parteien und der polnischen Opposition.

Fünf Millionen Menschen.

Unter diesem Titel lesen wir im „Siebenbürgisch-deutschen Tageblatt“ vom 1. Dezember:

„Im Oktober Heft der Zeitschrift ‚Revista de Igiene Sociala‘ hat, wie schon berichtet, Dr. Banu, ein Mitglied der Christlich-nationalen Partei, die Zahl der den Volksminderheiten angehörenden rumänischen Staatsbürger für das Jahr 1930 mit fünf Millionen errechnet. Diese und andere auf amtlichen Zählungen fussende Angaben lassen erkennen, dass die bisher angenommene Zahl von vier Millionen zu niedrig war und dass infolgedessen der Minderheitenfrage in Rumänien auch vom staatspolitischen Standpunkt eine Bedeutung zukommt, die auch von denen, die ihre grosse Wichtigkeit erkannt haben, vielfach unterschätzt worden ist.

Von den 18 Millionen Einwohnern Rumäniens gehört also fast jeder dritte einer Volksminderheit an! Schon diese Zahl allein beweist, dass höchstens ein Staatsfeind die Erstrangigkeit der Minderheitenfrage für unser Land verneinen kann, dass aber jeder den Staat bejahende Angehörige unserer Minderheiten ebenso wie jeder gute Rumäne die Verpflichtung hat, für eine feste innere Bindung dieser fünf Millionen Menschen an unseren Staat einzutreten, um seine Grundlagen für alle Wechselfälle der zwischenstaatlichen Politik, für Krieg und Frieden, unerschütterlich stark zu machen.

Jenen Vertretern des Mehrheitsvolkes, die diese Sachlage noch immer nicht voll erfassen konnten, muss die Erkenntnis zuteil werden, dass es sich nicht darum handelt, ob diese Min-

derheiten von anderen Mitbewohnern gerne gesehen sind oder nicht, sondern dass das Vorhandensein dieser fünf Millionen Menschen einfach eine Tatsache ist, die sich aus der Einverleibung der entsprechenden Gebiete in den grossrumänischen Staat ergeben hat. Wer nicht glaubt, dass diese fünf Millionen Menschen etwa vertilgt und ausgerottet werden können, der muss die Notwendigkeit einer positiven Lösung des gestellten Problems erkennen. Es wäre aber auch vom rumänischen Standpunkte töricht, das Vorhandensein dieser Minderheiten bloss als ein Übel anzusehen. Ein Teil dieser Minderheiten hat sich, wie es auch von der rumänischen Wissenschaft nachgewiesen worden ist, um die Kulturentwicklung und die wirtschaftliche Ausgestaltung sowie um die politische Festigung unseres Landes unvergängliche Verdienste erworben. Auch in der Zukunft können diese Minderheiten, wenn ihnen die Bejahung des gemeinsamen Vaterlandes ermöglicht wird, dem Lande von grossem Nutzen sein, indem sie nicht nur das Ihrige zu seinem Aufbau beitragen, sondern auch der Aussenwelt gegenüber die Zukunft unseres Staates sichern helfen, indem sie vielfach in den grossen Völkern Europas und — man denke an die Deutschen — als Träger einer Weltsprache für die Lebensrechte und Interessen ihres Landes und seiner Bewohner Verständnis erwecken und erhalten.

Solche Mitbürger, die durch Hetzereien gegen Staatsbürger nicht rumänischer Muttersprache hervortreten, begehen nicht nur eine gewaltige Dummheit, sondern auch ein Verbrechen gegen ihren Staat; und es ist eine der grössten Sünden, an der alle bisherigen Regierungen mitbeteiligt waren, dass die dringendsten Fragen des Minderheitenrechtes noch immer nicht einer Bereinigung zugeführt worden sind. Von der deutschen Volksgruppe ist bei jeder Gelegenheit nicht nur erklärt, sondern auch bewiesen worden, dass sie bereit ist, an dem Aufbau unseres Landes mitzuarbeiten, ja sie ist in den Erklärungen hierfür verschiedentlich bis zur äussersten Grenze der Selbststachtung gegangen. Auf der Seite der Staatsführung aber hat es bis zum heutigen Tag an der notwendigen staatsmännischen Einsicht und Entschlossenheit gefehlt. Man hat übersehen, dass es nicht genügt, die Minderheiten zu loyalen Verhalten zu ermahnen und sie mit Versprechungen für die Zukunft zu trösten, und dass es noch lange keine positive Minderheitenpolitik ist, wenn man etwa im Vergleich zu noch chauvinistischeren Richtungen diesen oder jenen Übergriff gegen die Minderheit unterlässt. Nein, für jeden wirklichen Staatsmann in Rumänien muss es als eine der vordringlichsten Aufgaben gelten, die staaterhaltende Kraft einer Volksminderheit, ihre Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit und zur Festigung des Staates festzuhalten, sie seelisch in der Staatsidee zu verankern und rechtlich in die Staatsordnung einzubauen.

Hier und dort lassen sich wohl theoretische Versuche einer Ordnung des Minderheitsrechtes auch in unserem Land erkennen, sie sind jedoch über blasse Anfänge nicht hinausgekommen und vielfach mit groben Irrungen verbunden. Wenn z. B. die Christlich-nationale Partei ihrem Programm gemäss die Minderheiten aus dem öffentlichen Dienst ausschalten will, so begibt sie sich auf ein gefährliches Gebiet. Will sie vielleicht fünf Millionen Einwohner Rumäniens auch von dem Militärdienst befreien und die diesbezüglichen staatsbürgerlichen Pflichten auf die übrigen 13 Millionen beschränken? Oder glaubt sie, dass es möglich und staatspolitisch klug ist, einem Teil der Einwohnerschaft bloss Pflichten aufzuerlegen und ihm die entsprechenden selbstverständlichen Rechte zu nehmen?

Ein gefährliches Schlagwort ist das von der zwangsweisen verhältnismässigen Vertretung der Völker Rumäniens in der privaten Wirtschaft, wie es der in der Christlich-nationalen Partei weiterlebende „Numerus valachicus“ darstellt. Es ist an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt und begründet worden, dass eine Aufhebung der Vertragsfreiheit und des Privateigentums, die ein solcher, dem kommunistischen Wirtschaftssystem am nächsten liegender Eingriff tatsächlich bedeuten würde, von den allerschwersten Folgen für das Land und seine Bevölkerung begleitet sein würde. Seine gerechte Durchführung wäre unmöglich und er würde infolgedessen die Willkür von Unterhäglingen ins Masslose steigern, sämtliche Wirtschaftszweige mit allen ihren Einzelbetrieben dem Gutdünken von Bürokraten ausliefern, der Korruption Tür und Tor öffnen. Dadurch würde die Wirtschaft zu Tode getroffen, der Rechtsgedanke zersetzt, die Ordnung der Staatsfinanzen zerstört und der Staat innerlich und nach aussen geschwächt werden. Gegen das Ideal gerechter Vertretung aller Völker dieses Landes in der Wirtschaft kann nichts eingewendet werden, wohl aber muss auf die Unmöglichkeit und die grenzenlose Gefahr einer Verwirklichung jenes Ideals mit brutalen Zwangsmitteln und unter Zerstörung des privaten Rechtes hingewiesen werden. Es muss klargestellt bleiben, dass die Gleichberechtigung der Staatsbürger sowohl in rechtlicher als auch in praktischer Hinsicht schlechthin die Lebensgrundlage unseres gemeinsamen Vaterlandes ist.

Wer die Rechtsgrundlagen und die sittliche Idee eines Staates nicht hochhält, wer den Volksminderheiten das Recht auf ihre völkische Eigenart gleichwie auf wirtschaftlichen Lebensraum nicht zugesteht, wer etwa glauben sollte, die Minderheitenfrage lasse sich durch nackte Gewalt lösen, der geht in die Irre. Er begibt sich mit der Beanspruchung der Gewaltherrschaft für eine Mehrheit auf ein höchst gefährliches Gebiet, denn eine Verneinung des Minderheitenrechtes muss, wenn sie auf grössere geographische Räume Anwendung findet, auch zur

Verneinung des Lebensrechtes aller kleineren Völker und Staaten führen und jegliches volkliche und staatliche Dasein des kleineren etwa von der Gnade des grössten Volkes im Donauraum oder in Europa abhängig machen.

Solchen Gedankengängen, die ins Uferlose führen und an den Grundfesten eines Staates mit Bevölkerungsteilen unterschiedlicher Volkszugehörigkeit rütteln, darf niemand folgen, der es ehrlich mit seinem Land meint. Wohl aber müssen wir alle ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit unablässig dafür eintreten, wirken und kämpfen, dass für Rumänien und seine Zukunft nicht nur 13 oder gar noch weniger Millionen Menschen zum Einsatz bereit sind, sondern dass die Kräfte möglichst aller 18 Millionen Einwohner unseres Landes zu einer unerschütterlichen Einheit zusammengefasst werden. Der einzige Weg zu diesem Ziel führt über die Sicherung der Minderheitenrechte und Lebensmöglichkeiten für alle artbewussten Volksgruppen und Staatsbürger unseres Landes.“

Dem ungarischen Gymnasium in Timisoara das Öffentlichkeitsrecht entzogen.

Der Permanente Rat des Unterrichtsministeriums hat auf Grund von Unterbreitungen des Timisoaraer Schulinspektorats das Öffentlichkeitsrecht dem Timisoaraer ungarischen Gymnasium entzogen. Das Gymnasium ist zufolge wiederholter Anzeigen des Schulinspektorats seit 1928 dreimal ermahnt worden. Einmal darum, weil das Institut kein eigenes Gebäude hat, sondern im Piaristengymnasium und mit vornehmlich entliehenen Schulgerätschaften wirken soll, dann weil man in der Schulbibliothek ein altes ungarisches Buch mit Gedichten, die für das Rumänentum und das Serbentum beleidigend sein sollen, fand und zum drittenmal darum, weil das Institut nicht nur magyarische, sondern auch deutsche Schüler aufnahm. Nach diesen drei Verwahrungen aber hat der Schulinspektor für das Mittelschulwesen, Cioflec, dem Unterrichtsministerium die Entziehung des Öffentlichkeitsrechtes beantragt mit dem Hinweis darauf, dass unter anderem der Direktor des Gymnasiums bei der rumänischen Sprachprüfung durchfiel, dass die Professoren keine Funktionsbewilligung haben, dass die Unterrichtsergebnisse der Schule schwach seien, die Schüler arm und ausserstande sind,

das Schulgeld aufzubringen und der materielle Bestand der Schule nicht gesichert ist.

In Vertretung der bischöflichen Behörde, die als Schulerhalterin gilt, war Kämmerer Dr. Lothar Unterweger erschienen, die Schule vertrat Direktor Ernst Vajda. Ausserdem war als Anwalt der ungarische Abgeordnete Dr. Willer bei der Verhandlung zugegen. Der Permanente Rat hat die Ausführungen der drei Herren angehört und trotz dringender Vorstellungen dahin entschieden, dass der Schule das Öffentlichkeitsrecht entzogen wird.

Der Beschluss des Unterrichtsministeriums bedeutet soviel, dass die Schüler des Gymnasiums in Hinkunft nicht mehr vor den eigenen Professoren die Prüfung ablegen können und dass sie für die Prüfungen besondere Taxen zu entrichten haben werden.

Anschliessend an die Angelegenheit des Timișoaraer ungarischen Gymnasiums verhandelte der Permanente Rat des Unterrichtsministeriums auch den Antrag des Timișoaraer Schulinspektorats auf Entzug des Öffentlichkeitsrechtes des Mädchen-gymnasiums der Lugojer „Notre Dame“-Schulschwestern. Das Institut hat eine deutsche und eine ungarische Sektion und ist allgemein als vortreffliche Lehranstalt bekannt. Ausser dem Vertreter des Bistums Doktor Unterweger und dem Anwalt Dr. Willer wurde die Schule durch deren Direktorin Maria Relinda so überzeugend vertreten, dass das Unterrichtsministerium den Vorschlag des Schulinspektorats als unbegründet verwarf und der Lehranstalt das Öffentlichkeitsrecht auch weiterhin belliess.“

Ein Ungarisches Minderheiten-Institut in Budapest.

Schon vor längerer Zeit hat sich die ungarische Universitätsjugend an den Senat der Budapester Universität wegen Errichtung eines Minderheiten-Instituts gewandt. Die Hochschuljugend hat dann eine Aktion eingeleitet, um die Schaffung des Instituts bei der Regierung durchzusetzen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben: Das Minderheiten-Institut soll im Rahmen der Budapester Universität errichtet werden. Zum Leiter des Instituts ist der bekannte ungarische Statistiker, der ehemalige Handelsminister Dr. B. Kenéz bestellt worden.

Prof. Kenéz hat über seinen Arbeitsplan und dessen Umfang einige Erklärungen abgegeben. Das Institut soll sich an erster Stelle mit den ungarischen Volksgruppen in den Nachfolgestaaten beschäftigen. Neben dieser Befassung soll die Lage der anderen Volksgruppen in den Nachfolgestaaten ebenfalls Beachtung finden. Was die deutsche Volksgruppe in Ungarn anbetrifft, so hat Prof. Kenéz anfangs dem Vertreter eines Budapester deutschen Blattes gegenüber erklärt, dass die Beschäftigung mit dieser Volksgruppe nicht in Betracht komme. Später hat Prof. Kenéz bekanntgegeben, dass das von ihm geleitete Institut sich auch mit den Fragen der einheimischen Minderheiten befassen werde.

Das Minderheitenrecht durchgesetzt in — Albanien...

In Athen wurde ein amtliches Communiqué veröffentlicht, in dem die Liquidierung des griechisch-albanischen Konfliktes wegen Schliessung der Schulen der griechischen Minderheit in Albanien bestätigt ist. Dieser Streitfall hat, wie bekannt, den Völkerbund und den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag beschäftigt. In der erwähnten amtlichen Verlautbarung heisst es u. a.: „Die glückliche Lösung dieser Frage, die die wichtigste Differenz zwischen den beiden Völkern bedeutete, ist zum grossen Teil auf die loyale Haltung Albaniens vor dem Völkerbundrat zurückzuführen“. Die Regierung Albaniens hat — der Entscheid des Haager Gerichtshofes hatte den von Griechenland vorgebrachten Argumenten Recht gegeben — die Wiedereröffnung der seinerzeit geschlossenen Schulen der griechischen Minderheit im Nord Epyrus durchgeführt. Nach Athener Pressemeldungen wurden mit Beginn des Schuljahres 75 solcher Schulen normal funktionieren.

Zur Auswanderung der Dobrudscha-Türken.

Zufolge Nachrichten aus Istanbul ist in der massenweisen Abwanderung der Dobrudscha-Türken nach der Türkei keine Unterbrechung erfolgt. Nach Mitteilungen des Generalinspektors für Trazien werden allein während einer Woche etwa 10.000 der auswandernden Türken mit Schiffen aus Constanța erwartet. Nach einem bestimmten Siedlungsplan ist die Aufnahme dieser Volksgenossen in Anatolien gesichert. Nach Angabe des Statistischen Amtes in Ankara (vom 20. Oktober d. J.) beträgt die

Anzahl der Bewohner in der Türkei im Jahre 1935 16,188.777 Menschen; in Jahre 1927 ergab die Zählung 13,648.270. Mithin sei ein Ansteigen der Bevölkerung in diesen Jahren um 23,2% erfolgt. In der türkischen Presse ist hingewiesen, dass dieser hohe Prozentsatz insbesondere auch durch die massenweise Rückkehr der Türken vom Balkan bedingt sei.

10 Jahre Deutsche Kultur-Autonomie in Estland.

Die „Revalsche Zeitung“, das Organ des estländischen Deutschtum, veröffentlicht die Ansprache des Präsidenten der deutschen Kulturverwaltung Baron W. v. Wrangell, die er in der Festsitzung anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Kultur-Autonomie der Deutschen in Estland hielt.

Der Präsident der deutschen Kulturverwaltung wies hin: „Vor 10 Jahren entschloss sich das estländische Deutschtum einstimmig, die Kulturselbstverwaltung auf Grund des neuen Gesetzes einzuführen... Die vergangenen 10 Jahre haben gezeigt, dass der eingeschlagene Weg grundsätzlich richtig ist. Eine national-kulturelle Selbstverwaltung lässt sich nicht nur bei beiderseitigem guten Willen mit den berechtigten Ansprüchen des Staates in Einklang bringen, sondern sie liegt im unmittelbaren Interesse des Staates. Je mehr Selbstverantwortung er den Volksgruppen auf ihrem eigensten Gebiete, ihrem Kulturleben, überträgt, desto mehr Reibungsmöglichkeiten schaltet er aus und desto fester bindet er die Volksgruppen an den Staat. Denn die festeste Bindung sittlicher Menschen ist das Tragen von Verantwortung...“

„Wir haben die Möglichkeit gehabt, unser Kulturleben, in erster Linie unser gesamtes Schulwesen im Grossen so zu gestalten, wie wir es für richtig und tragbar hielten. In unsere Hand ist die Verantwortung für das gelegt worden, was uns am allernächsten angeht, nämlich für die geistige Existenz und Ausrichtung unserer Volksgruppe. Durch die Einrichtung des Nationalregisters haben wir erstmalig die Möglichkeit erhalten, einen Überblick über den tatsächlichen Bestand und die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Deutschtums zu gewinnen, und somit von der Wirklichkeit aus uns ein Bild über unsere Notwendigkeiten zu machen. Durch das Steuerrecht endlich sind wir in die Lage versetzt, unser gesamtes Deutschtum je nach Kräften für allgemeine Zwecke der Volksgruppe heranzuziehen und die Lasten gerecht zu verteilen. Das alles gibt uns ungeachtet der fraglos vorhandenen Schwierigkeiten und Widerstände sehr viel mehr Möglichkeiten zur Erhaltung unseres heimatlichen Deutschtums als sie vorher vorhanden waren...“

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Muss Russland hungern ?

Diese Frage beantwortet das neuestens erschienene Werk, welches Dr. Ewald Ammende unter dem Titel „Muss Russland hungern?“ auf 382 Seiten verfasste und im Verlag von Wilhelm Braumüller in Wien herausgegeben wurde.

Ewald Ammende, der bekannte Generalsekretär der Nationalitätenkongresse kämpft mit ebensolcher Hingabe und Ausdauer, wie er für die europäischen Minderheiten arbeitet, um das Gewissen der Welt wegen der hungernden Menschenmassen unter der Sowjetherrschaft wachzurufen. Ammende verlebte seine Jugend im Russischen Zarenreich, denn Riga, der Stammort seiner Familie gehörte damals noch zu Russland. Folglich kennt er die Fehler und Tugenden des russischen Volkes sehr wohl, die man bei den verschiedenen politischen Systemen nicht ausser acht lassen darf.

Vor zwei Jahren verbrachte Ammende mehrere Monate in den Vereinigten Staaten und in England, um die öffentliche Meinung dieser Staaten auf die verzweifelte Lage zu lenken, worin zu den verschiedensten Völkern gehörende Menschenmengen durch die verfehlte Wirtschafts- und Kulturpolitik des Sowjets geraten waren. Es scheint, dass die Erfahrungen jener Reisen in ihm den Gedanken reiften, auf Grund pünktlich gesammelter, vollkommen verlässlicher Daten ein umfassendes Bild jener Katastrophe zu geben, deren Ursachen und Haltung der grossen Staaten ihr gegenüber, die Zeugenschaft des nach Russland gereisten gewesen französischen Ministerpräsidenten Herriot und, was uns am meisten interessiert, den Kampf des Sowjets mit den Nationalitäten zu beschreiben. Dieser Teil umfasst 53 Seiten des Werkes, woraus wir Lenins Nationalitätenpolitik kennen lernen sowie den Grund, weshalb auch diese fa'len gelassen wurde und die Nationalitäten in die jämmerlichste Lage getrieben wurden.

Dieser Teil des Buches ist so spannend und lehrreich, dass wir ihn später eingehend bekanntgeben müssen.

* Muss Russland hungern? Menschen und Völkerschicksale in der Sowjetunion. Von Dr. Ewald Ammende. XXIV und 356 Seiten mit 22 Abbildungen. Preis broch. Rm. 6. Leinen geb. Rm. 7.50. Universitäts-Verlag Wilhelm Braumüller Wien.

Director și redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.

CUPRINSUL – SOMMAIRE – INHALT :

Seite

Die einzelnen Phasen jener Aktion, die Onisifor Ghibu gegen die römisch-katholische Kirche in Siebenbürgen angezettelt hat	1
Monsieur G. Szűllő attaque la politique de Monsieur Benès au Parlement de Prague	5
Die zum Völkerbund seit 1930 eingereichten ungarischen Petitionen und deren Erledigung	8
Eine Erklärung. Von: Dr. Elemér Jakabffy	21
Declarația Partidului Maghiar și „Universul“	23
Quelques condamnations	26
Kundgebungen des Deutschtums in Rumänien	27
Eine bedeutsame Entscheidung der europäischen Nationalitätenbewegung	33
Zweierlei Mass in Genf. Bei Petitionen der Minderheiten	38
Le bilan statistique de l'enseignement primaire des Hongrois en Transylvanie pendant les quinze dernières années, depuis le régime roumain. Par: Andreas R. Szeben	40
Recrudescence nationaliste et excès chauvins	48
Wirtschaftlicher „Numerus clausus“ für nationale Minderheiten. Von: Emil Neugeboren	50
Contele Bethlen despre protecția minorităților. Președintele partidului maghiar cere trecerea în Constituție a drepturilor minorităților	57
La proposition de M. Vaida pour l'introduction du „numerus clausus“	60
Ordinul Ministerului Instrucțiunii, al Cultelor și Artelor în Raport cu convenția școlară încheiată între Statul Român și Statul iugoslav	62
Der Völkerbund und die Minderheiten in Albanien	65
Discursul d-lui senator E. Gyárfás despre proiectul de lege administrativă	68
Zur Lage der Minderheiten in Rumänien	84
Die zweite Tagung des Auslands-Tschechoslowakentums	88

	Seite
Les Bulgares de Roumanie et M. Vaida-Voevod	90
Die Autonomie Karpathorusslands und die Tschechoslowa- kische Regierung	92
Eine Denkschrift der Deutschen Rumäniens. An einem Scheidewege der politischen Entschliessungen	93
Intensive Arbeit der Rumänen im Széklergebiet	94
Rehabilitierung unschuldig Verhafteter	95
Unsere Pflichten in der heutigen Lage	97
Deutschtum und Ungartum. Von: Dr. Gustav Gratz	103
Die Wahlen in Jugoslawien. Von: Dr. Elemér Jakabffy	108
Une Violation du Traité de Minorités par l'Albanie consta- tée par la Cour permanente de la Haye	110
L'opinion anglaise constate l'incapacité de la S. D. N. dans la question minoritaire	113
La politique minoritaire du parti radical-paysan et du parti national-paysan	115
Zu den Wahlen in der Tschechoslowakei	117
Der neue Gouverneur in Karpathorussland	120
Die „Neue Zürcher Zeitung“ über Minderheitenverhältnisse in Rumänien	121
Senator Dr. Gyárfás über die Bestrebungen Vaida-Voevod	121
Zahlenmässige Daten zu den Wahlen in der Tschechoslo- wakei	122
Die Bibliografie der Ruthenenfrage. Zusammenestellt von: János Kertész	123
Zur Frage der Deutschen in Ungarn. Von: Dr. Elemér Jakabffy	133
Der katholische „Status“ von Siebenbürgen und seine Kämpfe. Von Senator: Dr. E. von Gyárfás	137
Zur Tagung des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen in Brüssel	148
Der XI. europäische Nationalitäten-Kongress in Genf von 2. bis 4. September	151
Professor Szekfű über Staat, Nation und Minderheiten	152
Zur Lage der ukrainischen Minderheit in Rumänien	153
Die ungarische Presse und das tschecho-slowakische Kon- kordat	154
Die Angelegenheit der röm. kath. konfessionellen Schulen vor dem Verwaltungsgericht	156

L'Émigration des Turcs de la Nouvelle Dobrudja et la situation de la population bulgare de cette province . . .	158
Dr. C. Grofşorean über Ständestaat und Minoritäten . . .	159
Der XI. Kongress der Nationalitäten	165
Die Rede des Präsidenten	165
Die Weltlage und die Minderheitenprobleme	170
Rede des Abgeordneten Géza von Szüllő	170
Die Nationalitäten im autoritären Staat	175
Rede des ehem. Abgeordneten E. Besednjak	175
Resolution zum Punkt: Die Nationalitäten im autoritären Staat	183
Die überstaatliche Volksgemeinschaft. Rede des Generalsekretärs Dr. E. Ammende	183
Resolution zu Punkt: Grenze der Volksgemeinschaft . . .	187
Die Rolle des Ständigen Internationalen Gerichtshofes . .	187
Das Recht auf den freien Gebrauch der Ortsnamen . . .	188
S. d. N. et nationalités	192
Vor dem neuen Palast des Völkerbundes. Von: Dr. Elemér Jakabffy	194
„D'où vient le mal?“	196
Trecutul minoritar al românilor Ardeleni. Studiu istoricopolitic. De: Dániel Anton	197
Le problème des minorités à la XVI. Session de l'Assemblée de la Société des Nations	218
Seton-Watson über die Nationalitätenfrage	226
Welches ist das richtige? Von: Dr. Elemér Jakabffy . . .	233
Declarația partidului maghiar și intervenția d-lui N. Titulescu în discuția mesajului la 3 Decembrie 1935	235
Ausserungen. Veröffentlicht von: Nándor Hegedüs	242
Die Not der Minderheitsbeamten in Rumänien	245
Volksschulwesen der Minderheiten in Ungarn	248
Die Minderheiten der Tschechoslowakei fordern Schutz gegen Entnationalisierung	256
Fünf Millionen Menschen	257
Dem ungarischen Gymnasium in Timisoara das Öffentlichkeitsrecht entzogen	260
Ein ungarisches Minderheiten-Institut in Budapest	261
Das Minderheitenrecht durchgesetzt in — Albanien . . .	262
Zur Auswanderung der Dobrudscha-Türken	262
10 Jahre Deutsche Kultur-Autonomie in Estland	263

Urteile.

Eugen Domokos, Lehrer in Tileagd wurde zur Geldstrafe von 1000, resp. 200 Lei verurteilt	161
Pen-Club-Geist und dessen Gegenteil	162

Bücher und Zeitschriften.

La généralisation du droit des Minorités	96
„Uj Kor“ — „Neue Zeit“	96
Les minorités nationales en Europe Centrale et Orientale	227
Muss Russland hungern?	264

Statistische Mitteilungen.

Demografische Daten über das Ungartum Rumäniens	29
---	----

